

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB100 – Der Dokumentarfilm "Die dunkle Seite der Wikipedia"	3
BB099 – Finanzieren von „Konzentrationslagern“ in der Türkei?	4
BB098 – Wir leben in einer Zeit wild gewordener Politisierung der Esoterik	7
BB097 – Von der mentalen Überforderung, frei zu sein	9
BB096 – Freiheit in der Art: Welche Meinung zählt, bestimme ich.....	10
BB095 – Frieden in Europa war gestern.....	11
BB094 – Prognose drastisch erhöht: 750.000 Flüchtlinge in 2015.....	13
BB093 – Es gibt keinen Anti-Amerikanismus, aber massive Kritik an den USA	15
BB092 – Die Verblödung erreicht nachweislich höchste Regierungsstellen	17
BB091 – Linke fühlen sich im Kapitalismus zu wohl	18
BB090 – Russland und USA einigen sich zulasten der EU	20
BB089 – Mit Schäubles Regeln in den Abgrund schlafwandeln?.....	22
BB088 – EU und ihre Politiker agieren wie geistig umnachtet - parteiübergreifend.....	24
BB087 – Politiker an der Regierung machen mit faschistischer Gesinnung Politik	26
BB086 – Heldengesänge im Abgrund	28
BB085 – Gefühle dürfen in Debatten keine alles beherrschende Rolle spielen	30
BB084 – IWF als williger Vollstrecker	34
BB083 – Tucholsky 1931 in der Weltbühne: Soldaten sind Mörder	36
BB082 – Für Griechenland gibt es keine Lösung im Kapitalismus	38
BB081 – Kapital und „menschliche Würde“ schließen sich aus.....	42
BB080 – Ein paar Bemerkungen zum Jahreskongress der NGfP	44
BB079 – Ist Umverteilen im Kapitalismus möglich?	45
BB078 – Bürgerkrieg – Krawall-Talk bei Maischberger.....	46
BB077 – „Die Lügen der Sieger“ (Film von Christoph Hochhäusler).....	47
BB076 – Werden wir von kriminellen Politikern regiert?	49
BB075 – Es gibt für Griechenland weder Plan noch Lösung	50
BB074 – Dürfen wir den Griechen dankbar sein? - ich sage: ja	53
BB073 – Ein Gespenst geht um in Europa – der Grieche (geht wählen)	54
BB072 – Sie wollen den weltweiten Flächenbrand und werden ihn bekommen	57
BB071 – Mit Gauck zusammen gegen Pegida auf die Straße? - Niemals!.....	59
BB070 – Zum Tode von Ulrich Beck – erfolgreich, weil bequem?.....	61
BB069 – NGfP-Kongress im März 2015 zum Thema "Krieg um die Köpfe"	62
BB068 – Google und Amazon spionieren uns aus - ab in den Faschismus	63
BB067 – Über den Gefühlsfetisch und das Gelaber von Peter Sloterdijk.....	66
BB066 – Wie das ZDF mit dem Ukraine-Konflikt umgeht: kriminell im seriösen Ton.....	72
BB065 – Ist Putin ein Segen für Russland und die Welt?.....	74
BB064 – Merkel – eine autistisch geprägte Rede gegen den Frieden.....	75
BB063 - Zum Tode von Thomas Harlan / NGfP-Kongress im März 2015	76
BB062 – Wolf Biermann – nicht mehr erträglich.....	77
BB061 – „Winterschlaf“ oder von der mentalen Überforderung, Konflikte zu lösen	79
BB060 – Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft / Vollgeldkonzept	80
BB059 – Über den preisgekrönten Film "Winterschlaf" (Goldene Palme)	81
BB058 – Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozialer Strukturen.....	82
BB057 – Tobt bald auch in der Türkei ein Bürgerkrieg?.....	84
BB056 – ZEIT-Journalist Josef Joffe – ein aufgeblasener Meinungsmacher?	85
BB055 – Materialien zur Politisierung des Bürgers	86
BB054 – Putin und Obama einigen sich im Ukraine-Konflikt / Aktion gegen TTIP	89
BB053 – Mit Videogames spielend in die Apokalypse	91
BB052 – <i>Council on Foreign Relations</i> sieht Hauptschuld an Ukraine-Krise beim Westen.....	94
BB051 – Werden wir von einer Polit-Mafia regiert?.....	100
BB050 – Die Irren sind unter uns: Ganz Deutschland eine Rüstungs-Anstalt.....	100
BB049 – Krieg kann und darf auch nicht letztes Mittel der Politik sein.....	102
BB048 – Börsenexperte Dirk Müller: Nur Verrückte geben Putin die Schuld	106
BB047 – Lizenz zum Töten – wie Israel seine Feinde liquidiert	107
BB046 – Auch Elite-Journalisten haben eine Seele.....	109
BB045 – Über Täter und Opfer im Gaza-Konflikt	110
BB044 – Über die wachsende Infantilisierung der Politik.....	112
BB043 – Iran-Air-Flug 655: Die Amis haben Erfahrungen im Abschießen von Verkehrsflugzeugen.....	114
BB042 – „Die Linke“: Kniefall vor der deutschen Israel-Lobby.....	115
BB041 – Hans-Ulrich Wehler über alles	117
BB040 – NSA: Wer anonymisieren will, ist Extremist	119

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB039 – Eine Neue Welt – frei von der Arroganz Washingtons?.....	120
BB038 – Gefährdet TTIP die Demokratie?	121
BB037 – EU-Politiker haben die Hosen (noch) gestrichen voll	123
BB036 – Europa-Wahl: Die EU driftet nach „rechts“ zu ihrer eigenen Auflösung	124
BB035 – Über den „Tod des bundesdeutschen Journalismus“	126
BB034 – Faschismus oder wie militärische Einsätze gegen Bürger zur akzeptablen Option werden	128
BB033 – Offener Brief der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP) an den Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer	130
BB032 – Haben Obama und seine EU-Vasallen die Orientierung komplett verloren?	132
BB031 – Und heute schweigen wir uns einmal mehr zu Tode	135
BB030 – Die Ukraine befindet sich so gut wie im Bürgerkrieg?.....	137
BB029 – Werden die USA die Welt in die Luft jagen?	139
BB028 – Bemerkungen zur Jahrestagung der „Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie“ (GPPP e.V.).....	141
BB027 – Psychoanalyse und intersubjektiver Kontext (Kontextualisierung)	143
BB026 – Ukraine/Krim-Krise: werden wir von egomanen Stümpfern regiert?.....	145
BB025 – Abschaffung der Hartz IV Sanktionen: Inge Hannemann vor dem Petitionsausschuss. 146	
BB024 – Nachtrag zum Symposium „Trommeln für den Krieg“	148
BB023 – Kurze Stellungnahme zum Symposium <i>Trommeln für den Krieg</i>	150
BB022 – Trommeln für den Krieg	152
BB021 – Die Schweiz – ein ungezogenes Kind Europas.....	154
BB020 – „Kontextualisierung“ (Lacan und Derrida).....	157
BB019 – Ralph Boes – Kämpfer gegen Hartz-IV / Petition gegen Hartz-IV	159
BB018 – Symposium der NGfP zum Thema „Krieg und Frieden“	160
BB017 – Petition von Inge Hannemann zur Abschaffung der Harz-IV-Sanktionen	161
BB016 – Schmutzige Kriege: Die geheimen Kommandoaktionen der USA.....	163
BB015 – Zu Brückners „Sozialpsychologie des Kapitalismus“ / Über den Begriff „Kontextualisierung“	164
BB014 – Hartz-IV und Austerität töten	166
BB013 – Bundesbank fordert rasche Einführung einer Zwangsabgabe für Sparer.....	168
BB012 – Militärschlag gegen Syrien: ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.....	169
BB011 – AfD - eine Sozial-Nazi-Partei? fragt Jörg Gastmann auf KNW	170
BB010 – Syrische Freiheitskämpfer ermorden 11 UN-Mitarbeiter	171
BB009 – Griechenland und die Bundestagswahl: “Nur ein Politikwechsel könnte uns helfen”... 172	

BB100 – Der Dokumentarfilm "Die dunkle Seite der Wikipedia"

Hamburg, 31.10.2015

Diesmal möchte ich den interessierten LeserInnen einen Dokumentarfilm ans Herz legen, der sehr aufschlussreich dokumentiert, wie Artikel in Wikipedia entstehen.

Nur so viel sei gesagt:

Am Beispiel des Historikers und Friedensforschers Daniele Ganser zeigen die Autoren des Films, dass viele Texte, vornehmlich im sozialen und politischen Bereich, nicht transparent, also unwissenschaftlich, verfasst sind; ihnen haftet eine "dunkle Seite" an:

Nicht nur dass ihre Autoren anonym bleiben; entscheidend ist, dass Quellen immer dann (bewusst?) falsch oder unzuverlässig recherchiert sind, wenn es darum geht, Autoren wie Daniele Ganser herabzusetzen und verantwortliche Autoren, weil anonym, für ihre unwissenschaftliche Herangehensweise nicht mit ihrem Namen einstehen müssen. Es ist spannend zu erleben, wie Wikipedia diese Herangehensweise systematisch organisiert.

Zwei Stunden, die sich lohnen! Der Link zum Film lautet:

https://www.youtube.com/watch?v=wHfiCX_YdgA

BB099 – Finanzieren von „Konzentrationslagern“ in der Türkei?

Hamburg, 21.10.2015

Was mir an Amerikanern ganz generell gefällt - sie argumentieren auf eine unbefangene Weise kritisch gegen ihr eigenes Land.(Vgl. **Q1**) Das sage ich, auch wenn ich ihnen nicht in allen Punkten folge, z.B. wenn sie mit ihren Argumenten Signale der Hoffnung verbreiten, um den ängstlichen Bürger nicht zu verschrecken. Dieser mag, wenn politische Botschaften liebenswürdig, hoffnungsvoll, dazu vielleicht ein wenig naiv (zwischenzeitlich) zu ihm rüberkommen.

Ich fürchte, dass es für Hoffnungen zu spät, das Kind mittlerweile in den Brunnen gefallen ist: Die Gewalt in der Welt wird immer wahrscheinlicher zunehmen - mit jedem Tag unumkehrbarer; auch in Ländern wie Deutschland, die sich auf ihre Rechtsstaatlichkeit eine Menge einbilden.

Zu unrecht: Signale, die anzeigen, dass sich Konflikte auch hierzulande zuspitzen, sind unübersehbar, vorausgesetzt man sieht sie nicht nur mit entsprechenden kurzschlüssigen Folgerungen und Handlungskonsequenzen, sondern ist darüber hinaus in der Lage, schmerzliche „Fakten“ (Galgen für Merkel und Gabriel) in einem umfassenderen Kontext zu analysieren.

Freilich werden in Debatten, anstatt umfassender zu analysieren, lediglich Reflexe ausgetauscht - in ständig wiederkehrenden Argumentations-Schleifen; z.B. kürzlich im „Günther Jauch“-Talk (**Q2**); bis zum Abwinken: bis Argumente sich verbrauchen, bzw. nicht mehr ernst genommen werden.

An Drohnenmorde, zum Beispiel, haben wir uns längst gewöhnt; sie sind nur noch, wenn überhaupt, eine trockene Nachricht wert zwischen Börse und Wettervorhersage. In meinen Texten und Büchern („Zur Politisierung des Bürgers“) heißt es dazu: das Grausame wird dem (eigenen) Leben assimiliert (vgl. u.a. **MVS**); bei vielen Bürgern mittlerweile so tiefgehend (in ihrem Seelenleben verankert), dass sie verstört reagieren, wenn Klartext geredet wird (vgl. **SB**); wenn ich z.B. (in **MVS**) sage, dass Obama ein Mörder ist, weil er mutmaßliche Terroristen über ferngesteuerte Drohnen am Rechtsstaat vorbei liquidieren lässt.

Doch was bedeutet es, wenn ich eine Debatte mit ihren Argumentations-Schleifen kurzschlüssig oder wenig substanzvoll nenne?

Was den Galgen (für Merkel und Gabriel) angeht, so wäre es vielleicht sinnvoll, diese Form der Gewalt nicht "nur" unter strafrechtlichen Gesichtspunkten zu betrachten, sondern überdies als Warnsignal, als Symptom, das eine „kranke“ Gesellschaft anzeigt, das heißt: kranke soziale Strukturen, an denen vornehmlich die Politik und in kleiner Münze wir alle verantwortlich zeichnen - dadurch dass wir eine „kranke“ Mentalität (Psyche) transportieren, freilich nicht medizinisch indiziert „krank“, sondern, wie es in meinen Büchern heißt: „krank“ im Sinne einer „Normalisierung der [psychischen] Störung“, deren TrägerIn nicht wahrnimmt und noch viel weniger einsieht, dass er/sie krank ist, gar nicht so unähnlich einem Drogensüchtigen mit seiner Drogenpsychose, der nicht einsieht, dass er ärztliche Hilfe braucht.

Ich plädiere dafür, uns an den Gedanken zu gewöhnen, dass wir in einer „behandlungsbedürftigen“ Gesellschaft leben. Keiner kann sich hier ganz ausnehmen, auch ich nicht, der ich dafür plädiere. Der Unterschied zu vielen anderen: ich spreche das Unangenehme aus: u.a. dass selbst gut meinende Friedensaktivisten wie Konstantin Wecker beteiligt sind: Gewalt fördern, auch wenn sie in ihrem Privatleben die friedlichsten Menschen sein mögen.(Vgl. **K09**)

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Doch was bedeutet es, wenn v.a. Politiker, z.B. Justizminister Heiko Maas, den Akzent auf den strafrechtlichen Aspekt legen? Sie machen es sich v.a. bequem, indem sie den gesellschaftliche Kontext lediglich im Sinne einer Rechtsstruktur interpretieren, zumal mit "klaren" Anweisungen, was strafrechtlich und von der Gesetzeslage zu tun ist und am Ende zu tun bleibt.

Man möchte sich „im Recht“ fühlen; in der besseren Gesellschaft leben, die als Vorbild für eine bessere Welt erhalten soll. Vergeblich. Richtig ist, man schlafwandelt pseudo-selbstsicher in Katastrophen – im Grunde weil man nicht gewahrt, dass Strukturen nur im Sinne von Rechtsstrukturen beschrieben und analysiert werden. Der Politiker spürt das, ohne es recht zu gewahren: Heiko Maas wirkte bei Günther Jauch vollkommen paralysiert; ja die ganze Runde war unfähig, auf die Tiraden der rechten Knalltüte Björn Höcke (AFD) angemessen zu reagieren. (Vgl. **Q2**)

Diese Kritik trifft auch auf Klaus Bouillon, den Innenminister des Saarlandes, und Anja Reschke vom NDR zu, die sich dadurch auszeichnen, dass sie die Probleme mit Allerweltsformeln klein reden – in sich wiederholenden Argumentationsschleifen, die sich selbst genug sind: „wir schaffen das“. Ich halte diese Art der Abwiegelei für gemeingefährlich: Wasser auf die Mühlen von Leuten wie Björn Höcke, die ihren Rechtsradikalismus mit der Deutschlandfahne, ihrer „Liebe zu Deutschland“ tarnen. (Vgl. **Q2**)

Ich glaube, man darf die Möglichkeit nicht ausschließen, dass es unter den derzeit geltenden sozial-ökonomischen Strukturen keine Lösung des Flüchtlingsproblems gibt, was nicht heißt, dass wir Flüchtlinge nicht ins Land lassen sollten. Im Gegenteil: wir müssen jeden aufnehmen, dessen körperliche Unversehrtheit gefährdet ist. Nur wird man sich sehr wahrscheinlich, zumal wenn der Flüchtlingsstrom nicht abreißt, von der weltfremden Vorstellung verabschieden müssen, es gebe „humane“ Lösungen. Dafür gibt es auch hierzulande zu wenig Aufklärung, überdies zu viel Armut, um die sich kein Mensch kümmert, schon gar nicht die Politik mit Merkel an der Spitze.

Frau Merkel ist längst so weit, dass jeder den Eindruck bekommen muss, sie selbst glaube im Ernst nicht mehr an humane Lösungen. Nicht nur dass sie dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in den Arsch kriecht; sie zieht es auch vor, Konzentrationslager für Flüchtlinge in der Türkei, an der Grenze zu Syrien, zu finanzieren (vgl. **E1**), um sie dem Anblick des empfindlichen Deutschen zu ersparen, dem die NS-Vergangenheit natürlich schwer zu schaffen macht. Dennoch: Ein Zynismus, wie er im Buche steht - den Politiker, Experten, so viel Autismus muss sein, dank ihrer abwiegelnden Sprache nicht gewahren.

Quellen:

K09: Franz Witsch, Ohne Klartext keine Integration, Hamburg, 14.10.2015

<http://www.film-und-politik.de/K09.pdf>

MP2: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Bd. 2: Kommunikation unter Verdacht, Norderstedt 2015

MVS: Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen. Vortrag auf der Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin vom 05. bis 08. März 2015 (in MP2, S. 181-193)

<http://www.film-und-politik.de/NGfP-MVS.pdf>

Q1: Chaos und permanenter Krieg: Wie die US-Außenpolitik den Nahen Osten und Osteuropa destabilisiert

Elizabeth Murray, Ray McGovern im Gespräch mit www.kontext-tv.de

Das Interview ist mir per EMail (info@globale-gleichheit.de) von <http://www.globale-gleichheit.de> zugegangen.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

<http://www.kontext-tv.de/node/490>

Q2: Björn Höcke bei Günther Jauch: 58 Minuten Ratlosigkeit

SZ vom 19.10.2015

<http://www.sueddeutsche.de/medien/bjoern-hoecke-bei-guenther-jauch-minuten-ratlosigkeit-1.2698504>

SB: Franz Witsch im Gespräch: Krieg um die Köpfe - Revolution kann kein Deckchensticken sein ...

http://www.schattenblick.de/da/2015/04/sb_150423_schattenblick_druckausgabe.pdf

ergänzende Quellen:

E1: Türkei verhaftet 1.300 Flüchtlinge, die nach Europa wollten

DWN vom 01.12.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/12/01/tuerkei-verhaftet-1-300-fluechtlinge-die-nach-europa-wollten/>

BB098 –Wir leben in einer Zeit wild gewordener Politisierung der Esoterik

Hamburg, 06.10.2015

Die Ereignisse zur Flüchtlingsproblematik überschlagen sich von Tag zu Tag. Mittlerweile spricht man von mindestens 1,5 Millionen Flüchtlingen nach Deutschland noch in diesem Jahr. Es könnte sein, dass uns die Massen an Flüchtlingen irgendwann hoffnungslos derart über den Kopf wachsen, dass eine massiv anwachsende Kriminalisierung sozialer Strukturen nicht mehr zu vermeiden ist. Kann es sein, dass Politiker aller Schattierungen solch eine Entwicklung uneingestanden möchten? Um mit ihrer Inkompetenz im Trüben zu fischen – von rechts bis links?

Uneingestanden bedeutet, dass Politiker bald selbst nicht mehr wissen, was sie fühlen, denken (dürfen), um dann irgendwie (planlos) zu handeln. Aktionismus pur. Sie sind de facto – unübersehbar – orientierungslos. Sie fahren mit gefühlt-angemessenem Tempo, das tatsächlich viel zu hoch ist, auf eine Nebelbank zu, um nach der Massenkarambolage blöd – wenn überhaupt noch möglich – aus der Wäsche zu gucken.

Es war schon immer so: wachsen Probleme bis zu einem Punkt über den Kopf, bis sie irgendwann tatsächlich nicht mehr gelöst werden können, zumindest nicht unter den derzeit geltenden Bedingungen kapitalistischer Produktion, nehmen esoterische Anwendungen zu. Diese haben mittlerweile die Politik, namentlich Frau Merkel (unseren Pastor, Bundespräsident Gauck, ohnehin) erreicht. O-Ton Frau Merkel: Der „Herrgott“ habe uns die Flüchtlinge geschickt. (Q1)

Esoterische Anwendungen sind, wenn auch weniger offensichtlich, bei fast allen Teilnehmern der veröffentlichten Meinung üblich, z.B. gerade erst bei „Günther Jauch“. Dort nennt Herbert Grönemeyer Horst Seehofer einen verbalen Brandstifter – „mit dem Ziel, im rechten Lager zu fischen“. (Q2) Mehr als gut gebrüllt möchte ich so etwas nicht nennen. Und dann machte er der Runde klar, dass es „die Gesellschaft gewesen“ sei, „die sich ‚erwachsen verhalten‘ und der Politik gezeigt habe, wo es langgehe.

Unterstützung bekam Grönemeyer vom beliebten Fernsehmoderator und Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwar, der sich zu einem „Stolz“-Bekenntnis auf die Kanzlerin hinreißen ließ, überdies „auf seine Stadt mit ihrem großen bürgerlichen Engagement. Die wahre Stärke“ sei bei den Bürgern.

Kaum auszuhalten, dieser Scheiß: „Wahre Stärke“ – was soll das sein?! Ich denke, Grönemeyer und Yogeshwar arbeiten mit Aussagen, die ausschließlich Gefühle ansprechen – bei Yogeshwar zumindest, wenn er nicht über Naturwissenschaft spricht –, und deshalb als esoterisch einzustufen sind. Mit Argumenten, die auf eine Analyse der „realen sozial-ökonomischen Situation“ verweisen, also die „Vernunft“ ansprechen, haben sie nicht das geringste zu tun.

Merke: So wichtig Gefühle sind; auf Dauer sind sie ohne „disziplinierende Vernunft“ gemeingefährlich.

Auch die Aussage, wir leben in einem reichen Land, in dem man nur die Reichen für die Flüchtlinge zur Kasse bitten müsse (so Grönemeyer bei Jauch), ist kaum zielführend. Der Grund ist der: Es gibt sehr viel Geld, freilich in Form „fiktiver“ Wertpapiere, die Geld (an der ökonomische Realität vorbei) scheißen; sie haben mit der sozial-ökonomischen Realität nicht das geringste zu tun. So etwas müsste sich in Zeiten von Schulden- und Finanzkrise rumgesprochen haben; nicht so bei unseren Esoterikern.

Immer wieder mit der Reichensteuer zu kommen, zeigt nur, dass die, die sie verwenden, von Ökonomie nichts verstehen. Auch ich bin für eine Reichensteuer. Nur lässt sich mit

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

ihr Verelendung vielleicht hier und dort (abmildern), aber nicht insgesamt und vor allem nicht nachhaltig zurückführen. Dazu müssten wir den Kapitalismus abschaffen.

Es geht darum, mit Hilfe von Argumenten Gefühle anzusprechen – wie auch nicht?, aber auch die Vernunft. Nur dann werden wir uns mit Rechts-Populisten, wie z.B. Botho Strauß, wirksam auseinandersetzen können. Dazu dürfen wir Strauß' Argumentation nicht pauschal ablehnen. Schließlich arbeiten er mit Aussagen, die richtig sein könnten.

Esoterische Aussagen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich mit der sozial-ökonomischen Realität nicht konfrontieren lassen; deshalb wird diese ja ausgeblendet. Damit verurteilt man sich zu einer „Analyse des Stückwerks“, die das sozial-ökonomische Ganze außer acht lässt. Das trifft auf Botho Strauß, den Autor des „anschwellenden Bocksgesangs“ (vgl. **Q3**), zu. Zumindest darf man das vermuten, wenn man mehrere Texte von ihm zugrundelegt.

Fazit: wir leben in einer Zeit wild gewordener Politisierung der Esoterik, in der Argumente immer weniger eine Rolle spielen.

Herzliche Grüße

Franz Witsch

www.film-und-politik.de

Quellen:

Q1: Merkel auf Esoterik-Trip: Der „Herrgott“ hat uns die Flüchtlinge geschickt
Bundeskanzlerin Angela Merkel will weiter viele Flüchtlinge in Deutschland aufnehmen
- ein gespenstischer Ausflug in die Theokratie, der an den Grundfesten der säkularen Demokratie rüttelt.

DWN vom 04.10.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/10/04/merkel-auf-esoterik-trip-der-herrgott-hat-uns-die-fluechtlinge-geschickt/>

Q2: Flüchtlingstalk bei Jauch: Grönemeyer und die "verbale Brandstiftung"
spiegel online vom 05.10.2015

<http://www.spiegel.de/kultur/tv/guenther-jauch-zur-fluechtlingskrise-groenemeyer-und-die-verbale-brandstiftung-a-1056144.html>

Q3: Botho Strauß zur Flüchtlingskrise: Entwurzelt unter Entwurzelten
Spiegel Online vom 02.10.2015

<http://www.spiegel.de/kultur/literatur/botho-strauss-schreibt-anschwellenden-bocksgesang-fort-a-1055731.html>

BB097 – Von der mentalen Überforderung, frei zu sein

Hamburg, 02.10.2015

Voltaire sagte einmal: „Ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich würde mein Leben dafür geben, daß Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen.“

(Vgl. www.elbpolitico.com/uber-uns)

Die Marxistin Rosa Luxemburg stimmte Voltaire zu in dem Aufsatz „Zur russischen Revolution“. Dort sagte sie: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“(Vgl.

Q1) Der Aufsatz wurde allerdings erst 1922 veröffentlicht – nach ihrer Ermordung im Januar 1919 durch rechte Freikorps-Soldaten, mit denen die damalige SPD-Regierung kooperierte. O-Ton SPD-Reichswehrminister Gustav Noske: einer muss der Bluthund sein.

(...)

Weiter lesen unter dem Link:

<http://www.film-und-politik.de/K08.pdf>

Außerdem möchte ich den LeserInnen eine Petition zum Unterschreiben ans Herz legen, in der drei Regierungen mit engen Beziehungen nach Saudi-Arabien aufgefordert werden, sich gegen die Enthauptung eines jungen Mannes, der als Kind verurteilt wurde, einzusetzen.

Der Link dazu lautet:

https://secure.avaaz.org/de/stop_saudi_beheadings_loc/?kRhOjb

BB096 – Freiheit in der Art: Welche Meinung zählt, bestimme ich
Hamburg, 21.09.2015

Sich für Meinungsfreiheit zu engagieren und sie zu praktizieren sind zweierlei. Das möchte ich in einem weiteren Text zum übergeordneten Thema "Über den Begriff Kontextualisierung" zum Ausdruck bringen. In weiteren Texten werde ich mich darum bemühen, was das mit der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik zu tun haben könnte.

Meine These: wir müssen die Meinung eines Andersdenkenden zur Kenntnis nehmen und uns ernsthaft mit ihr auseinandersetzen können oder wir werden die Flüchtlingsproblematik nicht lösen.

Um es deutlicher zu sagen:

unsere Parolen zur Flüchtlingsproblematik, sie mögen noch so richtig oder berechtigt sein, können wir uns in die Haare schmierem, wenn wir uns mit dem Andersdenkenden nicht auseinandersetzen oder ihn einfach nur diffamieren, ignorieren. Das schließt massive Kritik am Andersdenkenden nicht aus. Mehr noch, wir dürfen ihn sogar, trotz massiver Kritik, gern mögen und es auch zeigen.

Der Link zum Text lautet:

<http://www.film-und-politik.de/K07.pdf>

Der Text verweist auf Quellen, von denen ich den LeserInnen vor allem die folgenden ans Herz legen möchte. Sie lauten wie folgt:

Q17: Novalis: Ein Lied von Konstantin Wecker: Novalis

Askepte (ZDF) vom 18.09.2015

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2493132/Konstantin-Wecker-Novalis#/beitrag/video/2493132/Konstantin-Wecker-Novalis>

Q18: Konstantin Wecker live & im Gespräch

Askepte (ZDF) vom 18.09.2015

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/2493122/Konstantin-Wecker-live-und-im-Gespraech#/beitrag/video/2493122/Konstantin-Wecker-live-und-im-Gespraech>

Q19: Gegenüberstellung: Marieluise Beck im Bundestag und Dr. Daniele Ganser bei KenFM

youtube.com vom 15.11.2014 (10 Minuten)

<https://www.youtube.com/watch?v=YjWuon2oGNc>

Q17 enthält das Lied „Novalis“ und **Q18** das Lied „Ich habe einen Traum, der öffnet die Grenzen ...“ und ein Gespräch mit Konstantin Wecker.

In **Q19** wird die Haltung der Grünen überdeutlich: sie sind eine Partei der Kriegshetzer und das noch, ganz und gar unerträglich, in einem pastoralen Ton.

BB095 – Frieden in Europa war gestern

Hamburg, 01.09.2015

Die Flüchtlingsproblematik drückt die Bürger inzwischen so massiv unter den Nägeln, dass sie die veröffentlichte Meinung regelrecht beherrscht. Der Text, den ich an dieser Stelle vorstellen möchte, beschäftigt sich mit ihr in einem umfassenden sozial-ökonomischen Kontext.

Titel und Link des vorliegenden Textes lauten wie folgt:

Frieden in Europa war gestern

Link: <http://film-und-politik.de/K06.pdf>

Der Text steht in einer Reihe von mehreren Texten, die unter dem übergeordneten Arbeitstitel »Über den Begriff Kontextualisierung (Verbindungen herstellen)« entstanden sind. Sie stellen die vorläufigen Umrisse eines Gesellschaftskonzepts unter Einbeziehung einer Kritik der Psychoanalyse dar, die ich in einem Vorwort zur Neuauflage (2015) des 1. Teils »Die Politisierung des Bürgers« schon angekündigt habe.

Von einem sozialverträglichen Gesellschaftskonzept ist die Sozialtheorie heute weiter entfernt denn je. Das erzählen uns nicht zuletzt die Flüchtlinge, indem sie nach Europa strömen. Wir sollten ihnen eigentlich dankbar sein! Endlich besteht die Chance, dass wir ganz handfest bemerken können, in welcher Verfassung sich unsere Gesellschaft befindet. Diese Chance nutzen freilich selbst die Bürger nicht, die es außerordentlich gut mit den Flüchtlingen meinen. Zum Beispiel Sascha Lob bei »Maybritt Illner« (siehe vorliegenden Text)

Keine Frage - die Gesellschaft befindet sich in einer Verfassung, in der Verbindungen zwischen Menschen immer weniger nachhaltig bewahrt noch nachhaltig entstehen können. In diesem Sinne liegt die Gesellschaft krank danieder, so wie dies in vergleichbarer Weise in der Weimarer Republik der Fall war.

Damals war man noch überzeugt: der Kapitalismus war die tiefere Ursache, dass die Welt in den Abgrund stürzte. Zunächst 1933 mit der Machtergreifung der Nazis, sodann vollendet mit dem Zweiten Weltkrieg in Verbindung mit dem Völkermord an den Juden.

Die Überzeugung, dass der Kapitalismus die tiefere Ursache sei, hielt nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht lange vor. Schnell ging man zur Tagesordnung über – nicht zuletzt Kommunisten und Sozialdemokraten. Abgesehen davon, dass sie ein unkompliziertes Verhältnis zur Gewalt – zu Mord und Totschlag – hatten (Massenmord unter Stalin, Vietnamkrieg), waren sie unfähig, den Kapitalismus hinreichend zu analysieren. Vielleicht auch weil sie ein Gewaltproblem hatten.

Die Bürgerlichen waren an einer Kapitalismuskritik ohnehin nicht interessiert. Deshalb stehen wir heute vor dem Problem eines umfassenden (analytischen) Desinteresses, das in die Mentalität fast aller Bürger gleichsam eingebrannt ist, so dass es dieses Desinteresse heute (anders als vor 1945) im wortwörtlichen Sinne gibt. In meinen Büchern nenne ich dieses Desinteresse »strukturell« - in Anlehnung an den Begriff »strukturellen Gewalt«. Dieser Begriff schließt ein, dass ein Interesse, den Kapitalismus zu kritisieren, nicht bedeutet, dass dies auch nur entfernt hinreichend geschieht.

Der vorliegende Text bemüht sich einmal mehr um den Begriff des »strukturellen Desinteresse«, zumal im Kontext einer Theorie der Gefühle. Dabei wird hoffentlich am Beispiel der Flüchtlingsproblematik einmal mehr deutlich, dass eine umfassendere Struktur-Analyse die Einbeziehung des Subjekts und seines Innenlebens (seine Vorstellungs- und Gefühlswelt) einschließt. Das kommt nicht nur in der (populären) öffentlichen Diskussion, sondern auch in den Sozialwissenschaften zu kurz – genauer:

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

wie es um die Verbindung von Subjekt und Gesellschaft bestellt ist, wie es in »Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle« heißt.

Die vier Bände »Die Politisierung des Bürgers« zeigen, so hoffe ich, dass dieses Defizit entlang der Flüchtlingsproblematik ebenso wie anhand anderer sozialer und ökonomischer Problemlagen beschreibbar ist. Dann nämlich würde den 4 Bänden ein gewisser Grundlagencharakter zukommen.

BB094 – Prognose drastisch erhöht: 750.000 Flüchtlinge in 2015

Hamburg, 18.08.2015

Die Flüchtlinge werden uns mehr beschäftigen als die Euro-Krise, sagt Frau Merkel. Und spricht damit ein Problem deutlicher an als man es sonst von ihr gewohnt ist. Denn eines ist sicher: die Euro-Krise beschäftigt uns schon seit Jahren nicht zu knapp. Nicht wenige Stimmen behaupten, sie werde uns bald über den Kopf wachsen. Bis dahin will Merkel noch einmal, 1917, die Bundestagswahlen gewinnen.

Ich glaube indes, die Flüchtlingsproblematik wird uns nicht nur beschäftigen müssen; es könnte schlimmer kommen: zu befürchten ist, dass sie uns in den nächsten Jahren über den Kopf wächst. In Deutschland werden im Jahre 2015 vermutlich 750.000 Flüchtlinge zu bewältigen sein, doppelt so viel wie angenommen. Und wer will wissen, wie sich die Zahlen in den nächsten Jahren entwickeln.(Vgl. **Q1**)

So mancher Bürger spricht unverhohlen, mit einem aggressiven Unterton gegen Flüchtlinge gerichtet, aus, was die Eliten aus veröffentlichter Meinung und Politik nicht wahrhaben wollen. So reagierte ein Bürger in der AZ (**Q1**) wie folgt:

»Sollen wir jetzt jedes Jahr Städte in der Größe von Nürnberg errichten? Was kostet das den Steuerzahler und wie soll das finanziert werden? Was ist mit den sozialen Verwerfungen? Wie geht man mit kriminellen Asylanten konsequent um? usw. Fragen über Fragen zu denen unsere Politik keine Antwort hat. Aber das Volk soll es aushalten können. Ich kann nur raten endlich die Grenzen dicht zu machen oder man wird Deutschland in zwei Jahren nicht mehr wiedererkennen.«

Ein weiterer Leser plädiert für „Grenzen dicht und aus die Maus“.

Der aggressive Unterton gegen Menschen ist nicht nur nicht zu rechtfertigen, sondern brandgefährlich, dennoch als Symptom einer Auflösung mentaler und sozialer Strukturen analysierbar, bzw. verstehbar. Man könnte von Symptomen einer uneingestandenem Verzweiflung sprechen: Der mental kranke Bürger spürt, bevor soziale und mentale Auflösungsvorgänge dem Augenschein nach – medizinisch indiziert – sichtbar werden, also kaum mehr zu verkennen sind, dass es einfache Lösungen nicht gibt, was er freilich nicht wahrhaben will – unfähig, Gefühle zu kommunizieren, vor allem die anderer Menschen, die ihm widersprechen. Er wird umso aggressiver denken und handeln, je mehr sich (zunächst immer erst gespürte) Gegenargumente aufdrängen. Zuweilen möchte er seine Denken zum Ausdruck bringen, z.B. in einem Leserbrief, verkennend, dass Lösungen sich in der Kürze anders als gefühlsmäßig nicht darstellen lassen.

Wenn es denn sozialverträgliche Lösungen nicht nur gefühlt, also vorurteilsgeladen, geben soll, so erfordern sie eine umfassende Analyse (sozial-ökonomischer Strukturen), die (nicht nur) die Flüchtlingsproblematik hervorbringen. Zu einer solchen Analyse sind freilich Vertreter aus Politik und veröffentlichter Meinung nicht bereit oder nicht in der Lage sind. Sie wollen "bürgernahe" Lösungen, die sich möglichst schon morgen umsetzen lassen. Dabei nutzen sie den großen (öffentlichen) Raum zur Darstellung umfassender Analysen nicht, selbst die nicht, die es „gut“ meinen, z.B. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow: er plädierte vor gar nicht so langer Zeit für eine Willkommenskultur und redete damit das wahre Ausmaß der Flüchtlingsproblematik klein.

Inzwischen meinen Gut-Meinende es merklich weniger gut. Ramelow möchte nun doch wie Gregor Gysi (im ZDF-Sommerinterview vom 09.08.15) unter den Flüchtlingen auswählen. Man werde, so Gysi, nicht alle aufnehmen können. Doch nach welchen Kriterien will er abschieben? Nun, anstatt zu analysieren, laviert er rum.

Es ist unverantwortlich, die Möglichkeit außer acht zu lassen, dass eine umfassende Analyse zu dem Ergebnis kommen könnte, dass es kurzfristig keine sozialverträgliche

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Lösung gibt, dies umso eher nicht, solange man ohne Analyse nur an sie "glauben" kann, z.B. weil wir in einem reichen Land leben. Nun, in diesem reichen Land gibt es auch ohne Flüchtlinge Armut, um die wir uns Jahrzehnte nicht gekümmert haben, u.a. 300.000 Wohnungslose.(Q2) Wie will man da mal eben die Unterbringung von 750.000 Asylsuchenden, die allein 2015 anfallen, bewerkstelligen? Wer das klein redet, ob nun in einem offen fremdenfeindlichen oder betont fremdenfreundlichen Ton, trägt dazu bei, Rechtspopulisten wie Seehofer oder Bayerns Innenminister Joachim Hermann (Q3) in ihren Forderungen nach schnellen und einfachen und das heißt brandgefährlichen Lösungen zu bestärken. Dies angesichts dessen, dass die anschwellenden Flüchtlingsströme von Europa nicht ferngehalten werden können.

Quellen:

Q1: Prognose drastisch erhöht: 750.000 Flüchtlinge in 2015

AZ vom 18.08.2015

<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.neue-schaetzung-prognose-drastisch-erhoeht-750000-fluechtlinge-in-2015.16072c9b-a97c-450b-b872-d7b6af2ed067.html>

Q2: Verband: Hunderttausende Deutsche ohne Wohnung

T-Online vom 02.08.2013

http://www.t-online.de/wirtschaft/immobilien/id_64788342/obdachlose-in-deutschland-anzahl-wegen-hoher-mieten-steigend.html

Q3: Flüchtlinge vom Balkan: CSU-Minister wettert gegen Taschengeld für Asylbewerber
Spiegel Online vom 17.08.2015

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-vom-balkan-joachim-herrmann-nennt-taschengeld-zumutung-a-1048406.html>

BB093 – Es gibt keinen Anti-Amerikanismus, aber massive Kritik an den USA
Hamburg, 14.08.2015

Ich möchte den interessierten LeserInnen einen Text zur Kenntnis geben, der zeigt, dass der sogenannte Anti-Amerikanismus federführend in den USA zu Hause ist. Titel und Link lauten wie folgt:

US-Historiker: Die USA zerstören Europa

Der US-Historiker Eric Zuesse sieht den Hauptgrund für die derzeitige Flüchtlingswelle in Europa in der US-Außenpolitik der letzten Jahre. Die USA hätten Libyen, Syrien und schließlich die Ukraine gezielt destabilisiert, um Russland zu schwächen. Dass Europa ebenfalls enormen Schaden nimmt, würde die US-Regierung dabei billigend in Kauf nehmen.

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/08/13/us-historiker-die-usa-zerstoeren-europa-2/>

Natürlich gibt es weder in den USA noch in besonderem Maße in Deutschland noch in meinen Texten oder Büchern auch nur die Spur von Anti-Amerikanismus, wenn auch scharfe Kritik an der US-Außen-Politik insbesondere der letzten 15 Jahren seit 09/11.

Zu sagen, dass Obama ein Mörder ist, weil er über ferngelenkte Drohnen am Rechtsstaat vorbei mutmaßliche Terroristen liquidieren lässt (Vgl. **MVS**, S. 181), stellt ebenfalls eine massive Kritik an Obama und seiner Außenpolitik dar und exakt keinen Anti-Amerikanismus.

Ich sage das, weil das Wort „Anti-Amerikanismus“ – anders als das Wort „Kritik“ – von vorn herein mit negativen Gefühlen besetzt ist, die sich ganz generell einer Verständigung widersetzen. Es muss aber möglich sein, politische Sachverhalte auf der Basis guter Gründe zu kritisieren. Das ist insbesondere hier in Deutschland in einer hoch emotional aufgeheizten Atmosphäre viel zu oft nicht möglich. Zumal wenn Historiker wie Heinrich-August Winkler im Bundestag salbungsvoll mahnen, man dürfe die Westintegration Deutschlands nicht aufs Spiel setzen. (Vgl. **Q1**)

In seiner Rede sagte Winkler u.a., „dass viele in Deutschland lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten auf Distanz zum System der westlichen Demokratien gewesen seien. Stattdessen habe es ‚die Verherrlichung eines starken, auf das Militär gestützten Staates‘ gegeben. Dies habe zwar nicht allein zum Aufstieg der Nationalsozialisten geführt, diesen aber ermöglicht.“

Ich halte solche Aussagen für sehr fragwürdig; sie sind sehr wahrscheinlich auch unwissenschaftlich - dies aus folgendem Grund:

Richtig ist, es hat Kritik am System westlicher Demokratien gegeben, unter anderem auch von Kurt Tucholsky (an der Weimarer Republik), und es hat die „Verherrlichung eines starken, auf das Militär gestützten Staates“ gegeben.“ Das sind Fakten, die in der Tat die Machtergreifung der Nazis ermöglicht haben, aber eben, und das ist entscheidend, keineswegs tiefer gehend verursacht.

Um tiefer gehende Ursachen nicht diskutieren zu müssen, es könnte gefährlich für sein Seelenfrieden werden, hört Winkler ab einem bestimmten Punkt einfach auf zu denken. Er denkt eine Sache nicht zu Ende, sonst würde er vielleicht zur Erkenntnis gelangen, dass etwas zu ermöglichen „trivial“ ist und keineswegs bedeutet, etwas zu verursachen.

Man könnte auch der Meinung sein, dass die massive Kritik an der Weimarer Demokratie eine notwendige Bedingung für die Machtergreifung der Nazis war. Das heißt aber immer noch nicht, dass jene Kritik – im Sinne von ursächlich – eine hinreichende Bedingung genannt werden darf (vgl. **DP3**, S. 9, 173).

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Man könnte z.B. missverständlich behaupten, dass Winkler mit seiner Rede die Westintegration gefährde (vgl. **BB-047**), gerade weil er sich mit allzu massiver Kritik an den USA zurückhält, um die Beziehung zu den USA nicht zu belasten und damit die Westintegration Deutschlands aufs Spiel zu setzen. Diese sei ein höheres Gut als allzu massive Kritik, würde er vielleicht sagen.

Dummes Zeug: Winkler kann sich nicht vorstellen, dass er mit seiner Appeasement-Politik gegenüber den USA die Westintegration gefährdet, freilich nur, indem er ihre Zerstörung ermöglicht, falls sie denn tatsächlich irgendwann kaputt gehen sollte.

Er denkt und verhält sich hier ganz ähnlich wie in einer (privaten) Beziehung, in der es Gewalt gibt: man beschönigt vielleicht die Gewalt (Kriege), um die Beziehung nicht zu gefährden, und ermöglicht auf diese Weise, dass Gewalt noch zunimmt - bis von der Beziehung am Ende nichts mehr übrig bleibt. Dennoch liegen die Ursachen für wachsende Gewalt tiefer. Das schließt nicht aus, dass man sich schon sehr früh gegen (jede Form der Gewalt) wehren (Kritik üben) und, wenn das nicht hilft, schützen muss, z.B. indem man eine Beziehung aufkündigt. Viele führen Beziehungen aber (ohne das Wagnis der Kritik) weiter, oftmals bis zur vollständigen Selbstaufgabe/-verleugnung.

So einfach ist das Herr Winkler. Dennoch: man verursacht mit der Beschönigung von Gewalt nicht weiter wachsende Gewalt, auch wenn man sie ermöglicht und damit die Beziehung zerstört, genauer: ihre Zerstörung ermöglicht.

Natürlich muss man sich schützen, mithin in Erwägung ziehen dürfen, dass eine Beziehung möglicherweise nicht zu retten ist, weder durch Beschönigung noch durch Gegengewalt noch durch massive Kritik und wenn doch, dann am ehesten durch massive Kritik, die nichts beschönigt, aber dennoch nicht unbedingt zerstörerisch vonseiten der Kritik motiviert sein muss. Genau das lässt der Kritisierte gewöhnlich nicht gelten. Dann tickt er auch schon mal aus – v.a. wenn sich Kritik aus unberufenem Munde allzu sehr aufdrängt. (Vgl. **BB-085**, S. 3)

Nun – Wissenschaftler wie Winkler vermögen diesen psycho-sozialen Sachverhalt nicht zureichend zu reflektieren; vermutlich weil er von Haus aus unter einer Elfenbeinturm-Existenz leidet. Dadurch lebt er allzu isoliert in seinen Vorstellungen, die er mit dem Realen verwechselt, im Volksmund: er hat zu wenig Lebenserfahrung, zu wenig Menschenkenntnis, um ein Wissenschaftler von Substanz zu sein. Vielschreiberei schützt vor Dummheit nicht.

Quellen:

BB-047: Lizenz zum Töten – wie Israel seine Feinde liquidiert

<http://www.film-und-politik.de/BB-047.pdf>

BB-085: Gefühle dürfen in Debatten keine alles beherrschende Rolle spielen

<http://www.film-und-politik.de/BB-085.pdf>

DP3: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 3. Teil: Vom Gefühl zur Moral, Norderstedt 2013

MP2: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Band 2: Kommunikation unter Verdacht, Norderstedt 2015

MVS: Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen, Vortrag auf der Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin vom 5. bis 08. März 2015, in: MP2 (S. 181-194)

Q1: Winkler mahnt in Gedenkrede zu deutscher Verantwortung

<http://www.stern.de/news2/winkler-mahnt-in-gedenkrede-zu-deutscher-verantwortung-6192090.html>

BB092 – Die Verblödung erreicht nachweislich höchste Regierungsstellen

Hamburg, 07.08.2015

Es ist schon ein Kreuz, aber die öffentliche Diskussion, die im Zusammenhang mit der Affäre um Generalbundesanwalt Range und Bundesjustizminister Maas z.Z. geführt wird, zeigt, dass die Verblödung bei eben jenen Personen angekommen ist, die uns regieren und/oder für die Sicherheit des Landes verantwortlich zeichnen. Dazu möchte ich den LeserInnen den folgende Text ans Herz legen. Titel und Link lauten:

Verfassungsrechtliche Analphabeten

Telepolis vom 06.08.2015

<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45649/1.html>

Der Kerngedanke lautet: eine Unabhängigkeit der Justiz ist in unserem Grundgesetz nicht vorgesehen, wie von Range gegen seinen Vorgesetzten Maas ins Feld geführt. Dass Justizminister Maas sich nicht gegen den Vorwurf, er schränke die Unabhängigkeit der Justiz ein, wehrt, bzw. die Auslassungen seines Untergebenen unkommentiert lässt, zeigt, dass auch er wie Range, gelinde gesagt, überfordert ist; ich würde sagen: beide sind verblödet. Man fragt sich, wie sie an ihre hohen Posten gekommen sind. Vermutlich weil sie verblödet sind.

Richtig ist: es gibt die Unabhängigkeit der Rechtsprechung, bzw. von Personen, die für die Rechtsprechung Verantwortung tragen. Staatsanwälte gehören zwar der Justiz an, sprechen aber, wie Richter, kein Recht; sie sind Teil der Exekutive, in der Vorgesetzte Aufsichtspflichten gegenüber ihren Untergebenen wahrzunehmen haben, verbunden mit entsprechenden Weisungsbefugnissen. Diese hat der Justizminister wahrgenommen. Die Frage ist, ob Maas weiß, was er gemacht hat. Zumindest hat er nicht gezeigt, dass er weiß, was er gemacht hat.

Von Vertretern der Opposition hört man diesbezüglich auch nicht einen Satz, der zeigt, dass sie wissen, wovon sie reden.

BB091 – Linke fühlen sich im Kapitalismus zu wohl

Hamburg, 05.08.2015

Ich möchte den interessierten LeserInnen den folgenden Artikel ans Herz legen. Titel und Link lauten:

Empfehlung aus Frankreich: Deutschland soll aus dem Euro austreten

DWN vom 05.08.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/08/05/empfehlung-aus-frankreich-deutschland-soll-aus-dem-euro-austreten/>

ergänzend:

Frankreich gegen Deutschland: EU-Giganten auf Crash-Kurs

DWN vom 07.08.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/08/07/frankreich-gegen-deutschland-eu-giganten-auf-crash-kurs/>

Der Text enthält Informationen, die im Mainstream der veröffentlichten Meinung, z.B. in Tagesschau oder Heute-Nachrichten, so gut wie keine Rolle spielen. Es bleibt der Masse verborgen, dass nun auch in Frankreich nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern offen über die Auflösung des Euro nachgedacht wird. Die Austerität sei gescheitert, in den Euro-Ländern nicht umfassend umsetzbar. Da Deutschland auf Austeritäts-Regeln bestehe, weil der Euro-Raum ohne Regeln nun mal nicht funktioniere, solle Deutschland bitte schön geordnet den Euro verlassen, um mit seinen Regeln glücklich zu werden.

Die Frage ist, ob solch eine Argumentation haltbar ist. Ich glaube es eher nicht!

Der ehemalige französische Regierungsberater Shahin Vallée glaubt, so heißt es im Artikel, »dass der Streit um Griechenland dazu führen werde«, dass die Spaltung der Euro-Zone komme. Die Frage sei, »ob dieser Bruch in Form eines geordneten Austritt Deutschlands geschieht, oder ob es zu einem langsamen, wirtschaftlich viel zerstörerischen Austritt Frankreichs und der europäischen Süd-Staaten kommen wird.« Es sei eindeutig, heißt es weiter, »dass die französischen Eliten an dem Chaos kein Interesse haben und solcherart Deutschland unverhohlen nahelegen, aus der Gemeinschaftswährung auszutreten.«

Der Artikel legt darüber hinaus nahe, dass eine Alternative zur bisherigen Austerität-Politik nach Keynes nicht möglich ist, führt dafür allerdings keine ökonomischen, sondern politische Gründe an: eine Geldpolitik nach Keynes (Investitionen über wachsende Schulde) würde die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte voraussetzen. Das sei mit Frankreich nicht möglich.

Der politisch motivierte Grund unterschlägt, dass eine keynesianische Geldpolitik technisch-ökonomisch sehr wahrscheinlich keine Alternative zur Austerität ist. Mehr Wachstum über wachsende Schulden setzt voraus, dass die investierten Mittel Gewinne generieren, die über die Zinsen liegen, die man für die aufgenommenen Schulden aufbringen muss. Das hat in der Vergangenheit nicht funktioniert. Es stellt sich die Frage, woher Keynesianer wie z.B. Heiner Flassbeck, die Sicherheit nehmen, dass etwas in Zukunft funktionieren werde, was bislang nie funktioniert hat.

Dass es funktioniere zeige das Beispiel Frankreich: Flassbeck habe, heißt es im Text, »in einer Vorlesung in Berlin dargelegt, dass Frankreich (...) die Ziele der Währungsunion besser verwirklicht habe als Deutschland. Er verweist auf die Inflation und vor allem auf die Produktivität, die demnach in Frankreich besser sei als in Deutschland.«

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Flassbeck These beruht u.a. auf einer Statistik, die zeigt, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) je geleistete Arbeitsstunde in Frankreich deutlich höher liegt als in Deutschland. Das heißt: die Produktivität liegt in Frankreich deutlich höher.

Flassbeck unterschlägt, dass das BIP keine geeignete Grundlage darstellt. Im BIP ist alles mögliche enthalten. Entscheidend ist die Industrieproduktion, die in Frankreich immer mehr ausdünnert. Ohne Industrieprodukte vermag sich eine Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb aber nicht zu behaupten.

Die Keynesianer unterschlagen regelmäßig, dass eine Inselökonomie in einer global vernetzten Welt nicht funktioniert. Wir brauchen eine Ökonomie, die es erlaubt, dass ein Wirtschaftsraum in der Lage ist, sich (zur Not auch) autark zu ernähren. Dazu sind einzelne EURO-Länder nicht in der Lage. Zusammen wären sie dazu vielleicht in der Lage. Erst auf dieser Basis hat Europa die Möglichkeit, weltweite Handelsbeziehungen zum wechselseitigem Vorteil der Handelspartner zu knüpfen. Diese sind in einem Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus, immer weniger möglich, in dem ein Land dem anderem Land das Schwarze unter dem Fingernagel nicht gönnt. Nicht gönnen darf, um zu überleben. Dabei geht es sowohl um einzelne Länder wie um einzelne Subjekte:

Ein Beispiel:

Niedriglöhner in Frankreich oder Deutschland haben ein existentielles Interesse an Billigprodukten aus der Dritten und Vierten Welt, um sich mit ihren kargen Einkommen am Leben zu erhalten. Billig-Discounter wie Aldi und Lidl kommen diesen existentiellen Interessen entgegen. Wer gegen Billigprodukte Politik macht, macht gegen die Interessen von Niedriglöhner und Hartz-IV-Abhängigen Politik. Das sind Symptome der Austerität, die im Kapitalismus nachhaltig nicht zu vermeiden ist. Am Ende heißt es stets: Sparen, Sparen und noch mal sparen - in einer endlichen Welt, die immer mehr an Wachstumsgrenzen stößt.

Keynes ist also sehr wahrscheinlich keine Alternative zur Austerität, sondern zwingt über kurz oder lang zum Sparen, d.h. zur Austerität. Wir haben es hier mit einem unlösbaren Widerspruch (Aporie) zu tun, dessen Existenz ich in "Die Politisierung des Bürgers" mit weiteren Beispielen untermauert habe. An diesen Analysen sind Linke nicht besonders interessiert. Sie fühlen sich im Kapitalismus ganz offensichtlich zu wohl.

BB090 – Russland und USA einigen sich zulasten der EU

Hamburg, 21.07.2015

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: die aggressive EU-Politik im Fahrwasser der Amis gegen Russland ist gescheitert – zulasten der EU (vgl. **Q3**, **Q4**), d.h. die Kosten bleiben an der EU hängen, wegen der hohen Schuldenlast vieler Euro-Staaten v.a. an Deutschland. Die Amis und Russen sind fein raus, zumal wenn sie ihre Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten (v.a. Syrien) beilegen – gegen den IS. Die Amis wissen: ohne Russland läuft im Nahen Osten und in der Ukraine nichts. Diese Nachricht ist in die Holzköpfe maßgeblicher EU-Politiker, wenn überhaupt, zu spät angekommen.

Man hätte schon vor bald einem Jahr vermuten können: "Russen und Amis einigen sich im Ukraine-Konflikt auf eine sehr wahrscheinliche Teilung der Ukraine und zwar an der EU und v.a. an Deutschland vorbei." (Vgl. **BB-054**)

Nun zeigt sich: die Kosten eines hirnlosen EU-Assoziierung-Abkommens mit der Ukraine und einer damit verbundenen Sanktions-Politik gegen Russland werden die Kosten einer Griechenland-Rettung „um ein Vielfaches übertreffen“ (vgl. **Q1**), zumal der Einfluss der EU auf die Politik in der Ukraine, anders als in Griechenland, gleich Null ist. Eine semi-faschistische ukrainische Regierung lässt sich eben nicht so leicht disziplinieren, schon gar nicht erpressen wie z.B. die linke Regierung in Griechenland. Linke Regierungen haben gewöhnlich die Hosen bis zum Stehkragen voll, wenn's brenzlig wird. Und nennen dies dann „Verantwortung tragen“.

Natürlich: die Zeichen stehen im Euro-Raum auf Konfrontation gegen Merkel und Schäuble. Wenn sich Frankreich gegen Deutschland tatsächlich mit der Idee einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung mit den 6 EU-Gründungsmitgliedern, Schulden-Weltmeister Italien eingeschlossen, durchsetzen sollte (vgl. **Q2**), werden wir eine Transfer-Union bekommen, in der die EU-Länder ihre Schulden gemeinsam werden tragen müssen.

Die Linken werden jublieren. Der Jubel wird ihnen in wenigen Jahren im Halse stecken bleiben. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass es ein Pyrrhussieg gegen die bisherige Austerität sein wird. Unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten, bzw. nicht ersatzlos abgeschafft werden, wird man am Ende ums immer massivere Sparen nicht herumkommen. Das zeigt jetzt die griechische Entwicklung.

Schäuble weiß das und macht seinen Mund dagegen nur sehr verhalten auf. Er hat wohl – wie alle Ökonomen, Linke eingeschlossen – keine Vorstellung davon, dass es im Kern keine Differenz zwischen Neo-Liberalen (wie er einer ist) und Keynesianern gibt (vgl. **DP2**, S. 16ff), dass wir also einen grundlegend anderen Weg brauchen als die von Keynesianern oder Neo-Liberalen angemahnten Wege, einen dritten Weg, einen Systemwandel, der auf die Abschaffung des Kapitalismus zielt. Im Vorfeld zu einem Systemwandel würde wir vielleicht mit dem Vollgeld-Konzept (vgl. **BB-060**), das auf die Entmachtung der Banken zielt, noch mehr Zeit gewinnen.

Um diesen dritten Weg zu entwickeln, braucht es in der Tat Zeit, die wir im Falle einer Transfer-Union und Vollgeld-Konzept kaufen müssen, die aber auch für einen Wandel des Wirtschaftssystem genutzt werden müsste, damit dieser Kauf nicht im Desaster endet.

Wird die Zeit, wie gewöhnlich, einmal mehr nicht genutzt, werden auch Keynesianer am Ende um Austeritäts-Grausamkeiten nicht herumkommen. In drei Jahren, wenn das ESM-Hilfspaket für Griechenland ausläuft, werden sie wegen weiter exponentiell wachsender Schulden noch härter ausfallen als sie unter Kapitalverwertungsbedingungen heute schon unerträglich notwendig sind, so dass später friedliche Lösungen immer unwahrscheinlicher werden.

Quellen:

BB-054: Bürgerbrief: Putin und Obama einigen sich im Ukraine-Konflikt

<http://film-und-politik.de/BB-054.pdf>

BB-060: Bürgerbrief: Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft / Vollgeldkonzept

<http://film-und-politik.de/BB-060.pdf>

DP2: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2013

Q1: Deutliche Zeichen der Entspannung zwischen Obama und Putin

DWN vom 20.07.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/20/deutliche-zeichen-der-entspannung-zwischen-obama-und-putin/>

Q2: Frankreich kündigt radikale Vorschläge zur Neuordnung des Euro an

DWN vom 21.07.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/21/frankreich-kuendigt-radikale-vorschlaege-zur-neuordnung-des-euro-an/>

Ergänzend:

Q3: Sanktionen gegen Russland: Schwerer Schaden für deutsche Wirtschaft

DWN vom 24.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/23/deutsche-exporte-nach-russland-brechen-um-34-prozent-ein/>

Q4: Die Zeichen auf Sturm: Italien attackiert die EU und Deutschland

DWN vom 24.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/24/die-zeichen-auf-sturm-italien-attackiert-die-eu-und-deutschland/>

BB089 - Mit Schäubles Regeln in den Abgrund schlafwandeln?

Hamburg, 15.07.2015

Die Nachrichten zur Griechenlandkrise überschlagen sich; lassen das schlimmste befürchten. Sie zeigen deutlich, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise sich nicht mehr regional eingrenzen lässt; sie könnte in eine Katastrophe führen, die bei weitem nicht nur Griechenland trifft.(Vgl. **Q2, Q21**)

Es sind die viel beschworenen Regeln Schäubles, die das, was sie regulieren sollen, in die Luft sprengen, wenn – ja wenn die institutionellen Akteure, allen voran die EZB (vgl. **Q1**), nicht zur Besinnung kommen, um das zu tun, was notwendig ist, um Schlimmstes zu verhindern.

Dabei geht es nicht um eine Lösung, sondern um Zeit, um nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.(Vgl. **BB-088**) Voraussetzung ist, dass die Beteiligten über ihren Schatten springen und erkennen, dass sie bislang falsch gedacht und gehandelt haben.

Einsicht ist nicht sehr wahrscheinlich. Es herrscht Rechthaberei, wohin man blickt. Das verweist auf eine kranke Mentalität, die der auch von mir (in **BB-086**) kritisierte griechische Ex-Finanzminister Varoufakis anschaulich beschrieben hat; er hat ein kurzes Psychogramm des politischen Diskurses gezeichnet.(Vgl. **Q4**)

Krank bedeutet: Schäuble und Merkel wissen nicht, was sie tun, wenn sie Fakten für einen Grexit schaffen dadurch, dass sie den Griechen extrem harte Bedingungen für ihren Verbleib im Euro auferlegen und von ihnen exekutieren lassen, Bedingungen, die Tsipras zu seinem Leidwesen akzeptieren muss, um Schlimmstes zu verhindern.

Merkel und Schäuble schaffen Fakten für einen Grexit, weil sie ihn offen und transparent in der EU nicht durchsetzen können. Sie verkennen, dass ein hinterrücks betriebener Grexit unmittelbar in die ökonomische Katastrophe führen könnte. Damit müssen wir rechnen seit der Pleite von „Lehman Brothers“ im Herbst 2008, die eine weltweite Finanzkrise auslöste, die buchstäblich von heut' auf morgen entschärft werden musste.

Heute ist die Lage ungleich gefährlicher.(Vgl. **Q2, Q21**) Das alles scheint den Akteuren nicht klar zu sein. Wird man diesmal wieder sagen, dass Politiker uns in den Abgrund schlafwandeln? Wie damals in den 1. Weltkrieg?, so Christopher Clark unverantwortlich beschönigend in seinem Buch "Die Schlafwandler - Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog". Ich meine, die politisch Verantwortlichen wussten damals wie heute sehr genau, was sie tun: Menschen vernichten.

Quellen:

BB-086: Heldengesänge im Abgrund

<http://film-und-politik.de/BB-086.pdf>

BB-088: EU und ihre Politiker agieren wie geistig umnachtet - parteiübergreifend

<http://www.film-und-politik.de/BB-088.pdf>

Q1: Pflicht der EZB: Draghi muss Sturz Griechenlands in die Hölle verhindern

DWN vom 15.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/12/pflicht-der-ezb-draghi-muss-sturz-griechenlands-in-die-hoelle-verhindern/>

Q2: Ansteckungs-Gefahr: Italiens Schulden auf Rekordstand

DWN vom 15.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/15/ansteckungs-gefahr-italiens-schulden-auf-rekordstand/>

Q21: Italien ist der eigentliche Euro-Wackelkandidat

welt.de vom 07.08.2015

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

<http://www.welt.de/wirtschaft/article144873286/Italien-ist-der-eigentliche-Euro-Wackelkandidat.html>

Q3: Der Machtkampf ist eröffnet: Frankreich will Allianz gegen Deutschland
DWN vom 14.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/14/der-machtkampf-ist-eroeffnet-frankreich-will-allianz-gegen-deutschland/>

Q4: "Das vollständige Fehlen jeder demokratischer Skrupel". Politischer Quereinsteiger und Ex-Finanzminister Varoufakis über den politischen Betrieb
Telepolis vom 14.07.2015

<http://www.heise.de/tp/artikel/45/45437/1.html>

BB088 – EU und ihre Politiker agieren wie geistig umnachtet - parteiübergreifend
Hamburg, 12.07.2015

Im November 2012 schrieb ich in der Einleitung zu "Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral" (**DP2**), dass "die im Bundestag vertretenen Parteien" sich nach Kräften bemühten, "den Euro gegen die Wand zu fahren und sehr wahrscheinlich die EU gleich mit." Es herrsche "umfassende Orientierungslosigkeit, schichtübergreifend, auch und gerade unter Experten."

Übertrieben? Nun, genau so ist es gekommen. EU und ihre Politiker agieren mittlerweile wie geistig umnachtet: mental vollkommen überfordert, die Griechenland-Problematik konstruktiv in einem umfassenderen sozialen und ökonomischen Kontext zu diskutieren, geschweige denn Lösungen zu entwickeln. (Vgl. **Q1, Q2**)

In **DP2** versuche ich zu begründen, dass es im Kapitalismus keine Lösung gebe; man müsse zunächst Zeit kaufen, um Lösungen zu erarbeiten, die freilich nur nachhaltig seien, wenn jene Lösungen zugleich die Abschaffung des Kapitalismus einbeziehen würden. Diese Zeit würde man verstreichen lassen. Die Folgen liegen heute klar und deutlich, für alle sichtbar, vor. Und trotzdem streiten sich Experten wie Politiker immer noch wie die Kesselflicker (vgl. **Q8**) – an der Sache vorbei.

Die moralische Problematik geben die Texte (**Q1, Q2**) zutreffend wieder; freilich ohne dass man von ihnen im Hinblick auf nachhaltige Lösungen etwas Neues erführe. Sie beten wie gehabt die alte Leier nach, die in der falschen Alternative "Austerität oder Keynesianismus: Sparen oder (mehr) Schulden" besteht. Der Keynesianer würde, wie üblich, einwenden, dass längerfristig eine höhere Verschuldung durch Wirtschaftswachstum verhindert werde, die Gesamtverschuldung gar zurückgeführt werden könne.

Ein leider nur frommer Wunsch. Man wird, diesmal von heute auf morgen, durch mehr Schulden (plus 80 Mrd. €) einmal mehr Zeit gewinnen müssen, die sich in Zukunft allerdings von mal zu mal verringern wird, in der also immer dringender nachhaltige Lösungen gegen den Kapitalismus zu erarbeiten wären, um zukünftige Katastrophen zu verhindern – als da sind: Kriege, Flüchtlinge, Umweltzerstörungen, kurz: weltweit wachsende absolute Verelendung.

Man muss sich fragen, ob unsere (EU-) Politiker, allen voran Merkel und Schäuble, aber auch Linke wie Gysi, Wagenknecht, Syriza etc., denn alle verrückt geworden sind? Auch Linke wegen ihrer leerbegrifflichen Leisetreterei (vgl. **BB-086, BB-087**), die über mehr Schulden nicht hinauskommt, verknüpft mit dem leerbegrifflichen Prinzip "Hoffnung" auf mehr Wachstum, das die Schulden dann wieder zurückführen würde.

Ganz schlimm ist die Kriegshetze aus den USA: Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges "der USA mit China oder Russland" wachse, hört man von dort. (Vgl. **Q7**) Völlig ungerührt lässt der designierte Generalstabschef Joseph Dunford, also einer, der von der Obama Regierung in seinen Job gehievt worden ist, "bei einer Anhörung im Kongress" verlauten, dass Russland "die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit" darstelle, größer noch "als die Terrormiliz Islamischer Staat (IS)." Nach Russland komme China, dann Nordkorea und an vierter Stelle der IS. (Vgl. **Q3**)

Überhaupt Putin als gefährlicher als den IS hinzustellen, zeigt, dass Politiker den Bezug zur Realität verloren haben, nicht erst heute, auch deutsche Politiker, weil sie die US-Ansichten unwidersprochen stehen lassen, geschweige denn als hochgradig verantwortungslos ablehnen. Man kann sie nicht mehr kritisieren - einfach nur noch ablehnen.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Man kann die wachsende US-Kriegshetze, von der EU flankiert, mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zusammenbringen: Die USA fürchten einen wachsenden ökonomischen Bedeutungsverlust gegenüber China oder Russland (vgl. **Q5**), den sie militärisch zu begegnen suchen, auch indem sie Europäer in Stellung gegen Russland (siehe den Ukraine-Konflikt) und bald auch China bringen. Das sagen sie ganz offen, ohne dass hierzulande irgendein Politiker dies als brandgefährlich ablehnt. (Vgl. **Q6**)

Quellen:

BB-086: Bürgerbrief: Heldengesänge im Abgrund

<http://film-und-politik.de/BB-086.pdf>

BB-087: Bürgerbrief: Politiker an der Regierung machen mit faschistischer Gesinnung Politik

<http://film-und-politik.de/BB-087.pdf>

DP2: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2013

Q1: Eisberg voraus: In der Krise versagt die EU als Egoisten-Union

DWN vom 12.07.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/12/eisberg-voraus-in-der-krise-versagt-die-eu-als-egoisten-union/>

Q2: Euro-Zone akut gefährdet: Italien geht frontal auf Deutschland los

DWN vom 12.07.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/11/euro-zone-akut-gefaehrdet-italien-geht-frontal-auf-deutschland-los/>

Q3: US-General: Russland größere Bedrohung als IS-Terrormiliz

Welt.de vom 10.07.2015

http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article143804076/Russland-groessere-Bedrohung-als-IS-Terrormiliz.html

Q4: US-General warnt: Putin ist gefährlicher als der Islamische Staat

Focus.de vom 10.07.2015

http://www.focus.de/politik/ausland/islamischer-staat/us-general-warnt-russland-und-china-schlimmer-als-die-is-terrormiliz_id_4807638.html

Q5: US-Regierung zettelt Kriege an, um den Dollar zu retten

DWN vom 14.06.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/06/12/us-regierung-zettelt-kriege-an-um-den-dollar-zu-retten/>

Q6: Stratfor: USA wollen deutsch-russische Allianz verhindern

DWN vom 17.03.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/17/stratfor-usa-wollen-deutsch-russische-allianz-verhindern/>

Q7: Neuer Strategiebericht: US-Militär stuft Russland und China als Bedrohung ein.

Ein Krieg der USA mit China oder Russland? Die Wahrscheinlichkeit dafür wächst.

Spiegel.de vom 02.07.2015

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-militaer-stuft-russland-und-china-als-bedrohung-ein-a-1041660.html>

Q8: Griechenland und Eurozone: Streit zwischen Deutschland und Frankreich gefährdet Europa, TS vom 12.07.2015

<http://www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-und-eurozone-streit-zwischen-deutschland-und-frankreich-gefaehrdet-europa/12044910.html>

BB087 – Politiker an der Regierung machen mit faschistischer Gesinnung Politik
Hamburg, 08.07.2015

Die Entwicklung der veröffentlichten Meinung im Hinblick auf die Griechenlandkrise erzeugt Ängste. Traurig stimmt dabei, dass fast alle Menschen nicht nur in Deutschland auf Ihre Ängste mit Vernichtungsphantasien (gegen Griechen) reagieren: man möchte keine weiteren Hilfen. Sollen die Griechen doch verrecken, eine Einstellung, die sich besonders in Osteuropa ziemlich offen breit macht.

Gerade in Osteuropa gedeihen rechtsnationale Egoismen und Neidgefühle besonders gut. Diese werden rationalisiert, so dass sich in und hinter ihnen eine grausame deutsche Politik gut zu verstecken vermag, so beim Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder: man könne ärmeren EU-Staaten nicht zumuten, dass sie für griechische Schulden, bzw. dafür, dass Griechen über ihre Verhältnisse leben, zahlen; zumal diese sich aus eigener Kraft aus der Schuldenkrise befreit hätten.

Hört sich das etwa nicht vernünftig an? Dummes Zeug; richtig ist: Auf diese Weise wird nach dem Prinzip "teilen und herrschen" ein Land gegen das andere ausgespielt, Aggressionen hochgepeitscht, die irgendwann nicht mehr eingefangen werden können. Es wird Blut fließen. Man lässt es auf Hungerrevolten ankommen, wie jetzt schon in griechischen Flüchtlingslagern, weil die Griechen keine Euros haben, Nahrungsmittel für Flüchtlinge zu importieren.

Derweil hört man die üblichen Sprechblasen: Die griechische Regierung habe ihr Land heruntergewirtschaftet. »Ein Schuldenschnitt kommt nicht infrage«, zitiert die Badische Zeitung den lettischen Finanzminister Jānis Reirs. »Auch ein Blitzverfahren«, so Reirs weiter, »um den Europäischen Stabilitätsfonds ESM anzuzapfen, werde es nicht geben. Ein Grexit sei für Lettland kein Problem.«

Und dann ein Satz aus dem Munde des lettischen Finanzministers, der einem das Blut in den Adern gefrieren lässt: »Wenn in einem System ein Element nicht funktioniert, ist es für das System eher positiv, wenn dieses Element verschwindet.« (Q1) Menschen mit so einer, man muss schon sagen: faschistischen Mentalität, in Osteuropa weit verbreitet, sind argumentativ nicht erreichbar. Auf diese Mentalität berufen sich deutsche Politiker wie Volker Kauder, wenn sie ihre Politik zu Griechenland formulieren.

Man muss in dem furchtbaren Satz nur das Wort "Element" durch das Wort "Mensch" ersetzen und schon müssen Menschen verschwinden, damit es für das System positiv weitergehen kann. Das läuft auf eine faschistische Gesinnung hinaus. Mit ihr machen deutsche Politiker hierzulande Politik. (Vgl. Q3)

Der linken griechischen Regierung muss man vorwerfen, dass sie sich auf Verhandlungen mit Menschen, die eine offen faschistische Gesinnung aufweisen oder eine solche rationalisieren (salonfähig machen), eingelassen hat.

Vor sechs Monaten, nein: schon im Wahlkampf, hätte man der griechischen Bevölkerung klaren Wein einschenken müssen: dass es in und mit der EU keine Lösung für Griechenland gibt. Dann hätte man nach einem – wenn auch nicht sehr wahrscheinlichen erfolgreichen – Wahlkampf gleich zu Beginn den Ausstieg aus dem Euro betreiben können. Und man hätte dabei vielleicht in der EU bleiben können, um EU-Hilfen erhalten zu können, auf die man als strukturschwaches Land auch ohne Euro ein Anrecht hätte.

Heute wird das kaum mehr gehen; schlimmer: heute wird »Athen im Kern den Willen der griechischen Bevölkerung missachten« müssen, »die mit ihrem "Nein" im Referendum vom vergangenen Sonntag der Form nach ein spezielles Sparkonzept (...) zurückgewiesen hat.« (Q2)

Mit anderen Worten, die mental-sozialen Bedingungen für einen kontrollierten €-Ausstieg haben sich bis heute massiv verschlechtert; und werden sich mit jeder zusätzlichen (Pseudo-) Hilfe, mit oder ohne Schuldenschnitt, immer weiter verschlechtern; es sei denn, man kauft sich mit weiteren Hilfen Zeit für einen kontrollierten €-Ausstieg, anstatt Hilfen mit weiteren Hoffnungen auf einem zweifelhaften Verbleib im Euro zu verknüpfen. Dann wird man sich einmal mehr weder mental noch sozial noch ökonomisch auf einen €-Ausstieg vorbereiten.

Die Folgen sind jetzt schon katastrophal, wie der griechische Ministerpräsident Tsipras gerade hat verlauten lassen: Ein GREXIT würde das griechische BIP (Brutto-Inlands-Produkt) mit einem Schlag halbieren. Er weiß also, worauf er sich die ganze Zeit eingelassen hat. Auf ein Europa, das sehr wahrscheinlich sozial wie ökonomisch ohnehin scheitern wird. (Vgl Q4) Warum sagt er erst jetzt, was die Spatzen schon seit Jahren von den Dächern pfeifen – jetzt, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Er sagt es erst jetzt aus einem einzigen Grund: um politisch ein paar Monate an der Macht zu bleiben. Exakt das muss man ihm vorwerfen. Macht anzustreben, die keine ist. Tatsache ist: in sieben Monaten linker griechischer Regierung hat sich die Lage der griechischen Bevölkerung massiv verschlechtert. Hungerrevolten drohen nunmehr mit einem GREXIT. Vielleicht sogar ein Militärputsch. Peinlich: Um das Schlimmste zu verhindern, muss die griechische Regierung nun alle Spar-Vorgaben der Gläubiger erfüllen. (Vgl. Q2)

Quelle:

Q1: Keine Hilfe ohne Reform, Badische Zeitung vom 08.07.2015

<http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/keine-hilfe-ohne-reform--107381815.html>

Q2: Austerität oder Demokratie, german-foreign-policy vom 08.07.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59154>

Q3: Skandal im EU-Parlament: Merkel-Mann liefert brutale Hass-Rede ab, DWN vom 08.07.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/08/skandal-im-eu-parlament-merkel-mann-liefert-brutale-hass-rede-ab/>

Q4: Angela Merkel: Unter ihren müden Augen zerfällt die EU, DWN vom 08.07.15

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/08/angela-merkel-unter-ihren-mueden-auge-zerfaellt-die-eu/>

BB086 – Heldengesänge im Abgrund

Hamburg, 06.07.2015

Die Ereignisse um die Griechenlandkrise überschlagen sich, gleichwohl diese eigentlich nur Ausdruck einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist, deren Probleme sich prächtig auf Griechenland projizieren lassen. Griechenland ist zur Zeit der Buhmann in der EU, in den sich EU-Probleme prächtig projizieren, resp. verdrängen oder verleugnen lassen. Das lässt auf eine miese Mentalität verdrängender Bürger, v.a. ÖffentlichkeitsarbeiterInnen schließen. Diesbezüglich produzieren sich Linke nicht weniger mies als die meisten Normalbürger. Wie ist das zu verstehen?

Ein kurzer Blick in linke Internet-Foren reicht, um zu bemerken, das Linke beschönigen und projizieren (verdrängen), was das Zeug hält. Noch bevor die Meldung raus ging, dass der griechische Finanzminister Varoufakis von seinem Amt zurücktritt, sieht U. Gellermann in *rationalgalerie.de* »die Droh- und Verweigerungs-Szenarien der letzten Tage« in sich zusammengebrochen. »Eine neue Runde des Kampfes gegen das EU-Armuts-Diktat hat begonnen. Die Verhandlungsposition der griechischen Regierung ist deutlich gestärkt.« (Q1)

Von wegen Kampf. Richtig ist: es werden Almosen, u.a. Lebensmittel und Medikamente, nach Griechenland geliefert werden, aber keine Hilfspakete geschnürt, sowie keine Euros mehr geliefert werden an absaufende Banken, die man für andere marode Banken, zunächst in Italien, Portugal und Spanien brauchen wird.

Zwischendurch gibt man sich menschlich, "solidarisch" zur Beruhigung des schlechten Gewissens. Um dieses ist es bei genauerer Betrachtung nicht gut bestellt. Es kommt uneingestanden, also nur gedacht und nicht ausgesprochen (vgl. Q2), in Sätzen zum Ausdruck: "die Griechen haben selbst schuld; warum leben sie seit Jahrzehnten auch so massiv über ihre Verhältnisse" oder: "selbst schuld, wenn Flüchtlinge im Mittelmeer absaufen; warum lassen sie sich mit Hilfe krimineller Schleuser auch nach Europa verschiffen." Natürlich sind wir gar nicht so; wir versuchen sie ja dennoch vor dem Ertrinken zu retten.

Diese Mentalität ist erstens grausam und muss zweitens eingeübt werden und zwar in politischen Debatten, deren Teilnehmer wie Zuhörer das Grausame solcher Sätze in humanitäre Euphemismen kleiden. Dies auf der Basis substanzloser Analysen des sozial-ökonomischen Kontextes, der unberührt bleibt, weil Linke in und mit ihm regieren, Macht ausüben wollen, Macht im Interesse einer solidarischen oder sozialistischen Morgenröte, die man durch das NEIN zum Referendum angebrochen sieht. Nun, das Bedürfnis nach Brot und Spielen, resp. zu feiern ist unter Linken genauso bierselig ausgeprägt wie unter Fußballfans, wenn ihre Mannschaft mal gewinnt. Der Karter folgt dann immer auf dem Fuß.

Dabei haben die Griechen mit diesem NEIN zwar nicht ihr eigenes Grab geschaufelt, denn dieses ist im Kapitalismus unvermeidlich, doch es ist dadurch nicht weniger ein Grab, in das man sie hineinstoßen wird: Der Mensch, wir alle, exekutieren im Kontext von Projektionen, Verdrängungen und Euphemismen das, was im Interesse der Kapitalverwertung unvermeidlich ist und am Ende nicht nur die Griechen, sondern uns alle treffen wird.

Bis dahin will auch einer wie Varoufakis möglichst angenehm und auskömmlich leben, nicht nur materiell, sondern auch mental-euphemisch. Deshalb macht er sich schnell noch aus dem Staub mit der Begründung, er wolle mit seinem "Opfer" die Verhandlungsposition der Griechen gegenüber den Gläubigern stärken, wohl wissend, dass es nichts zu verhandeln gibt. Ein Heuchler vor dem Herrn. Für ihn bricht jetzt die

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Zeit an, seinen gestiegenen Bekanntheitsgrad, der ihm in der griechischen Regierung zugeflogen ist, zu vergolden. Mit Heldengesängen in der Niederlage Schön für ihn.

Quellen:

Q1: Griechenland sagt OXI. ¡Adelante España! y Podemos

<http://www.rationalgalerie.de/home/griechenland-sagt-oxi.html>

Q2: Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen

<http://www.film-und-politik.de/NGfP-MVS.pdf>

BB085 – Gefühle dürfen in Debatten keine alles beherrschende Rolle spielen

Hamburg, 03.07.2015

Es zeigt sich immer wieder, nunmehr im Fall Griechenland: Linke sind wie ihre politischen Gegner debattenunfähig – von ihrer mentalen Verfassung her (vgl. **Q3**) – und haben daher in Regierungen nichts zu suchen, noch weniger als ihre bürgerlichen Gegner, weil diese ganz bewusst ein alternatives Wirtschaftssystem nicht wollen. Linke plädieren uneingestanden auch nicht für ein alternatives Wirtschaftssystem. Sie wollen regieren; das können sie nicht, wenn sie den Kapitalismus abschaffen wollten. Daher bleibt ihnen vor einer Wahl nichts anderes übrig, als den Wählern das Blaue vom Himmel zu versprechen, das sie in der Regierung dann unmöglich einhalten können. So agieren Linke seit über 100 Jahren.

Dafür gibt es sehr wahrscheinlich einen Grund, der sich anhand der aktuellen Finanzkrise einmal mehr zeigt: für die Griechen gibt es keinen sozialverträglichen Ausweg aus der Finanzkrise. (**Q2**, vgl. **Q7**) Ernst Wolff ist in (**Q5**) als typischer Linker dieser Meinung nur eingeschränkt: eine Lösung ist in seinen Augen möglich, wenn man Griechenland internationale Hilfe und Solidarität gewähren würde; damit sie v.a. nicht vom Kapitalmarkt abgeschnitten würden.

Diese Argumentation hat einen Haken: so wie Griechenland geht es vielen Ländern; sie müssen wie Griechenland, wenn sie sich ernähren wollten, von wachsenden Schulden leben, wohlgemerkt: im Kapitalismus. Darüber habe ich einiges geschrieben (DP2, S.11-109, 203-209), das man zur Kenntnis nehmen kann, bevor man sich über meine These künstlich aufregt (siehe weiter unten), dass es im Kapitalismus für Griechenland keine Lösung gibt – zumal keine umfassende für die globale Finanzkrise, die im Kern eine verdrängte Wirtschaftskrise ist. (vgl. DP2, S. 203-209)

Mit anderen Worten: egal wie das Referendum am kommenden Sonntag ausfallen wird; die Griechen werden auf den Status eines Dritte-Welt-Landes zurückfallen (vgl. **Q7**), und zwar kurz-, mittel- und langfristig, weil ihre Wirtschaft noch weniger Wachstum zu generieren vermag als andere Länder. Ohne industrielle Grundlage haben sie nichts, was sie ins Ausland verkaufen können, um sich fortan mit weniger wachsenden Schulden als bislang zu ernähren.

Hier hat der Neoliberale Hans-Werner Sinn recht. Nur lehnt er es ab, in den Kategorien eines alternativen Wirtschaftssystems zu argumentieren. Er sagt u.a. bei Maybritt Illner (vom 02.07.2015) im ZDF sinngemäß:

Griechenlands Handels- und Leistungsbilanz würde immer negativ sein. Das treibt die Schulden exponentiell und in kürzester Zeit in die Höhe. Da würde kein Schuldenschnitt helfen; ich würde anders als Sinn hinzufügen: es würde auch keine Abwertung einer eigenen Währung helfen, auch keine effizientere Verwaltung, um z.B. mehr Steuern einzunehmen etc.

Richtig ist, dass der Kapitalismus generell, global gesehen, um wachsende Schulden nicht herum kommt. Die Chinesen spüren das auch schon. Ihre Wirtschaft ist zwar die stärkste der Welt, hängt aber auch immer mehr am Tropf wachsender Schulden, schon weil die chinesische Wirtschaft etwas weniger wächst als bislang.

Die Teilnehmer der veröffentlichten Meinung, Sinn eingeschlossen, sind unfähig, die eben in groben Zügen skizzierte Problematik zu diskutieren. Keine Partei zeigt auch nur ansatzweise eine argumentative Perspektive auf, die sagt, unter welchen ökonomischen (System-)Voraussetzungen der größte Teil der griechischen Bevölkerung nicht im Müll landen muss. Weil alle Seiten es ablehnen, die Systemfrage zu stellen; insbesondere Linke immer dann aufhören zu denken, wenn sie Regierungsmacht auch nur wittern. Dann sind sie zu einer unbestechlichen Analyse nicht mehr fähig (vgl. **Q3**) - wenn sie es

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

denn niemals waren, analysieren Linke doch seit jeher fundamental in den Kategorien von Macht und Gegenmacht - im Grunde seit Marx, der sich um Macht einen Dreck scherte.

Allerdings sind die Griechen, wie im letzten Bürgerbrief BB-084 vermerkt (**Q2**), nur das erste Schwein, das vom Kapital auf die Schlachtbank geführt wird. Das zeichnet sich jetzt, von der Troika böseartig ignoriert, unbestreitbar ab. (Vgl. **Q7**) Andere Länder werden folgen, erst langsam und schließlich immer schneller. Um diese Wahrheit windet sich die linke Regierung in Griechenland herum. Sie macht dabei keine gute Figur; sie sagt nicht konsequent, was sie will: erst lehnt sie die Troika als Verhandlungspartner ab, um sich dann doch mit ihr an einen Tisch zu setzen und der deutschen Regierung auf die widerlichste Weise in den Arsch zu kriechen. (**Q6**) Dabei legt sie ihre Weichteile frei, in die ihre Gegner dann genüsslich hineinstecken können.

Zumal linke Regierungen keine klare Linie vorgeben. Man muss die Troika als Verhandlungspartner gar nicht ablehnen, wenn es klare Positionierungen gibt, die nicht bei Bedarf in Frage gestellt werden: keine Verhandlungen, und zwar gar keine, mit wem auch immer, solange weitere Spardiktate nicht vom Tisch sind. Punkt. Dann lieber raus aus dem Euro, vielleicht sogar raus aus der EU und mit Russen und Chinesen zusammenarbeiten, sich ggf. den BRICS-Staaten anschließen.

Solche klare Aussagen gibt es nicht; stattdessen öffentliche Verwirrung; schon weil man sich innerhalb der linken griechischen Fraktion nicht einig ist. Man windet sich um den heißen Brei herum; zeigt seine Weichteile, in die der Gegner sadistisch hineinstecken kann. Es geht darum, zu verletzen, nicht zu argumentieren: »Die deutsche Presse (...) nennt den Regierungschef Griechenlands einen "Teppichhändler" (...) Bei der griechischen Bevölkerung handele es sich "um eine Mischung aus Slawen, Byzantinern und Albanern".« (**Q1**)

Man will keine Lösung. Ohne konstruktiv-ehrliche Debatte auf der Basis gemeinsamer Werte kann es diese nicht geben. Mir ist keine öffentliche Debatte bekannt, die auf der Basis eines verbindlichen Allgemeininteresses an einer sozialverträglichen Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise interessiert wäre.

Ein solches Allgemeininteresse existiert nicht ausdrücklich, sondern implizit. (Vgl. **Q3**) Es besteht darin, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten: Bevor der Bürger soziale (Grund-)Rechte (keine Armut, körperliche Unversehrtheit, kein Arbeitszwang) in Anspruch nehmen darf, muss der Beweis seiner Mehrwertfähigkeit erbracht sein. Ist er nicht mehrwertfähig, und der Grieche ist es dem Augenschein nach nicht, gehört er auf den Müll. Diese Regel setzt sich (**Q7** zufolge) immer brutaler durch: die Griechen sind nur die ersten, die es trifft. Wir werden ihnen folgen. Selbst die Chinesen werden am Ende nicht verschont, nachdem sie den Rest der Welt niederkonkuriert haben. So weit werden die USA/EU es nicht kommen lassen. Es steht zu befürchten: bevor sie diese Erfahrung (des ökonomischen) Niedergangs machen, werden sie die Welt in Schutt und Asche legen. (Vgl. **Q4**)

Aber auch viele Linke, insbesondere die, die in der Öffentlichkeit eine, wenn auch nur kleine, Rolle spielen, sich also für bedeutend halten dürfen, sind unfähig, eine Debatte zu führen, in der Argumente eine Rolle spielen. Das können sie nur dann, wenn sie nicht komplett gefühlstündig sind, d.h. Gefühle (Gefühlsausbrüche; den anderen verletzen wollen) die alles beherrschende Rolle spielen. Das tun sie auch dann, wenn Argumente totgeschwiegen werden, bzw. man meint, man müsse sie totschweigen im Interesse "höherer Werte", wie z.B. den Sieg der Arbeiterbewegung, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass sie gescheitert ist. Im Scheitern sind Linke Experten: sie schweigen. Wo sie nicht schweigen, passiert es leicht, dass sie durchdrehen – ausschließlich verletzen wollen. Es kann ja sein, dass Ausdrücke, in die man Argumente kleidet, verletzen, aber muss man deshalb verletzen **wollen**?

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Ich möchte die Problematik anhand einiger Beispiele: Reaktionen auf meinen letzten Bürgerbrief (vgl. Q2), illustrieren: Auf den reagierte ein Dr., der in linken Foren wie NDS (nachdenkseite.de) zu Hause ist, wie folgt:

»bitte mich aus dieser schwachsinnigen mailingliste streichen, in die ich nie gefragt wurde aufgenommen zu werden!«

Darauf antwortete ich: »Warum nicht einfach nur raus wollen aus dem Verteiler? lieber Herr NN, so schlimm kann es doch nicht gewesen sein.«

Nun, Gefühlsausbrüche sind vollkommen legitim; sie erschrecken mich immer wieder, verletzen mich aber nicht mehr wie früher; schon gar nicht, wenn sie mit wenigstens einem Argumenten unterfüttert werden, auf das man reagieren kann. Allein sich um Argumente zu bemühen, ist aner kennenswert.

Eine andere Stellungnahme bemühte sich wenigstens um Argumente:

»Lieber Franz Witsch,

Ihre heutige Aussendung nehme ich zum Anlass, den weiteren Bezug Ihres Bürgerbriefes abzubestellen. Der Text, den Sie abliefern, stellt lediglich eine klassisch-altmarxistische Nabelschau dar, über die sich Karl, würde er heute leben, wahrscheinlich gemeinsam mit Varoufakis totlachen würde.

Die Spielregeln auf diesem Planeten haben sich seit dem Weberaufstand verändert. Da mutet es grotesk an, wenn Sie "gönnerrhaft" erklären, Sie gönnerten den Chinesen und allen BRICS-Staaten ihren Aufschwung ja, als hätten die zufällig bei einer Wohlfahrtslotterie den Hauptpreis gezogen, den Sie als Hauptsponsor zur Verfügung gestellt hatten.

Es ist auch in keiner Weise begründbar, was Sie als unsolidarisch empfinden, wenn die Griechen versuchen, ihre Guthaben auf Bankkonten in Euro-Scheine umzuwandeln, bzw. sie auf Auslandskonten zu parken.

Das Geld, das die sich da holen, ist nicht "Staatseigentum", es ist kein "gesellschaftliches" Vermögen, sondern nach wie vor Privateigentum. Privateigentum, dessen Rettung - so sie denn auf diesem Wege gelingt - immerhin dafür sorgt, dass nach dem Crash, und nach der Umstellung auf die Drachme, noch Euro-Liquidität verfügbar ist, die sonst womöglich von den Institutionen mit einem Schlag hätte vernichtet werden können.

Lieber Herr Witsch, lange Zeit habe ich in Ihren Texten zwischen viel abgedroschenem Stroh doch immer noch eine kleine Weisheit gefunden, die für das mühsame Durchforsten ideologischer Indoktrination entschädigen konnte.

Heute kann ich nur noch sagen: Das schlägt dem Fass die Krone ins Gesicht - ich mag nicht mehr.

Dennoch - und ganz ohne negativen Unterton: Vielen Dank für die Arbeit, die Sie bisher geleistet und unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben. Mit besten Grüßen, NN«

Ich antwortete wie folgt:

»Lieber NN, gern nehme ich Sie aus dem Verteiler und möchte mich für Ihre argumentative Kritik ausdrücklich bedanken.

Nur ein Satz zum Wort "Solidarität": Wer auf der Politik-Seite meine Texte/Vorträge gelesen hat, wird feststellen, dass es Gründe der strukturellen Gewalt gibt, die die Menschen darin hindern, solidarisch miteinander zu verkehren. Strukturell bedeutet: wir sind alle betroffen. Das kann man uns Menschen nicht verübeln, weil in unserer Gesellschaft, wie sie in Ihrer Kritik an mich selbst sagen, jeder zusehen muss, wo er bleibt, ggf. gegen andere - seelisch wie materiell. Dies nicht zu gewahren, führt in selbstgefällige Heuchelei.

Ich glaube, es würde sich für Sie lohnen (ich kenne viele Ihrer Texte), meine Texte, vor allem aber meine Bücher unter diesem Gesichtspunkt zu lesen, vor allem "Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral", in dem ich auf 100 Seiten Marx-Interpretation durchaus keine "alt-marxistische Nabelschau" betreibe. Wenn Sie das so sehen, dann sehen Sie das durchaus anders als manch anderer, der seine Marx-Kompetenz nachweislich unter Beweis gestellt hat.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Ich wünsche Ihnen alles Gute für Ihr weiteres Engagement für die "gute Sache" einer sozialverträglichen Wirtschaftsordnung. Ihr Engagement erkenne ich durchaus nicht gönnerhaft an.«

Der letzte Kommentar stellt Behauptungen auf, die zu belegen er nicht gewillt ist. Es gibt auch keine Verweise auf eine differenziertere Argumentation, die belegen könnten, dass er sich mit meinen Büchern oder im Internet einsehbar Texten auseinandergesetzt hat oder auseinandersetzen will. Der Autor will einfach nur sein Mütchen kühlen – in einem ruhigen, gleichwohl pseudo-sachlichen Ton, der dann tatsächlich um Gönnerhaftigkeit nicht herumkommt.

Nun, falsche Töne sind legitim; sie verstecken zuweilen Gefühle der Aggression, jemanden verletzen zu wollen. Das lässt sich oftmals nicht vermeiden; schließlich spielen Gefühle im Leben, so auch in Debatten, eine große Rolle; sie dürfen eben nur keine alles beherrschende und schon gar nicht "abschließende", alles zuschießende Rolle spielen.

Quellen:

DP2: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2013

Q1: Das Referendum als Chance, [german-foreign-policy.de](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59150) vom 03.07.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59150>

Q2: BB-084 Der IWF als williger Vollstrecker

Link: <http://www.film-und-politik.de/BB-084.pdf>

Q3: Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen

<http://www.film-und-politik.de/NGfP-MVS.pdf>

Q4: US-Militär stuft Russland und China als Bedrohung ein. Ein Krieg der USA mit China oder Russland? Die Wahrscheinlichkeit dafür wächst

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-militaer-stuft-russland-und-china-als-bedrohung-ein-a-1041660.html>

Q5: Ernst Wolff, Griechenland: Nach dem Referendum in die Katastrophe
KNW vom 3.7.15

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/griechenland-nach-dem-referendum-in-die-katastrophe>

Q6: BB-075: Es gibt für Griechenland weder Plan noch Lösung

<http://www.film-und-politik.de/BB-075.pdf>

Q7: Euro-Krise: IWF-Analyse zeigt Desaster von historischem Ausmaß

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/07/02/euro-krise-iwf-analyse-zeigt-desaster-von-historischem-ausmass/>

BB084 – IWF als williger Vollstrecker

Hamburg, 28.06.2015

Mal Hand aufs Herz; es war keine große Überraschung, dass man die Griechen in den Konkurs geschickt hat. Merkel und Schäuble wollten es; sie hatten ihren willigen Vollstrecker, den IWF, hinter dem sie, die EU und nicht zuletzt die EZB sich verstecken, ihre Hände in Unschuld waschen konnten. Am widerlichsten ist das Getue von EZB-Chef Draghi, der nunmehr, nachdem das Kind im Brunnen, Verständnis für Tsipras und die griechische Bevölkerung heuchelt.

Was aber das wichtigste ist: die anderen südeuropäischen Länder und auch wir im Norden werden das Exempel an Griechenland verstehen, auch die Griechen, wenn sie am nächsten Sonntag ihr Referendum abhalten werden: die Bevölkerung wird sehr wahrscheinlich mit überwältigender Mehrheit das Programm der Troika gutheißen, nachdem sie an den Bankautomaten nur noch Kleinstbeträge werden abheben können.

Man wird sehen, dass eine ganze Generation junger Menschen unmittelbar im Müll landen. Das wird man in anderen Ländern verstehen. Mit diesem Exempel wird sich zeigen: es gibt keine Solidarität, auch nicht in Länder wie Italien, Spanien oder Portugal. Die werden nunmehr den Vorgaben von EU und EZB viel williger gehorchen.

Und wie es aussieht, gibt es in Griechenland unter der Bevölkerung auch keine Solidarität. Jeder kratzt noch schnell zusammen, was die Bankautomaten so hergeben, bevor sie möglicherweise in wenigen Tagen ganz schließen.

Die Figur, die Tsipras und seine Regierung abgegeben, ist auch nicht gut. Sie verstecken ihre Verlogenheit hinter dem Referendum, um zu retten, was zu retten ist: ihre (Regierungs- und Parlaments-) Macht oder das, was sie dafür halten.

Seit die griechischen Linken an der Regierung sind, unterlassen sie es, der Bevölkerung klaren Wein einzuschenken, dass es nämlich im Kapitalismus keine Rettung gibt. Stattdessen tun sie so (wie alle Linken in Parlamenten und Regierungen zusammen mit ihren linksgestrickten Kliqueuren), als gäbe es im Kapitalismus eine Lösung. Gerade ist mir eine Werbe-EMail zu einer linken Studie zugegangen, die diesen Unsinn noch verdoppelt. Sie steht unter der Überschrift:

Umbruch im globalen Kapitalismus. Abstieg der G7-Metropolen – Aufstieg der Schwellenländer. Der Link dazu lautet:

<http://afsanebahar.blog.de/2015/06/27/isw-20604623/> (veraltet)

http://www.scharf-links.de/43.0.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=51149&cHash=39acb14f74

Der Werbespot hört sich nicht vielversprechend an. Dort heißt es u.a.:

»Die BRICS-Länder, die Schwellenländer des Südens, werden zur dominierenden wirtschaftlichen Größe, haben aber mannigfache Schwierigkeiten, eine geschlossene politische Einheit zu werden. Diese Verlagerung in der globalen Machtstruktur bietet jedoch die Chance für eine alternative Weltordnung, ein multilaterales Gefüge ohne die Dominanz des Westens.

Der Westen will diese Machtverlagerung mit allen Mitteln verhindern. Die USA und die EU mit ihrer Vormacht Deutschland entwickeln ein Konzept des „kooperativen Imperialismus“. Dies schließt den Aufbau und die Androhung militärischer Gewalt ein. Als Hauptgegner in den Militärstrategien des Westens gelten Russland und China. Die Gefahr eines großen Konflikts wächst.“«

Ich habe mir abgewöhnt, so einen Scheiß zu bestellen und zu lesen: Der Werbe-Text lässt vermuten, dass die Studie über Halbwahrheiten einmal mehr nicht hinauskommt:

Es ist wahr, dass mittlerweile insbesondere China die USA (real-)wirtschaftlich überholt hat. Und das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht: Spätestens in 10 Jahren

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

werden auch wir in der EU dies schmerzhaft zu spüren bekommen. Dann wird es in Deutschland vermutlich keine mittelständische Industrie mehr geben. Die Chinesen werden alles besser und billiger produzieren, wenn – ja wenn es mit der ökonomischen Verflechtung zwischen Ost und West weitergeht wie bislang.

Mit der wachsenden Verflechtung soll jetzt Schluss sein. Das ist der eigentliche Grund der von den USA und der EU inszenierten (z.T. kriegerischen) Konflikte mit Russland und China. Sie haben zum Ziel, Ost und West ökonomisch zu entflechten. Dadurch wird sich hierzulande eine Wagenburg-Mentalität auch in der Bevölkerung entwickeln, um unsere (mittelständischen) Industrien zu schützen, damit in Deutschland auch in 10 Jahren noch Maschinen und Autos produziert werden. Das ist das unmittelbare Interesse der Bevölkerung und auch das uneingestandene Interesse der Linken, die zusammen mit den Gewerkschaften so tun, als gäbe es, global gesehen, im Kapitalismus eine Lösung der ökonomischen und sozialen Probleme. Sie kann es, wenn überhaupt, nur geben, wenn wir den Kapitalismus abschaffen.

Nun, und die oben angesprochene Studie tut einmal mehr so, als würde die Welt von den aufstrebenden Schwellenländern gerettet (vor 40 Jahren glaubten wir an die Peking-Rundschau), zumindest besser werden. (Vgl. auch **Q1**)

Nichts als Ausländer-Folklore. Um nicht falsch verstanden zu werden: ich neide den BRICS-Ländern ihren Aufstieg ganz und gar nicht; bin aber überzeugt, dass unter ihrer Führung (wenn USA/EU es denn dazu kommen lassen und die Welt vorher nicht in Schutt und Asche legen) die Welt sozial keineswegs besser und friedlicher werden wird.

Merke: die Griechen sind nur das erste Schwein, das der Kapitalismus zur Schlachtbank führt. Dies im letzten halben Jahr öffentlich nicht konsequent kommuniziert zu haben, ist das eigentliche soziale Verbrechen der linken griechischen Regierung, insbesondere unseres griechischen Super-Ökonomen Varoufakis. Früher hat er große Reden gegen den Kapitalismus geschwungen, ohne zu kapieren, wovon er spricht, damals, als ihm nach niemand zuhörte. Heute, als Finanzminister in der griechischen Regierung, hängt die Welt an seinen Lippen, und was hat er daraus gemacht? Er sonderte nur Unsinn ab, halt das, was alle sagen, und jammert jetzt rum, weil ihm unter den Schweinepriestern des herrschenden Systems keiner glaubt. Warum also nicht gleich Klartext reden?

Quelle:

Q1: Das Orakel der „Delphi-Initiative“: Raus aus dem Euro – statt rein in einen neuen Versailler Vertrag. Peter König in einem Interview mit KenFM

KNW vom 08.07.2015

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/kenfm-am-telefon-peter-koenig-zum-nein-in-griechenland-und-ueber-die-zukunft-des-landes>

BB083 – Tucholsky 1931 in der Weltbühne: Soldaten sind Mörder

Hamburg, 27.05.2015

Ich möchte den interessierten LeserInnen einen Text zur Kenntnis geben, der die Wahrscheinlichkeit nahelegt, dass westliche Geheimdienste unter der Führung der USA den Terrorismus ganz bewusst fördern. Titel und Link zum Text lauten:

USA haben Entstehung des Islamischen Staats bewusst nicht verhindert

DWN vom 25.05.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/05/25/usa-haben-entstehung-des-islamischen-staats-bewusst-nicht-verhindert/>

ergänzend: Vom Nutzen des Jihad

GFP vom 27.05.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59123>

Dass der Westen den Terror fördert, sollte man nüchtern und unaufgeregt feststellen, um sich die Lebensfreude zu erhalten. West-Regierungen sind eben so: zutiefst kriminell.

Wir haben es im Westen, wie damals schon in der Weimarer Republik, mit Geheimdiensten zu tun, die als Staat im Staate agieren. In der Weimarer Republik gab es Freikorps. Sie setzten sich aus Soldaten aus dem 1. Weltkrieg zusammen, die kurz nach dem Ersten Weltkrieg keine Arbeit fanden. Sie nahmen im Auftrag u.a. der SPD-Regierung (Ebert, Noske) Massenerschießungen vor, angeblich um die Revolution zu verhindern, demokratische Verhältnisse zu garantieren, während de facto auf diese Weise der spätere Faschismus vorbereitet wurde.

Sogenannten demokratische Parteien, einschließlich der KPD, waren außerstande, in der Öffentlichkeit offensiv und in sich schlüssig gegen faschistische Gewaltakte zu argumentieren, eben weil sie selbst vor Mord und Totschlag nicht zurückschreckten. Man kann eben den Teufel mit dem Beelzebub nicht austreiben. Genauso geht man heute vor, mehr im Geheimen und schlimmer: Man fördert Gewaltexzesse (vorerst noch) im Ausland, namentlich den islamischen Staat, vordergründig um z.B. das syrische Assad-Regime zu bekämpfen.

Dieser Grund ist nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit will man den Terror, um die Totalüberwachung gegen Bürger zu legitimieren, falls dieser später doch zu aufmüpfig werden sollte - angesichts dessen, dass der ökonomische Spielraum immer enger wird und auch bewusst immer enger gestaltet wird. So wie zur Zeit in England durch die konservative Regierung. Wobei Linke, da sollte man sich nichts vormachen, jede soziale Schweinerei mitmachen. Das legt jedenfalls der folgende Text nahe. Titel und Link lauten:

Britannien: Nach dem Wahlsieg der Konservativen

KNW vom 24.05.2015

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/britannien-nach-dem-wahlsieg-der-konservativen>

Mittlerweile, so steht zu befürchten, ist das Kind im Brunnen. Die Gewaltexzesse werden zunehmen - mit kleinen Unterbrechungen, die als Alibi für Politiker dienen, die gern so tun, als täten sie etwas gegen die Gewalt. Bisweilen tun sie ganz entsetzt, z.B. darüber, was Geheimdienste so alles machen. Allen voran unser grüner Vorzeigedemokrat Ströbele, dessen professionelles Gejammer nur noch nervt.

Ströbele verschafft sich und anderen Parlamentariern das Alibi, das sie brauchen. Zur Zeit wollen sie Geheimdienste besser kontrollieren. Nichts als Heuchelei. Kontrollmöglichkeiten gibt es schon; sie werden nur nicht ausgeschöpft. Richtig ist: Was

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

man nicht sehen oder tun will, sieht und tut man bei noch so viel Kontrolle auch nicht. Besonders wenn Regierungsverantwortung winkt oder wenn man sich im Vorfeld zur Regierungsverantwortung als regierungsfähig gerieren möchte.

So wie die SPD kurz nach dem Ersten Weltkrieg, zu Beginn der Weimarer Republik. Sie wollte nicht sehen, dass Massenerschießungen (auf demonstrierende Bürger) die Gewalt ins Uferlose treiben muss - was dann ja auch geschah, als während der Weltwirtschaftskrise 1929/33 der ökonomische Spielraum für immer mehr Bürger immer enger wurde.

Heute ist es sehr wahrscheinlich nicht anders, vielleicht schlimmer, weil angeblich im Geheimen durch Geheimdienste, gegen die angeblich kein Kraut gewachsen ist, so dass sie ungehindert dafür sorgen können, dass Massenmörder im Nahen Osten aufgepäppelt werden.

Man sollte sich nicht vertun. Massenmörder sind auch bei uns in Deutschland zuhause. Noch allerdings verbietet das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Wer weiß wie lange noch. Finanzminister Schäuble jedenfalls plädiert schon lange dafür, dass Soldaten auch bei uns das tun können, wofür sie bezahlt werden: Morden. Wie sagte Kurt Tucholsky 1931 noch gleich? ach ja: „Soldaten sind Mörder“.

BB082 – Für Griechenland gibt es keine Lösung im Kapitalismus

Hamburg, 16.05.2015

Dass es für Griechenland unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten, keine Lösung für ihre Finanzprobleme gibt, hätte man schon vor sieben Jahren wissen können, als die Lehmann-Pleite die Finanzmärkte an den Rand des Zusammenbruchs trieb - mit massiv bedrohlichen Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Das dem so ist, dämmert heute auch den Linken, namentlich dem griechischen Finanzminister Varoufakis.(vgl.Q1)

Linke brauchen ganz offensichtlich besonders lange, bis der Groschen fällt, gewöhnlich länger als sogenannte Neoliberale, denen es viel leichter fällt, in den Kategorien der Kapitalverwertung zu denken, freilich nur in dem Sinne, dass sie zu dieser keine Alternative sehen. Auch der Linke glaubt, dass es diese Alternative nicht geben muss, wenn man das Kapital nur gehörig mit Hilfe von Keynes zivilisiere, eben weil es bequem für Regierungsbeteiligungen und Wahrung politischer Machtpositionen ist.

Aus machtstrategischem und politiktaktischem Kalkül darf es für Linke keine Alternative zur Kapitalverwertung geben. So agieren sie (auch Kommunisten) seit 150 Jahren. Darüber hat sich schon Marx sehr abfällig geäußert. Dafür schimpft und jammert der Linke um so fleißiger gegen das Kapital und seine Repräsentanten; insbesondere beklagen sie die Gier nach Profit.

Dümmer geht's nicht. Schon für Marx galt: Nur totes Kapital ist gutes Kapital. Wie heißt es noch gleich ergänzend auf der Rückseite meines Buches "Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle" (vgl.Q5)?

Ach ja: Die Mehrwertfähigkeit des Subjekts dürfe nicht das entscheidende Kriterium seiner sozialer Existenz sein. Das ist ein Plädoyer für eine Ökonomie ohne Mehrwert.

In der Tat muss es im Interesse einer sozialverträglichen Ökonomie (nicht nur für Griechenland, sondern auch für Europa und die restliche Welt) um die Abschaffung des Mehrwerts gehen – nicht zu verwechseln mit einem sozialverträglichen Mehrprodukt, das sich vom Mehrwert begrifflich darin unterscheidet, dass eine sozialverträgliche Ökonomie das Mehrprodukt nicht zwanghaft braucht (Wachstumsfetisch), um Sozialverträglichkeit für alle zu garantieren.

Die begriffliche Differenz zwischen Mehrwert und Mehrprodukt hat Marx in den drei Bänden seines Hauptwerkes "Das Kapital" nicht ausdrücklich betont (vgl.Q3, S. 88f); sie lässt sich aber mit etwas gutem Willen aus seinen Analysen herauslesen.

Doch schon Lesen und Interpretieren sind zuviel für einen Linken. Stattdessen sondert er – ausschließlich! – (private) Befindlichkeiten ab. Schön und gut: mit der Äußerung eines (privaten) Gefühls (Enttäuschung, Aggression, Lob etc.) beginnt jede Analyse; aber der Analytiker darf es dabei nicht belassen; namentlich technisch-ökonomische Kategorien zu vermoralisieren (hypostasieren): das Finanzkapital sei zu gierig, es müsse regulativ in seine Schranken gewiesen werden; und: der Unternehmer behalte zuviel Mehrwert und gebe dem Arbeiter zuwenig davon ab.

Deshalb müssen Löhne und Einkommen rauf, innerhalb Europas am besten (durch Gewerkschaftskampf/-solidarität) im Gleichschritt, so dass die Wettbewerbsfähigkeit (Import/Export) sich innerhalb Europas angleiche: der griechische Arbeiter genauso viel wert ist wie der Deutsche.

So wollen es Linke wie Kapital-Eigentümer in holder Eintracht, unbenommen davon, dass das Kapital ständig über zu hohe Lohnforderungen jammert. Das heißt aber nur, dass das Jammern zum Geschäft gehört. Schließlich braucht der Linke einen Knochen, an dem

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

er sich abarbeiten kann. Den bekommt er von der vom Kapital gesteuerten Öffentlichkeit geliefert (systematische Desinformation), und der Linke ist so gehorsam wie ein gut dressierter Köter und hört zu nagen nicht auf.

Nichts gegen höhere Löhne, höhere Lohnersatzleistungen, Renten, Hartz-IV-Leistungen etc., doch: all dies verringert die Mehrwertfähigkeit des Bürgers, die für meine Begriffe schon lange nicht mehr existiert, so dass man sie über wachsende Schulden simulieren muss. (Q3, S. 204-208)

Simuliert man den Mehrwert nicht, landen Menschen auch in Europa umstandslos im Müll, bald auch in Deutschland, in der Dritten und Vierten Welt grassieren Hunger und andere Katastrophen ohnehin; die Menschen dort müssen ausbaden, dass die Mehrwertfähigkeit global – v.a. bei uns – gegen Null geht, zumal immer massiver durch Schulden simuliert werden muss. (Q3, S. 207f) Deshalb nehmen auch in Deutschland / Europa die Armut, die Produktion von Unsinn zu, v.a. Rüstungsproduktion und Kriege.

Unsinnproduktionen tragen zur Mehrwertproduktion nichts bei; sollen sie auch nicht. Wesentlich ist, dass sie die Einkommen der Privilegierten absichern, zu denen bei uns – im Vergleich zu südeuropäischen Arbeitslosen – auch Hartz-IV-Bezieher gehören, sofern man ihre Leistungen nicht kürzt oder ganz streicht (weil sie ihren Arsch nicht hoch kriegen).

Kurz: das kapitalistische Wirtschaftssystem ist zynisch, weil es Unsinnproduktionen braucht, um Einkommen und den Sozialstaat (heute mehr schlecht als recht) abzusichern.

Diese Erkenntnisse sind nicht neu, heute aber ausgerechnet unter Linken nicht präsent. Das sieht man an Aussagen, die auch der Neoliberale Hans-Werner Sinn unterschreiben würde: man müsse die Kosten der Finanzkrise denen in Rechnung stellen, die sie verursachten: der Finanzindustrie (Sinn: Banken insolvenzfähig machen), zu der übrigens auch die Allianz gehört, also der Normal-Bürger, wenn er bei Allianz z.B. eine Kapitallebensversicherung unterhält, mit der er seinen Lebensabend bestreiten will. Bald vielleicht eine leider nur noch eine schöne Vorstellung.

Mit anderen Worten. Ist der erste Stein einer Dominokette einmal umgefallen (Bank- oder Staatsinsolvenz), trifft es uns Normalbürger; nicht nur die, die eine Lebensversicherung unterhalten.

In den Begriffen von Marx übersetzt heißt das: das Wertgesetz setzt sich, sobald die Schuldenblase platzt, mit einem Schlag durch. Dann wird es zu einer Monsterkrise kommen, in dem Maße, wie Mehrwertkrisen glattgebügelt werden dadurch, dass man den Mehrwert durch wachsende Schulden (deficit spending) simuliert (vgl. Q2, S. 28). Es gibt ja schon lange keine "wirklichen" Wirtschaftseinbrüche mehr (wie noch 1929/30), dies dank Keynes, dem wir wachsende Unsinnproduktionen zu verdanken haben: lieber Bau von Pyramiden als unzureichende Nachfrage, so sagte er einmal.

Vor allem muss die Nachfrage nach Krediten aufrechterhalten bleiben. Die Banken dürfen ihr Geld nicht bei der Zentralbank parken, weil es aus der freien Wirtschaft nicht zureichend, vor allem solvente Kreditnachfrage gibt: Das (billige) Geld, das die (Zentral-)Banken in die Wirtschaft geben, bedarf einer Nachfrage (nicht nur aus der Finanzindustrie zu spekulativen Zwecken), die, wenn sie aus der freien Wirtschaft nicht kommt, vom Staat kommen muss, eben damit die Banken das Geld nicht auf Zentralbank-Konten parken.

Nur dass die permanente Kreditnachfrage vom Staat, wenn sie nicht aus der freien Wirtschaft kommt, zwar Arbeitsplätze erzeugt, dies irgendwann aber auch durch wachsende Unsinnproduktionen, zumal wenn sie sich gut – wachstumsfördernd – verkaufen lassen, was zugleich die wachsende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen mit

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

sich bringt, desweiteren wachsenden Hunger und die Zerstörung von Umweltressourcen (u.a. die Zerstörung der Regenwälder).

In diesem Zusammenhang ist die politische Forderung, Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen (von den Grünen in die Welt gesetzt, von den übrigen Parteien übernommen), geradezu rührend, sowie der Keynesianismus eine wirtschaftstheoretische Farce darstellt.

Rührend unter der Voraussetzung, dass die Regeln der Kapitalverwertung gelten. Mit Keynes bleiben diese unangetastet. Deshalb konnte er sich durchsetzen. Heute zeigt sich, dass er zum Neoliberalismus keine Alternative darstellt, ja dass sich Keynesianismus und Neoliberalismus im Kern nicht unterscheiden.(Q3, S. 16f)

Schwach ist, dass Linke nicht in der Lage sind, sich von Keynes kritisch abzugrenzen:
- Wo sie Keynes nicht erwähnen, verharren Linke in moralischen Kategorien: sie sondern Befindlichkeiten, negative Gefühle ab wie z.B.: das Kapital sei zu gierig.
- Wo sie technisch-ökonomische Kategorien reflektieren, argumentieren sie theorieschwach in den Kategorien keynesianischer Theorie und reagieren staatsinterventionistisch (deficit spending) mit wachsenden Unsinnproduktionen, zu denen sie deshalb auch keine konsequent ablehnende Haltung einnehmen, z.B. gegen Krieg und Rüstung.(Q6, Q61) Da werden sie vom Papst mittlerweile links überholt.(Q8, Q81)

Ein Beispiel:

Ich lese gerade ein Buch von Ingrid und Gerhard Zwerenz. Es trägt den Titel "Sklavensprache und Revolte".(Q11) Es ist sehr lesenswert. Seine Schwäche: es transportiert, aufgemotzt mit entsprechenden Metaphern, nichts als Befindlichkeiten: Enttäuschungen gegenüber Politik, Politikern, z.B. Helmut Schmidt, weil er nicht dazu gekommen ist, sich mit Ernst Bloch zu unterhalten, bevor dieser 1977 starb.

Das heißt, das sehr sympathische Buch bezieht ökonomische Kategorien (die politische Ökonomie) kaum ein, geschweige denn, dass es sie kritisch reflektierte. Das muss auch nicht sein. Wesentlich ist, dass es einem Linken wie Zwerenz als auszufüllende Leerstelle bewusst ist, was er nicht explizit zeigt, und er diese Leerstelle in Worte fasst, was er nicht tut. Nun, die meisten meinen wohl: (gute, moralisch integere) Gefühle äußern reicht.

Die Sprache des Buches ist allerdings, wie sein Titel verspricht, alles andere als servil, auch keineswegs salbungsvoll, wie wir es von linken Politikern kennen, z.B. von Oskar Lafontaine (Q7), obwohl er einen viel weniger unterwürfigen Eindruck (z.B. vor den Amis) macht als Merkel, die in ihrer Ausdrucksweise einfach zu trocken- nichtssagend ist, um salbungsvoll zu klingen.

Lafontaine glaubt, es reiche, sich allein vom Klang seiner Ausdrucksweise her (weniger unterwürfig) von Merkel (vgl. Q9, Q10) abzugrenzen, ohne dass seine Sprache substantiell eine andere Politik transportiert: er präsentiert sich öffentlich lediglich als bessere (ausdrucksvoll-moralisch) Ausgabe von Merkel, um beim Bürger anzukommen. Der glaubt wie Lafontaine und andere Linke, die Form (Moral, die gute Benimmregel) sei alles, als gebäre sie gleichsam, aus sich heraus, eine alternative (systemverändernde) Politik.

Quellen

Q1: Drachme oder Geuro? Varoufakis: Griechenland hätte dem Euro nicht beitreten sollen

t-online.de vom 15.05.2015

http://www.t-online.de/wirtschaft/id_74015076/griechenland-varoufakis-ist-gegen-austritt-aus-euro-zone.html

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

- Q2:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2015, 1. Auflage 2009
- Q3:** Franz Witsch,, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2012
- Q4:** Franz Witsch,, Die Politisierung des Bürgers, 3. Teil: Vom Gefühl zur Moral, Norderstedt 2013
- Q5:** Franz Witsch,, Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle, Norderstedt 2013
- Q6:** Franz Witsch, Mentale Voraussetzungen einer Militarisation sozial-ökonomischer Strukturen, Vortrag auf der Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin vom 5. bis 08. März 2015
Link: <http://www.film-und-politik.de/NGfP-MVS.pdf>
ergänzend:
- Q61:** Krieg um die Köpfe - Revolution kann kein Deckchensticken sein ... Franz Witsch im Gespräch
http://www.schattenblick.de/da/2015/04/sb_150423_schattenblick_druckausgabe.pdf
- L7:** Oskar Lafontaine, "Wir sind ja wieder im Kalten Krieg". Lafontaine zum Tag der Befreiung, dem Verhältnis zu Russland und eine notwendige Friedenspolitik
08.05.2015
<http://weltnetz.tv/video/638>
- Q8:** Papst attackiert verkommene Politik: Regierungen leben vom Krieg
DWN vom 14.05.2015
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/05/13/papst-attackiert-verkommene-politik-regierungen-leben-vom-krieg/>
ergänzend:
- Q81:** Franziskus, der Kommunist: US-Waffenlobby attackiert Papst wegen Kriegs-Schelte
DWN vom 15.05.2015
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/05/15/franziskus-der-kommunist-us-waffenlobby-attackiert-papst-wegen-kriegs-schelte/>
- Q9:** Abhängig von den USA: Merkel verliert ihren Instinkt für Volkes Meinung
DWN vom 07.05.2015
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/05/07/abhaengig-von-den-usa-merkel-verliert-ihren-instinkt-fuer-volkes-meinung/>
- Q10:** Merkels gefährliches Spiel: Abhängig von den Geheimdiensten und den USA
DWN vom 13.05.2015
<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/05/13/merkels-gefaehrliches-spiel-abhaengig-von-den-geheimdiensten-und-den-usa/>
- Q11:** Ingrid und Gerhard Zwerenz, Sklavensprache und Revolte. Der Blocjkeis und seine Feinde in Ost und West, Schwarzkopff Buchwerke, erschienen wohl 2003 (keine Impressum-Angaben)

BB081 – Kapital und „menschliche Würde“ schließen sich aus
Hamburg, 20.03.2015

Man wird an den Griechen ein Exempel statuieren. Und die linke griechische Regierung tut alles, damit dieses Exempel an Griechen auch nachhaltig wirkt auf andere Länder, die nicht weniger gefährdet sind. Es ist ein Exempel, das für den Euro, zumindest mittelfristig, ohne Folgen bleiben wird. Dafür sorgt EZB-Chef Draghi mit seinem (eigentlich gar nicht umstrittenen) Billionen-Anleihe-Kaufprogramm. Portugal, Spanien, Italien, v.a. Frankreich etc. werden sich weiter mit sehr niedrigen Zinsen refinanzieren können, während die EZB Griechenland zur Pleite verurteilt, eben weil es sich ohne Hilfe der EZB nicht refinanzieren können.

Die Griechen wissen das nur zu gut; sie wussten eigentlich schon während ihres Wahlkampfes, dass ihnen nach der Wahl der Arsch auf Grundeis gehen wird. Sie werden heute immer kleinlauter, weil nun auch der Wähler merkt, dass er von der Linken getäuscht wurde. Er will immer wieder nicht wahrhaben, dass die Linken die Wähler vor weiterer Verarmung nicht schützen können – mit oder ohne Euro.

Dann doch bitte lieber im Euro bleiben, mit allen Konsequenzen. Der griechische Finanzminister Varoufakis will, koste es, was es wolle, im Euro bleiben, zumal das Unmögliche: er möchte es sich weiterhin gut gehen lassen unter der Bedingung, dass der Regelmechanismus der Kapitalverwertung gilt. Er sieht nicht, zumindest nicht öffentlich, dass das Kapital keinen Spaß versteht: Damit der Regelmechanismus gilt, müssen Menschen im Müll landen. Die Griechen sind hier die ersten, die es treffen muss. Deshalb werden sie von den Gläubigern mit dem Nasenring aus der Arena hinaus, direkt auf den Müll gepackt – mit oder ohne Grexit.

Varoufakis weiß das; aber nur weil es sich jetzt, mit ihm in der Regierungsverantwortung, nicht mehr verheimlichen lässt; deshalb seine salbungsvolle Arschkriecherei in der Jauch-Sendung (vom 15.03.2015) gegenüber dem Sparkurs der EU. Man habe ihn missverstanden: das war doch kein Stinkefinger, den er den Deutschen gezeigt habe, sondern eine Liebeserklärung gerade auch an die Deutschen.

Richtig: das, was er vor dem Wahlkampf vollmündig gesagt hat, ist in der Regierungsverantwortung nichts mehr wert. Jetzt heißt es nur noch: bitte schickt uns mit Euro in die Armut; dafür kriechen wir euch auch in den Arsch.

Im Ernst; ich hätte den Stinkefinger nicht zurückgenommen. Vielmehr bei Jauch, zur besten Sendezeit, noch einmal gezeigt. Und dann wäre ich ohne den Euro, mit eigener Währung, in die Armut gegangen. Lieber in Würde arm, als mit dem Nasenring (Euro) in den Müll gezerrt. Dann passt allerdings der vergleichsweise luxuriöse Lebensstil, die sogenannte Homestory von Varoufakis, nicht mehr so schön ins Bild. Den Luxus: dass er etwas wert ist, möchte Varoufakis, nur weil er im Kapitalismus lebt, sich nicht vermiesen lassen. Dann lieber eine Schleimspur hinter sich herziehen, auf der andere gefährdete Länder ausrutschen können.

Varoufakis hat eben gelernt, dass sich die EU-Kommission zusammen mit den Gläubigern nicht unter Druck setzen lassen müssen – Draghi sei Dank, der mit seinem Anleihe-Kaufprogramm seine schützende Hand über den Euro hält, zumal über Länder, die sich ohne Widerrede auf den Müll packen lassen.

Das Kapital will Blut sehen und wird Blut bekommen, mit oder ohne Euro. Irgendwann vielleicht ganz und gar ohne Euro. Doch ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass in den anderen Ländern die Schleimscheißerei gerade linker Parteien weitergehen wird – nachdem man an den Griechen ein Exempel statuiert hat.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Es wird immer deutlicher: das Wort „Solidarität“ ist im Kapitalismus ohne praktische Bedeutung, z.B. die vollmundige Solidaritätsadresse von Frau Wagenknecht an die griechische Regierung; sie kostet nichts; einfach nur geschmacklos, zumal in einem Kapitalismus, der seinen Zenit überschritten hat, sich deshalb, ohne Mehrwertfähigkeit des Bürgers, in einer Phase exzessiver Refeudalisierung befindet.

Refeudalisierung im Kapitalismus bedeutet: das, was Menschen wirklich ernährt, wird immer weniger produziert, während das, was Menschen nicht ernährt: Beton, Autos, Rüstung, Kriege, Atomkraftwerke, immer massenhafter produziert wird, um die Einkommen in sogenannten wohlhabenden Ländern wie z.B. Deutschland zu sichern.

Richtig: wir leben von Unsinnproduktionen, die die Lebensgrundlagen zugleich zerstören. Das kapiert kein Linker. Das www.kritische-Netzwerk.de eingeschlossen, das nicht bereit war einen entsprechenden Leserbrief von mir zu veröffentlichen (vgl. www.film-und-politik.de/BB-079.pdf).

Ein merkwürdiges Verständnis von freier Meinungsäußerung: das übliche, unter dem wir alle leiden, nicht zuletzt das kritische-netzwerk.de selbst. Ich werde es dennoch weiterhin, sogar gern, regelmäßig besuchen und damit – natürlich – auch unterstützen.

Zur Sache: ständig faseln (nicht nur) Linke irgendwas von exorbitanten Vermögen, die sich in den Händen von immer weniger Menschen konzentrieren, während die Masse der Bevölkerung immer weniger bis gar kein Vermögen besitzen würde. Was will man den Vermögenden eigentlich wegnehmen? Wertlose Vermögenstitel?, die es in der Tat immer massenhafter gibt in den Depots der Vermögenden, die der Bürger mit seinem Blut, seiner Hände Arbeit, nicht zuletzt mit Unsinnproduktionen, tatsächlich unermüdlich bedient, obwohl die Vermögenstitel nichts, aber auch gar nichts wert sind.

Selbst die Sichtguthaben auf Girokonten sind betroffen. Das wissen die Griechen im Unterschied zu Frau Wagenknecht: deshalb räumen sie ihre Bankguthaben leer. Die sind vielleicht bald nichts mehr wert. Deshalb wollen sie Euro-Scheine, schwarz auf weiß (unterm Kopfkissen), weil sie wissen: nur damit kann man sich „etwas“ kaufen.

Hier zeigt der Kapitalismus ganz konkret sein Gesicht: jeder versucht sich selbst zu retten, wenn's sein muss, auf Kosten aller, jeder gegen jeden. So funktioniert es im Kapitalismus, zwangsläufig, mit oder ohne Sabbelei von Frau Wagenknecht. Es will sich nicht nur zu ihr nicht herumsprechen, dass der Kapitalismus nicht zivilisierbar ist, dass es keinen zivilen Kapitalismus gibt: Kapital und „menschliche Würde“ sich ausschließen.

BB080 – Ein paar Bemerkungen zum Jahreskongress der NGfP

Hamburg, 11.03.2015

Gestern ist der (Jahres-)Kongress der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP) zu Ende gegangen. Sein Thema lautete: "Krieg um die Köpfe". Nähere Informationen können auf der Web-Seite www.ngfp.de eingesehen werden.

Ich möchte an dieser Stelle nur sagen, dass der Kongress mir wieder sehr gut gefallen hat, und das nicht nur deshalb, weil mein Vortrag (zum Thema: Mentale Voraussetzung einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen) gut bis sehr gut aufgenommen worden ist. Vielleicht hat den Hörern ja gefallen, dass ich ein wenig „gedankenlos“ darauf aufmerksam gemacht habe, dass der Kaiser, oh Schreck, völlig nackt ist, überhaupt keine Kleider trägt.

Wie dem auch sei, der Text ist einsehbar unter folgendem Link:

<http://www.film-und-politik.de/NGfP-MVS.pdf>

Leider konnte ich nur wenige Vorträge verfolgen. Sie werden aber wie üblich (Ende 2015, Anfang 2016) in einem Sammelband beim Psychosozial-Verlag erscheinen.

Ich messe die Qualität des Kongresses nicht nur an der Qualität der Vorträge. Der eine oder andere mag mir nicht so recht geschmeckt haben. Na und? Sie alle gehören dazu, sind wichtig. Es geht darum, dass wir, Besucher und Referenten, für eine bessere Welt dazulernen (wollen).

Wichtig ist zudem, dass der Kongress eine engagierte Stimmung ausstrahlt. Ich möchte behaupten, er ist ein politisches Ereignis mit überregionaler Ausstrahlung.

BB079 – Ist Umverteilen im Kapitalismus möglich?

Hamburg, 03.03.2015

Lieber FreundeInnen des politischen Engagements,

ich möchte einen Text zur Kenntnis geben, der sich mit der Frage beschäftigt, ob im Kapitalismus "Umverteilen" möglich ist.

Titel und Link lauten:

Ist Umverteilen im Kapitalismus möglich?

Referat bei der Aschermittwochsveranstaltung in Regensburg

von Conrad Schuhler / Vorsitzender des isw (Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.)

KNW vom 28.02.2015

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/ist-umverteilen-im-kapitalismus-moeglich>

Natürlich ist Umverteilen im Kapitalismus möglich: von unten nach oben. Das geht aus dem Text ganz richtig hervor. Was er nicht zureichend beantwortet, ist die Frage, ob der umgekehrte Weg, Umverteilung von "oben nach unten", nachhaltig möglich ist. Ich meine nein.

Das veranlasste mich, einen Leserbrief zu schreiben, den ich an dieser Stelle den interessierten LeserInnen nicht vorenthalten möchte; er lautet wie folgt:

Lieber Autor,

Ihr Text ist die übliche gewerkschaftsnahe Dampfplauderei.

Richtig ist: Der Kapitalismus zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass er extreme Einkommensunterschiede, sondern überdies wachsende Unsinnproduktionen erzeugt. Unsinnprodukte als da sind: Autos, Atomindustrie, Rüstungsgüter, Kriege, Finanzindustrie-Produkte, Regenwald-Produkte (Abholzung der Regenwälder), Pestizide, Insektizide, Zubetonierung landwirtschaftlicher Nutzflächen, und so weiter und so fort. All diese Unsinnproduktionen ernähren keinen einzigen Erdenbürger. Das schließt ein, dass das, was Menschen (noch) ernährt, immer ungleicher verteilt wird, so dass immer weniger Menschen immer extremer auf Kosten von immer mehr Menschen profitieren. Fazit: Gegen diese Entwicklung: Reichtum + Zerstörung der Überlebensgrundlagen, ist eine nachhaltige Umverteilung nicht möglich. Das sollten sich unsere sozial Engagierten endlich mal in ihr Stammbuch schreiben. Sie fordern das Unmögliche: Sozialpolitik in den Grenzen der Kapitalverwertung.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB078 – Bürgerkrieg – Krawall-Talk bei Maischberger

von Franz Witsch

Hamburg, 28.02.2015

Lieber FreundeInnen des politischen Engagements,

ich möchte Ihnen einen Text zur Kenntnis geben, der ein Licht darauf wirft, wie Menschen der veröffentlichten Meinung politische Themen diskutieren – in diesem Fall geht es um Putin und den Ukraine-Konflikt. Titel und Link lauten:

Krawalltalk bei Maischberger

Stern.de vom 25.02.2015

Link: <http://www.stern.de/kultur/tv/menschen-bei-maischberger-krawall-diskussion-fuehrt-beinahe-zum-eklat-2175978.html>

Es wird eher nicht oder, wenn man so will, unzurechnungsfähig diskutiert. Kennzeichnend für die Diskussion ist, dass die größten Krawall-Brüder: der Historiker Arnulf Baring und der grüne Europa-Politiker Werner Schulz, diskutieren ohne das geringste Interesse, eine gemeinsame Basis zu finden, die, trotz Widerstreit, auch ihre Diskussionspartner zu teilen vermögen, um eine sinnvolle Debatte zu ermöglichen.

Richtig ist: v.a. Baring und Schulz wollen ihren Gegner herabsetzen, anstatt zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, dies auf der Basis einer Mentalität, die ich unzurechnungsfähig nenne.

Die anderen Teilnehmer, u.a. Tim Guldemann (ehemaliger OSZE-Sondergesandter für die Ukraine) und Gabriele Krone-Schmalz (Russland-Expertin), sind für meine Begriffe eher überfordert, zumal sie vermutlich nicht ahnen, dass man eine sinnvolle Debatte nicht ohne eine gemeinsame Sache, die alle Debatten-Redner teilen, führen kann. Das wäre vielleicht ein Thema für eine eigene Talksendung. Sie könnte den Titel tragen: Mentale Voraussetzung für die Ausbildung sozialverträglicher und zurechnungsfähiger Strukturen.

Zu diesem Thema werde ich, als wäre die Sendung für mich gemacht, auf dem Kongress der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP) sprechen. Titel: Mentale Voraussetzung einer Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen.

Der Kongress findet vom 5. bis zum 7. März in Berlin statt. Infos dazu finden Sie auf www.ngfp.de.

Ich bin sicher, es wird spannend, hoffentlich, anders als bei Maischberger, eine sinnvolle Debatten geben auf der Basis einer gemeinsamen Sache, die auch unterschiedliche Positionen zu verbinden vermag.

BB077 – „Die Lügen der Sieger“ (Film von Christoph Hochhäusler)

von Franz Witsch

Hamburg, 21.02.2015

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

„Die Lügen der Sieger“ – so heißt der neue Film von Christoph Hochhäusler, der am 18.06.2015 in den Kinos startet. Ein Film zum Nachdenken.

Was ist so bemerkenswert? Der Film zeigt, dass es einen sozial engagierten investigativen Journalismus nicht gibt, nie gegeben hat und sehr wahrscheinlich nicht geben wird. Man könnte auch sagen. Es gibt investigative Journalisten, die freilich nicht sozial sind. Der Film zeigt, auf welche Weise Journalisten in Strukturen eingebunden sind, deren Teil sie sind, so dass sie selbst dazu beitragen, dass „die Sieger“ (das System) gewinnen. Als wäre er einem Zitat von Warren Buffett nachempfunden, das da lautet:

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig,
aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen,
die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Dass die Reichen gewinnen – dafür sorgen ausgerechnet die sozial Engagierten, oder besser: die sogenannten sozial Engagierten. Wie kann das sein?

Nun, der Film zeigt, dass und wie das kritische Potential im Gefühl, in der Sehnsucht nach größeren bis ganz großen Gefühlen, aufgelöst wird: im Helden, der Gefühle auf sich zieht, verkörpert durch die Volontärin Nadja (Lilith Stangenberg), die sich nach getaner Arbeit nach ihrem Helden (Florian David Fitz) sehnt. Der Mensch geht eben nicht nur in Arbeit auf. Das sagt Fassbinder in seiner Fernsehserie „Acht Stunden sind kein Tag“, meint auch der Chefredakteur unseres Helden. Dieser möchte weitermachen, weil noch nicht alles gesagt, das Allerschlimmste nicht aufgedeckt worden ist.

Er solle lieber nicht weitermachen: was zu weit gehe, gehe zu weit, insbesondere, wenn es dem Ruf der Zeitung schade, das Leben kompliziert mache.

Das System (die Sieger) kann sich darauf verlassen: es gibt immer einen, der lieber gut leben möchte mit dem, was er (erworben) hat – nachdem er es geschafft hat, „angekommen“ ist.

Angekommen? Wo angekommen? Dumme Frage: auch in einem kriminellen System möchten Menschen „gut“ leben, nicht zu kurz kommen, koste es, was es wolle, auch auf Kosten der Wahrheit.

Wahr ist, wir haben es mit „struktureller Gewalt“ zu tun, in die der einzelne über seine Gefühle involviert ist, fester Bestandteil jener strukturellen Gewalt, gegen jede Vernunft, v.a. unabhängig von der Erkenntnis, selbst wenn das System / die Struktur uns alle zugrunde richten sollte.

„Die Sieger“ können sich darauf verlassen, dass noch so richtige Erkenntnisse versanden, auf Dauer, weil sie gegen die Macht der Gefühle nichts ausrichten können, über die der Journalist eingebunden ist ins System, mitstrickt, ohne die eigne Schand' zu merken; allein dadurch, dass „tagtäglich das Murmeltier grüßt“ (so der Titel eines Films), das heißt dadurch, dass wir im Laufrad des Immergleichen unsere Arbeit machen – in einem „System der kriminellen Verantwortungslosigkeit“, wie Rudolf Bahro einst (in den 1980er Jahren) über die DDR urteilte. Genau dort sind wir „angekommen“.

Übrigens mittlerweile auch die linke griechische Regierung. Die werden nichts ausrichten, auch gut leben wollen, deshalb sich anpassen, mitstricken am System. Dass Linke mitlügen, sich zum Büttel des Systems (struktureller Gewalt) machen, wie der

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

folgende Text (Link) zeigt, will sich bei unseren sozial Engagierten einfach nicht herumsprechen; wie aus dem folgenden Text hervorgeht:

EZB: Dopingmittel für die Finanzmärkte

KNW vom 18.02.2015

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/ezb-dopingmittel-fuer-die-finanzmaerkte>

BB076 – Werden wir von kriminellen Politikern regiert?

Hamburg, 07.02.2015

ich möchte noch einmal daran erinnern, dass in Berlin vom 5. - 8. März 2015 ein „**Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie**“ (NGfP) stattfindet; und zwar unter der Überschrift: „**Krieg um die Köpfe - Der Diskurs der Verantwortungsübernahme**“.

Das Programm finden Sie auf der Web-Site der NGfP (www.ngfp.de). Dort sind die Kurzbeschreibungen der Vorträge aufgeführt. Unter anderem die Kurzbeschreibung des Vortrags von Klaus-Jürgen Bruder unter der Überschrift „Zum Diskurs der Verantwortungsübernahme“.

Wer inhaltlich etwas mehr über den Kongress wissen möchte, kann auf „Telepolis“ ein Interview mit Klaus-Jürgen Bruder, dem 1. Vorsitzenden der NGfP, lesen (**Q1**).

Ich selbst werden zum Thema „Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen“ sprechen. Im Vortrag wird es u.a. um die Frage gehen, ob wir von kriminellen Politikern regiert werden.

Selbstverständlich würden betroffene Politiker diese Frage empört zurückweisen, obwohl die Fakten eine deutliche Sprache sprechen: Die Bundesregierung beteiligt sich nachweislich und zugegebenermaßen an sogenannten Hinrichtungen mutmaßlicher Terroristen - am Rechtsstaat vorbei. **Q2** zufolge erklärte sie „die Tötung ‚feindlicher Kämpfer‘ auch außerhalb von Kampfhandlungen ausdrücklich für zulässig.“ Bislang hat es Tausende Hinrichtungen mit Hilfe ferngesteuerter Drohnen gegeben, bei denen immer wieder unbeteiligte Menschen zu Tode kamen. Für mich ist das vorsätzlicher Mord.

Und die veröffentlichte Meinung betreibt Beihilfe, indem sie das Problem klein redet, leugnet oder verdrängt. Auch der „Normal“-Bürger schweigt: Er wagt es nicht, Politiker „kriminell“ oder „Mörder“ zu nennen.

Es versteht sich von selbst, dass auf Basis von Realitäts-Verleugnung ein zurechnungsfähiger Diskurs unmöglich ist; mit unabsehbaren Folgen für immer mehr Bürger, für das gesellschaftliche Ganze, für soziale Strukturen, den einzelnen Bürger. Irgendwann trifft es jeden. Der Grund ist schlicht:

Verdrängungsvorgänge, von oben (Politik und Öffentlichkeit) nach unten durchgereicht, lassen sich kaum eingrenzen. Das „Unwahre“ zu sehen, zu beschwören, wird „normal“. Ein die Mentalität des Einzelnen belastender Gewöhnungsvorgang. Immer mehr Lebensbereiche der Bürger sind betroffen – bis in den letzten Winkel des gesellschaftlichen Lebens, in den Intimbereich hinein; so dass immer mehr Menschen immer unfähiger werden, ihre sozialen Beziehungen in sich stimmig zu gestalten.

Mit anderen Worten:

Eine Kontrolle eigener Lebensumstände ist immer weniger möglich, so dass der gesellschaftliche Kontext fast zwangsläufig auf eine schiefe Ebene gerät, auf der wir (bald unumkehrbar?) auf Abgründe zurutschen. Der Nahe Osten, die Ukraine machen uns das vor.

Die Anfänge sind 70 Jahre nach Auschwitz einmal mehr gemacht. Betroffen sind nicht wir in Deutschland, noch nicht, aber andere Länder, in die wir Kriege und Morde über Kampfdrohnen hineinragen. Seit Jahren! Der Islamische Staat ist die logische Folge.

Schon gemerkt? Auch Kriege lassen sich auf Dauer nicht (regional) eingrenzen. Unter anderem mit Waffenlieferungen an Kiew. Und die Steinschläge, sie rücken näher, wenn

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

man bedenkt, dass die Ukraine unmittelbar an Europa grenzt, eigentlich schon zu Europa gehört.

Bedarf es bald wieder einmal nur noch eines kleinen Anlasses, Schüsse auf den Kronprinzen, und alle drehen komplett durch? Die Politik lässt nichts unversucht, damit genau das geschehen kann. Es für unmöglich zu halten, ist hochgradig verantwortungslos, kriminell - gelinde gesagt: es zeugt von einer unzurechnungsfähigen Mentalität (Geisteshaltung).

Quellen:

(Q1) Krieg um die Köpfe:

Der Psychologe Klaus-Jürgen Bruder (im Interview) über die Mechanismen und die Kritik an der ideologischen Mobilmachung,

<http://www.heise.de/tp/artikel/44/44035/1.html>

(Q2) Zur Tötung vorgeschlagen

gfp vom 06.01.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59025>

BB075 – Es gibt für Griechenland weder Plan noch Lösung

Hamburg, 03.02.2015

Gestern habe ich die Jauch-Sendung über mich ergehen lassen. Sie lief unter der Überschrift „Der Euro-Schreck - wohin führt die Griechen-Wut?“

Der Link dazu lautet:

<https://daserste.ndr.de/guentherjauch/Der-Euro-Schreck-wohin-fuehrt-die-Griechen-Wut,guentherjauch480.html>

Es war eine illustre Runde, die sich durch eines auszeichnete: Auf die Frage, wie es weitergehen soll, redete jeder um den heißen Brei herum, allen voran der martialische Bosbach (CDU), der Solidität auf der Basis von Wettbewerbsfähigkeit verlangte, also etwas, das nur zu verwirklichen ist, wenn man die griechische Bevölkerung auf den Müll packt, wo die meisten ohnehin schon gelandet sind.

Aber dort sollen sie bleiben und es müssen noch welche hinzukommen – bis, ja bis auf ein paar Millionäre, Milliardäre und selbstverständlich Politiker und korrupte Schreiberlinge für die Öffentlichkeit, die mit den Menschen ohnehin nichts im Sinn haben.

Man müsse Reiche und Superreiche konsequent besteuern, sagte Katja Kipping von der Partei „Die Linke“.

Sie glaubt, die Lösung des Problems verteilungspolitisch lösen zu können und zeigt damit, dass sie das Problem nicht begriffen hat – wie alle in dieser Runde, selbst Michalis Pantelouris, der sich für die jetzige griechische Regierung ins Zeug legte.

Der griechische Finanzminister Varoufakis tut auch nur so, als hätte er einen Plan, als gebe es eine Lösung, aber nur, damit es so weitergeht wie bisher: er will die Probleme wie die Vorgängerregierung weiter vor sich herschieben und kann dabei darauf bauen, dass die EU ihm darin folgt. Zumindest hört sich die herrschende Presse so an. Dazu zwei Links:

Gianis Varoufakis: Wir brauchen Deutschland

FAZ vom 31.01.2015

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/griechenlands-finanzminister-das-hier-ist-kein-spiel-13401806.html>

Verhandlungen mit Athen: Das Ende der Troika, wie wir sie kennen?

FAZ vom 01.02.2015

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/juncker-will-offenbar-griechenland-troika-abschaffen-13403859.html>

Die Texte zeigen: die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich eine Einigung zwischen EU und griechischer Regierung abzeichnet – aus einem einfachen Grund: Es gibt keinen Plan, keine Lösung für Griechenland. Zumindest unter einem kapitalistischen Wirtschaftssystem ist eine Lösung nicht möglich. Jauch konnte all seinen Gäste denn auch keine Lösung entlocken.

Zu verschleiern, dass es keine Lösung gibt, ist im Interesse aller. Damit im Kapitalismus Einkommen und Spargroschen der Bürger gehalten werden so lang es irgend geht. Bevor am Ende doch Blut fließen wird.

Wir kennen das Prinzip „Verschleiern/Verpissen“ von den Kriegen des Westens, v.a. im Nahen Osten und in Afghanistan. Dort möchte man sich am liebsten verpissen. Auch dort gab es keine Pläne für die Zeit nach dem Krieg, wie Kriegsgegner Michael Lüders zurecht anmahnte, um damit zugleich den Eindruck nicht zu vermeiden, dass es Pläne geben könnte, wenn man nur wollte. Er weiß nicht zu ermessen, dass Kriege grundsätzlich jeden Plan im Ansatz zur Makulatur machen.

Mit anderen Worten: auch Lüders sagt nicht deutlich, dass es selbst dann keine Pläne für die Zeit nach einem Krieg gibt, wenn Amis und EU an Plänen ernsthaft interessiert wären. Das sind sie nicht. Weil Kriege mittlerweile ein zu wichtiger Faktor bei der Generierung westlicher, auch deutscher Einkommen geworden sind.

Auch die Existenz des Sozialstaats basiert auf wachsender Unsinnproduktion (Atomkraft, Rüstung, Kriege, Autoproduktion...).

Eine Aporie, die niemand ausspricht, auch Linke nicht.

Kurz: Es soll sich möglichst wenig ändern. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit steigt, dass es schlimmer kommen muss. Selbst das wird an Linken abprallen.

Das alles zeichnet sich insofern ab, weil Politiker, auch Linke, die Pleite Griechenlands einmal mehr in die Zukunft verschieben. Das Schneeballsystem (Schulden tilgen mit immer mehr Schulden) muss unter etwas modifiziertem Vorzeichen weitergehen. So will es die griechische Regierung, auch wenn ihr Finanzminister das Gegenteil erzählt.

Es herrscht, mehr oder weniger gewollt, Orientierungslosigkeit. Am Ende werden die Steuerzahler bluten, jetzt oder in Zukunft. Daran führt kein Weg vorbei unter der Bedingung, dass die Regeln der Kapitalverwertung auf der Basis dessen gelten, dass der Bürger mehrwertfähig ist.

Das ist er längst nicht mehr. Seine Mehrwertfähigkeit wird deshalb mit mittlerweile exponentiell wachsenden Schulden simuliert, wie in meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“ beschrieben.

Im 1. Teil von DPB formuliere ich den ökonomische Sachverhalt einer Mehrwert-Simulierung abstrakt (ohne das Wort „Simulierung“ zu verwenden) im Hinblick darauf, ihn im 2. Teil zu präzisieren, wie folgt:

„Angesichts einer drohenden Depression findet es kein Politiker problematisch, (...) dass der Vermehrungsimperativ (in der Finanzsphäre) die Verwendung des Geldes an die Mehrwertproduktion bindet, selbst dort, wo die Finanzsphäre sich gegen die Produktion, resp. die Mehrwertproduktion verselbständigt, fast als habe die Finanzsphäre mit der

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Produktion gar nichts zu tun, als sei die Produktion für die Finanzsphäre und nicht umgekehrt: die Finanzsphäre für die Produktion da.

Das Auseinanderdriften von Zirkulation (Finanzsphäre) und Produktion erfordert einen hohen Preis: Mehrwertkrisen mutieren finanzkrisenverstärkt zu Monsterkrisen.“

Marx hat diesen Sachverhalt im Kapital beschrieben (siehe „2.Teil: Mehrwert und Moral“): als unvermeidliche, sich selbst verstärkende Mehrwertkrise, die immer mehr Menschen in absolute Verelendung treibt. Daraus haben Linke den unsinnigen Begriff „relative Verelendung“ gemacht.

Dass das Unsinn war und sich heute immer mehr als Unsinn dem Augenschein nach entpuppt, begreifen Linke nicht, schon gar nicht, wenn sie in Parlamenten und Regierungen mitspielen, ein wenig „Demokratie simulieren“ dürfen (Klaus-Jürgen Bruder), die griechische Regierung eingeschlossen.

Alle glauben, man könne die Kosten der Finanzkrise den Verursachern, Finanzkonzernen und Superreiche, in Rechnung stellen, und alles wäre gut. Ein hanebüchener Unsinn.

BB074 – Dürfen wir den Griechen dankbar sein? - ich sage: ja

Hamburg, 28.01.2015

Ich finde, wir müssen den Griechen dankbar sein, dass sie eine linke Regierung an die Macht gebracht haben, die, seien wir ehrlich, keine wirkliche Macht ist. Das zeigen die jüngsten Bewegungen an den Finanzmärkten (**Q2**): die Griechen werden ihre laufenden Ausgaben ohne finanzielle Unterstützung vonseiten EU und IWF nicht bestreiten können.

Die Frage ist, was passiert, wenn Hilfen ausbleiben? Es könnte ganz fürchterlich knallen. Meine Dankbarkeit den Griechen gegenüber besteht denn auch darin, dass der neue griechische Finanzminister genau dies ganz deutlich sagt:
Der Euro wird auseinanderfliegen oder aber man verteilt die Kosten der Finanzkrise gerecht auf alle Schultern, einschließlich der Gläubiger, v.a. auf die, die in notleidende Staatspapiere investiert sind.

Und investiert sind auch wir, ganz normale Bürger. Viele haben mittlerweile ihre Altersvorsorge zu einem nicht unerheblichen Teil in die Hände großer Finanzkonzerne, z.B. der Allianz, gelegt.

Nun, der neue griechische Finanzminister heißt Yanis Varoufakis, von Beruf Volkswirt, ein sehr profilierter, wie es heißt, der die Dinge beim Namen nennt. (**Q1**) Sagen wir mal so: fast beim Namen nennt.

Dennoch, man möchte meinen, er hat mit dem, was er verlautbaren ließ, abgeschrieben aus meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“ (**DP2**).

Seine Aussagen sind in der Tat weitgehend korrekt – bis die Kleinigkeit, dass er glaubt, die Finanzkrise ließe sich auflösen, indem man ihre Kosten „gerecht verteilt“.

Dummes Zeug. In **DP1** (erschieden 2009) kommentiere ich dieses Ansinnen wie folgt:
"(....) die kleinen Leute hängen am Tropf großer Kapitalmarktfonds, um ihre Altersversorgung abzusichern. Vergeblich, wie jetzt in der Finanzkrise deutlich wird. Es wird Blut fließen; das hart erarbeitete und ersparte Geld der kleinen Leute. Sie sind mit ihrer Existenz auf Gedeih und Verderb, nunmehr auf Verderb, von der Kapitalverwertung abhängig. Und da sie nicht mehr verwertbar sind, wird man sie gnadenlos enteignen."

Schon gemerkt? Genau dies, nämlich Enteignung, passiert schleichend, ohne dass wir so recht gewahren, dass das im Kapitalismus unvermeidlich geschieht. Nur dass auch die Griechen den Kapitalismus nicht werden abschaffen können. Dazu fehlt ihnen denn doch etwas Macht.

Um das Problem im Sinne der Volkswirte zu beschreiben:
man wird auf Dauer um steigende Zinsen nicht herumkommen, die übrigens Schäubles „schwarze Null“ zur Makulatur machen werden, unter anderem genau dann nämlich, wenn man, wie es der griechische Finanzminister will, die Kosten den sogenannten Verursachern ernsthaft in Rechnung stellt. Das ist ernsthaft bislang nicht geschehen.

Aber auch wir sollten nicht so tun, als hätten allein die Griechen steigende Zinsen gepachtet. Die Zinsen werden am Ende schneller hochgehen als wir gucken können. Und dann werden wir ziemlich blöd aus der Wäsche gucken.
Desweiteren möchte ich den interessierten LeserInnen ein youtube-Video ans Herz legen. Dort spricht Reiner Braun, für mich ein kluger Kopf, im Vorfeld der Nato-Sicherheitskonferenz (**SiKo**), die in München stattfinden wird.

Was Reiner Braun zu sagen hat, spricht für sich, so dass ich es nicht kommentieren möchte. Der Link zum Interview lautet:

<https://www.youtube.com/watch?v=hfPc99u7uwA&feature=youtu.be>

Quellen:

(Q1) Syriza-Ökonom: „Gerechtigkeit oder Ende des Euro mit einem großen Knall“
DWN vom 27.01.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/01/26/griechenland-oekonom-yanis-varoufakis-soll-neuer-finanzminister-werden/#>

(Q2) Griechenland: Zinsen für Staatsanleihen steigen rapide
DWN vom 28.01.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/01/28/griechenland-zinsen-fuer-staatsanleihen-steigen-rapide/>

BB073 – Ein Gespenst geht um in Europa – der Griechen (geht wählen)

Hamburg, 25.01.2015

Ein Gespenst geht um in Europa; der Griechen. Die einen, u.a. die AfD, befürchten das Schlimmste für den Euro und die EU und wollen die Griechen endlich raus haben aus dem Euro.(Q5)

Draghi und die EZB legen derweil, zum Leidwesen von Bundesbank-Chef Weidmann (Q3), ein neues Anleihe-Kaufprogramm auf mit dem Ziel, steigende Zinsen zu verhindern, die im Falle einer Pleite Griechenlands oder einem Schuldenschnitt zu erwarten sind.

Draghi liefert allerdings eine etwas abweichende Begründung: es gehe darum, eine Deflationsspirale nach unten zu verhindern, die es Weidmann zufolge nicht oder nur vorübergehend aufgrund sinkender Ölpreise gebe.(Q3,Q4)

Draghi betont, dass eine anhaltend lockere Geldpolitik nur Voraussetzung für Wachstums und Beschäftigung, mithin für einer Überwindung der Finanzkrise sei; die Rahmenbedingungen dafür müsse die Politik liefern. Dafür müssten sie in ihre Reformbemühungen verstärken. Die würden, so EZB-Kritiker Weidmann, durch die Geldschwemme, also EZB-Käufe notleidender Staatspapiere, gerade konterkariert.

Ach so. Nun, die folgenden Texte geben einen groben Überblick zur doch ziemlich orientierungslosen Debatte, in der die Teilnehmer an der „eigentlichen Sache“ zielgenau vorbeireden; dies mit Hilfe von Sätzen, die so allgemein gehalten sind, dass sie in jede beliebige Richtung interpretierbar sind, alles und nichts, also nichts, es sei denn Moralinsaures (Q5), zum Ausdruck bringen. Titel und Links lauten:

(Q1) Draghi fordert Reformen von Euro-Ländern

DW vom 24.01.2015

<http://www.dw.de/draghi-fordert-reformen-von-euro-1%C3%A4ndern/a-18212462>

(Q2) Draghi fordert gemeinsame Reformoffensive

Handelsblatt vom 24.01.2015

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/ezb-und-euro-zone-draghi-fordert-gemeinsame-reformoffensive/11276228.html>

(Q3) Weidmann erneuert Kritik an Draghi-Kurs

Handelsblatt vom 25.01.2015

<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/geldpolitik/ezb-entscheid-weidmann-erneuert-kritik-an-draghi-kurs/11277334.html>

(Q4) „Anleihenkäufe lösen Probleme nicht“

Weidmann stimmte gegen EZB-Programm

N-TV vom 25.01.2015

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Weidmann-stimme-gegen-EZB-Programm-article14386161.html>

(Q5) Dichtung und Wahrheit in der Griechenlandkrise

Schuldenschnitt, Euro-Austritt, Suizide: Die Debatte zur Lage Griechenlands wird nicht immer rational geführt. Diesen Sonntag wählt der Krisenstaat ein neues Parlament.

Zeit Online vom 24.01.2015

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/griechenlandkrise-dichtung-wahrheit>

Richtig ist: es gibt im Kapitalismus keine sozialverträgliche Lösung der Finanzkrise. Die wird sich zwangsläufig negativ auf die Realwirtschaft auswirken: der arbeitende Bürger wird die Zeche zahlen müssen, die man, "Die Linke" eingeschlossen, glaubt, den sogenannten Verursachern: Banken und Reichen aufbürden zu können.

Ich habe im Herbst 2008 in „Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil“ (DP1) eine andere Auffassung vertreten und im 2. Teil (DP2, 2012, S.23) präzisiert.

In DP1 heißt es u.a.:

„Blasen haben die Eigenschaft, dass sie die realen Vorgänge in der wirtschaftlichen Entwicklung verschleiern. Seit sich Blasen (Finanz-, bzw. Kreditkrisen) zunehmend immer wieder aufbauen, sind Konjunkturzyklen immer weniger sichtbar. Dafür bekommen wir es mit aufeinander folgenden Blasen zu tun, die immer bedrohlicher anwachsen bis hin zur fundamentalen Strukturkrise in der realen Wirtschaft; denn die Blasen verhindern keineswegs die Überproduktionskrise. Im Gegenteil schwillt sie unter der Schaumkrone einer wachsender fiktiven Liquidität zur Monsterkrise an. Freilich, bis alles danieder liegt, baut die Finanzwelt die Blasen immer weiter auf. Dabei federt jede neue Blase die Folgen der vorangegangenen Blase ab und verschleiert dadurch zugleich die Überproduktionskrise durch exponentiell wachsende Schulden, die eine wachsende fragile Liquidität erzeugen, auf wachsender Stufenleiter, bis am Ende auch die Spargroschen der Bürger verbrannt werden: der Staat verschuldet sich am Ende nicht nur für Konjunkturprogramme, sondern weil er darüber hinaus marode Finanztitel bedienen muss, und stellt diese Schulden – wem sonst? – der arbeitenden Bevölkerung in Rechnung.“

Ich möchte das Problem in Sätzen, die auch einer Kritik zugänglich sind, wie folgt beschreiben:

Wesentlich ist, dass die sogenannte Geldschwemme, die in die Taschen der Reichen und Superreichen fließt, mit der notleidende Wertpapiere bedient werden, also Einkommen erzeugt werden, von denen u.a. auch die Altersvorsorge der Bürger abhängt, dass diese Geldschwemme „fiktiv“ ist, also genau genommen für mehr „reales“ Geld in den Händen der Bürger nicht sorgt, mit dem er beim Aldi Lebensmittel kaufen oder seine Miete oder Stromrechnung bezahlen kann.

Insofern wird es keine Inflation geben, ebenso wird man Deflation verhindern können. Das setzt nämlich mehr Geld in den Händen konsumierender Bürger voraus. Das verkennt Weidmann böseartig.

Dennoch: damit nicht alles von heute auf morgen den Bach runter geht, brauchen wir die Geldschwemme, exakt um zu verhindern, dass die Zinsen steigen; damit Investitionen in die Produktion weiterhin möglich bleiben, um auf diesem Wege, die Einkommen der Bürger (angebotsorientiert) zu erhöhen. Das geht im Kapitalismus nur über den Kredit, der allerdings von der sogenannten "freien" Wirtschaft auch angenommen werden muss, um Wachstum und Einkommen (für den arbeitenden Bürger) zu generieren.

Und nun der entscheidende Satz:

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Ein Kredit, der von der freien Wirtschaft nicht nachgefragt wird, muss, um seine expansive Wirkung zu entfalten, vom Staat nachgefragt werden, wenn er denn überhaupt einen Sinn für die Bürger haben soll. Das soll er aber nicht. Oder das hat er de facto nicht, auch wenn die Politik es uns anderes einredet.

Das bedeutet, es gibt zum Anleihe-Kaufprogramm der EZB keine wirkliche Alternative, es sei denn, man schafft den Kapitalismus ab, eine These, die ich in DP2 präzisiere.

Wenn Draghi also von zusätzlichen Reformbemühungen durch die Politik spricht, dann erwartet er eigentlich, ohne es explizit auszusprechen, dass der Staat mehr Kredite nachfragt, wenn es denn die freie Wirtschaft nicht macht. Diese wird Kredite nicht nachfragen, es sei denn einem „freien“ Unternehmer steht das Wasser bis zum Hals; dann wird ihm keine Bank der Welt einen Kredit geben.

Ein solventer Unternehmer kann sich dagegen mit zusätzlichem Geld problemlos am Kapitalmarkt bedienen (nicht zuletzt mithilfe der durch die Zentralbank induzierten Geldschwemme).

Viele bedienen sich, aber nur um an den Finanzmärkten zu zocken (vorbereiten der nächst mächtigeren Blase), während die ärmsten Bürger weiterhin keine Arbeit finden, zumal eine, von der sich leben ließe.

BB072 – Sie wollen den weltweiten Flächenbrand und werden ihn bekommen

Hamburg, 15.01.2015

Manchmal denkt man: schlimmer kann es nicht werden und irrt immer wieder gewaltig: tatsächlich steht zu befürchten, dass Kriege und Gewalt mit den Pariser Anschlägen und Trauerdemonstrationen massiv zunehmen. Es sind Demonstrationen der Trauer, gegen den Terror, die den Terror vermutlich anheizen.

Das Traurige ist; die Morde von Paris und die Trauer um die Opfer werden politisch instrumentalisiert mit dem Ziel, die Ausweitung und Intensivierung von Kriegen und womöglich weitere Kriege zu legitimieren. Das legen die folgende Texte nahe. Titel und Links lauten wie folgt:

(1) Die nächste Runde in Mittelost

german-foreign-policy vom 14.01.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59031>

(2) Die gestrige Manifestation von Paris wird, so eindrucksvoll sie auch war, die Möglichkeit zur Sozial- und Medienkritik um Jahre zurückwerfen

von Albrecht Müller

NDS vom 12.01.2015

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=24536>

(3) US-Justiz will Smartphone-Verschlüsselung verbieten

DWN vom 12.01.2015

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/01/12/us-justiz-will-smartphoneverschluesselung-verbieten/>

(4) Der Terror in Paris und die gefährliche Standarderzählung

www.maskenfall vom 12.01.2015

<http://www.maskenfall.de/?p=7624>

(5) Das Bündnis der Freien und Friedfertigen

german-foreign-policy vom 15.01.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59032#>

In Text (1) heißt es u.a.:

„Berlin nutzt das Massaker in Paris zu einer umfassenden Kampagne für die weitere Aufrüstung im geostrategischen Kampf um die Sicherung der Einflussphären in Nah- und Mittelost. Man müsse im Kampf gegen den 'Islamischen Staat' (IS) zusammenstehen, erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Blick auf die Pariser Demonstration am vergangenen Wochenende. Weil der IS eine Bedrohung sei, müsse man ihn bekämpfen und nun die Lieferung weiterer Waffen an die Peschmerga im Nordirak in Betracht ziehen, heißt es in Berlin. Noch im Januar wird der Bundestag einen Irak-Einsatz der Bundeswehr beschließen. Während Berlin ausdrücklich erklärt, es werde sich nur um einen Einsatz zur Ausbildung irakischer Streitkräfte handeln, bereiten die USA Medienberichten zufolge 'eine gewaltige Frühjahrsoffensive' vor, um irakischen Truppen bei der Rückeroberung IS-kontrollierter Gebiete zu helfen. Der neue Irak-Einsatz der Bundeswehr folgt auf das Scheitern der bisherigen Bemühungen, in Afghanistan, im Irak oder in Syrien zuverlässig prowestliche Regime zu installieren. Dem IS, gegen den der Krieg sich richtet, hat der Westen selbst den Weg an die Macht ermöglicht.“

In Text (5) heißt es ergänzend:

„Mit dem Aufruf für ein westliches ‚Bündnis der Freien und Friedfertigen‘ feuert das deutsche Staatsoberhaupt die Medien- und Militärkampagne gegen ‚islamistische Fundamentalisten‘ und für die Ausweitung des Krieges im Mittleren Osten an. Ihr ‚Hass‘ sei der Deutschen ‚Ansporn‘, erklärte Joachim Gauck am Dienstagabend; nun sei die Stunde gekommen, da ‚jeder und jede ... sich selbst in die Pflicht‘ nehmen müsse: ‚Wir alle sind Deutschland‘. Während die Bundeswehr ihre Kriegsvorbereitungen verstärkt und die irakische Regierung dazu aufruft, den Waffengang gegen den ‚Islamischen Staat‘

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

(IS) auszuweiten, hat die Bundesregierung gestern Schritte eingeleitet, die es in Zukunft ermöglichen, ‚Personen, die die innere oder äußere Sicherheit Deutschlands gefährden‘, durch den Entzug ihres Personalausweises an Reisen ins Ausland zu hindern. Dies richtet sich aktuell gegen Dschihadisten, kann aber jederzeit auf andere ‚Sicherheitsgefährder‘ welcher Art auch immer angewandt werden.“

Zu befürchten ist: die Politik, allen voran Staatsoberhaupt Gauck, lernt nicht hinzu. Sie will nicht einsehen, dass Kriege immer nur mehr Kriege erzeugen; Gewalt immer nur mehr Gewalt erzeugt. Das nicht zu gewahren, zeugt von einer Mentalität der Gewalt, einer inneren Gewaltbereitschaft, die sich sowohl sprachlich als auch in Gesten der Trauer tarnt: in der Trauer vermag sich wachsende Gewaltbereitschaft zu tarnen. Auf diese Weise werden die Opfer auf ekelrerregende Weise instrumentalisiert.

In den 4 Teilen von „Die Politisierung des Bürgers“ verallgemeinere ich diesen sozialen Sachverhalt, indem ich sage: das gesellschaftliche Allgemein-Interesse sieht sich nicht durch Grund- oder Menschenrechte repräsentiert, sondern auf Gefühle, in diesem Fall die Gefühle der Opfer, reduziert.

Das führt meiner Analyse zufolge unweigerlich in die Katastrophe. Das begreifen auch nicht Linke, „Die Linke“ schon gar nicht. Auch sie sieht letztlich die Gewalt im guten Zweck legitimiert. Seit 150 Jahren. Die SPD war da nie und ist bis heute nicht besser als radikalere kommunistische Parteien.

Text (3) steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der wachsenden inneren Gewaltbereitschaft von Politikern. Im Text heißt es u.a.:
„Der New Yorker Staatsanwalt Cyrus Vance hat IT-Konzerne wegen ihrer Smartphone-Verschlüsselung kritisiert. Der verhinderte Zugang der Polizei auf Nutzerdaten stelle eine 'Bedrohung der öffentlichen Sicherheit' dar. Vance forderte, die Verschlüsselung der Geräte gesetzlich zu verbieten.“

Dazu kann man nur sagen: unverschämt, kriminell, ein solches Ansinnen.

BB071 – Mit Gauck zusammen gegen Pegida auf die Straße? - Niemals!

Hamburg, 09.01.2015

Der Anschlag auf das islamkritische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ ist an Grausamkeit kaum zu überbieten.(Q1) Diesmal sind nicht wahllos irgendwelche, sondern ganz bestimmte Bürger betroffen, denen man Kritik am Islam verübelt.

Wie auf diese Grausamkeit reagieren?

Der französische Präsident Hollande ruft die Nation zur Einheit auf. (Q1)
Alle Franzosen müssen zusammenstehen; die Frage ist nur: in Bezug auf was, für wen oder gegen wen?

Ist doch klar! Gegen das Böse schlechthin; was sonst? Man wird in Zukunft noch mehr Taten sehen wollen, die Sicherheit versprechen. Und das sofort!

In solchen Situationen versagt sich die Öffentlichkeit jede Analyse, die über die Feststellung dessen, was geschehen ist, hinausgeht. Das ist eine Verteidigungshaltung wie sie bei Reptilien ganz „natürlich“ ist. Dürfen sich Menschen aber auf Instinktverhalten reduzieren? Ich meine, unter keinen Umständen.

Reptilien kennen keine Reflektion über das hinaus, was unmittelbar ist: Gefahr bedeutet: Flucht, Angriff oder Verteidigung – sofort! Das einzelne Faktum gerinnt hier zum Ganzen; nicht soziale und ökonomische Strukturen, in die das Faktum eingebunden ist, aus dem heraus es sich verstehen und erklären ließe. So reagieren Menschen im Kriegszustand - eben wie Reptilien, wenn Angst aufkommt und keine Zeit bleibt, sie zu verarbeiten: dann werden Ängste kurzschlüssig, im Tunnelblick auf das Böse, verarbeitet. Das geschieht schichtübergreifend. Politiker oder Wissenschaftler vermögen – nicht weniger fragwürdig - ihren Tunnelblick nur besser zu verbergen - in endloser Quasselei z.B. bei Weichspüler Jauch.

Auch für so manchen Wissenschaftler fällt das Böse vom Himmel. Er verkennt, dass es aus den sozialen und ökonomischen Strukturen heraus wächst, in die wir unmittelbar und mittelbar involviert sind, zumal über längere Zeiträume. Nunmehr, wo der Terror in Europa gezielt bestimmte Menschen mordet, werden sich die Menschen unter Anleitung der Öffentlichkeit in ihr Reptilienschneckenhaus zurückziehen.

Nicht nur dass Menschen in Zukunft, weil sie Angst haben, den Mund halten; es ist schlimmer: man wird den gezielten Hinrichtungen der Amerikanern jetzt mit noch mehr Verständnis begegnen. Und darüber vergessen, dass sie mit ihren weltweiten Kriegen v.a. gegen den Irak, den Islamismus in Gestalt u.a. des Islamischen Staates heraufbeschworen haben.

Schlimm ist, dass die Amis zusammen mit ihren Verbündeten, v.a. den Europäern, nur die Sprache der Gewalt gegen andere Staaten kennen, dazu extra-legale Hinrichtungen mutmaßlicher Terroristen über ferngelenkte Drohnen (Q2). So etwas verträgt sich absolut nicht mit konstruktiv-analytischer Kritik gegen den Islam, geschweige gegen islamische Mitbürger. Die ich für absolut notwendig halte, nicht zuletzt um der Pegida-Bewegung wirksam zu begegnen. Das geschieht bislang nicht die Spur - wie auch an der Seite von Typen wie Bundespräsident Gauck.

Das folgende Zitat aus Q2 illustriert die alltägliche Gewalt des Westen, in die wir Europäer tief verstrickt sind:

„Dass Informationen aus Deutschland auch für extra-legale Tötungen verwendet werden, ist laut Einschätzung der Bundesregierung unbedenklich. Bereits 2010 erklärte sie schriftlich, man dürfe ‚feindliche Kämpfer auch außerhalb der Teilnahme an konkreten Feindseligkeiten gezielt bekämpfen‘; dies schließe explizit ‚den Einsatz tödlich wirkender

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Gewalt ein'. [14] Ebenfalls 2010 war aus dem Bundesverteidigungsministerium zu erfahren, es richte sich ,nach den Umständen des Einzelfalls', ,welche Personen ... als feindliche Kämpfer jederzeit bekämpft werden können und welche Personen ihren Schutz als Zivilpersonen ausnahmsweise verlieren'. [15] Beide Auskünfte waren auf den Afghanistan-Krieg gemünzt und sollten die ,gezielte Tötung' von Verdächtigen im Krieg jenseits rechtsstaatlicher Verfahren legitimieren. Ungeachtet der Tatsache, dass Völkerrechtler diese Interpretation scharf kritisieren, bleibt festzuhalten, dass Pakistan, aber auch der Jemen oder Somalia, wo ebenfalls regelmäßig ,gezielte Tötungen' verübt werden, nicht zum afghanischen Kriegsgebiet gehören. Informationen deutscher Geheimdienste haben zumindest in einem Fall zur extra-legalen Tötung eines Deutschen in Pakistan beigetragen - im Fall Bünyamin Erdoğan.“

Ich meine: Solange diese Form der Gewalt sowie jede militärische Intervention gegen sogenannte feindliche Länder nicht aufhören, brauchen wir uns über mehr Sicherheit vor Anschlägen in Europa nicht zu unterhalten.

Dazu kein Wort von Gauck. Nicht einmal von der SPD hört man etwas. Die Grünen haben seit dem Ukraine-Konflikt ohnehin jede Glaubwürdigkeit verloren. Mit all denen zusammen gegen Pegida auf die Straße? Niemals!

Anmerkungen:

[14] Deutscher Bundestag, Drucksache 17/2884, 08.09.2010.

[15] Deutscher Bundestag, Drucksache 17/2775, 20.08.2010.

Quellen:

Q1: Angriff auf Satiremagazin: Terroranschlag in Paris - Mindestens zwölf Tote,

faz.net vom 07.01.2015

<http://www.faz.net/aktuell/politik/anschlag-auf-satiremagazin-charlie-hebdo-in-paris-11-tote-13357436.html>

Q2: Zur Tötung vorgeschlagen

gfp vom 06.01.2015

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59025>

BB070 – Zum Tode von Ulrich Beck – erfolgreich, weil bequem?

Hamburg, 05.01.2015

Ich möchte die interessierte Lesergemeinde zum neuen Jahr ganz herzlich mit 3 aktuellen Texten begrüßen, von denen zwei Texte Bezug nehmen auf den Tod von Ulrich Beck. Titel und Links lauten wie folgt:

Q1: Autor des Bestsellers „Risikogesellschaft“: Soziologe Ulrich Beck gestorben

RP Online vom 03.01.2015

<http://www.rp-online.de/panorama/leute/ulrich-beck-gestorben-soziologe-schrieb-risikogesellschaft-aid-1.4774003>

Q2: Der Soziologe Ulrich Beck ist tot

ND vom 03.01.2015

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/957294.der-soziologe-ulrich-beck-ist-tot.html>

Q3: Jahrespressekonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin 2014

KNW vom 23.12.2014

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/jahrespressekonferenz-des-russischen-praesidenten-wladimir-putin-2014>

Q3 dokumentiert einmal mehr wichtige Aussagen von Putin, die einmal mehr belegen, dass die weltweite Gewalt, vor allem in Gestalt zunehmender Kriege, eindeutig vom Westen, insbesondere den USA, ausgeht, unbenommen davon, dass z.B. die Neujahrsansprache Putins mit Stereotypen wie „Vaterland, Ehre, Brüderlichkeit, Heimatliebe (...)“ viel Luft nach oben aufweist. Unerträglich, dieses Geseier. Putin ist auch nicht besser als Obama, der Lynchmorde an mutmaßlichen Terroristen mit deutscher Beteiligung unterschreibt. Also Mörder genannt werden muss, der vor ein Strafgericht gehört.

Was den Soziologen Ulrich Beck betrifft, so ist er wohl überschätzt. Seine Texte und Bücher sind ohne analytische Kraft. Dieser Verdacht drängt sich schon auf, wenn man die Texte Q1 und Q2 liest, d.h. sieht, wie er rezipiert wird:

Er mag die wachsende Ungleichheit, drohende Umweltrisiken beklagen, auch dass die Politik auf die Risiken nicht angemessen reagiert. Nur hilft alles nichts, wenn die Ursachenforschung in Bezug auf die Risiken nicht weit greift. Man bekommt den Eindruck, dass er sich eine zu weitgehende Analyse versagt, wenn z.B. von einem zivilisierbaren Kapitalismus die Rede ist, man den Risiken durch Kooperation und Zusammenarbeit unter den Nationen begegnen könne - eine notwendige, aber bei weitem nicht hinreichende Bedingung, auf Risiken zu reagieren.

Was nützt Zusammenarbeit, wenn sie ohne hinreichende Analyse kopflos bleibt, die Analyse des ökonomischen Systems, den Kapitalismus, aus der Schusslinie der Kritik heraushält? Hier trifft Beck in seinen Büchern eine fatale Vorentscheidung: Kapitalismus ist zivilisierbar, eine Vorentscheidung wie für Grüne (schon damals, in den 1980er Jahren) und heute einmal mehr für "Die Linke" gemacht.

Neben dieser ökonomie-theoretischen Dünnbrettbohrerei macht sich Becks larmoyant-rührseliges Gejammer über Individualisierung (Vereinsamung) ganz gut.

Kurz: ich denke, Beck ist ein Wissenschaftler, der zu Rot und Grün passt.

Dafür bekommt er Aufmerksamkeit. Im Westen nichts Neues.

BB069 – NGfP-Kongress im März 2015 zum Thema "Krieg um die Köpfe"
Hamburg, 23.12.2014

Vom 5. bis zum 8. März 2015 findet in Berlin ein Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (www.ngfp.de) statt. Das übergeordnete Thema lautet sehr aktuell:
»Krieg um die Köpfe - Der Diskurs der „Verantwortungsübernahme“«

Was bedeutet Verantwortungsübernahme? Ich fürchte, dazu sind immer mehr Menschen mental, d.h. von ihrer inneren Geisteshaltung her, immer weniger in der Lage. Sie plappern schichtübergreifend nur nach, was die Leitmedien ihnen Tag für Tag eintrichtern.

Dr. Udo Ulfkotte, ehemals Redakteur der FAZ, ist dafür ein gutes Beispiel. Er gibt zu, über Jahrzehnte immer nur das Unvermeidliche für die FAZ geschrieben zu haben – entsprechend den informellen Vorgaben „von oben“. Er schäme sich, dass ihm das erst so richtig im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt aufgegangen sei. Endlich mal jemand, der aus der Reihe tanzt. Für mich ein whistleblower des Journalismus(vgl. Q1).

Das Programm des Kongresses kann im PDF-Format heruntergeladen werden (Q2). Ich selbst werde zu folgendem Thema sprechen:
"Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen" (siehe Q2).

Auf dem Kongress sind eine Vielzahl sehr interessanter Vorträge zu hören – immer mit anschließender Aussprache im Plenum.
Herausheben möchte ich Prof. Dr. Moshe Zuckermann aus Tel Aviv, der in den Kongress einführen wird; er spricht darüber, wie Krieg die Gesellschaft und jeden einzelnen Menschen (in ihr) verändert; ich meine, die Gewaltbereitschaft wächst (auch in den privaten Beziehungen); dabei werden immer mehr Menschen psychisch (mental) „krank“ oder geraten immer mehr unter psychischem Druck.

Verantwortlich sind Politiker und Leitmedien. Sie sorgen dafür, dass sich kriegsähnliche Flächenbrände unkontrolliert ausbreiten; ganz zu schweigen davon, dass sie uns im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt vollkommen perspektivlos einen neuen Kalten Krieg aufzwingen; regelrecht inszenieren, auch um von wachsenden sozial-ökonomischen Krisenerscheinungen abzulenken.

Leider sind die Aussichten düster. Dennoch möchte ich allen LeserInnen erholsame Feiertage wünschen, v.a. aber mich für ihr jahrelanges Interesse bedanken.

Quellen:

Q1: Ken Jebsen im Gespräch mit Dr. Udo Ulfkotte (Gekaufte Journalisten),
Youtube vom 04.12.2014

https://www.youtube.com/watch?v=bm_hWenGJKg#t=2658&channel=wwwKenFMde

Q2: Krieg um die Köpfe – Kongress der neuen Gesellschaft für Psychologie vom 5. – 8. März 2015 in Berlin

http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/12/NGfP_2015_Krieg_um_die-Koepfe_Programm.pdf

BB068 – Google und Amazon spionieren uns aus - ab in den Faschismus

Hamburg, 11.12.2014

ich möchte eine Reihe von Texten den interessierten LeserInnen ans Herz legen, die anzeigen, dass die wachsende Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen politisch immer unverhohlender betrieben wird; sie nimmt gemeingefährliche Ausmaße an, auch für uns in Deutschland, die wir glauben, wir lebten in einem einigermaßen „sicheren“ Land. Die Texte zeigen, dass dem nicht unbedingt so ist, v.a. nicht so bleiben muss. Man sollte sie daher sorgfältig lesen. (siehe unten: **Quellen**)

Ich denke, wir leben längst in einer Diktatur auf der Basis des Internets, sagen wir ruhig: in einem „digitalen Faschismus“, der, anders als in der Nazi-Zeit, ohne seelische Bindung des Einzelnen zu einem geliebten Führer auskommt. In einer Besprechung über den Schriftsteller und Filmemacher Thomas Harlan heißt es zum Schluss: man müsse sich heute keiner kriminellen Bande (den Nazis) mehr angehörig fühlen, um de facto Bandenmitglied zu sein. (vgl. www.film-und-politik.de/F09.pdf)

Das trifft heute immer augenfälliger zu. Globale Gewalt und flächendeckende Überwachung der Bürger gehören zusammen; sie führen in einen globalen Faschismus (ohne einen geliebten Führer). So lese ich Wikileaks-Gründer Julian Assange in einem Interview mit Ignacio Ramonet, auch wenn er das Wort Faschismus nicht in den Mund nimmt. Fest steht für ihn aber, dass mit dem Internet Gewalt und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft wachsen und mit diesen die Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen weltweit, nicht zufällig, weil es böse Menschen gibt, sondern systematisch, unabhängig vom Willen und Wollen einzelner Menschen. Am Ende sehen sich die Menschen in Gewaltvorgänge hineingezogen, ob sie wollen oder nicht, wie wir das aus Notwehrsituationen kennen.

Parteien tun nichts gegen wachsende Gewalt, außer mit wachsender Gewalt zu reagieren; und sie befördern sie die Militarisierung der Gesellschaft. Politiker tun es, weil sie ausschließlich in den Kategorien der Macht ticken, von denen sie ernährt werden. So ist ihre Mentalität; so sind sie gestrickt. Augen zu und durch. Das reicht für ihren Pakt mit dem kriminellen System, in dem wir immer unbestreitbarer leben, mittlerweile aktenkundig in Gestalt von Drohnenmorden (Text 6) oder eines offiziell von Regierungsseite anerkannten Berichts über kriminelle Verhörmethoden der CIA (Text 10). Obama verurteilt sie, ohne sie kriminell zu nennen, das heißt, wie von der UNO gefordert, die Täter vor Gericht bringen zu wollen. Auf Deutsch: man will weiter machen, wie gehabt. Wir kennen das aus der Finanzkrise.

Allein dass sich gegen die Aussage, durch Folter seien Anschläge verhindert worden, keine Kritik regt, zeigt, wie Politiker ticken, wessen Geistes Kind sie ist. Für sie ist Folter kein Verbrechen, das vor Gericht gehört, sondern ein Fehler.

Widerstand kommt weniger aus dem Herzen des Rechtsstaates, z.B. aus Deutschland; dort wird der Widerstand ausgerechnet von einstigen Friedensaktivisten, den Grünen, niedergebrüllt, mit Schaum vor dem Mund, jedenfalls von der Theologin und Grünen-Chefin Katrin Göring-Eckardt, die sich über einen Appell von 60 bekannten BürgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur aufregte, weil er der westlichen Politik genauso wie Russland vorwirft, zuwenig gegen eine Eskalation der Gewalt zu tun. (vgl. Text 9)

In Text (3) heißt es äußerst moderat, dass man den Frieden in Europa leichtfertig aufs Spiel setze: Niemand wolle Krieg. „Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten.“ Der Appell wendet sich auch an Russland; die Politik reagierte dennoch wutentbrannt, als hätte man mit der wachsenden Gewaltbereitschaft nichts zu tun.

Text 9 kommentiert ergänzend: „Die ‚wütenden Reaktionen‘ auf den Aufruf in den deutschen Leitmedien (...) zeigen indes, wie weit das politische Klima bei uns bereits vergiftet ist, wie weit die Vertreter/innen der zur Zeit in Deutschland und in der EU von der deutschen Regierung betriebenen Politik bereits in das neue Feinddenken versunken sind, (...) wenn selbst eine solche abgewogene Kritik nur noch wüste Beschimpfungen auf sich zieht.“

Am schlimmsten treibt es einmal mehr Michael Wolffsohn (Text 5 u. 6). Er spricht sich kaum verhöhlen für eine Gewalteskalation aus. Schließlich müsse mit allen Mitteln verhindert werden, dass sich der Islamische Staat (IS) etabliere. Wolffsohn sieht nicht, dass es genau die Mittel sind, die den IS erst produziert haben, und die ihn am Ende auch mit Sicherheit etablieren werden. Der IS bildet ja jetzt schon recht stabile staatliche Strukturen aus. Er ist eine direkte Folge des Irak-Kriegs und vieler anderer Kriege, die ohne UNO-Mandat von Nato, EU und USA geführt werden.

Der Krieg in der Ukraine ist ebenfalls vom Westen provoziert worden (Text 9); er führt das Kriegsrisiko räumlich näher an die EU, zur Freude der USA, den polnischen und baltischen Regierungen, die es dem Erzfeind endlich einmal so richtig zeigen können. Man fühlt sich dabei keineswegs mit dem Rücken zur Wand, übrigens anders als Russland, wie aus einer Rede Putins deutlich hervorgeht, die er 2007 hielt, auf die der Westen damals wütend reagierte (Text 2 und 4), ohne im geringsten auf den Inhalt der Rede einzugehen.

Es hätte sich gelohnt: Putin regt sich völlig zu Recht darüber auf, dass der Westen so tue, als wären NATO und EU mit der UNO vergleichbar, als würden NATO und UNO gleiche Interessen transportieren. Schließlich sei die NATO eine Friedensorganisation.

So etwas zu glauben zeigt eines: westliche Politiker, allen voran die Grünen (schlimmer als die AfD), sind mittlerweile komplett unfähig, sich in die Perspektive anderer Länder (gesellschaftlicher Strukturen) oder anderer Menschen zu versetzen. Das zeigen ihre wutschnaubenden Reaktionen. So reagieren (Klein-) Kinder, weil sie erst noch lernen müssen, die Perspektive anderer Menschen (Kinder) einzunehmen. Sie lernen es, indem sie über Gefühle reden, etwas, was in unserer heutigen Gesellschaft nur noch sehr eingeschränkt passiert, bei weitem nicht (mehr) zureichend lernt, geschweige bis ins hohe Alter praktiziert wird. In meinen Büchern plädiere ich dafür gebetsmühlenhaft. Man glaubt, man habe es nicht nötig zu lernen, Gefühle zu verhandeln; die meisten wissen gar nicht, was das ist; schon gar nicht, dass es auf unterlassene Hilfeleistung hinausläuft; im gewöhnlichen Alltag, den gerade Kinder und Jugendliche psychisch immer weniger bewältigen. Die Folgen sind wachsende seelische Krankheiten gerade bei Kindern und Jugendlichen. (Text 7 und 8)

Quellen:

(1) Google spioniert und gibt die Informationen der US-Regierung

KNW vom 07.12.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/google-spioniert-und-gibt-die-informationen-der-us-regierung>

(2) Putins Rede 2007 erntete westliches Sturmgewitter

KNW vom 08.12.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/putins-rede-2007-erntete-westliches-sturmgewitter>

(3) Keine Entspannungspolitik

GFP vom 09.12.2014

Link: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59015>

(4) Michael Wolffsohn, Klüger kämpfen

Weser-Kurier vom 23.11.2014

Link: http://www.wolffsohn.de/cms/images/Snippets_pdf/weser-kurier-is

(5) Michael Wolffsohn, Politik Analyse: Die Bundeswehr ist eine Unterschichtenarmee

WO vom 21.08.09

Link: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4368744/Die-Bundeswehr-ist-eine-Unterschichtenarmee.html>

(6) US-Drohnen töten 1.147 Zivilisten bei der Jagd auf 41 Terroristen

DWN vom 27.11.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/11/26/us-drohnen-toeten-1-147-zivilisten-bei-der-jagd-auf-41-terroristen/>

(7) Depression: Seelische Not lässt Kinder tief abstürzen

Welt Online vom 09.12.2014

<http://www.welt.de/gesundheit/psychologie/article135178384/Seelische-Not-laesst-Kinder-tief-abstuerzen.html>

(8) Mehr Jugendliche wegen Depression in stationärer Behandlung

vom 09.12.2014

<http://www.heilpraxisnet.de/naturheilpraxis/mehr-jugendliche-wegen-depression-in-behandlung-901853447021.php>

(9) Gegen den Krieg – können wir sachlich bleiben?

KNW vom 11.12.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/gegen-den-krieg-koennen-wir-sachlich-bleiben>

Die „wütenden Reaktionen“[1] auf den Aufruf in den deutschen Leitmedien wie auch aus den verschiedenen politischen Etagen, insbesondere aus den grünen, in denen von „Schande“, „Russlandkitsch“, „politisch-intellektueller Zumutung“ und dergleichen die Rede ist, zeigen indes, wie weit das politische Klima bei uns bereits vergiftet ist, wie weit die Vertreter/innen der zur Zeit in Deutschland und in der EU von der deutschen Regierung betriebenen Politik bereits in das neue Feinddenken versunken sind, anders gesagt, wie zurückliegende Ereignisse und historische Tatsachen bereits durch Mythen ersetzt werden, wenn selbst eine solche abgewogene Kritik nur noch wüste Beschimpfungen auf sich zieht.

(10) Die CIA und ihre Folterer

KNW vom 11.12.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/die-cia-und-ihre-folterer>

„Wenn die Angaben in dem Bericht wahr sind, dann haben wir Kriegsverbrecher, Meineidige, Computerhacker und Kriminelle auf der Gehaltsliste der Regierung.“

BB067 – Über den Gefühlsfetisch und das Gelaber von Peter Sloterdijk
Hamburg, 09.12.2014

Vor einiger Zeit habe ich den interessierten LeserInnen einen Text vorgestellt, der zusammen mit anderen Texten im 1. Band „Materialien zur Politisierung“ erscheinen wird. Voraussichtlich im Januar/Februar 2015. (Vgl. **BB-055**)

Heute möchte ich einen weiteren Text vorstellen, der im 2. Band (Untertitel: Kommunikation unter Verdacht) erscheinen wird (MP2, 31-37, siehe PS).

Ich habe den Text vor 10 Jahren (2004) verfasst. Er zeigt, dass die 4 Bände (unter dem Titel „Die Politisierung des Bürgers“ (DPB), erschienen zwischen 2009 und 2013, nicht vom Himmel gefallen sind. Es brauchte eine lange Vorlaufzeit, um zentrale Begriffe anzudenken, vorzubereiten, die sehr viel später in jenen 4 Bänden eine Rolle spielen sollten. Ein zentrale Rolle spielt der *definitive Gesellschaftsbegriff* (vgl. WIF-SUL); nicht zuletzt im Hinblick auf eine Kritik am herrschenden sozial-wissenschaftlichen Diskurs, z.B. in Abgrenzung zu Habermas (siehe PS) oder zur Hermeneutik von Wolfgang Detel (DEW-GuV), mit der ich mich insbesondere im 4. Band (Untertitel: Theorie der Gefühle) auseinandersetze.

Beiden Autoren verdanke ich einiges bei der Entstehung meiner Bücher, auch wenn meine Kritik an ihnen stellenweise recht scharf, für manche Ohren sogar abwertend klingt.

Dennoch: Detel ist mit „Geist und Verstehen“ ein bemerkenswertes Buch gelungen, insbesondere weil sich in seinen Texten eine klare, sprich: der Versprachlichung zugängliche Mentalität abzeichnet, die ein Stück weit so etwas wie eine Mentalität unserer Gesellschaft repräsentiert, d.h. eine allgemeine Geisteshaltung, die sich im Innenleben des Autors, und, wenn auch nicht auf selbige Weise, in der Gesellschaft abbildet. Das gilt ebenso für Habermas und viele andere. Ich setze mich mit Autoren auseinander, um zu erfahren wie unsere Gesellschaft (mental) tickt.

Im 3. Teil von DPB (Untertitel: Vom Gefühl zur Moral) komme ich zu dem Ergebnis, dass die herrschende Form der Auseinandersetzung (der geistigen Elite) mit unseren (kranken) sozialen und ökonomischen Strukturen sich im Innenleben derselben geistigen Elite als etwas, das "krank" (moralisch krank, zu ächten), abzeichnet. Wobei nicht das offensichtlich „Kranke“ wesentlich ist, sondern das, was sich aufgrund einer eingehenderen Analyse als „krank“ zu erkennen gibt.

Nun, es gibt in Habermas und Detels Texten und Büchern einiges, das mir schwer im Magen liegt. Insbesondere ihr Gesellschaftsbegriff, den sie „körperlich-dinghaft“ begreifen (ethisch-moralisch), so wie dies im Falle sozialer Strukturen legitim ist. Nicht so im Falle unsere Gesellschaft, die sich zwar aus einer Vielzahl sozialer Strukturen mit ihren jeweils besonderen Interessen (körperlich) zusammensetzt, die aber auf der Grundlage eines Allgemeininteresses, d.h. dem Grundrecht „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, was Folterverbot und Ächtung von Krieg und Todesstrafe einschließt (WIF-SUL), existiert, an das sich jedes besondere Interesse zu bemessen hat, – im Interesse eines stabilen gesellschaftlichen Ganzen.

Meine These: eine Sozialwissenschaft, die ohne definitiven Gesellschaftsbegriff auskommt, nenne ich krank (asozial).

Ganz besonders möchte ich mich bei meinem Freund Klaus-Jürgen Bruder bedanken, der nicht nur wichtige Bücher und Texte schreibt, sondern mich seit Jahren in meinen Bemühungen unterstützt und ermutigt, nicht zuletzt mit einem bemerkenswerten Vorwort zum 4. Teil.

PS: Der Gefühlsfetisch in uns

Die Fähigkeit, große Geister und ihre Werke naiv, unbefangen und perspektivisch zu kritisieren, scheidet nicht selten am geballten Wissen, das diese in dunkelhafter Demut transportieren, das einen Kritiker gleich zu Beginn in Erfurcht erstarren lassen soll. Betrachter der bildenden Künste haben es leichter. Sie ziehen ihre Urteile aus Assoziationen, die allein mit der Betrachtung eines Gegenstands in seiner äußeren Erscheinung schwanger gehen. Sie begnügen sich mehr oder weniger mit dem, was ihnen das Anschauen eines zu kritisierenden Gegenstandes gewährt, was er an (negativen oder positiven) Gefühlen auslöst, um nicht zu sagen: sie kritisieren aus dem Bauch heraus; Kritik ist hier weitgehend eine Sache profan-lebensweltlichen Hintergrundwissens, die den Gegenstand in seiner äußeren Erscheinung der Kritik für würdig erachtet.

Warum auch nicht? Man vergisst, dass große Schreiber durch ihre äußere Erscheinung *bestechen* wollen und damit sich den Zeitgenossen der Kritik aussetzen, die also nicht nur aus ihrem Schriftgut gezogen werden muss. Jedenfalls sondern sie Informationen von ihrer Oberfläche ab, bestechen durch Präsenz, einer Skulptur nicht unähnlich, auch wenn sie über Philosophie nur sprechen, wie wir dies z.B. von Peter Sloterdijk und seinem Gast Bazon Brock im Philosophischen Quartett sehen konnten. Substantielle Kritik an solchen Erscheinungen ist nicht deshalb widerlegt, weil sie sich auf wenig greifbare Informationen, gar auf Gefühle stützt, die sich einer Versprachlichung entziehen. Das hieße, der Quantität der Worte zu viel Ehre zuteil werden lassen. Wobei Leute wie Sloterdijk dazu neigen, sich durch viele Worte *schön* zu reden, in Schönheit zu sterben. Man fragt sich, ob er eine Sache überhaupt braucht, wenn bei ihm, losgelöst von ihr, aus Schönheit *selbstredend* Wahrheit spricht. Das wäre auch eine mit Gefühlengeschwängerte Stellungnahme; wenn Worte ein göttliches Eigenleben führen – nicht indem man ihnen Weltschöpfendes, vielmehr ganz bescheiden Bedeutungsgehalt zuschreibt, freilich unkritisch und wenig transparent, als könnten Begriffe ein für alle mal Gültigkeit beanspruchen, einen Gegenstand oder Sachverhalt eindeutig repräsentieren. Man verkennt, dass Begriffsbildung eine Sache sinnbefüllender Perspektive ist, eine Sache stetiger Übertragung oder Projektion von Gefühlen in soziale Realität: auf einen Gegenstand der Begierde, die ihn immer wieder neu und anders einkleiden, zuweilen aber auch nur hübsch machen sollen. Wenig handgreifliche Worte wie *Liebe* werden so verwendet: sie repräsentieren vornehmlich Gefühlsdispositionen, zuweilen *ohne greifbaren* Gegenstand; das passiert, weil das Gefühl als solches nicht existiert. Es verweist auf soziale Sachverhalte, die nicht immer eindeutig: ein für allemal verifizierbar, sind, zumal sie im Kontext von Verständigung, die scheitern kann, existieren, und nicht unbedingt auf etwas *von Bedeutung* (blabla...) zielen muss, z.B. das Gelaber von Sloterdijk im „Philosophischen Quartett“.

Natürlich sind Gefühle bei Menschen verschiedener Epochen wie auch innerhalb einer Epoche ganz unterschiedlich gegenständlich fundiert, je nach Klassen-, Schichtzugehörigkeit oder Lebensalter. Ja, sie mögen so manches sein, eines sind sie auf gar keinen Fall: die rationalste Sache der Welt, wie sich Bazon Brock („Der Barbar als Kulturheld“) als Gast bei Sloterdijk im Philosophischen Quartett (05.12.04) ein bisschen einfältig-romantisch äußerte. Dass sie gerade nicht rational sind, ist geradezu die Bedingung dafür, dass kommunikative Verständigung als Wille und Bedürfnis ausgebildet sein und immer wieder werden muss zur Schaffung, Aufrechterhaltung und Stabilisierung sozialer Strukturen. Gefühle verweisen wie gesagt auf soziale Strukturen und Beziehungen: auf Formen der Sozialintegration; andernfalls wären sie allzu narzisstisch, rechnerisch, kleinkariert. Gefühl, Sozialintegration und schließlich: die Perspektive als *Wie man etwas sieht*: als Zugang zur sozialen Realität, gehören zusammen und konstituieren im Zusammenspiel das, was man Vernunft nennen könnte. Wenn etwas vernünftig sein soll, dann soziale Strukturen, sofern sie die mit ihnen verknüpfte ökonomische Reproduktion nicht behindern. Entscheidend ist, was hinten rauskommt.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Nicht das, was mit einem Gefühl, einer ersten, instinktiven Stellungnahme aus einer Befindlichkeit heraus beginnt. Selbst eine intime Beziehung mag mit einem Gefühl beginnen; gleichwohl konstituiert sie sich erst durch einen gemeinsamen Zugang zur sozialen Realität, ohne dass die Teilnehmer in der Lage sein müssen, ihn zu versprachlichen, dann nämlich, wenn sie einfach nur so vor sich hinleben – gedankenlos.

Fühlen aus Gewohnheit (ich mag keine atonale Zwölftonmusik) ist keine zu diskriminierende Angelegenheit, auch wenn sie den Blick auf Fremdartiges blockieren mag und Geschichte verzerrt, z.B. wenn unreflektiert Gefühlsdispositionen der Gegenwart auf geschichtliche Situationen übertragen werden. Dass so was unzulässig ist, erläutert Kurt Flasch in einer umfangreichen Abhandlung *Philosophisches Denken im Mittelalter*. (FLK-PDM) Nimmt man sie sich zu Herzen, so würde man nicht auf die Idee kommen, die alttestamentarische Geschichte um Abraham, der im Begriff ist, seinen Sohn Isaak auf Befehl Gottes zu opfern, als unappetitlich faschistoid zu bezeichnen, wie dies Sloterdijk kongenial zu Bazon Brock im Philosophischen Quartett tat. Abraham unterwirft sich Gottes Befehl. Aber in dem Augenblick, wo das Messer in den Leib eindringt, verwandelt sich auf göttliche Fügung hin der menschliche Leib in ein Tier. Sloterdijk betonte hier den unappetitlichen Befehl-Gehorsam-Mechanismus als ein Reflex, der Reflexion ausschließt.

Ja, und was können wir daraus heute lernen? Dass solche Reflexe der Ächtung anheim fallen müssen. Hier dürfe man der religiösen Überlieferung nicht folgen. Denn auf dieser Grundlage funktioniert jedes faschistische System. Nicht dass der Mord an Isaak nicht geschehen ist, sei entscheidend, sondern dass es zur Tat nur deshalb nicht gekommen sei, weil Gott auf wundersame Weise seine Macht ins Spiel brachte, und nicht aus einerverstandesmäßiger Einsicht Abrahams heraus. Abraham – eine faschistische Figur? Eine mutige Bibelauslegung, die dem Papst nicht gefallen dürfte. Nun, Menschenopfer gab es zu allen Zeiten. Menschenabschlachtungen bei Kreuzzügen, Hexen- und Ketzerverbrennungen waren solche im Interesse der Wahrheit. Im alten Aztekenreich wurden bei Krönungen, Tempelweihen und religiösen Zeremonien Menschen zu Tausenden abgeschlachtet. Waren es deshalb faschistische Kulturen? Ja, und müssten man vor diesem Hintergrund die Abrahamgeschichte nicht sogar ausgesprochen positiv bewerten? Als Ächtung des Menschenopfers? Als frühgeschichtliche Tat von Aufklärung? Und wenn wir schon dabei sind, verschiedene Epochen, Jahrtausende auseinander, zu vergleichen: wie, bitte schön, soll man unsere Gesellschaft benennen, deren Ökonomie täglich 50.000 Menschen an Unterernährung sterben lässt. So viele Menschen an einem Tag lassen wir jeden Tag sehenden Auges sterben. Wenn auch – nur?! – vermittelt über unsere Ökonomie. Vielleicht kann man so etwas nicht Mord nennen, weil Menschen den Vermittlungsvorgang nicht begreifen, nicht sehen, dass ihr Leben etwas mit hungernden Menschen zu tun hat, nicht sehen oder nicht sehen wollen, dass es ihre Ökonomie ist, die Menschen dahinrafft. Bei den Nazis war es bewusster Massenmord, zweifellos vorsätzlich. Unsere Ökonomie, die Menschen verhungern lässt, mit der Mordmaschinerie der Nazis zu vergleichen, ist geschmacklos, zumal unanalytisch. Solche Vergleiche nützen denen, die den vorsätzlichen Massenmord an den Juden aus durchsichtigen Gründen relativieren. Historische Vergleiche hinken fast immer. Und sind insbesondere dort instrumentalisierbar, wo sie mehr zudecken als erhellen.

Gravierender ist ein anderer, weniger historischer Einwand: wie und woher sollte es eine reflektierende Vernunft als solche geben, in der Lage, der Macht menschlicher Gewohnheit Einhalt zu gebieten. Als besitze der Mensch so etwas wie ein übernatürliches Prinzip – von Natur aus, das Gewohnheiten durchbricht. Dieser Ansatz vergisst, dass institutionalisierte Gewohnheiten sich geschichtlich entwickeln und schon früh sehr stabile Hochkulturen fundierten. Wo war da die Vernunft im Kampf gegen unappetitliche Gewohnheiten, die es in fast allen Hochkulturen gab? Nicht die Tatsache, dass Menschen an fundamentalen Einsichten hängen und an ihnen festhalten, weil sie ihren Glauben ernst nehmen, ist unmenschlich. Maximen, die fundamental sind, braucht auch unsere

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Gesellschaft als da sind: die Würde des Menschen ist unantastbar, Folterverbot, Verbot der Todesstrafe. Nur können *religiös* motivierte Maxime heute nicht mehr das Fundament unserer Gesellschaft begründen, weil sie ein ethisch-moralisches System: ein universales Weltbild nicht ausbilden können – einfach deshalb, weil es praktisch in einer globalen Welt nicht funktioniert. Unsere Maxime müssen deshalb unabhängig von dem gelten, was Menschen *glauben*. Es gibt sie, weil Massengesellschaften nur auf der Basis fundamentaler Wahrheiten funktionieren. Fundamentalismen sind somit nichts Besonderes. Zu gelten haben sie unbedingt. Wer sie verletzt, wie die US-Regierung, muss als gemeingefährlich für das Zusammenleben der Menschen geächtet werden. Genauso haben Hochkulturen funktioniert, fundamental, weil schon sie Massengesellschaften waren. Dieser Ansatz ist deshalb fundamental, weil eine Ächtung menschlichen Verhaltens auf der Grundlage von Basiswerten keiner weiteren Begründung bedarf als die durch diese Werte selbst, darauf Menschen einer Gesellschaft sich geeinigt haben müssen. Damit begründet sich eine Gesellschaft aus sich selbst heraus. Tautologisch.

Übrigens: sich um einen solchen Ansatz bemüht zu haben, könnte man als ein Verdienst von Jürgen Habermas ansehen. Zumindest will ich ihn so deuten. Wenn ich dann wieder den einen oder anderen Aufsatz von ihm lese, da, wo er ein wenig aus sich heraus kommt, sich als politisch engagiert begreiflich machen will, etwa in der Antisemitismusdebatte um Möllemann und Martin Walsers *Tod eines Kritikers*, dann weiß ich nicht, ob er eigentlich begreift, was er (früher mal) geschrieben hat.

Zurück zum Philosophischen Quartett: Wenn man auf Geschichte nicht verzichten will, so kann man die Abrahamgeschichte auch anders lesen: als Fortschritt in menschlicher Daseinsbewältigung. Gott will seine Allmacht (über die Welt) nicht an Rituale geknüpft wissen. Er will nicht das sichtbare Zeichen, das Menschen aussenden als untrüglisches Indiz ihrer Gottestreue. Rituale interessieren nicht, weil Gott über allem steht, nicht in Konkurrenz zu anderen Göttern. Er ist ein Gott eines mittellosen, orientierungslos umherirrenden Wüstenvolks, das von der Hand in den Mund lebt. Er verheißt, beschenkt und braucht nichts, weil meist schlicht nichts da ist, was man ihm darbringen könnte. Nur eines will er: *absoluten* Gehorsam, keine anderen Götter neben sich. Was er sagt, gilt. Nichts sonst. Er ist der absolut Eine, der ganz und gar Andere. Daher ist es ihm unwichtig, ob Menschen ihr eigenes Blut für ihn hingeben. Wenn sich Symbolismen nicht vermeiden lassen, schließlich kann man den Menschen das Sprechen nicht verbieten, dann sollen sie sich durch kleine Gesten äußern, mit denen man sich auf die Geltung seines Gottes hin verständigt. Denn Gott spricht: ich bin der, der ich bin. Und: du sollst dir kein Bild machen von deinem Gott. Je unscheinbarer eine Geste, die auf seine Existenz gerichtet ist, desto besser. Ein beachtlicher Fortschritt in der Entwicklung menschlichen Zusammenlebens ärmlicher Völker, die sich einen anspruchsvollen Gott nicht leisten können. Dabei spielt es keine Rolle, dass wir es hier mit einem Gott zu tun haben, der Abraham auf seine Gefolgschaft hin testet, indem er den Mord an seinem Sohn Isaak fordert (mal sehn, ob er gehorcht). Wesentlich ist, dass sich ein anderer Gottesbegriff durchgesetzt hat: andere Gewohnheiten, die menschlichen Fortschritt begründen, aus der Not heraus, nicht aus reflektierender Einsicht. Wenn man hier ein faschistoides Gemüt wittert, muss man dieses bald überall wittern.

Opferkult bis hin zum Selbstopfer Gottes am Kreuz, das im christlichen Abendmahl immer wieder seinen symbolischen Vollzug braucht, wird bis heute als Faszinosum wahrgenommen, als Wahrheitsbeweis der Offenbarung. Das eigene Leben opfern gilt als der ultimative Daseinsbeweis, weil schöner nicht klar wird, dass einer meint, was er sagt (geh' doch in die DDR). Gott wollte in Gestalt seines Sohnes den Menschen die Wahrheit seiner göttlichen Existenz zugänglich machen, sich offenbaren, und nicht nur das: auch die Wahrheit jedes einzelnen Menschen wollte Gott begreiflich machen. Kierkegaard sah hier eine Doppelbewegung: unendlich weit wegkommen vom eigenen Selbst (Opfertod), um von dort, aus der Unendlichkeit, zurückzukommen zum eigenen Selbst (Auferstehung), um schließlich in der Wiederholung zu einer neuen Form von Daseinsbewältigung zu

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

kommen, man die Dinge dann mit anderen Augen angehe. Dieser immerwährende Zyklus sei nur möglich durch den Glauben an den ganz Anderen, den der Einzelne in sich verspüren müsse. Andernfalls drohe schiere Verzweiflung: entweder weil der Mensch, so Kierkegaard in *Die Krankheit zum Tode*, verzweifelt er selbst sein will und es nicht schafft, oder verzweifelt nicht er selbst sein will. (KIS-KZT). Auch wenn Verzweiflung unvermeidlich ist, sozusagen ein Kind des eigenen Selbst, des menschlichen Geistes sei, so sei sie doch im Zyklus einer immer wieder gelingenden Doppelbewegung im Geiste reflektiert und deshalb beherrschbar. Das riecht nach einem existentialdialektischen Gottesbeweis: Gott sei notwendig, auf dass der Mensch sich selbst finde. Glaube wird an einen Zweck geschmiedet, ihm kommt eine menschliche Funktion zu. Wenn das nicht der Anfang jeglicher Gottlosigkeit ist. So fürchtete Luther: Gott für menschliche Zwecke zu instrumentalisieren, war für ihn im Grunde die größte Sünde, weil der Einzelne sich dabei ein Wissen anmaße, das nur Gott zukomme.

Mit anderen Worten: eine Identität aus sich selbst heraus, ohne Hilfe eines göttlichen Außen, vermag der Mensch nicht zu gewinnen. Die Erfahrung menschlicher Totalität als eine von Unendlichkeit und Ewigkeit sei nur möglich, indem der Einzelne seine eigene Existenz in einer Doppelbewegung umkreise und dabei auf die fürsorgliche Hilfe des ganz Anderen vertraue. Von sich selbst loskommen bis hinein in die Dunkelheit der Ewigkeit des Unendlichen, und dann wiederkommen zu sich selbst mit Hilfe des ganz Anderen, um mit dieser Wiedergeburt das profan-endliche Dasein zu bewältigen, handeln zu können im Alltäglichen. Das bedeutet: der Ganzheitsbegriff wird in einer besonderen Weise verwendet, in der Tendenz entmystifizierend: Der Mensch existiert als ganzer Mensch nur durch *eigene* Anstrengung. Gesundheit aufrechterhalten, sozusagen erobern, durch kommunikative Anstrengung, wenn auch nur mit und durch den ganz Anderen. Das war im Gefolge historisierender Romantik durchaus nicht selbstverständlich, v.a. gegen den Zeitgeist gebürstet. Kierkegaard war halt ein wirklicher Unruhestifter.

Peter Sloterdijk verbreitet dagegen als Reizattrappe kalkulierte Unruhe zum Zwecke der Vermehrung seines medialen Werts. Dabei redet er über Religion (die Abraham-Geschichte) wie ein gefühlsprojizierender Historiker – unreflektiert, ebenso Bazon Brock über Gefühle, wenn er davon spricht, Gefühle seien das Rationalste was es gibt. Ebenso kann man den aufrechten Gang zur Diskussion stellen: er ist das Rationalste, was es gibt. Schließlich gibt es ihn. Gefühle sind nicht deshalb rational, weil man sie immer wieder hat. Schon der deutsche Geniekult war überzeugt: große Gefühle gebären große Genies und umgekehrt. Gefühle mutieren bisweilen zum feinstfühligen Denken. Dann hören große Geister Flöhe husten.

Dabei beschützt der Augenblick eines Gefühls die eigene Existenz, wenn auch immer nur temporär. Goethe bringt das auf den Punkt in einem Zweizeiler aus dem Faust: *Werde ich zum Augenblick sagen: Verweile doch, du bist so schön*. In solchen Augenblicken schnuppert der Mensch Ewigkeit als schützendes Dach eigener Existenz: das erinnert an die Selbstvergessenheit in der Doppelbewegung Kierkegaards, begründet aber auch den *Gefühlsfetisch*: unentwegte Bemühungen um die Produktion ewigkeitsverheißender Gefühlsmomente. Eine ärmliche Angelegenheit, Menschsein auf Gefühle zu reduzieren.

Nun, jeder hat das Recht, viel zu reden und zu schreiben, wenn ihm der Tag zu lang wird. Auch Peter Sloterdijk. Vorurteile lassen sich durch noch so viel Wissen um Geschriebenes nicht vermeiden. Urteile sind, unabhängig vom Wissen um eine Sache, zunächst immer Vorurteile. Jemanden lange kennen, kann auch bedeuten, sich mit Geschmacklosigkeiten bis zur Heuchelei angefreundet zu haben und dann der Kritik nur noch schwer zugänglich ist. Der Zugang zur (Selbst-)Kritik ist aber Bedingung von Substanz und Transparenz. Sowohl Kritisierende als auch Kritisierte sind davon abhängig. Kritische Stellungnahmen, aus wie viel oder wie wenig sie sich auch speisen, verhindern, dass Menschen in ihren Beziehungen sich wie in einem Laufrad der ewigen Wiederkehr des immer Gleichen bewegen, verhindern, dass Urteile im Geflecht von

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Unübersichtlichkeiten oder im Kontext eines komplizierten, vor sich hinperlenden elaborierten Codes, zu Vorurteilen versteinern, sich derart dem Diskurs entziehen und Basis kommunikativer Verweigerungshaltung werden.

Quellen:

BUP-UPM: Peter Bürger, Ursprung des postmodernen Denkens, Weilerswist, Göttingen 2000

DEW-GuV: Wolfgang Detel, Geist und Verstehen, Frankf./Main 2011

FAV-HUN: Victor Farías, Heidegger und der Nationalsozialismus. Mit einem Vorwort von Jürgen Habermas, Frankfurt/Main 1989

FLK-PDM: Kurt Flasch, Philosophisches Denken im Mittelalter. Von Augustin zu Machiavelli. Stuttgart 2000, 1. Auflage 1986

KIS-KZT: Søren Kierkegaard, Die Krankheit zum Tode, Stuttgart 1997, erstmals erschienen Kopenhagen 1849

WIF-MP1: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Band 1: Ökonomische und moralische Voraussetzungen einer sozialverträglichen Gesellschaft, Norderstedt 2105

WIF-MP2: Franz Witsch, Materialien zur Politisierung des Bürgers, Band 2: Kommunikation unter Verdacht, erscheint voraussichtlich im Juni 2015

WIF-SUL: Franz Witsch, Sozialintegration und Lernen, Vortrag auf der Jahrestagung der NGfP (www.ngfp.de) in Berlin vom 7. bis 10. März 2013, in: **WIF-MP2**, 169-181)

Link: <http://www.film-und-politik.de/NGfP-SuL.pdf>

BB066 – Wie das ZDF mit dem Ukraine-Konflikt umgeht: kriminell im seriösen Ton
Hamburg, 03.12.2014

Die Aussage im Bürgerbrief BB-064, dass Putin ein Segen für Russland oder die Welt sei, möchte ich nicht so verstanden wissen, dass der russischen Gesellschaft kein Gewaltpotential innewohne. In ihr steckt mindestens so viel Gewaltpotential wie in den sogenannten Demokratien des Westen. Man kann sogar zur Auffassung gelangen, im Westen gebe es weniger Gewalt; schließlich darf man hier seine Meinung äußern, ohne gleich ermordet oder eingesperrt zu werden. Dem Augenschein nach muss man dem zustimmen.

Steigt man indes tiefer in die Analyse politischer und sozial-ökonomischer Strukturen ein, wird man vielleicht doch zur Auffassung gelangen oder feststellen, dass der Ost-West-Vergleich hinkt:

Menschen im Westen, vor allem die Elite in Wirtschaft und Politik, gefallen sich nur als friedliebend, solange sie sich in ihren Machpositionen nicht gefährdet sehen, bzw. solange sie die Legitimitätsbasis ihrer Macht und damit verbundener Privilegien intakt sehen.

Diese Intaktheit bröckelt heute einmal mehr angesichts der anschwellenden Finanz- und Wirtschaftskrise; sie droht unkontrolliert aus dem Ruder zu laufen. In diesem prekären Kontext setzt der russische Präsident Putin, und **nur** das mag ich an ihm, viel mehr auf Verständigung auf der Basis gemeinsamer ökonomischer Interessen; jedenfalls mehr und fast schon verzweifelt als es der Westen unter Führung der USA tut. Die im Westen tun so, als hätte sie alles im Griff.

Genau das nenne ich positiv und ein Segen für die Welt: Putins Realitätswahrnehmung. Um seine Bemühungen zu würdigen, muss ich ihn nicht mögen (ich kenne ihn gar nicht), noch viel weniger muss ich die russische Gesellschaft mögen.

Abgesehen davon gibt es gute Gründe, die Politik des Westens scharf zu kritisieren, insbesondere was die Einrichtung einer schnellen Nato-Eingreiftruppe, die sich v.a. gegen Russland wendet, betrifft. Ich glaube, dass man westliche Politiker kriminell nennen muss, weil sie auf Gewalt setzen, indem sie sich weigern, sich mit Russland zu verständigen; und weil sie ihre Augen verschließen, z.B. vor dem, was zur Zeit in der Ukraine läuft: dass ihre Regierung sich faschistischer Kräfte (in Polizei und Armee) bedient, die dazu neigen und es auch schon praktiziert haben, Menschen massenhaft umzubringen. Davor hat Putin Angst, wie er in einem Interview anmerkte (siehe BB-064), ich finde, er hat zurecht Angst.

Zu dem, was in der Ukraine los ist, möchte ich dem interessierten Leser den folgenden Text ans Herz legen; er wirft ein Licht darauf, wie die westliche, in diesem Fall die deutsche Öffentlichkeit, mit dem Ukraine Problem umgeht. Titel und Link lauten wie folgt:

ZDF: Bedauerlicher Einzelfall Nr. 35

Telepolis vom 02.12.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43483/1.html>

In dem Text heißt es u.a., ich zitiere die letzten Absätze ausführlich:

„Hitler kaputt, Faschismus tot“? Nicht in der Ukraine. (...) Die westlichen Geheimdienste, allen voran die Organisation Gehlen und die CIA rekrutierten alle ukrainischen Kriegsverbrecher, die sie finden konnten, und setzten sie zum Partisanenkampf gegen die Sowjetunion ein. Die "Ukrainischen Aufstandsarmee" (UPA) begann ab 1945 einen blutigen Bürgerkrieg in der Westukraine.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Bis 1951 ermordeten diese Freiheitskämpfer etwa 35.000 Menschen, schätzt die CIA laut Frank Wisner, Chef des CIA-Directorate of Plans. Sie unterstützte, wie auch der britische SIS, den Freiheitskampf der ukrainischen SS-Schlächter.

Erst ab 1957, als die Sowjetunion vor der UNO formell protestierte und die meisten Kameraden von Ivan Mamtschur in eben diesem KGB-Gefängnis saßen, das Armin Coerper dem deutschen Publikum einfühlend vorzeigt, war der Krieg vorbei.

Aber Lemberg kämpft, wie wir nun wissen, immer noch. Die ukrainischen Faschisten hielten, wie die gesamte Exil-Gemeinde, über all die Jahre gute Beziehungen nach Amerika (Falsche Freunde). Schön, dass Armin Coerper einen Einblick in den politischen Mainstream der Westukraine bot. Dass er vergaß, Ivan Mamtschur als das vorzustellen, was er ist, nämlich zumindest ein guter Freund der SS, bringt dem ZDF wieder einmal eine Programmbeschwerde ein.

"Sie unterschlagen, dass diese Bewegung stark am Holocaust beteiligt war", argumentiert die Ständige Publikumskonferenz und verweist auf einschlägige Historiker. Nach Informationsstand der Bürgerinitiative handelt es sich um den "bedauerlichen Einzelfall" Nr. 35 in diesem Jahr."

Um mit den Namen im Zitat etwas anfangen zu können, sollte man den ganzen Text lesen.

Ich finde, man muss dem Internet-Portal „Telepolis“ und vielen anderen gleichwertigen Portalen dankbar sein, dass sie dem öffentlichen Nachrichten-Mainstream immer wieder etwas entgegensetzen, meiner langjährigen Erfahrung nach zuverlässig gut informiert.

BB065 – Ist Putin ein Segen für Russland und die Welt?

Hamburg, 30.11.2014

Diesmal möchte ich den interessierten LeserInnen wieder einen längeren Text zum übergeordneten Thema „Über den Begriff Kontextualisierung“ vorstellen. Im 5. Kapitel geht es um ein „Plädoyer für einen sozial begründeten psychischen Krankheitsbegriff.“ Dabei plädiere ich – wie üblich – in einem sozial-ökonomischen wie (welt-)politischen Kontext, z.B. welche Rolle Russland (mit Putin) im Unterschied zum Westen spielt im Hinblick auf die Gestaltung weltpolitischer Zusammenhänge.

Ich sagte schon in früheren Bürgerbriefen, dass ich diese Aufsätze im Hinblick auf einen möglichen 5. Teil „Die Politisierung des Bürgers“ schreibe, der sich mit ausgewählten klassisch-psychoanalytischen Texten, also der psychoanalytischen Tradition, angefangen bei Freud, kritisch auseinandersetzen möchte. Das funktioniert bei mir im Vorfeld dazu auf der Basis einer eigenen Sprache, also ohne mich eingehend auf klassische Texte zu beziehen – selbst wenn sie mir vertraut sind. Ich würde sie nur nachplappern, also nichts Neues hinzufügen, das sich m.E. dadurch auszeichnet, im Sinne einer notwendigen Bedingung, dass die Verbindung zu den aktuellen sozial-ökonomischen und politischen Problemen „meiner“ Zeit nicht abreißt. Mit anderen Worten, Ich möchte nicht im luftleeren Raum reflektieren, vielmehr (indirekt) mit Menschen, die mir mehr oder weniger vertraut sind.

Dazu 2, 3 Beispiele. Ich freue mich immer wieder, wenn ich auf Arbeiten meines Freundes Klaus-Jürgen Bruder, mit dem ich mich auch telefonisch immer wieder austausche, Bezug nehmen kann. Auch Internetportale wie www.Rationalgalerie.de (von U. Gellermann) oder www.kritisches-netzwerk.de (von H. Schnug) sind mir wichtig.

U. Gellermann und H. Schnug beispielsweise sind mir unverzichtbare Quellen der Information, von denen meine Texte abhängen, dies auch dann, wenn ich an ihnen etwas auszusetzen habe. Das gehört zum Geschäft. Damit musste ich mich über Jahre langsam anfreunden.

Text K05 können Sie unter dem Link <http://www.film-und-politik.de/K05.pdf> einsehen.

BB064 – Merkel – eine autistisch geprägte Rede gegen den Frieden

Hamburg, 21.11.2014

Ich möchte den interessierten LeserInnen einen Artikel zur Kenntnis geben. Titel und Link lauten wie folgt:

Bundeskanzlerin Merkel - Rede in Sydney vor dem australischen Lowy-Institut

Unter staatsmännischem Deckmantel eine hetzerische Rede

von Hanns-Martin Wietek

russland.ru vom 18.11.2014

<http://www.russland.ru/unter-staatsmaennischem-deckmantel-eine-hetzerische-rede/>

Die Rede Merkels im Wortlaut unter folgendem Link:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/bundeskanzlerin-merkel-rede-sydney-vor-dem-australischen-lowy-institut#>

Der Artikel von Wietek kommentiert die Rede im Kontext eines sehr informativen Interviews, das Putin dem NDR-Redakteur Hubert Seipel gegeben hat. Es liegt im Wortlaut vor unter dem Link:

<http://www.ndr.de/nachrichten/Putin-und-der-russische-Standpunkt,putininterview108.html>

Das Interview wurde in der ARD-Jauch-Sendung vom 16.11.2014 gezeigt, lag also vor Merkels Rede (vom 17.11.2014) vor. Merkel ist mit keiner Silbe auf die Argumente von Putin eingegangen, die sie mittlerweile in- und auswendig kennen müsste. Diese Art der Kommunikation ist heute üblich. Man möchte recht behalten; und lehnt es deshalb ab, sich in die Perspektive des anderen zu versetzen. Ein Form der Ignoranz, „sich dumm stellen“; das wird tagtäglich in öffentlichen Debatten zelebriert: man redet am liebsten aneinander vorbei, an fraglichen sozial-ökonomischen Sachverhalten, die eine Annäherung der Standpunkte herbeiführen könnten. Das macht man so lange, immer wieder, bis Gemeinsames buchstäblich nicht mehr erkennbar ist. Am Ende breitet sich Gewalt aus – bis hin zum Krieg.

Eine Strategie der Gewalt wird v.a. vom Westen betrieben. Dieser Schluss drängt sich auf, wenn man Äußerungen von Merkel und Putin vergleicht. Putin will reden, eine „Annäherung der Standpunkte“ auf der Basis gemeinsamer Interessen, die es in Gestalt sozial-ökonomischer Sachverhalte gibt, auch wenn Interessen regelmäßig nicht zureichend klar formuliert werden, ein Defizit, das Merkel bei sich nicht wahrnimmt; nicht wahrnehmen will, weil sie schnöde Machtpolitik (an jenen Sachverhalten vorbei) betreiben will. Das gelingt ihr mit Hilfe ihrer adressierten autistischen Mentalität (Geisteshaltung, Innenleben).

„Adressiert“ bedeutet, der Autismus ist gesellschaftlich hervorgebracht; man muss ihn tagtäglich pflegen und hegen. Das hat Merkel sicher seit Jahrzehnten getan, vermutlich noch in der DDR von der Pike auf gelernt.

Doch Vorsicht: den gesellschaftlich hervorgebrachten Autismus sollte man wohlweislich von einem biologisch hervorgebrachten Autismus unterscheiden. Letzterer will reden, sich austauschen, weil er „weiß, dass er zu wenig (von anderen Standpunkten) weiß“, während ersterer sich dumm stellt (vgl. www.film-und-politik.de/F03.pdf, u.a. S. 3f). Letzterer interessiert sich nicht für die Gefühle andere, wenn diese auf Interessen verweisen, die „nicht passen“.

Merkels Autismus ist allerdings ziemlich grobschlächtig. Man kann Menschen auch auf lebenswürdige Weise für dumm verkaufen, z.B. mit feinsinnigen, ja lobenden Sätzen, von oben herab, mit feiner Ironie vergiftet. Das alles dient dem Zweck, dass ein Austausch nicht zustande kommt. Hartnäckig will man bleiben, was man ist.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB063 - Zum Tode von Thomas Harlan / NGfP-Kongress im März 2015

Hamburg, 16.11.2014

Ich möchte eine EMail von Klaus-Jürgen Bruder weiterleiten und damit interessierten LeserInnen eine Reihe von Texten ans Herz legen, die sich mit der Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen beschäftigen. Die Texte passen sehr gut zum Kongress der "Neuen Gesellschaft für Psychologie" (www.ngfp.de), der im März nächsten Jahres stattfindet wird. Näheres erfahren Sie unten in der Mail.

Desweiteren möchte ich an Thomas Harlan (Sohn vom NS-Filmemacher Veit Harlan) erinnern, der vor 4 Jahren gestorben ist (vgl. SZ: Zum Tod von Thomas Harlan). Er spielt für mich eine besondere Rolle; nicht nur weil ich zu seinem Dokumentarfilm "Wandersplitter" einen Text geschrieben habe (vgl. MP2:F09), sondern weil er nach Axel Brauns (vgl. MP2:F03) der zweite bedeutende Autor war, der auf einen Text reagiert hat. Im Falle von Thomas Harlan ist das bemerkenswert, weil er in meinem Text nicht nur gut weg kam. Dennoch reagierte er u.a. mit der folgenden Aussage: "Was ich an Ihrer Arbeit großartig finde, ist die Radikalität Ihrer Fragestellung. Niemand weit und breit stellt die richtigen Fragen."

Ich halte diese Aussage, gelinde gesagt, für überzogen. Egal, ich habe mich gefreut; ihm später am Telefon versprochen, über seinen Film „Wundkanal“ ausführlich zu schreiben. Fünf Jahre später habe ich das Versprechen in „Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle“ (S. 207-210) eingelöst. Ich wollte ein bisschen dazu beitragen, dass er nicht vergessen wird. Ich denke, dafür gibt es gute Gründe.

Nun, richtige Fragen zu stellen, nicht zuletzt im Hinblick auf unsere NS-Vergangenheit, könnte auch ein Motto auf unserem NGfP-Kongress im März 2015 sein.

Und nun zur EMail von Klaus-Jürgen Bruder:

Am 14. November 2014 20:29 schrieb Klaus-Jürgen:

Liebe Unterzeichner und Erstunterzeichner des Offenen Briefs an den Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer zur Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und dem Bundesverteidigungsministerium,
liebe Teilnehmende des Symposiums „Trommeln für den Krieg“,
liebe Freunde, liebe Mitglieder der Neuen Gesellschaft für Psychologie,

die Stellungnahme zur Psychotherapie von Soldaten, die auf dem Symposium „Trommeln für den Krieg“ am 9. März 2014 verabschiedet worden war, sowie die Antwort des Vorstands der Neuen Gesellschaft für Psychologie, Ostern 2014 auf das Antwortschreiben des Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer auf diese Stellungnahme wurde im November-Heft der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ 4/2014 nochmals abgedruckt.

Dieses Heft enthält wichtige Artikel zum Thema „Soldat sein“, mit den Schwerpunkten Militärische Sozialisation, Soldatinnen, Medien im Krieg und Bilderkrieger, sowie zur „neuen deutschen Verantwortungsdebatte“ - eine rechtzeitig Einstimmung in das Thema unseres Kongresses im nächsten Frühjahr (5. -8. März 2015), der sich der Rolle des „Diskurses der Verantwortungsübernahme“ im „Krieg um die Köpfe“ angenommen hat.

Das informative Heft ist zu beziehen über redaktion@wissenschaft-und-frieden.de und kostet als Einzelheft 7,50 Euro (Jahresabonnement: 4 Hefte 30,- Euro)

Wir wünschen Euch eine produktive Lektüre
Klaus-Jürgen Bruder

BB062 – Wolf Biermann – nicht mehr erträglich

Hamburg, 10.11.2014

Ich möchte den interessierten Leserinnen diesmal zwei ganz unterschiedliche Texte ans Herz legen, die zwei ganz unterschiedliche Mentalitäten transportieren. Titel und Links dazu lauten:

(1): Interview: Konstantin Wecker: „Wir treiben die nächste Generation ins Kriegerische“
DWN vom 05.10.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/05/konstantin-wecker-wir-treiben-die-naechste-generation-ins-kriegerische/>

(2): Brachiale Friedensliebe: Wolf Biermann über Nationalpazifisten und den Irak-Krieg
Der Spiegel 09/2003

Link: <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/26448585>

Ich freue mich sehr über Konstantin Weckers Friedensengagement und zwar unabhängig davon, dass ich das eine oder andere an seinen Formulierungen kritisiere, auch schon kritisiert habe (vgl. MP1, S. 143).

In diesem Interview spricht Wecker von einer Kultur des Friedens, als wäre diese tatsächlich „real“, als würde er selbst so eine Kultur repräsentieren. Ich würde sagen, eine solche Kultur hat es bislang nicht gegeben oder nur in der Vorstellung vieler Friedensbewegter, als sie zu Hunderttausenden gegen den Nato-Doppelbeschluss auf die Straße gingen, eine Bewegung, die die Grünen dann in die Parlamente spülte. Mit dem Ergebnis, dass sie, kaum in der Bundesregierung, zu Hauptkriegstreibern mutierten – allen voran Joschka Fischer.

Wecker spricht in diesem Zusammenhang wie ich von einer „Militarisierung der Gesellschaft“. Diese fällt allerdings nicht vom Himmel, sondern hängt auch von sozialintegrativen Fähigkeiten der Menschen ab, ihrer Mentalität, die unter Friedensbewegten keineswegs besser ausgebildet ist als beim Rest der Gesellschaft. Diese Unfähigkeit versteckt der Friedensbewegte hinter Rührseligkeiten (Binnen-Exotik), sprich: hehren Ausdrücken wie: „Kultur des Friedens“, die „Wiederentdeckung des Kindes im Erwachsenen“.

Bevor man von „Kultur“ spricht, sollte man vielleicht genauer sagen, was das praktisch bedeutet, auch für die eigene Person, das Innenleben, das in jeder Sekunde seiner wachen Existenz eine Verbindung zum gesellschaftlich Kontext sucht und auch mehr oder weniger sozialverträglich generiert, bislang immer nur sozial-un-verträglich.

Folgt man meinen Büchern (Die Politisierung des Bürgers, 4 Bd.), so besteht das Problem vielleicht darin, dass wir nicht in der Lage sind, negative Gefühle zu kommunizieren. Wecker gibt selbst Beispiele dafür, wie diese Unfähigkeit zum Ausdruck kommt, u.a. damals, als die grüne Bundestagsabgeordnete Petra Kelly von ihren eigenen Parteigenossen ausgegrenzt wurde. Sie war mit ihrer unversöhnlichen Haltung zu militärischen Einsätzen den zur Macht drängenden Pragmatikern (u.a. Joschka Fischer) ein Dorn im Auge. Also wurde sie abseviert, anstatt sich mit ihr auseinanderzusetzen, sprich: negative Gefühle, die sie, ob nun zurecht oder unrecht, ganz offensichtlich auslöste, zu kommunizieren.

Eine solche Mentalität asozialer Kommunikation, die ich gewalttätig nenne, weil sie offene Gewalt ausbrütet, war damals der Anfang vom Ende der Friedensbewegung. Heute dominiert diese Haltung einmal mehr auch unter Friedensbewegten, auch unter Linken. Für mich die eigentliche Katastrophe, die dazu führt, dass es Linke an der Macht es noch nie weit gebracht haben.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Wolf Biermann ist auch so eine Katastrophe. Nicht nur dass er seiner bilderreichen Sprache zuviel gegenständliche Realität beimisst, übrigens ähnlich wie es der Friedensbewegte mit dem Wort „Kultur“ macht, ohne zu sagen, was „real“ (nicht nur in der eigenen Vorstellung) hinter diesem Wort steckt.

Bei Biermann kommt allerdings noch Inkompetenz (in polit-ökonomischen Fragen) hinzu, die seine Rechtfertigung des Iraks-Krieges zur Farce macht: den Amis ginge es gar nicht ums Öl. Biermann wörtlich in Text (2):

„Nimm nur die populärste Losung schon seit dem letzten Golfkrieg: ‚Kein Blut für Öl!‘ – wenn ausgewachsene Menschenexemplare, auf deren Bildung man einst einige Mühe verwandt hat, heute diesen Unsinn nachplappern, es gehe den kapitalistischen USA ums Öl, zeigt es mir, dass sie vor lauter Friedensliebe sogar das Groschenzählen vergessen haben. Ginge es den Amerikanern um Profite und um Öl-Lieferungen, dann würden sie den begehrten Stoff lieber bequem und billiger wie bisher auf dem Weltmarkt kaufen.“

Biermann vergisst, dass es gar nicht um nationale Interessen geht, sondern um die Interessen einzelner Konzerne, konkret: um die Interessen ihren Lobbyisten, welche die Profitinteressen einzelner Konzerne mit dem nationalen Interesse (dem Allgemeinwohl) identifizieren.

Nun, Biermann ist halt Biermann, der Worte wie „links“, „rechts“ und „reaktionär“ vor dem erlauchten Publikum des Bundestages verwendet, ohne zu wissen, wovon er spricht. Bei ihm ertrinken alle Differenzierung in unerträglicher Rührseligkeit. Schon damals 1976 in Köln, kurz vor seiner Ausbürgerung. Damals fand ich ihn gut, weil er zu Tränen rührte, mein Mitgefühl belebte. Das ist ihm vermutlich vollständig abhanden gekommen. Wie Gauck. Deshalb ist er wohl nicht mehr zu ertragen.

BB061 – „Winterschlaf“ oder von der mentalen Überforderung, Konflikte zu lösen
Hamburg, 08.11.2014

In diesem Brief geht es um den Film „Winterschlaf“, dem Gewinner der Goldenen Palme in Cannes (siehe PS). Er erzählt uns etwas über die mentale Überforderung von Menschen, in Konfliktsituationen soziale Strukturen aufrechtzuerhalten oder auszubilden.

Die Filmbesprechung steht im Zusammenhang zum übergeordneten Thema „Kontextualisierung“, zu dem schon die folgenden Texten existieren.

Der Link zu ihnen lautet:

<http://www.film-und-politik.de/K04.pdf>

Bei dieser Gelegenheit sei eine ergänzende Bemerkung zu Bürgerbrief **BB-060** gestattet. In ihm war vom Vollgeld-Konzept die Rede, das von Joseph Huber zur nachhaltigen Bewältigung der Finanzkrise in die ökonomische Debatte geworfen ist. Es ist natürlich verbunden mit geldtheoretischen Überlegungen, die zum Teil im Widerspruch zu bisherigen (liberalen, keynesianischen) Konzepten stehen. Mit ihnen setzt sich Huber auseinander im folgenden Text. Titel und Link lauten:

<http://vollgeld.de/vollgeld-in-der-kritik>

Dieser Text ergänzt seine Abhandlung „Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Weg zu einer gerechten Geldordnung“, in der es weniger um Theorie als vielmehr um die praktische Umsetzung des Vollgeld-Konzepts in den Institutionen geht, die für Steuerung und Verteilung der Geldmenge verantwortlich zeichnen.

Ich glaube, dass Huber recht hat: mit dem Vollgeld würden die Finanzkrisen der Vergangenheit angehören, was freilich nicht bedeutet, dass wir dann in einer sozial gerechteren Welt leben würden. Die praktische Umsetzung des Vollgeld-Konzepts könnte aber zumindest die notwendige Bedingung dafür sein.

PS

1. Dekontextualisierung: wachsende Gewalt in sozialen Strukturen

(...)

siehe=><http://www.film-und-politik.de/K04.pdf>

ergänzend die Bürgerbriefe: BB-059, BB-060

2. Über den Film „Winterschlaf“ (Goldene Palme in Cannes)

siehe =><http://www.film-und-politik.de/K04.pdf>

BB060 – Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft / Vollgeldkonzept
Hamburg, 05.11.2014

Ich möchte interessierten LeserInnen einen Telepolis-Text zur Kenntnis geben, der sich mit unseren gleichgeschalteten Leitmedien unter Führung sogenannter Alpha-Journalisten wie Joffe (ZEIT), Kornelius (SZ) u.a. beschäftigt. Dies in Ergänzung zum Bürgerbrief BB-056

Titel und Link zum Text lauten:

Zwischen Lesern und Lobbynetzwerken: Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft

Telepolis vom 04.11.2014

<http://www.heise.de/tp/artikel/43/43237/1.html>

Es ist ein Text, der kein schmeichelhaftes Licht auf unsere Alpha-Journalisten wirft in ihrem Bemühen, den Vorwurf zu widerlegen, sie würden Lobby-Journalismus betreiben. Zu diesem Ergebnis komme eine gerade abgeschlossene Dissertation von Medienforscher Uwe Krüger, die von Professor Michael Haller aus Leipzig betreut werde. Zu den vergeblichen Versuchen von SZ-Journalist Kornelius, Aussagen dieser Arbeit zu widerlegen, fällt Haller das folgende schöne Bild ein:

„Wenn Kornelius nur halbwegs seriös argumentieren würde, müsste er Krügers Ableitungen widerlegen. Tatsächlich benimmt sich Kornelius wie ein Kickboxer, der einen Schachspieler mattsetzen möchte, indem er das Schachbrett umkippt.“

Außerdem möchte ich ein kleines Buch zu geldtheoretischen Fragen von Joseph Huber empfehlen, das den Titel „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ trägt.

Das Buch wurde schon 2001 publiziert und noch vor der Finanzkrise 2008 von Huber ins Deutsche übersetzt und aktualisiert. Es vertritt vergleichsweise seriös das sog. Vollgeldkonzept (→ www.vollgeld.de), mit dem die Finanzkrise der Vergangenheit angehören soll. Freilich ohne den Kapitalismus abzuschaffen. Diesbezüglich haben Ökonomen wohl unüberwindbare Berührungängste. Ob unser Wirtschaftssystem, der Kapitalismus, mit dem Vollgeldkonzept sozialverträglicher gestaltet werden kann, bleibt unklar. Ich jedenfalls glaube es nicht.

Egal. Huber kommt zu interessanten Aussagen, etwa in seinem lesenswerten Aufsatz „Vollgeld in der Kritik“ (→ www.vollgeld.de/vollgeld-in-der-kritik) Dort kommt er meiner Einschätzung nahe, der zufolge es zwischen Keynesianern und (Neo-)Liberalen eine Differenz im Kern nicht gibt. (Vgl. DP2, u.a. S. 16ff).

BB059 – Über den preisgekrönten Film "Winterschlaf" (Goldene Palme)

Hamburg, 02.11.2014

In den nächsten Wochen möchte ich den interessierten LeserInnen weitere Kapitel zum übergeordneten Thema „Kontextualisierung“ nahelegen (Arbeitstitel: Über den Begriff Kontextualisierung - Verbindungen herstellen).

Die ersten drei Kapitel können eingesehen werden unter folgenden Links:

<http://www.film-und-politik.de/K02.pdf>

<http://www.film-und-politik.de/K03.pdf>

Kapitel 4 steht unter der Überschrift:

„Über den Film „Winterschlaf“ oder von der mentalen Überforderung einvernehmlicher Herstellung menschlicher Verbindungen.“

Und ist wiederum unterteilt in die Abschnitte:

1. Dekontextualisierung: wachsende Gewalt in sozialen Strukturen
2. Über den Film „Winterschlaf“

Sie sind entstanden vor dem Hintergrund wachsender militärischer Gewalt auf der Welt, zu der es mentale Voraussetzungen, d.h. innere Eigenschaften des Subjekts, sprich „Bewusstseinsstrukturen“, gibt, über die ich später, im März 2015, auf dem Kongress der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (www.ngfp.de) sprechen möchte. Die Texte, die ich bis dahin im Internet herausgebe, sollen den Vortrag inhaltlich vorbereiten.

Um dem Leser nicht zuviel Text auf einmal zuzumuten, möchte ich im Vorfeld zur Filmbesprechung "Winterschlaf" erst einmal nur den 1. Abschnitt (Dekontextualisierung...) zur Verfügung stellen.

Er ist unter folgendem Link einsehbar:

<http://www.film-und-politik.de/K04.pdf>

BB058 – Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozialer Strukturen

Hamburg, 21.10.2014

Ich möchte interessierten LeserInnen jetzt schon ankündigen, dass ich im März 2015 auf dem Kongress der NGfP (www.ngfp.de) sprechen werde zum Thema „Mentale Voraussetzungen einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen“. Themen und Referenten möchte ich später in einem gesonderten Brief bekannt geben, nachdem mir die Kurzbeschreibungen zu den Vorträgen zugegangen sind.

Im Vorfeld zum Vortrag möchte ich ein paar Infos (Links) zur Kenntnis geben, die vielleicht ein Licht werfen auf das komplizierte Gefüge sozialer und ökonomischer Strukturen, die zum einen die Mentalität (des Durchschnittsbürgers) ausbilden, die zum anderen wiederum jene Strukturen komplementär begleitet im Sinne einer notwendigen Bedingung der Aufrechterhaltung und Stabilisierung eben jener Strukturen wachsender Gewalt.

Die Links lauten wie folgt:

L1: ARD zeigt Wahrheit über die Scharfschützen auf dem Maidan in Kiew

Veröffentlicht am 22.08.2014

Hallo? Was ist mit der ARD passiert? Hier findet ja mal, ausnahmsweise, richtiger Journalismus statt.

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=M3mBkjzEcDg#t=31&channel=UCVZ3HK2hPQURTx2ibaM472Q>

L11: Dünne Suppe: BND präsentiert „Plausibilitäten“ statt Beweise zu MH17

DWN vom 20.10.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/19/duenne-suppe-bnd-praesentiert-plausibilitaeten-statt-beweise-zu-mh17/>

L12: Merkel: EU-Steuerzahler sollen Schulden der Ukraine finanzieren

DWN vom 21.10.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/21/merkel-eu-steuerzahler-sollen-schulden-der-ukraine-finanzieren/>

L13: Gas-Rechnungen der Ukraine: EU will zwei Milliarden Euro zahlen

DWN vom 21.10.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/21/gas-rechnungen-der-ukraine-eu-will-zwei-milliarden-euro-zahlen/>

L2: Manipulation der deutschen Medien: Spiegel Journalist packt aus

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=iVjq1iDXa1E&channel=ggwporg>

Veröffentlicht am 21.03.2014

Manipulation durch deutsche Medien: Der ehemalige SPIEGEL.TV Journalist Harald Schumann über seine Arbeit beim Lobbyverein DER SPIEGEL. Er sagt: „Gefälschte Fotos und gefälschte Zitate sind gang und gebe.“ „Die Wahrheit wird zurecht gebogen und klein gemacht, wenn diese gewissen Interessen und Gesinnungen nicht entspricht“ „Es gibt politische und wirtschaftliche Interessen von Chefredakteuren und Verlegern die von oben nach unten durchgestellt werden. Journalisten werden gezwungen sich diesen zu beugen.“

L3: Rainer Rupp - Wie Medien Kriege mental möglich machen

Veröffentlicht am 26.01.2014

Link: <http://terragermania.com/2014/01/27/rainer-rupp-der-mann-der-die-nato-verriet-topspion-topas/>

Infos zu Rainer Rupp:

Link: http://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Rupp

Ergänzend dazu:

L4: Linke versagt DDR-Topspion (Rainer Rupp) Auftritt in Parteizentrale

Link: <http://www.tagesspiegel.de/politik/kalter-krieg-und-kalte-fuesse-linke-versagt-ddr-topspion-auftritt-in-partiezentrale/4582046.html>

L5: Ex-Deutsche Banker: Entweder Griechenland oder Deutschland müssen aus dem Euro.

DWN vom 22.10.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/21/ex-deutsche-banker-entweder-griechenland-oder-deutschland-muessen-aus-dem-euro/>

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Die Frage stellt sich für mich, ob sich Mentalitäten verändern oder ausbilden können gegen jene Strukturen, von denen sie ausgebrütet worden sind, und was eine derartige mentale Verweigerungshaltung für strukturelle Folgen haben kann.

Eine mentale Änderung, sprich: eine (gegenüber herrschenden Strukturen sich verweigernde) veränderte Ausgestaltung des Innenlebens, ist m.E. nicht hinreichend, um alternative (sozialverträgliche) Strukturen (ursächlich) hervorzubringen; diese werden (ursächlich) immer wieder sozial-un-verträglich durch den Kapitalverwertungsmechanismus hervorgebracht, der auf der Basis der Mehrwertfähigkeit des Bürgers existiert.

Ich meine, solange das technisch-ökonomische Konstrukt „Mehrwertfähigkeit“ allgemein und global gilt im Sinne eines täglich durchzusetzenden „moralischen“ Allgemeininteresses, wird sich an der wachsenden Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen (Gewaltbereitschaft der Bürger) nichts ändern, es sei denn, sie werden durch (mentale) Verweigerungshaltungen destabilisiert (siehe Ukraine, Syrien, Irak). Deshalb wird jene Verweigerungsmentalität von der herrschenden Politik als kriegsverursachendes Moment denunziert. Zumal im Sinne einer Ursache.

Demgegenüber sage ich: mentale Strukturen begleiten soziale und ökonomische Strukturen im Sinne einer notwendigen Komponente des Ganzen: des Mentalen und des Strukturalen; aber sie bringen das Strukturelle derzeit nicht ursächlich hervor, solange die Mehrwertfähigkeit global gilt wie ein moralisch motiviertes Allgemeininteresse. Diesem Allgemeininteresse verweigern sich Menschen, ohne dass sie dieses Allgemeininteresse genauer zu bestimmen vermögen, ihm also auch nicht ausdrücklich widersprechen können, um etwas, einen anderen Mechanismus, an seine Stelle zu setzen; dieser Mechanismus hätte sich an einem moralischen Allgemeininteresse zu bemessen, wäre mit diesem also keineswegs zu vermischen.

Genau diesen Zusammenhang einer strikten begrifflichen Trennung von Ökonomie und Moral (zu analytischen Zwecken) reflektiert die Sozialtheorie nicht hinreichend; geschweige dass sie der Durchschnittsbürger begreift; deshalb zieht er sich auch nur zurück in sein Schneckenhaus und jault allenfalls (im Internet, in Printmedien) ein wenig herum; mehr geht bislang nicht. Aber immer mehr Bürger verweigern sich schon mal; und dies aus guten Gründen:

Die herrschenden Machthaber schaffen es schon lange nicht mehr, ihre Interessen überzeugend in ein Gewand von Rationalität zu kleiden. Die Folge: alte Strukturen erodieren, bis sie schließlich einbrechen ein, ohne dass damit schon etwas Neues entstehen muss. Dafür fehlt es meines Erachtens an einer zureichend überzeugenden sozialen Theorie.

Ich sage nicht, dass ich (mit meinen Büchern und Texten) eine solche Theorie habe (den Stein der Weisen), versuche aber zu begründen, warum die bisherigen sozialtheoretischen Bemühungen nicht zureichend, zuweilen sogar kontraproduktiv sind, selbst von Seiten von Friedensaktivisten, nicht nur in der Partei "Die Linke", die es ohne Frage alle gut meinen (sogar sehr wie =>Margot Käßmann), aber nichts besser machen.

Ich fürchte, die Gewalt in unserer Gesellschaft wird zunehmen, so wie wir dies bis zum Ende der Weimarer Republik erlebt haben, die bekanntlich in den Faschismus führte. Dieser wird in sogenannten (sozial-)demokratischen Strukturen ausgebrütet - einem Satz von Adorno nachempfunden, der 1959 hellseherisch auch für unsere Zeit sagte: „Ich fürchte nicht die Wiederkehr des Faschismus gegen die Demokratie, sondern ich fürchte die Wiederkehr des Faschismus als Demokratie.“
Wollen wir hoffen, dass es anders kommt.

BB057 – Tobt bald auch in der Türkei ein Bürgerkrieg?

Hamburg, 10.10.2014

Es wird immer wahrscheinlicher, dass sich der kriegsrische Flächenbrand in die Türkei frisst, und wir es dort, in einem angehenden EU-Land, mit einem blutigen Bürgerkrieg zu tun bekommen könnten.(Vgl. Q1) Derweil legt sich der Westen mit Russland an - mit ebenfalls gemeingefährlichen Folgen.(Q3) Menschenrechte spielen dabei überhaupt keine Rolle.(Vgl. Q4)

Wer hätte noch vor einem Jahr gedacht, dass auf diese Weise die EU auf dem besten Weg sein würde, sich zugrunde zu richten. Nicht zuletzt dank der Grünen. In ihrem rechts-nationalen Denken überholen sie die AfD.(Vgl. Q2) Dazu seien die folgenden Links nahegelegt:

Q1: Erdogan auf Bürgerkriegskurs

Telepolis vom 10.10.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/43/43021/1.html>

Q2: Joschka Fischers Kriegserklärung an Russland

KNW vom 10.10.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/joschka-fischers-kriegserklaerung-russland>

Q3: Gorbatschow: „Die Welt steht am Abgrund eines großen Unglücks“

DWN vom 06.10.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/06/gorbatschow-die-welt-steht-am-abgrund-eines-grossen-ungluecks/>

Q4: Die neue Aufgabe der Nato ist der globale Energie-Krieg

DWN vom 10.10.14,

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/10/die-neue-aufgabe-der-nato-ist-der-globale-energie-krieg/>

Ergänzend möchte ich zwei Interviews ans Herz legen. In dem einen vertritt der CDU-Politiker Todenhöfer die Meinung, dass der Westen der Haupt-Kriegstreiber ist.(Q5) Sein CDU-Partei-Freund Willy Wimmer ergänzt in einem weiteren Interview mit Ken Jebsen (Q6) das folgende: Die Kriegstreiberei habe das Ziel, die EU politisch und ökonomisch zu schwächen. Eine Strategie, die fast 200 Jahre, seit dem Wiener Kongress 1815, systematisch von den Engländern betrieben und heute von den USA (zusammen mit England) exzessiv fortgesetzt werde - zum Schaden der EU. Die Links lauten wie folgt:

Q5: Die USA als Kriegsauslöser. Jürgen Todenhöfer über den Kampf gegen den IS

Link: http://german.ruvr.ru/2014_10_08/Die-USA-als-Kriegsausloer-Jurgen-Todenhof-uber-den-Kampf-gegen-des-IS-1656/

Q6: KenFM im Gespräch mit: Willy Wimmer

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=faL4zRUdQTA&channel=wwwKenFMde>

BB056 – ZEIT-Journalist Josef Joffe – ein aufgeblasener Meinungsmacher?

Hamburg, 06.10.2014

Ich möchte interessierten LeserInnen die folgenden drei Texte und ein youtube-Video (von 6 Minuten) zur Kenntnis geben, die ein Licht darauf werfen, in was für einem Land wir leben: einer Bananenrepublik mit einer nachweislich obrigkeitshörigen Regierung. Widerlich und peinlich. Überschriften und Links lauten:

Q1: Auftragseinbruch durch Sanktionen auf Krisenhöchstniveau

DWN vom 06.10.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/news/Auftragseinbruch-durch-Sanktionen-auf-Krisenhoehchstniveau-2412020.html>

Q2: Josef Joffe scheitert gegen Die Anstalt (ZDF)

Landgericht Hamburg hebt einstweilige Verfügungen gegen satirische Kritik an Joffes Interessenkonflikten auf

Link: <http://www.heise.de/tp/news/Josef-Joffe-scheitert-gegen-Die-Anstalt-ZDF-2412331.html>

Q3: Die Anstalt vom 29.04.2014 – ZDF: Landgericht Hamburg hebt einstweilige Verfügungen gegen satirische Kritik an Joffes Interessenkonflikten auf

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=1LONPFtPIGY>

Q4: Obama-Vizeblamiert Merkel: USA haben EU zu Sanktionen gegen Russland gezwungen

DWN vom 05.10.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/10/05/obama-vize-blamiert-merkel-usa-haben-eu-zu-sanktionen-gegen-russland-gezwungen/>

Die Sanktionen gegen Russland zeigen offensichtlich mehr Wirkung als prognostiziert.(Q1) Und es ist geradezu eine Frechheit, dass die Bundesregierung sich von den Amis zu diesen Sanktionen hat nötigen, ja erpressen lassen.(Q4) Für mich ein Symptom, dass das deutsche Verhältnis zu den Amis zerrüttet ist. Klar ist: es gibt kein ernsthaftes Verhältnis, das so offensichtlich – für die Öffentlichkeit wahrnehmbar – nicht auf Augenhöhe existiert. Zu retten wäre es nur, wenn man auf Erpressungsversuche nicht reagiert, Sanktionen gegen Russland verweigert hätte. Ich glaube, die Amis wollen auch kein Verhältnis.

Zum ZEIT-Journalisten Josef Joffe habe ich schon im Jahre 2008 das Nötige gesagt. In „Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe“ heißt es auf S. 200 u.a.:

„Aber auch in den sogenannten herrschenden Medien wird gejamert, so in der ‚Zeit‘ vom 14.08.2008. Dort beklagt sich der Journalist Josef Joffe darüber, dass die Auflagen der Printmedien immer mehr sinken, weil es das Internet gibt, aus dem der Bürger sein Informationsbedürfnis kostenlos stillt. Er spricht sinngemäß von einer Entprofessionalisierung der Meinungsbildung. Doch warum sollte sich der Bürger für das gedruckte Wort vor allem aus seiner Feder interessieren? Dumme Frage, um zwischen gutem und schlechtem Journalismus unterscheiden zu können, denn, so Joffe, die Medien drohten ohne das gedruckte Wort aus den Zeitungen ‚zum surrealen Kettenbrief digitaler Illusionen und Täuschungen zu werden, wo die Fakten durch Meinungen und die professionellen Nachrichtensammler von durchgeknallten Kommentatoren ersetzt werden.‘ Nur dass er selbst nicht weniger durchgeknallt kommentiert, halt im Gestus des Seriösen, der sich zu benehmen versteht. Dafür gibt er in dem eben zitierten Text ein beredtes Beispiel ab. Müssen wir für Joffe nun den Spendenbeutel rumgehen lassen? Dabei stört ihn doch nur eines: der Bürger nimmt die öffentliche Meinungsbildung mithilfe des Internets in die eigene Hand und interessiert sich immer weniger für aufgeblasene Meinungsbildner wie ihn, zumal wenn die so tun, als sei das Abendland ohne sie dem Untergang geweiht.“

Fazit: es kann nur noch besser werden.

BB055 – Materialien zur Politisierung des Bürgers

Hamburg, 05.10.2014

In den nächsten Monaten werde ich ein neues Buch herausbringen mit dem voraussichtlichen Titel: *Materialien zur Politisierung des Bürgers*.

Es versammelt (auf rund 400 Seiten, vielleicht zwei Bänden) Texte, die ich in der Zeit zwischen 2004 und 2007, als ich politisch noch aktiv war, geschrieben habe, und die die vier Bände *Die Politisierung des Bürgers* vorbereitet haben; diese sind schließlich nicht vom Himmel gefallen. Die Texte des neuen Buches werden, so hoffe ich, zum Verständnis jener vier Bände beitragen, die für sich genommen nicht leicht zu verstehen sind.

Der folgende Text, den ich als Appetithappen nahe legen möchte, wirft ein kritisches Licht auf den Machtbegriff, seine missbräuchliche Verwendung, insbesondere seine Funktion, Regierungsbeteiligungen von (linken) Aktivisten auf ziemlich trübe, undurchsichtige Weise zu begründen.

These: Es geht um Linken, insbesondere in der Partei *Die Linke*, nicht um eine gerechte Gesellschaft, sondern allein und ausschließlich um persönliche Macht und daran gebundene Einkommen, und zwar gemäß ihres fundamentalen Bestandsinteresses, sie mögen es sich selbst eingestehen oder nicht.

Der Appetithappen kann gleich in dieser Mail gelesen (siehe PS) oder im Anhang als PDF-Datei heruntergeladen werden. Er ist Teil eines umfassenderen Kapitels, das wie folgt untergliedert ist:

(...)

4.3 Zur Begründung eines alternativen Gesellschaftskonzepts

4.3.1 Der Tatsachen- und Entwicklungsfetisch

4.3.2 Gesellschaft als Gemeinschaft

4.3.3 Gesellschaft als Konstruktion

4.3.4 Aufklärung durch Vernunft: das Prinzip Rationalisierung

4.3.5 Sozialintegration im Konflikt

4.3.6 Zur Wahrheit des Subjekts: das fundamentale Bestandsinteresse

(.....)

Der Tatsachen- und Entwicklungsfetisch

Man wird das Rad nicht neu erfinden müssen. Ein Gesellschaftskonzept entwickeln wir in kritischer Abgrenzung zur Kommunikationstheorie von Jürgen Habermas, wie sie sich umfassend und beispielhaft in seiner *Theorie des kommunikativen Handelns* niederschlägt. (HAJ-TK) Wir folgen einer Bemerkung aus dem Klappentext, derzufolge Habermas wie kaum ein anderer in der Lage ist, "die verschiedensten Diskussionskreise und Motive zu bündeln." Davon abgesehen ist bis heute nicht mehr viel hinzugekommen. Auch ein *linker* Diskurs über das, was Gesellschaft ist, analytisch-theoretische Vorstellungen darüber, findet bis heute de facto nicht statt. Nur gerechter soll sie sein. Was vor dem Kapitalismus noch möglich war: mehr Gerechtigkeit durch Umverteilen, ist im Kapitalismus problematisch geworden. Der Kapitalverwertungsmechanismus macht unabhängig von unmittelbarer Umverteilung alle zu Verlierern. Das ist etwas, wovon Linke schlichtweg nichts wissen wollen, weil das mit ihrem Gut-Böse-Denken nicht gut zusammen gehen würde.

Bieder wie man anders nicht sein will vergisst man v.a. die technisch-ökonomische Analyse und denkt stattdessen moralinsauer ausschließlich in Machtkategorien, vornehmlich jene, die Macht oder das, was sie dafür halten, zu verlieren haben. Wie einfach. Ist Macht doch genau das, was immerzu fehlt. Das macht die Sache einmal mehr übersichtlich: hier was weg, dort was hin. Mehr soll nicht sein, als würden analytisch-theoretische Anstrengungen zu Kopfschmerzen führen; und tatsächlich, man sieht Linke v.a. vor sich hinjammern. Selbst Oskar, der in allen Talkshows quasseln darf, jammert. Zwischendurch bejammert er auch mal von

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Hartz-IV betroffene Menschen.

Warum gründet man eigentlich keine Kirche? Oder einfacher: warum tritt man nicht einfach einer Kirche bei, um im Einklang z.B. mit dem Papst alle Ausgegrenzten dieser Welt zu bewehklagen? Macht der seine Sache etwa nicht gut? Er kommt überall gut an und bewegt die Massen wie es Linke nicht schaffen. Warum sich da nicht ranschmeißen wie Oskar an die SPD? Natürlich, es gibt ein paar ideologische Hürden: Jungfrauengeburt, Kondome etc., die genommen gehören? Nun, im Hürdenlauf üben sich Linke seit 140 Jahren. Hat man sich nicht auch schon lange an den guten Kapitalisten gewöhnt? Warum nicht den Papst als Bündnispartner? Der wettet zur Zeit in martialischen Worten gegen Heuschrecken und kapitalistische Marktmacht: Menschen verlören den Glauben an Gott. Sie ziehen es vor, an den Markt zu glauben. Dieser habe sich zwischen die Menschen und ihren Glauben an Gott gestellt. An die Stelle der lebensspendenden Kraft Gottes ist der Glaube an das getreten, was man unmittelbar sehen kann. Habermas ahnte ja schon lange, dass man vom Papst lernen kann, schon zu einer Zeit, als er noch Joseph Ratzinger hieß und Präfekt der katholischen Glaubenskongregation war, sozusagen Großinquisitor, ist die Kongregation doch seit 1965 Nachfolgeorganisation der katholischen Inquisition.

Wir vermissen unter Linken diskursive Bemühungen im Hinblick darauf, das Gut-Böse-Schema hinter sich lassen, ein Schema in der Art: der böse Kapitalist, der den guten Arbeitnehmer ausbeutet, indem er ihm seinen wohlverdienten Lohn raubt. Seit Marx wissen wir: (Lohn-)Raub ist keine zureichende Kategorie mehr zur Analyse kapitalistischer Strukturen und darauf fußender Theorie. Linke setzen aber noch einen drauf: Ihnen zufolge gibt es den *guten* Kapitalisten an der Seite kämpfender Arbeiter. Ja, auf den guten Unternehmer möchte linke Theorie nicht mehr verzichten, um in sich stimmig zu sein. Man lernt ja nie aus. Warum geht man eigentlich nicht gleich zu den Neoliberalen? Warum diese Herumdreckserei? Etwas anderes, und durchaus im Sinne Marx, wäre es, den *bösen* Unternehmer selbst als durch den Kapitalverwertungsmechanismus Getriebenen zu begreifen, wenn auch nicht in gleicher Weise wie Lohnabhängige.

Der Lohnabhängige mag einem leid tun, aber er ist zur Zeit auch nicht besser. Im Gegenteil, als würde der Nicht-Kapitalist – Kleinbeamte oder Bürohengste – nicht ebenso von Ausbeutungsvorgängen profitieren, noch dazu sehr zum Leidwesen kümmerlich dahinvegetierender Randexistenzen: es gibt *feudal-antikapitalistische* Strukturen im Kapitalismus, die ihm helfen zu überleben in einer Zeit, in der er seinen Zenit überschritten hat. Menschen denken, wenn sie es nicht anders lernen, in ständegesellschaftlichen Strukturen, – aus der Macht des Faktischen heraus: im Tatsachenfetisch: schließlich springt es ins Auge, dass es nicht allen Menschen, materiell gesehen, gleich gut geht. Schon gibt es auch bei uns Menschen, die hungern. Und die meisten Menschen auf der Welt wissen gar nicht, was eine Krankenversicherung ist. Wir schon: eine Versicherung, die immer weniger vor Verarmung schützt, weil sie immer weniger absichert. Nun, Einkommensunterschiede können auch mal aus dem Ruder laufen. Aber ganz falsch können sie nicht sein. Wo kommen wir hin, wenn Menschen ihrer Leistung entsprechend nicht mehr belohnt werden, bzw. bestraft, wenn sie ihren Arsch nicht hoch kriegen?

Auch Linke verweigern sich einem Ansatz, der den Totalverlierer der in den Blick nimmt, von dem der auf politische Ämter oder Macht schielende Linke allenfalls profitieren möchte. Ist er im Amt und hat er dort bewiesen, dass er nichts bewirkt, braucht er den Hungerleider nicht mehr; dann wird er auch von Menschen gewählt, die sich nicht zu den Hungerleidern zählen müssen. Das spüren alle Hungerleider: dass sie instrumentalisiert werden. Um das zu verschleiern, sind Politaktivisten unentwegt aktiv, während sie das Wort *Solidarität* unentwegt im Mund führen. Sie haben den verspießten Arbeitnehmer im Blick, der sich etwas auf seinen Fleiß einbildet. Er glaubt, was er habe, habe er sich verdient. Und so glaubt er ganz im Sinne des Linken: Fleiß ohne *anständigen* Lohn sei Lohnraub.

Es mag ja durchaus Geld von einer Tasche in die andere fließen. Das passiert im Kapitalismus immerzu, sozusagen anti-kapitalistisch. Mal gewinnt der eine, mal der andere. Der Witz ist: die

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Bank gewinnt immer, auf Kosten aller, auch wenn es hier und dort Gewinner geben mag. So mag es scheinen, als bliebe die Verteilungsmasse sich immer gleich: Immerzu verlöre der eine auf Kosten des anderen. Wesentlich ist, insgesamt gesehen verlieren wir alle, womöglich eines Tages: alles. Da mag es in der Geschichte des Kapitalismus bis heute noch so viel Wachstum gegeben haben, und man mag mit Wachstum einhergehende Mehr-oder-weniger-Entwicklungen mit noch so viel Kampf und martialischer Kraftmeierei begleiten, und doch kann die Analyse des Kapitalismus und eine darauf fußende Theorie der sozialen Entwicklung nicht darauf gründen, dass es ein Kampf um Mehr-oder-Weniger gibt.

Die Verlogenheit eines solchen *prozessualen* Ansatzes besteht darin: während die Gesellschaft insgesamt – sozial wie ökonomisch – zunehmend ausdünnt, wodurch linke Ansätze sich mit ihrem verteilungspolitischen Ansatz immer wieder ins Unrecht setzen (die nächste Krise kommt todsicher), kann sich der linke Amtsträger darauf verlassen, dass der Kampf nie aufhört, so dass er sich daran unentwegt satt fressen kann. Die Realität gibt ihm hier und da Recht: da, wo am wenigsten gekämpft wird, gibt es mehr Hungerleider. Und weil dem so ist, wäre es gar nicht gut, ja existenzgefährdend für den linken Amtsträger zu sagen, was nach dem Kampf kommen soll, außer vielleicht, dass es immer noch nicht gerecht zugehe und deshalb weiter Kampf geben müsse. Warum überhaupt sagen, was man will: letztendlich Kriterien eines nachhaltig erfolgreichen Kampfes nennen, um sich dem Prozessualen zu verweigern? Was bleibt ist (Macht-) *Kampf als Entwicklungsprinzip*, an dessen Ende die unverbindliche Verheißung steht, an die wir alle brav glauben dürfen. Nur mitkämpfen müssen wir fleißig und zwar solidarisch. Daraus sich Entwicklungen für unsere Gesellschaft ergeben, aus denen heraus sich ein Vergesellschaftungsprinzip aufspüren und formulieren ließe, als dessen Wasserträger der politische Amtsträger sich sieht, in aller Bescheidenheit, versteht sich. Ohne es zu wissen, befindet er sich da durchaus in der linken Tradition des sogenannten *dialektischen* und *historischen* Materialismus (der Nach-Marx-Ära), der vor lauter Dialektik den einzelnen Menschen aus den Augen verliert, um ihm nicht sagen zu müssen, was er denn nun will, um ggf., wenn Gefahr in Verzug, eines ganz genau zu wissen: wie etwas auf gar keinen Fall geht. Sicher ist nur, dass da mal was kommen wird, weil es muss. Das wollen v.a. unsere Nicht-Wähler, Hungerleider eingeschlossen, nicht begreifen. Die sind ja auch alle noch nicht genug aufgeklärt.

Die eben genannten Defizite mögen ein Grund sein, warum wir mit dem Wort *linksorientiert* unsere Schwierigkeiten haben. Wir möchten aber auch nicht den Eindruck erwecken, wir allein würden mit unseren Bemühungen um ein *alternatives Gesellschaftskonzept* so etwas wie einen *linken Stein der Weisen* ins Rollen bringen. Wir sind nur Teil diskursiver Bemühungen *von unten*, dem gegenüber diskursive Bemühungen aus einer privilegiert öffentlichkeitswirksamen Position heraus einer undurchsichtigen Gemengelage von (Kleinst)Interessen ausgesetzt sind, über die auch Linke keine Rechenschaft ablegen. Auch in linken Kreisen haben *Benimmregeln*, was man wie sagt, mächtig viel Einfluss wie überall dort, wo es Machtpositionen und daran geknüpfte Einkommen zu verlieren gibt, und sei es nur, dass Leute, die sich für wichtig halten, auf langweiligen Mitgliederversammlungen einen nicht zu Wort kommen lassen, weil es angeblich um politische Praxis auf den Straßen gehe. Und überhaupt, wo kommen wir hin, wenn jeder macht und sagt, was er will?

BB054 – Putin und Obama einigen sich im Ukraine-Konflikt / Aktion gegen TTIP
Hamburg, 23.09.2014

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Russen und Amis einigen sich im Ukraine-Konflikt auf eine sehr wahrscheinliche Teilung der Ukraine und zwar an der EU und v.a. an Deutschland vorbei. (Vgl. Q1, Q11) Die Deutschen werden wohl den Löwenanteil der Folge-Kosten des Konflikts schultern müssen. Das glauben jedenfalls die DWN: Nachdem Amerikaner und Russen "offenbar die Teilung der Ukraine" vorbereiten, „bleibt für die Europäer eine altbekannte Rolle: Die des Zahlmeisters für den Scherbenhaufen in der West-Ukraine.“(Vgl. Q2, Q14)

Nicht nur Russland, auch die Amis haben ihr Kriegsziel erreicht; das der Amis besteht darin, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und Russland entscheidend geschwächt zu haben (vgl. Q3); dies in einer Zeit, in der der Dollar nach und nach seine Leitwährungsfunktion einbüßt (Q4), so dass die Amis die Kosten ihre imperialen Weltmachtambitionen intensiver auf ihre Verbündeten verteilen wollen. Das haben sie nicht zuletzt auch „Gauck sei Dank“ erreicht.

Russland braucht übrigens die EU schon mittelfristig weniger als die EU Russland.(Vgl.Q41) Das Nachsehen haben EU, insonderheit deutsche Steuerzahler, auf die Kosten in Milliardenhöhe zukommen, um einen zukünftigen Pleite-Staat West-Ukraine zu sanieren. Als ob es nicht schon reichen würde, die südliche EU einschließlich Frankreich (vgl. Q5) zu sanieren.

Fazit: wir haben es mit einer selten inkompetenten Regierung in Deutschland zu tun, flankiert von einer Opposition, die nicht weniger dumm ist, mit einer furchtbar bräsigen Merkel an der Spitze, die aus der Nummer mit der Ukraine und ihrer von Faschisten unterwanderten Regierung nun nicht mehr rauskommt.

An dieser Stelle möchte ich eine Unterschriftenaktion von FoodWatch zur Verhinderung von TTIP und CETA nahelegen. Infos dazu gibt es unter dem folgenden Link:
<https://www.foodwatch.org/de/informieren/freihandelsabkommen/e-mail-aktion/#4>

Quellen:

Q1: Ukraine: Putin arrangiert sich mit Obama: Keine neuen Sanktionen gegen die EU
DWN vom 21.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/21/putin-arrangiert-sich-mit-obama-keine-neuen-sanktionen-gegen-die-eu/>

Q11: EU-Staaten als Vasallen: „Die Sanktionen gegen Russland dienen ausschließlich den US-Interessen“

DWN vom 14.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/14/die-sanktionen-gegen-russland-dienen-ausschliesslich-den-us-interessen/>

Q2: USA und Russland lassen EU in Ukraine in die Falle laufen

DWN vom 16.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/16/machtkampf-in-der-ukraine-merkel-und-die-eu-sitzen-in-der-falle/>

Q3: Sanktionen: Gestörtes Verhältnis zu Russland: Deutschland gehört zu den Verlierern
DWN vom 16.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/16/gestoertes-verhaeltnis-zu-russland-deutschland-gehoert-zu-den-verlierern/>

Q4: Währungskrieg: Obama-Ökonom: USA sollen Dollar als Welt-Währung aufgeben
DWN vom 10.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/10/obama-oekonom-usa-sollen-dollar-als-welt-waehrung-aufgeben/>

Q41: EU-Sanktionen treiben Russland in eine Allianz mit China

DWN vom 15.09.14

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/15/eu-sanktionen-treiben-russland-in-eine-allianz-mit-china/>

Q5: Staats-Krise: Frankreich kurz vor dem Crash: Erneute Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten 2014

DWN vom 17.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/17/frankreich-kurz-vor-dem-crash-erneute-verschlechterung-der-wirtschaftlichen-aussichten/>

Ergänzende Quellen:

Q6: Amerikas absurde Aussenpolitik

Baseler Zeitung vom 27.08.2014

Link: <http://bazonline.ch/ausland/amerika/Amerikas-absurde-Aussenpolitik/story/21615725>

Q7: Merkel dankt Wirtschaft für „schmerzliche Einschnitte“ wegen Russland

DWN vom 23.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/23/merkel-dankt-wirtschaft-fuer-schmerzliche-einschnitte-wegen-russland/>

Q8: Tilo Gräser, Der Sieg (der Nato im Libyen-Krieg)

Ossietzky (Zweiwochenschrift) 18/2011

Link: <http://www.sopos.org/aufsaetze/4e61e99b8961d/1.phtml>

Q9: Gegen den Dollar: Der Petro-Yuan kommt: China schickt Zerstörer in den Persischen Golf

DWN vom 24.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/24/der-petro-yuan-kommt-china-schickt-zerstoerer-in-den-persischen-golf/>

Q10: EZB - Banken knausern weiter mit Krediten

reuters.com vom 25.09.2014

Link: <http://de.reuters.com/article/economicsNews/idDEKCN0HK0RN20140925>

Q11: Die Anstalt erklärt die Geschichte des Mittleren Ostens!

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=YG1OpGfSHpM&feature=youtu.be>

Q12: Gas von Russland: EU bricht Verträge, Ukraine bezahlt Rechnungen nicht

DWN vom 26.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/26/gas-von-russland-eu-bricht-vertraege-ukraine-bezahlt-rechnungen-nicht/>

Q13: Ein Lob dem ZDF! Glanzstück des politischen Kabarets: Die Alternative zur Tagesschau, DWN vom 26.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/26/glanzstueck-des-politischen-kabarets-die-alternative-zur-tagesschau/>

Q14: Wladimir Putin bleibt eiskalt: Westen muss für Schulden der Ukraine bürgen

DWN vom 26.09.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/26/wladimir-putin-bleibt-eiskalt-westen-muss-fuer-schulden-der-ukraine-buergen/>

BB053 – Mit Videogames spielend in die Apokalypse

Hamburg, 09.09.2014

Wir leben in einer Zeit eines sozialen und ökonomischen Strukturwandels, der einen Wandel moralischer Fähigkeiten, ihre uneingestandene Erosion, einschließt, der hinführen könnte in finale Katastrophen, eine düstere Entwicklung, die nicht analysiert, aber doch gespürt wird, und weil nur gespürt, uneingestanden gewollt wird; dies völlig unabhängig davon, was die meisten Menschen heute oder morgen wollen, z.B. keine Kriege im Ausland. Menschen, die nur "spüren", wollen heute dies und morgen jenes.

Wie auch nicht? Denken tut weh, buchstäblich; der Bürger ist v.a. Gefühls-Junkie; er will fühlen, Impulsivitäten ausleben. Sich abreagieren - quasi- oder pseudo-therapeutisch. Dafür sind die Würfel gefallen, ich fürchte unumkehrbar der überzeugenden Sozial-Analyse von Tomasz Konicz zufolge. Für ihn sind die Ausgänge hin zu einer friedlicheren Welt mittlerweile verstopft. Widerstand dagegen kaum mehr zu erwarten. Dennoch sollte man sich Zeit nehmen, den folgenden, etwas längeren Text von ihm zu lesen. Titel und Link lauten:

Q1: Spielend in die Apokalypse: das Videogame als avanciertes Produkt der Kulturindustrie. Ein kurzer Exkurs zur unheimlichen Popularität postapokalyptischer Computerspiele

Von Tomasz Konicz

Telepolis vom 06.09.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42571/1.html>

Tomasz Konicz erklärt uns, warum es sehr unwahrscheinlich ist, dass es zu einer friedlicheren, bzw. alternativen Gesellschaft kommen wird, die auch ihm zufolge, Adorno und Horkheimer (Frankfurter Schule) bemühend, einen technisch-ökonomischen Systemwandel, die Überwindung des Kapitalismus, einschließt. Ohne allerdings zu erklären, was Kapitalismus ökonomisch bedeutet, so dass - zumindest im Ansatz – klar werden kann, auf welche Weise das kapitalistische System überwunden werden kann, so als gebe es für seine Überwindung schon Blaupausen in den Schubladen aufgeklärter Ökonomen, denen man nur leider – Verschwörung, ich hör dir trapsen – kein Gehör schenkt.

Ich weiß nicht, ob der Autor dieser Meinung ist. Falls ja, irrt er wie viele andere, die sich Sorgen machen über die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie alle malen schreckliche Zukunftsbilder an die Wand, zurecht, ohne indes zu sagen, wie es technisch-ökonomisch, also grundlegend, anderes laufen kann. Oder genauer: das, was sie sagen, läuft für meine Begriffe nicht auf einen ökonomischen Systemwandel hinaus.

In „Die Politisierung des Bürgers“ sage ich, solche Autoren würden nur jammern. Zu diesen rechne ich u.a. Dirk Müller (Mr. Dax), aber auch Willy Wimmer, CDU-Mitglied, mit seinen sehr guten und kenntnisreichen politischen Analysen, aber auch ganz allgemein die *Deutschen Wirtschaftsnachrichten* (vgl. Q6). Sie ermessen vor allem nicht, dass es heute, immer mehr dem Augenschein nach, nur eine ökonomische Theorie gibt: den Neoliberalismus. Der sogenannte Keynesianismus ist nur Neoliberalismus im veränderten (humanistischen) Gewand (vgl. *Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral*, S. 16f).

Mit anderen Worten: die moralische Analyse führt – für sich genommen – nicht weiter, auch wenn diese unverzichtbar ist, z.B. Texte wie:

Q2: Von Hunne zu Hunne. Ein Kommentar zu den NATO-Beschlüssen und der Rolle der britischen Regierung, von Willy Wimmer

Telepolis vom 07.09.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42709/1.html>

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Q3: Gehört auch die Bereitschaft zum Krieg mit Russland zur künftigen Strategie?

Ein Kommentar zum NATO-Gipfel von Willy Wimmer

Telepolis vom 05.09.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42701/1.html>

Q4: Kriegsziel jetzt schon erreicht

Von Willy Wimmer

Cashkurs vom 02.09.2014

Link: <http://www.cashkurs.com/kategorie/wirtschaftsfacts/beitrag/kriegsziel-jetzt-schon-erreicht/>

Q5: Bürgerbrief: Börsenexperte Dirk Müller: Nur Verrückte geben Putin die Schuld, von Franz Witsch

Hamburg, 15.08.2014

Link: <http://www.film-und-politik.de/BB-048.pdf>

Q6: Ein verheerender Befund: Die nackten Zahlen über Frankreich

Die wirtschaftlichen Daten Frankreichs sind verheerend. Es ist gut möglich, dass selbst die abenteuerlichen Rettungsmaßnahmen zu spät kommen.

DWN vom 08.09.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/08/ein-verheerender-befund-die-nackten-zahlen-ueber-frankreich/>

Der düstere Text **Q1** sagt mir vor allem eines:

Die kommunikativen (d.h. auch: moralischen) Fähigkeiten der Menschen erodieren von Tag zu Tag, immer schneller, mittlerweile, so muss man befürchten, unumkehrbar. Das kommt u.a. in der Unfähigkeit von immer mehr Menschen, schichtübergreifend, zum Ausdruck, sich in die Perspektive eines anderen Menschen hineinzusetzen, und zwar in dem Sinne, dass er diese Perspektive ernst nimmt, also nicht denkt, dass ein Wechsel der Perspektive (z.B. Putins), weil eine Frage der (moralischen) Erkenntnis, ohne weiteres möglich ist.

Man glaubt das aus einem tief verinnerlichten Denken im Gut-Böse-Schema. In diesem Schema vermag man nicht zu ermessen, dass perspektivisches Denken vor allem ein sozialer Vorgang ist, der eine Verbindung zum gesellschaftlichen Kontext einschließt, die es aktiv zu gestalten gilt, oder es gibt kein Mitgefühl (für den anderen) von Substanz (vgl. DPB, Vorwort zur Neuauflage 2015).

Mitgefühl von Substanz ist nur möglich, wenn kommunikative Verbindungen nicht nur der Form halber, sondern aktiv gesucht werden – also nicht nur passiv, so in der Art: wenn der andere etwas von mir will, soll er sich doch melden, sich bemühen. Ich muss das nicht, weil ich es nicht brauche: eine Frustration mehr.

Genau dies: das aktive Interesse am anderen, ist im Inneren von immer mehr Menschen immer weniger präsent, für mich die wesentliche soziale Eigenschaft, die in unserer Welt, und das zeigt *Text Q1* überzeugend, immer schneller unter die Räder kommt. Dafür stehen die Politik und die veröffentlichte Meinung vorbildhaft. Und über Videospiele wird diese asoziale Mentalität zutiefst verinnerlicht.

Nun könnte man der Meinung sein: ich spiele nicht am Computer, auf mich trifft das nicht zu. Ein solcher Glaube macht die Rechnung ohne den Wirt: er erkennt, dass man es in der Arbeits- und Freizeitwelt mit solchen vom Videospiele sozialisierten Menschen zu tun bekommt; man wird ihnen nicht ausweichen können; ihre Passivität oder TINA-Einstellung (**T**here **i**s **n**o **A**lternativ) färbt ab, unmerklich, noch unmerklicher als es geschehen würde, wenn man mit jenen Videospiele selbst Tag und Nacht zu tun hätte, ihnen also, selber spielend, unmittelbar ausgesetzt wäre. Um nicht zu sagen: ohne Videospiele zu kennen, kennt man die Welt irgendwann vollständig nicht mehr.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Das Desinteresse füreinander ist also allumfassend, irgendwann sehr wahrscheinlich unumkehrbar, zum einen weil „Das sich Interessieren“ immer weniger gelernt wird und zum anderen schlichtweg abgetötet wird. Überdies erfordert es immer mehr Kraft, Initiativen für Interesse zu ergreifen, zumal wenn Initiativen beständig ins Leere laufen und gleichzeitig Frustrationstoleranzen sinken, weil, wie gesagt, der Gefühlsjunkie in uns ausgelebt werden will. So dass die Leere (in uns) irgendwann zur vorherrschenden, vielleicht zur gewünschten sozialen Realität gerinnt (es ist [sei] alles, wie es ist): man bleibt unter sich, am Ende für sich, und kann es auch bald nicht mehr anders (TINA). Dass dem so sein könnte, darüber gibt *Text Q1* Auskunft.

BB052 – Council on Foreign Relations sieht Hauptschuld an Ukraine-Krise beim Westen

Hamburg, 04.09.2014

Ich möchte den interessierten LeserInnen ein paar Texte zur Ukraine-Krise, die sich mittlerweile zu einem Bürgerkrieg entwickelt hat, zur Kenntnis geben. Überschriften und Links (siehe auch unten: ergänzende Quellen) lauten wie folgt:

Q1: Die Ukraine, korrupter Journalismus und der Glaube der Atlantiker

Von Karel van Wolferen

Link: <http://www.unz.com/article/the-ukraine-corrupted-journalism-and-the-atlanticist-faith/>

deutsche Übersetzung:

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/20140814_van%20Wolferen_TheUkraine_de.pdf

Zur Person des Autors:

Karel van Wolferen ist ein niederländischer Journalist und pensionierter Professor der Universität von Amsterdam. Seit 1969 hat er über zwanzig Bücher über politische Themen veröffentlicht, die in elf Sprachen übersetzt und weltweit über eine Million Mal verkauft worden sind. Als Auslandskorrespondent für das NRC Dagblad, eine der führenden holländischen Zeitungen, hat er die höchste niederländische Auszeichnung für Journalisten erhalten, und seine Artikel sind im Laufe der Jahre in The New York Times, The Washington Post, The New Republic, The National Interest, Le Monde und vielen anderen Zeitungen und Zeitschriften erschienen.

Q2: "Council on Foreign Relations" (CFR) sieht Hauptschuld an Ukraine-Krise beim Westen

Telepolis vom 26.08.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42618/1.html>

Q3: Ukraine: Jazenjuk kündigt Antrag Kiews auf Nato-Mitgliedschaft an

DWN vom 29.08.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/29/ukraine-jazenjuk-kuendigt-antrag-auf-nato-mitgliedschaft-an/>

Q4: Konflikt in der Ukraine: Kiew im Schockzustand

TAZ vom 29.08.2014

Link: <http://www.taz.de/!145033/>

Q5: Energiehandel: Abschied vom Petro-Dollar: Russland steigt auf Rubel und Yuan um

DWN vom 29.08.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/29/abschied-vom-petro-dollar-russland-steigt-auf-rubel-und-yuan-um/>

Q6: Kampf um den Osten: Rebellen werden immer stärker: Armee der Ukraine unter Druck

DWN vom 27.08.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/27/krieg-im-osten-ukrainische-armee-geraet-in-die-defensive/>

Q7: Poroschenko's famoser Friedensplan – aktuell wie nie zuvor?

KNW vom 30.08.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/poroschenkos-famoser-friedensplan-aktuell-wie-nie-zuvor>

Q8: Wirtschaftskrise in Europa: Führende

Ökonomen warnen vor langer Rezession in Europa – „Konjunktur ist unglaublich schwach“

The Huffington Post vom 31.08.2014

Link: http://www.huffingtonpost.de/2014/08/31/wirtschaftskrise-europa-okonomen_n_5743328.html?utm_hp_ref=germany&ir=Germany

Q9: Von der Leyen bestreitet Militarisierung der deutschen Politik

The Huffington Post vom 31.08.2014

Link: http://www.huffingtonpost.de/2014/08/31/von-der-leyen-militarisierung_n_5743400.html?utm_hp_ref=germany&ir=Germany

Q10: Kalter Krieg: Amerikaner treiben EU weiter in eine Eskalation mit Russland

DWN vom 01.09.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/01/amerikaner-treiben-eu-weiter-in-eine-eskalation-mit-russland/>

Q11: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral,
Norderstedt 2013 (DP2)

In dem lesenswerten Text **Q1** stellt Karel van Wolferen überzeugend dar, dass der Westen die Schuld für den ausufernden Bürgerkrieg in der Ukraine trägt. Ergänzend dazu spricht der „Council on Foreign Relations“ (CFR) von "Hauptschuld des Westens". Der CFR sei, heißt es in Q2 weiter, „einer der weltweit vier wichtigsten privaten Think Tanks und unter anderem eng mit Chatham House verwoben“, der „laut wikipedia.de durch die Rockefeller-Stiftung, die Konrad Adenauer Stiftung, die NATO und die Europäische Union finanziert“ werde. Die CFR-Meinung spiele allerdings „in westlichen Mainstreammedien“ so gut wie keine Rolle.

Abgesehen davon gehören zu einem Konflikt natürlich immer zwei (Parteien) mit ihren jeweils gegensätzlichen Interessen; dies allerdings im Kontext des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das einen weltweiten Ellbogenkampf bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen um den Zugang zu Ressourcen einschließt. In diesem System sind allerdings nicht nur singuläre, zum Teil stark konkurrierende Interessen einzelner Kapitalfraktionen, z.B. die der Rüstungsindustrie, präsent, sondern überdies übergeordnete Kapitalinteressen, die auf einen möglichst guten Konjunkturverlauf, also störungsfreie Entwicklung des Kapitalismus zielen.

Das übergeordnete Kapitalentwicklungs-Interesse ist im Unterschied zu den singulären Kapitalinteressen einzelner Kapitalfraktionen eher friedlich. Alles, was die Konjunktur schwächen könnte, wie gerade der Ukraine-Konflikt, sollte gemäß diesem Interesse vermieden werden. Eine solche Politik: Wandel durch Annäherung, war bis zur Wende, in den 1970er und 1980er, noch möglich. Ab den 1990er Jahren verfolgte der Westen unter US-Führung erst schleichend und schließlich immer deutlicher eine offene Konfrontationspolitik, die man zunächst mit einem Krieg gegen den Terror (09/11) begründete. Heute zeichnen sich immer deutlicher die Konturen einer künstlich wiederbelebten globalen Ost-West-Konfrontation ab.

Es gehört nicht viel Verstand dazu, um zu erkennen, dass diese globale Konfrontation im besonderen Interesse der Rüstungsindustrie, des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes, befördert wird. In diesem Kontext sind die ausufernden kriegerische Flächenbrände u.a. im Nahen Osten und der Ukraine zu sehen. Die Rüstungsindustrie drängt natürlich darauf, dass ihre Produkte konsumiert werden, um Nachschub produzieren und verkaufen zu können, also Unsinn-Produktionen anzuhetzen. Eine Gelddruckmaschine ohne Rücksicht darauf, ob dies mit dem Interesse einer möglichst reibungslosen kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung vereinbar ist.

Der Wiederaufbau der Infrastruktur eines durch Krieg verwüsteten Landes mag die Wirtschaft insgesamt sicherlich zu (wiederzu)beleben, doch das hilft dem einzelnen *Unternehmer ohne Verbindungen zur Rüstungsindustrie* (im Vorfeld kriegerischer Verwüstungen) nicht weiter, wie sich jetzt im Ost-West-Handelskrieg immer krasser zeigt. Der Unternehmer will und braucht, um zu überleben, aktuelle Gewinne, nicht solche, die irgendwann – womöglich nach einer finalen Konfrontation – winken.

Nur dass auf allgemeines störungsfreies Wachstum gepolte übergeordnete Kapitalinteressen zur Zeit keine Rolle spielen, um nicht zu sagen: die Politik des Westens ist im Unterschied zur Politik des Ostens, gelinde gesagt, irrational im Sinne eines übergeordneten Kapitalinteresses, für meine Begriffe gemeingefährlich, weil sie, wie gesagt, nicht gesteuert ist von einem rational nachvollziehbaren übergeordneten ökonomischen Kalkül, das alle besonderen ökonomischen Kalküle zu einer Gesamtheit

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

integriert. Das passiert nicht von selbst, gleichsam automatisch, über den Markt, sondern muss politisch durchgesetzt werden. Das ist schwer, wenn nicht unmöglich, zumal wenn die Politik der größten Wirtschaftsmacht USA missionarisch befeuert wird von einer handfesten Gewaltmentalität, von der allerdings auch einigen EU-Mitgliedstaaten wie Polen, die baltischen Staaten etc., überstark, ich würde sagen: traumatisch, berührt sind, deren Mentalität daher nicht weniger extrem gewaltträchtig im Gut-Böse-Schema tickt.

Diese krankhafte und krankmachende Gewaltmentalität kommt vornehmlich dem Interesse einer einzigen Kapitalfraktion, wie gesagt: dem militärisch-industriellen Komplex, entgegen, ein Interesse, das sich ganz offensichtlich in der veröffentlichten Meinung gegen das *allgemeine Kapitalinteresse* viel leichter Gehör zu verschaffen vermag.

Das mag daran liegen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wie die Politik – im archaischen Gut-Böse-Schema tickend – eine *Gewaltmentalität im humanitären Gewand* verinnerlicht hat, mithin überzeugt ist, dass es Konflikte gibt, die im Zweifel nur mit militärischer Gewalt gelöst werden können, um Schlimmeres zu verhüten, etwa einen Völkermord wie in Ruanda 1994.

Das sei dann kein Krieg, zumal kein Angriffskrieg, sondern Notwehr, so die weit verbreitete Meinung. Insofern gebe es der deutschen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zufolge keinerlei Militarisierung der Politik. (Vgl. Q9)

Das Gegenteil ist richtig: es gibt eine wachsende Militarisierung der ganzen Gesellschaft, die von der Politik zusammen mit einer gleichgeschalteten Presse trommelartig betrieben wird – bis in die allerletzten Winkel der gesellschaftlicher Strukturen hinein, vergleichbar wie die Nazis es mit ihrer Ideologie im sogenannten Dritten Reich machten, heute nur eben schleichend:

Am 01.09.2014 titelte Bild: „Putin greift nach Europa“. Der Kreml-Chef wolle „in der Ostukraine einen neuen Staat Novorossia etablieren. Das würde die Ukraine spalten!“

Richtig ist sehr wahrscheinlich etwas anderes, nämlich dass die Nato sich die Ukraine einverleiben möchte. Genau das will und muss Putin verhindern. Richtig ist ferner: die Ukraine ist ein gespaltenes Land. Hier hat BILD recht; nur bedarf es dafür keines Putins. BILD ist denn auch nicht an einer seriösen Analyse interessiert, sondern möchte archaische Ängste in der Bevölkerung verbreiten, weil ängstliche Bürger sich besonders gut manipulieren lassen.

Ein Angst machender medialer Aufwand ist allerdings nötig. Man wird ihn geduldig und nachhaltig aufrechterhalten müssen, flankiert von der sogenannten seriösen Presse wie Spiegel, SZ, Zeit, taz (vgl. Q4), damit die schleichende Militarisierung sozialer und ökonomischer Strukturen gelingt und vom Bürger verinnerlicht wird. Das ist heute schwieriger als vor dem 1. Weltkrieg, wo es eine vaterländische, also gleichsam *natürlich verinnerlichte* Kriegsbegeisterung gab, die sich viel leichter zur Massenhysterie steigern ließ, noch dazu feinsinnig unterstützt von Leuten der Kultur, u.a. keinem geringeren als Thomas Mann, übrigens im krassen Unterschied zum Franzosen Marcel Proust.

Heute muss die Militarisierung sozialer Strukturen allerdings, um nachhaltig zu sein, global erfolgen, durchgesetzt werden, und zwar unter Federführung eines einzigen Machtzentrums, dafür sich die USA mit ihrem missionarischen Eifer gut eignen. Nur dass sie es allein nicht schaffen; sie brauchen Unterstützung, insbesondere Europa, aber auch Länder aus Asien, Afrika und Südamerika, um ihre Weltpolizist-Ambitionen überzeugend, vor allem aber kostengünstig ausleben zu können.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Nur in einem weltweiten sozial-politischen Kontext kann der sogenannte Wohlstandsbürger mental vorbereitet, aufbereitet werden für mehr Kriege im Ausland, aber auch für militärische Einsätze im Inneren; für letzteres warb übrigens Wolfgang Schäuble insbesondere in seiner Eigenschaft als Innenminister lange Zeit gebetsmühlenartig.

Nur dass der Bürger noch nicht richtig reif ist für mehr Kriege. Noch spürt er realistisch, dass z.B. der Ukraine-Konflikt dazu angetan ist, globale (Geschäfts-) Verbindungen empfindlich zu stören, zumal wenn durchsickert, dass der Westen drauf und dran ist, mit einem so großen Wirtschaftsraum wie Russland einen Handelskrieg zu führen; und Russland bei dieser Gelegenheit mit den BRICS-Ländern immer mehr zusammenwächst, die heute rund 40% des Welt-BSP erzeugen. Das heißt: die Amis befördern mit ihren Handelsanktionen etwas, das ihnen eigentlich Sorge bereiten müsste: das Auseinanderbrechen von Handelsverbindungen (Vgl. Q10), die, wie wir gleich sehen werden, die Dominanz des Dollars in der Welt beeinträchtigen muss.

In diesem Zusammenhang spielt es keine Rolle, dass *Kapitalfraktionen ohne Verbindung zur Rüstungsindustrie* eher das übergeordnete Kapitalinteresse vertreten, bzw. ganz und gar kein Interesse an einem Handelskrieg haben.(Vgl. Q2) Der Text Q8 zeigt allerdings, dass die meisten Wirtschaftsverbände ihre eigene an den Universitäten gelehrt Wirtschafts-ideologie nicht verstehen, mithin die Futtertröge ihrer rüstungsfernen Klientel hoffnungslos aus den Augen verlieren. Sie nehmen lieber Handelskriege und eine damit verbundene schwache Konjunktur in Kauf, als dass sie ein wenig mutiger gegen Militarismus und Kriegsrhetorik westlicher Politiker aufträten. Es mutet widerlich an, wie sie der Politik, die zur Zeit nur die singulären Wirtschaftsinteressen der Rüstungsindustrie kennt, geradezu in den Arsch kriechen.

Hinzu kommt, dass diese die Rüstungsindustrie fördernde Politik die Wirtschaftsmacht der USA, die auf der Leitwährungsfunktion des Dollar aufbaut, erodieren lässt und zwar beschleunigend, was sich auf Dauer ohnehin nicht vermeiden lässt.(Vgl. Q5) Fasst möchte man denken: die Amis wissen das. Die Titanic wird sinken. Also wollen sie die Musik noch einmal kräftig aufspielen lassen, bevor sie gewahren müssen, dass sie sich in Zukunft vom Rest der Welt nicht mehr so leicht ernähren lassen können; eben weil sie ihre Importe zunehmend, in dem Maße wie die Leitwährungsfunktion des Dollar erodiert, in harter Währung werden bezahlen müssen, also nicht mehr dadurch, indem sie massenhaft Dollar drucken, weil die Leitwährungsfunktion für ausreichende Nachfrage nach Dollar sorgt, so dass sein Wert nicht ins Bodenlose fällt.

Die Amis wissen ferner: wird die Dollar-Nachfrage zu schwach, schlagen die Kosten voll zu Buche, die sie für ihre Funktion als Weltpolizist aufbringen müssen. Diese möchten sie lieber heute als morgen auf ihre Bündnispartner verteilen. Deshalb sollen sie sich, Gauck sei Dank, stärker militärisch engagieren. Auch dafür brauchen sie die Eskalation im Ukraine-Konflikt, zur Not angeheizt mit Hilfe faschistischer Kräfte in der Ukraine.

Die Amis werden die Rechnung aber sehr wahrscheinlich ohne den Wirt machen; noch dazu ohne durchdachten Plan: sie vergessen, dass es ihnen nicht gelingen wird, nicht gelingen kann, die Ukraine zum NATO-Mitglied zu machen, nur um die atomaren Erstschlagsphantasien einiger durchgeknallter US-Senatoren zu beleben (vgl. Q1), die sie mit der Nato-Präsenz und einem atomaren Raketenabwehrschirm in der Ukraine ermöglichen wollen. Genau diese archaischen SFI-Phantasien möchte Putin nicht beleben; deshalb wird die Ukraine NATO-Mitglied nur über seine Leiche.(Vgl. Q6) An einer territorialen Ausdehnung seines Landes ist er, wie BILD uns weismachen will, überhaupt nicht interessiert.

Es gibt also in der Tat gute Gründe, dass der Westen die Hauptschuld für den Bürgerkrieg in der Ukraine trägt; Russland reagiert im Grunde nur – defensiv, ich denke, sehr rational

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

mit der Option, zukünftige ökonomische Verbindungen nicht zu verunmöglichen, später wiederzubeleben gegen die militaristischen Interessen der USA.

Abgesehen davon, dass ich den Russen ein weit höheres Maß an Rationalität beimesse als dem Westen, denke ich, dass auch die russische Politik in den Kategorien von Gewalt und Gegengewalt tickt, also nicht weniger als der Westen eine Gewaltmentalität transportiert. Richtig ist aber auch: die Russen transportieren diese Mentalität, die sie dem Westen entgegenhalten müssen (eine andere versteht der Westen nicht zu kommunizieren, weil er sie selbst transportiert), auf eine rationalere Weise, also weniger gemeingefährlich als der Westen: sie denken und handeln, um an die Argumentation von oben anzuknüpfen, viel mehr als der Westen im Interesse einer (über allen besonderen Kapital-Interessen stehenden) allgemeinen Entwicklung des Kapitals.

Um es einfach zu sagen: die Russen sind, zusammen mit den anderen BRICS-Staaten, insbesondere China und Indien, die besseren, ja geradezu reinrassigen Kapitalisten. Sie wissen in einem viel allgemeineren Sinne, wo ihre Futtertröge sind; und zeigen, um sie nicht aus den Augen zu verlieren, im Zweifel auch mal große Härte gegen singuläre Kapitalinteressen (in ihrem eigenen Land), wie etwa das eines Michail Chodorkowski (Yukos), der zu 10 Jahren Arbeitslager verknackt wurde, weil er nicht spurte: sich den Notwendigkeiten einer allgemeinen Entwicklung des russischen Kapitals nicht unterordnen wollte.

So etwas sollten wir im Westen verstehen, bevor wir über Russland abschätzig urteilen. Wobei eine Mentalität, die im Gut-Böse-Schema: den Kategorien von Gewalt und Gegengewalt, tickt, zu verstehen, nicht bedeutet, dass man diese Mentalität, auch die der Russen, gutheißt oder teilt; im Gegenteil, der gesellschaftliche Kontext sollte sich darum bemühen, Gewalt-Mentalitäten, das Denken in den Kategorien von Macht und Gegenmacht, zu überwinden, so dass *Macht-Analytik* sich endlich auch dem Augenschein nach als hinderlich *im Hinblick auf eine zureichende Theoriebildung des Sozialen* erweisen wird, und zwar in dem Maße, wie der gesellschaftliche Kontext sich einem substanziellen Wandel öffnet, der nicht nur auf eine Gesellschaft verweist, die einklagbare Grundrechte für jedes beliebige Subjekt, auch den Straftäter, gewährt, sondern deren Mitglieder auch wissen, dass sozialer (moralischer) Fortschritt immer begrenzt sein wird, solange die ökonomischen Strukturen und Verhältnisse sich nicht grundlegend ändern: indem wir den Kapitalismus: den Mehrwert in jeder Form (real oder simuliert), abschaffen (vgl. Q11, S. 203 – 208); dies alles nicht zuletzt mithilfe einer unbestechlichen – sprich: nicht gleichgeschalteten – Öffentlichkeit. Erst dann wird eine Entwicklung hin zu einer Mentalität der kommunikativen Verständigung ohne Gewalt(androhung) nachhaltig möglich sein.

Von dieser Entwicklung entfernen wir uns immer schneller. Und das ausgerechnet im – ach so freien – Westen.

Ergänzende Quellen:

Ukraine: Ehemalige US-Geheimdienstler warnen Merkel vor falschen „Beweisen“
DWN vom 02.09.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/09/02/krieg-gegen-russland-ehemalige-geheimdienstler-warnen-merkel-vor-falschen-beweisen/>

Ehemalige Mitarbeiter von US-Geheimdiensten haben einen offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben:

In dem Brief heißt es u.a.:

„Hoffentlich haben Ihre Berater Sie an die Erfahrungen mit der Glaubwürdigkeit von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen erinnert. Es scheint uns, dass Rasmussens Reden noch immer von Washington geschrieben werden. Das war mehr als deutlich an dem Tag vor der US-geführten Invasion des Irak. Damals sagte er als dänischer Premier

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

seinem Parlament: „Irak hat Massenvernichtungswaffen. Das ist nicht nur etwas, das wir nur glauben. Wir wissen es.““

Gehört auch die Bereitschaft zum Krieg mit Russland zur künftigen Strategie?, ein

Kommentar zum NATO-Gipfel von Willy Wimmer

Telepolis vom 05.09.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42701/1.html>

Willy Wimmer ist CDU-Politiker. Er war zwischen den Jahren 1985 und 1992 verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU und Staatssekretär im Bundesministerium für Verteidigung.

Wird der Waffenstillstand in der Ostukraine halten?, von Florian Rötzer

Telepolis vom 06.09.2014

Die Kämpfe sind erst einmal unterbrochen, jetzt müssen schwierige Fragen gelöst werden, die in der auch vom Westen betriebenen Eskalationsstrategie nicht angegangen wurden

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42705/1.html>

Kriegsziel jetzt schon erreicht, von Willy Wimmer

Cashkurs vom 02.09.2014

Link: <http://www.cashkurs.com/kategorie/wirtschaftsfacts/beitrag/kriegsziel-jetzt-schon-erreicht/>

Im Text heißt es u.a.:

„US-Außenministerin Albright (unter Clinton, Anm. F.W.) hatte es schon vor Jahren gesagt. Russland darf wegen seiner Bodenschätze nicht den Russen zur alleinigen Verfügung stehen.“

Absturz in Ukraine: 14 MH17-Schuldfrage wird mit Schweigen beantwortet

Welt.de vom 06.09.2014

Link: <http://www.welt.de/politik/ausland/article131972765/MH17-Schuldfrage-wird-mit-Schweigen-beantwortet.html>

Im Text heißt es u.a.:

„Klar ist mittlerweile auch, dass die Aufnahmen des Stimmenrekorders, der die Gespräche im Cockpit des Flugzeugs aufzeichnete, nicht veröffentlicht werden.“

BB051 – Werden wir von einer Polit-Mafia regiert?

Hamburg, 29.08.2014

Die Anzeichen, dass wir von Kriminellen regiert werden, verdichten sich immer mehr zur Gewissheit. Der folgende Text zeigt: der Westen ist an einer Aufklärung des verbrecherischen Abstusses von Flug MH17 nicht interessiert. Vermutlich aus guten Gründen, hat man mit dem Absturz der Maschine doch die Wirtschaftssanktionen gegen Russland begründet. Das darf nicht falsch gewesen sein, so in der Art: was nicht sein darf auch nicht sein kann.

Der folgende Link gibt Auskunft über diesen bitteren Sachverhalt:
MH17: Russland fordert Aufklärung des Absturzes von Flug MH17
DWN vom 26.08.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/26/russland-fordert-aufklaerung-des-absturzes-von-flug-mh17/>

Es gibt in der Geschichte einige Beispiele, die zeigen, dass Befürchtungen nicht unberechtigt sind, dass wir von einer Polit-Mafia regiert werden könnten. Ich glaube, wir sind aus moralischen Gründen verpflichtet, uns mit dieser bitteren Wahrheit langsam vertraut zu machen – nicht um martialisch oder cholerisch gegen Schuldige zu wettern. Nein, ich würde noch nicht einmal das Gespräch mit Kriminellen verweigern, aber ihnen eben doch klar zu verstehen geben, was und wer sie sind: eben gewöhnliche Kriminelle, die eigentlich vor Gericht gehörten.

Bestrafungs-Rhetorik bringt nicht weiter; ich möchte, dass Verantwortliche, allen voran die Regierung Merkel, ihre Politik ändern; das erfordert allerdings eine Sprache, wer und was sie sind; ohne klare Sprache würden wir „wegschauen“.

Was das bedeutet, wissen wir seit dem Völkermord an den Juden, nämlich dass „wegschauen“ unterlassener Hilfeleistung gleichkommt, also kriminell ist. Vergleichbar kriminell war es, die Nazis im Vorfeld der Machtergreifung 1933 zu wählen, medial zu unterstützen, obwohl es eindeutige Anzeichen dafür gab, dass der politische Mord gleich nach dem 1. Weltkrieg zum politischen Tagesgeschäft von Rechten und Nazi-Faschisten gehörte. So etwas nenne ich Beihilfe zum Mord.

Heute sehen wir einmal mehr weg, wenn gemordet wird, noch dazu medial gleichgeschaltet, wo es darum gehen müsste, unbestechlich, ohne Ansehen von Personen, den Absturz von MH17 aufzuklären.

PS: Ergänzende Quellen:

Council on Foreign Relations sieht Hauptschuld an Ukraine-Krise beim Westen

Telepolis vom 26.08.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42618/1.html>

Ukraine: Kommentar: Unversöhnliche Positionen in Minsk

DW vom 27.08.2014

Link: <http://www.dw.de/kommentar-unvers%C3%B6hnliche-positionen-in-minsk/a-17881367>

KAMPF UM DEN OSTEN: Krieg im Osten: Ukrainische Armee gerät in die Defensive,
DW vom 27.08.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/27/krieg-im-osten-ukrainische-armee-geraet-in-die-defensive/>

UKRAINE: Ukraine: Poroschenko legt Friedensplan vor

DWN vom 27.08.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/27/ukraine-poroschenko-legt-friedensplan-vor/>

Korrektur: Ukraine: Reuters korrigiert sich und zieht das Wort „Invasion“ zurück

DWN vom 28.08.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/28/ukraine-reuters-korrigiert-sich-und-zieht-wort-invasion-zurueck/>

BB050 – Die Irren sind unter uns: Ganz Deutschland eine Rüstungs-Anstalt

Hamburg, 26.08.2014

Die Irren sind unter uns, meint Uli Gellermann von *rationalgalerie.de*. Genau das denke ich auch. Deshalb gebe ich seine letzte Veröffentlichung den interessierten Leserinnen gern zur Kenntnis; der Link dazu lautet:

<http://www.rationalgalerie.de/home/die-irren-sind-unter-uns.html>

Ich finde, man sollte es noch deutlicher sagen als Gellermann es tut: militärische Einsätze im In- und Ausland müssen grundsätzlich geächtet werden. (Vgl. BB-049)

Außerdem möchte ich zur Wirtschafts- und Finanzkrise zwei nicht mehr ganz so aktuelle Texte, darunter ein Interview zur Kenntnis geben, das die DWN mit dem Wirtschaftsprofessor Richard Crusius geführt hat. Titel und Links lauten:

(1) Schulden-Krise: Italien am Scheideweg: Diktat der Troika, Schuldenschnitt oder Rückkehr zur Lira, DWN vom 16.08.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/16/italien-am-scheideweg-diktat-der-troika-schuldenschnitt-oder-rueckkehr-zur-lira/>

(2) Interview mit Richard Crusius: „Gier, Unfähigkeit, Propaganda“: Ein zorniger Ökonom rechnet mit der EU ab, DWN vom 13.08.14

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/13/gier-unfaehigkeit-propaganda-ein-zorniger-oekonom-rechnet-mit-der-eu-ab/>

In Text (1) wird deutlich, dass Europa immer weiter davon entfernt ist, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Dieser Meinung ist auch Richard Crusius in Text (2).

Beide Texte zeichnen sich allerdings vornehmlich dadurch aus, dass sie Symptome (Fakten) realistisch beschreiben, ohne aber überzeugende Konzepte zu benennen, wie jene Symptome geheilt werden können. Mit ihren allzu vieldeutigen Aussagen zur Überwindung der Krise würden die Autoren sehr gut in die rechts- und nationalliberale AfD passen. Etwas, was sie vermutlich gar nicht wollen. Oder doch?

Crusius jedenfalls weiß nicht, dass hinreichende Konzepte mit Hilfe von historischen Fakten, sozusagen im Konjunktiv, nur sehr begrenzt begründbar sind. So wenn er u.a. ausführt:

"Wäre Griechenland nicht im Euro, hätte sich seine verantwortungslose Politik schon viel früher gerächt – aber ohne uns mit reinzuziehen."

Über Sinn und Unsinn historischer Fakten siehe **BB-049**

Nun, Crusius neigt als Professor zu eher bildungsabstinenten Konzepten, wie sie die meisten Ökonomen übrigens gerne verwenden.

Fazit: es reicht nicht, einfach nur schmerzhaft Symptome zu benennen und zu glauben, mit ihrer Benennung würden sich die Schmerzen gleichsam magisch auflösen. Esoterisch – per Handauflegen.

BB049 – Krieg kann und darf auch nicht letztes Mittel der Politik sein

Hamburg, 22.08.2014

Ich möchte interessierten LeserInnen mehrere Texte zur Kenntnis geben, die ein Licht auf den Zustand der Welt werfen. Der **erste** Text behandelt den Ukraine-Konflikt sehr differenziert, auch wenn er die sozial-ökonomische Problematik affirmativ analysiert: ohne Interesse, das Wirtschaftssystem, den Kapitalismus, zu kritisieren mit dem Ziel, es zu überwinden.

Die Realität des Kapitals anzuerkennen, bedeutet aber ungewollt anzuerkennen, dass die Welt in Zukunft nicht friedlicher werden wird. Darüber habe ich an anderer Stelle, u.a. im 2. Teil meines Buches „Die Politisierung des Bürgers“, einiges geschrieben. Wobei es natürlich auch ohne Kapital-Kritik darauf ankommen muss, kurz- bis mittelfristig Kriege zu erschweren bis zu verhindern: den Kriegführenden zu sagen, dass und wie unmenschlich sie sind. Insofern können Texte auch ohne Kapitalismus-Kritik lesenswert und auf hohem Niveau geschrieben sein, wie der folgende **1.** Text:

Ansichten eines Putinverstehers

Telepolis vom 18.08.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42539/1.html>

In dem Text kommt die Politik des Westens sehr schlecht weg. Gut so. Er verdient es viel mehr als Putin, der im Vergleich zu Obama die Rationalität in Person ist. Ganz schlimm ist, dass unsere veröffentlichte Meinung jede kritische Distanz zur Politik des Westens verloren hat. Das kommt u.a. darin zum Ausdruck, dass sie zu rechtsextremen Kräften in der Ukraine keine Berührungängste hat.

Wie übrigens auch die Grüne Katrin Göring-Eckardt (vgl. **GEK**) eine sehr selektive Distanz zum Rechtsextremismus transportiert, jedenfalls keine Distanz zum Rechtsextremismus in der Ukraine besitzt. Dass dies angebracht ist, darüber gibt der **2.** Text Auskunft:

Ukraine: Regierung in Kiew beugt sich dem Druck der Rechtsextremen

DWN vom 19.04.2014

Link: <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/08/19/ukraine-regierung-in-kiew-beugt-sich-dem-druck-der-rechtsextremen/?replytocom=718471#respond>

Der **3.** Text möchte daran erinnern, dass in Libyen seit Muammar al-Gaddafis Sturz, eingeleitet durch einen Militäreinsatz des Westen, Bürgerkrieg herrscht:

Libyen: Parlament zieht auf Hotelschiff um

Die Kämpfe unter den Milizen gehen ungehindert weiter. Das Parlament ist politisch am Ende und tagt aus Sicherheitsgründen auf einem Schiff

Telepolis vom 20.08.2014

Link: <http://www.heise.de/tp/news/Libyen-Parlament-zieht-auf-Hotelschiff-um-2296063.html>

Interessant ist, dass der Libyen-Konflikt eine wichtige Rolle in meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers“ spielt; Auszüge daraus (siehe unten) werfen ein Licht auf eine erschreckend naive, ich meine „kranke“ Mentalität von Menschen, die meinen, Militäreinsätze rechtfertigen zu müssen, wenigstens um Völkermorde wie in Ruanda zu verhindern. (Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Völkermord_in_Ruanda).

Ich meine, dass es nicht möglich ist, zukünftige Massenmorde in anderen Ländern in einer Gesellschaft nachhaltig zu verhindern, in der Menschen nicht dazu erzogen werden, Kriege oder „Kriegsdrohungen zu ökonomischen Zwecken“ zu ächten; damit ist es von vornherein sehr wahrscheinlich, dass jene Menschen von ihren kommunikativen

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Fähigkeiten her völlig überfordert sind, Kriege in anderen Ländern, zu welchem Zweck auch immer, zu führen. Phantasie und Realität klaffen hier regelmäßig unheilbar auseinander. Wie das zu verstehen ist, versucht der Auszug aus meinem Buch (siehe unten) zu zeigen.

Ich möchte aber betonen, dass Kriege insbesondere die kriegführenden Menschen unabhängig davon, aus welchen Gründen Kriege geführt werden, heillos überfordern, mit krankmachenden: traumatischen und traumatisierenden Rückwirkungen auf den gesellschaftlichen Kontext.

Ferner bin ich davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, welche die kommunikativ-analytischen Fähigkeiten ihrer Teilnehmer konsequent fördert (das Gegenteil geschieht heute!), entscheidend dazu beiträgt, dass Kriege auf der Welt aussterben.

Eine Gesellschaft dagegen, in der eine Erziehung zur Gewaltlosigkeit, gestützt durch kommunikativ-analytische Fähigkeiten, nicht einmal im Ansatz auch nur versucht wird, sollte Kriege aus welchen Gründen auch immer nicht führen dürfen. Das heißt, wir müssen Kriegseinsätze grundsätzlich ablehnen und verhindern, auch solche in Ruanda. Dort fand ein militärisches Eingreifen ja tatsächlich nicht statt, um den Völkermord zu verhindern. Weil es sich für die USA ökonomisch nicht lohnte.

PS:

Auszüge aus: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 3. Teil: Vom Gefühl zur Moral, Norderstedt 2013, S. 149-154

2.5.1 Über Sinn und Unsinn historischer Fakten

(...)

Das Faktum badet gern in einem Meer vieldeutiger Interpretationen. In der Tat geht es gewöhnlich nicht um reine Fakten, werden diese doch oftmals mit historischen Wahrheiten referenziert, mit denen wir unmittelbar nichts mehr zu tun haben, sei es, dass sie lange zurückliegen, sei es, dass die heutigen mentalen Strukturen sich gegenüber früher verändert haben: heute lösen sich traditionelle Strukturen zunehmend auf; sie haften im Inneren nicht mehr und vermögen deshalb zureichend nicht mehr zu überzeugen (vgl. 1.7: Problematisch: die Strukturen fallen von uns ab).

Dabei beginnt alles ganz harmlos: man sagt, Saddam Hussein sei ein Massenmörder, wie Hitler, also müsse man in den Irak einmarschieren, um unschuldige Menschen zu schützen. Das gleiche gilt für Libyen. Dort demonstrieren die Menschen für Demokratie und Freiheit; sie werden von Gaddafi militärisch zusammengeschossen, also muss der Westen militärisch eingreifen, um alle freiheitsliebenden Menschen zu schützen, auch wenn völlig unklar ist, was uns mit den Libyern verbindet, außer dass wir gemeinsam die Freiheit lieben, ein Wort, das nichts besagt, dafür aber in alle Richtungen interpretierbar ist, mithin regelmäßig, auch in Deutschland, im Interesse von Macht und Herrschaft instrumentalisiert wird.

(...)

Hehre Begriffe wie Freiheit und Demokratie sind leer oder belanglos: ohne Bedeutung, solange sie nicht zwingend auf ein Allgemeininteresse verweisen, das für jedes beliebige Subjekt einklagbar ist. (DPB, 22-38) Das Wort Freiheit zeigt, für sich genommen, auf keinen Gegenstand; genauso wenig wie es traditionelle Strukturen vermögen, die von uns abgefallen sind. Sie fallen vermutlich gerade wegen ihrer Belanglosigkeit von uns ab. Deshalb beeindruckt mich der folgende Satz, der mir am 21.04.11 per E-Mail von Wolfgang Theophil aus Karlsruhe zugegangen ist, keineswegs. Er lautet: "Die Arabische Liga hat dem UN-Sicherheitsrat eine Resolution zu einem Flugverbot über Libyen vorgelegt. Nun brauchen wir einen weltweiten Aufschrei, damit das Flugverbot verabschiedet wird. Senden Sie eine Dringlichkeits-Nachricht an den UN-Sicherheitsrat und schützen Sie das libysche Volk." (Vgl. THW-VER).

(...)

Ich erwiderte dem Freund, dass Demokratie nur ein Wort sei, das wir uns umhängen. Die beiden Worte zeigen auf keinen wirklichen Gegenstand. Sie beleben allenfalls unsere Phantasie: das, was wir glauben, was wir seien: bessere Menschen. Ich würde sagen: wir sind vermutlich nur deshalb bessere Menschen, weil wir noch genug zu essen haben. Eine weitere Nachricht, die mich erreichte, versuchte wenigstens zu argumentieren. Sie lautet: Hallo Franz, bist Du tatsächlich der Meinung, die Intervention der Alliierten bei Hitler hätte unterbleiben sollen? Eine rhetorische Frage, die nur eine Antwort zulässt, wenn man sich nicht von vornherein ins soziale Abseits stellen möchte. Die Frage lässt in mir die Vermutung aufkommen, dass eine Auseinandersetzung nachhaltig nicht gewünscht ist; eine Form von Kommunikationsverweigerung, ungewollt; vor allem glaube ich, dass mein Gesprächspartner mit dieser Frage zum Ausdruck bringen möchte, dass man gegen Hitler früher hätte militärisch vorgehen müssen, um das Schlimmste zu verhindern.

(...)

Die Frage muss erlaubt sein, welche Folgen ein präventiver Angriff gehabt hätte zu einer Zeit, wo es einen Völkermord an den Juden noch nicht gab, zumal sich keiner vorstellen konnte, dass dieser überhaupt stattfinden würde. Die meisten wollten nicht einmal glauben, dass Hitler unter allen Umständen einen Krieg wollte. Was wir heute wissen, ist völlig belanglos. Hinzu kommt, vor Kriegsausbruch hatte man im Ausland den Antisemitismus der Deutschen hingenommen, wenn nicht – wie Teile des englischen Königshauses – gar bewundert.

(...)

Um auf die Bedeutung des historischen Faktums eines zu spät geführten militärischen Eingriffs gegen Nazi-Deutschland zurückzukommen, so lautet die entscheidende Frage, ob jenes historische Faktum überhaupt in der Lage ist, einen aktuellen Gegenstand zu referenzieren, beispielsweise die aktuellen Verhältnisse in Libyen? Zunächst ist festzuhalten, dass ein zu später militärischer Eingriff gegen Nazi-Deutschland kein historisches Faktum darstellt. Etwas, was nicht stattgefunden hat, ist streng genommen gar nichts; und es stellt sich die Frage, ob man mit der Nicht-Existenz eines historischen Ereignisses etwas in der Gegenwart referenzieren, mithin einen Militärschlag gegen Libyen begründen kann.

Aber auch wenn man das Ereignis eines zu späten Krieges als reales Ereignis akzeptieren würde, stellt sich die Frage, in welches Land die Alliierten beispielsweise 1935/1936 einmarschiert wären, zu einer Zeit, in der Deutschland viel schneller hätte besiegt werden können. Man wäre in ein Land einmarschiert, in dem die überwiegende Mehrheit der Deutschen ihren Führer liebte, ja heiß verehrte. Die meisten Deutschen waren glücklich. Umso traumatisierter erwachten sie nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie waren sicherlich schon vor dem Krieg traumatisiert, aber eben nicht wahrnehmbar, schon gar nicht für den Traumatisierten selbst.

Ich möchte es anders formulieren: die traumatische und traumatisierende Existenz (nicht nur) der Deutschen wurde nach dem Krieg freigelegt. Das lässt vermuten, dass sie zuvor schon existierte, ohne indes der Analyse zugänglich zu sein, so dass eine Behandlung aussichtslos gewesen wäre, wie bei einem psychisch Kranken, der sich nicht überzeugen lässt, dass er krank sei.

Eine vergleichbare Entwicklung gibt es heute: Menschen halten sich für seelisch gesund und normal, weil sie als normal gelten, (noch) regelmäßig zur Arbeit gehen etc.; nicht wenige halten sich selbst dann für normal, wenn sie (ihre) Kinder sexuell missbrauchen. Kurz, es wäre den Deutschen nicht vermittelbar gewesen, wenn man ihnen ihren Hitler weggenommen hätte. Sie hätten es nicht verstanden aufgrund ihrer traumatischen und traumatisierenden Disposition, von der sie sich keinen Begriff machten und dazu auch nicht in der Lage waren, zumal das Ausland auch nicht hinreichend anders tickte: dort analysierte man soziale Strukturen vornehmlich im Gut-Böse-Schema, sozusagen in der

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Tradition des Versailler Vertrags. Einen Einmarsch der Alliierten hätten die Deutschen vermutlich als einen zweiten Versailler Vertrag empfunden.

Nun, die einen waren nicht belehrbar und die anderen spielten sich als Oberlehrer auf und waren in wichtigen Eigenschaften nicht viel anders, streng genommen auch nicht besser, obwohl sie im Nachhinein als die Besseren erscheinen mussten, nachdem das ganze Ausmaß der deutschen Verbrechen bis hin zum Völkermord an den Juden sichtbar geworden war, ein Trauma für die Menschen, nicht nur für die überlebenden Juden, sondern auch für die Deutschen. Nicht nur Juden, auch Deutsche wurden von ihren Erinnerungen abgeschnitten; sie schnitten sich selbst von ihren Erinnerungen ab, weil sie es nicht ertrugen, ihr Lebensglück im Dritten Reich in einem Zusammenhang mit den unvorstellbaren Verbrechen zu sehen.

Halten wir fest: historische Vergleiche hinken. Das historische Faktum existiert nicht, zumal wenn es erst in seiner Nicht-Existenz zu einem diskussionsrelevanten Faktum wird, um in der Gegenwart etwas zu begründen. Ich glaube, dass historische Fakten generell nichts beweisen und eine Analyse sozialer Strukturen, in die wir aktuell involviert sind, eher behindern. Eine Handlungsanweisung, die mit einem historischen Vergleich begründet wird (Hussein=Hitler =>möglichst schneller Einmarsch in den Irak, Libyen, etc.), verkennt, dass sie mit krankhaften Projektionen gefüttert ist: man nimmt an, dass menschliche Eigenschaften der Vergangenheit ohne weiteres übertragbar seien auf menschliche Eigenschaften der Gegenwart. Eine gewagte Vorstellung; zumal es aus heutiger Perspektive, die mit ganz bestimmten, gegenwartsspezifischen mentalen Eigenschaften korrespondiert, leicht gesagt ist, dass man das Schlimmste hätte verhindern können, wenn man nur früher gehandelt hätte.

Es ist einfach naiv, ich denke gar krank und krankmachend, wenn wir unsere historisch gewachsenen (mentalen) Eigenschaften einfach auf eine weiter zurückliegende Zeit übertragen, um Handlungen für unsere Zeit zu begründen. Das begreift einer wie Joschka Fischer nicht; er ahnt nicht einmal, dass Geschichte etwas anderes begründet: keine Kriege, dafür aber das Phänomen krankhafter Projektionen, also keine Handlungsanweisung, sondern eine kritische Haltung gegenüber unserer eigenen Gesellschaft. Das sogenannte Dritte Reich zeigt uns aus heutiger Perspektive, dass Menschen krank sein können, obwohl sie als normal und gesund gelten.
(...)

Quellen:

DPB: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009

GEK: Link zu K. Göring Eckardt:

http://de.wikipedia.org/wiki/Katrin_G%C3%B6ring-Eckardt

THW-VER: Wolfgang Theophil, Misrata und der Verrat der Welt an der Menschlichkeit, EMail vom 21. April 2011

Link: <http://www.film-und-politik.de/Theophil-Misrata-Verrat-anMenschlichkeit.pdf>

BB048 – Börsenexperte Dirk Müller: Nur Verrückte geben Putin die Schuld
Hamburg, 15.08.2014

Ich möchte den interessierten LeserInnen zwei Youtube-Videos zur Kenntnis geben, die sich mit dem Ukraine-Konflikt beschäftigen. Dazu weiß auch Börsen-Experte Dirk Müller ein paar Sätze zu sagen, die für den Westen nicht schmeichelhaft ausfallen. Die Links dazu lauten:

Dirk Müller - Nur verrückte geben Putin die Schuld (ab Minute 14)

<https://www.youtube.com/watch?v=hSKhEX0UVxM&channel=MrSillyline>

Willy Wimmer, ehemaliger Staatsminister des Verteidigungsministeriums unter Kohl, über den Absturz der MH17 und die Instrumentalisierung

<https://www.youtube.com/watch?v=Ctmbfig00tw&channel=wwwKenFMde>

Wer sich für Dirk Müllers Börsen-Palaver nicht interessiert, der verfolge das Video ab der 14. Minute; dort spricht er über Putin und die Ukraine.

Das zweite Video mit Willy Wimmer sollte man sich vielleicht ganz ansehen (30 Minuten), um einen Eindruck zu bekommen, in welche gefährliche Lage uns die westliche Politik gerade hineinmanövriert.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wimmers Aussagen laufen darauf hinaus, um es weniger freundlich zu sagen als er: dass die Politik des Westens Ihre Zurechnungsfähigkeit verloren hat, um nicht zu sagen: wir werden von Wahnsinnigen regiert ohne jedes Verhältnis zu dem, was man soziale und politische Realität nennen könnte.

Der Wahn zeichnet sich dadurch aus, dass der Wahnsinnige den Kontakt nicht zu irgendeiner Realität verliert, auch nicht zu einer, die ein Allgemeininteresse zu repräsentieren vermag, sondern zu seiner ganz persönlichen Realität verliert, vielleicht schon unumkehrbar verloren hat (gänzlicher Wahn), das heißt: zu dem, was den Wahnsinnigen ernährt und am Leben erhält.

Auf die Politik übertragen heißt das, die Politiker verlieren zunehmend ihre Futtertrögen aus den Augen: sie beißen die Hand, die sie ernährt, sägen am Ast, auf dem sie sitzen.

Ich erwarte von einem halbwegs rational denkenden Politiker schon lange nicht mehr, dass er sich z.B. für meinen Futtertrog interessiert oder den meines Nachbarn.

Ganz schlimm wird es allerdings, wenn er am Ende nicht mehr weiß, wo sein eigener Futtertrog ist. Hitler ist in dieser Hinsicht das berühmteste Beispiel. Nur dass es für einen neuen Krieg keines Hitlers mehr bedarf. Das geht alles auf gut bürokratisch: erst demokratisch legitimiert und dann institutionell (über Polizei, Militär, Total-Überwachung etc.) abgesichert.

BB047 – Lizenz zum Töten – wie Israel seine Feinde liquidiert

Hamburg, 11.08.2014

Gestern, am 08.08., sah ich eine Dokumentation auf 3Sat, die den Titel trug:
„Lizenz zum Töten – Wie Israel seine Feinde liquidiert.“ Sie ist auf Youtube einsehbar
unter dem

Link: <https://www.youtube.com/watch?v=wZ0txXhB-58>

Ich bin einiges gewohnt, aber diese Sendung machte mir richtig Angst; ich konnte die
ganze Nacht kaum schlafen.

Zur Sache: ein Staat, der am Rechtsstaat vorbei Menschen tötet, ist nachweislich kein
Rechtsstaat. Schlimmer, er verhält sich genauso unmoralisch wie eine Mafia-
Organisation. Zumal das Liquidieren, will man der Sendung glauben, ganz offensichtlich
zu einem gewohnheitsmäßigen Geschäftsvorfall geworden ist. Das zeigt auch ein
Kommentar zur Sendung von einem Zuschauer: „Einfach unglaublich wie normal das
hier behandelt wird.“

Diesen Eindruck machte die Sendung in der Tat, als könne man die Morde des
israelischen Staates „normal“ verhandeln. Als würde der israelische Staat einfach nur
„Fehler“ machen, wenn er mutmaßliche Terroristen liquidiert und dabei unbeteiligte
Menschen, einschließlich Frauen und Kinder, gleich mit mordet.

Nein, hier werden keine Fehler gemacht, sondern Verbrechen gegen die Menschlichkeit
begangen – nicht von Juden, sondern vom israelischen Staat, dem man das Recht
absprechen muss, für Juden im Allgemeinen zu sprechen, zumal sich immer mehr
jüdische Bürger aus Angst um „ihre“ Regierung" scharen und die Kritik von israelischen
Bürgern an ihrem Staat eher ängstlich-verhalten als angemessen-deutlich ist, als könne
man mit Killern über ihre Taten tatsächlich normal sprechen.

Auch unsere sogenannten Elite-Journalisten sollten das wissen: Mit Killern über ihre
Taten zu verhandeln, wird nicht funktionieren; hier hat sich eine Entwicklung derart
verselbständigt, dass wir es mittlerweile tatsächlich mit einer Killermentalität auf
israelischer Seite zu tun haben, die sich hinter einer „ruhigen Sprechweise“ israelischer
Sicherheitskräfte versteckt, die in der Sendung ausführlich zu Wort kommen.

Ich denke, die gezielten Morde am Rechtsstaat vorbei sind durch nichts gerechtfertigt,
auch nicht dadurch, dass eine Killermentalität bei den Hamas-Leuten ebenfalls
vorherrscht. Natürlich: das, was die Hamas macht, hat mit Freiheits-Kampf nicht das
geringste zu tun, so wie das Liquidieren von Menschen am Rechtsstaat vorbei mit
Selbstverteidigung oder Notwehr nicht das geringste zu tun hat. Fest steht nur: hier hat
sich etwas seit Jahrzehnten hochgeschaukelt, verselbständigt. Langsam aber sicher, in
letzter Zeit immer schneller, vielleicht unumkehrbar bis in eine finale Katastrophe hinein,
die sich keiner vorstellen mag, aber immer weniger unwahrscheinlich wird.

An eine finale Katastrophe denken hierzulande nur ganz wenige Bürger, v.a. glauben sie
nicht, dass sie Deutschland und Europa erreichen könnte. In diesem Glauben bestärkt uns
unser bräsiger Bundespräsident Gauck, der sich – sinngemäß – glücklich schätzt über
soviel und langen Frieden in Europa. Er unterschlägt verantwortungslos, dass wir uns
mittlerweile daran gewöhnt haben, ohne Rechtsstaat zu leben, an rechtsfreie Räume, in
denen Sicherheitskräfte morden, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden, auch
amerikanische Sicherheitskräfte (vgl. www.film-und-politik.de/BB-016.pdf), von
Deutschland aus logistisch unterstützt, so dass wir uns immer noch "frei und friedlich"
fühlen dürfen. Und warum? Einfach weil wir noch leben, jeden Tag aufs Neue davon
überzeugt sind, dass der nächste Tag genauso sein wird wie der heutige.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

1913/14 konnte sich kein Mensch vorstellen, in die finale Katastrophe des 1. Weltkriegs zu geraten. Noch nicht einmal als der Krieg losging, wachte man auf. Man marschierte mit Begeisterung in die Schützengräben und glaubte sich Weihnachten wieder zuhause.

Übrigens: der Ukraine-Konflikt ist auch nur ein Baustein unter vielen, die noch folgen könnten. Am Ende könnten wir es an zu vielen Stellen mit Flächenbränden zu tun bekommen, die sich nicht mehr kontrollieren lassen. Die Politik hat schon lange die Übersicht verloren, so wie sie zur Zeit den anlaufende Handelskrieg zwischen Ost und West verharmlost; verkennt, dass auch dieser so ein Baustein ist, der Ost und West heillos auseinander dividiert, dazu angetan, eine Kette von unreflektierten Reaktionen/Gegenreaktionen immer weiter anzuheizen. Unterstützt ausgerechnet vom SPIEGEL, dem einstigen Sturmgeschütz der Demokratie. Dazu eine weitere Quelle: Was steckt hinter der Kriegstreiberei des Spiegel?

Scharf-links.de vom 09.08.14

Link: [http://scharf-links.de/44.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=46335&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=f9899aa27d](http://scharf-links.de/44.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=46335&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=f9899aa27d)

Die Regierung Merkel/Gabriel hätte den Anfängen wehren können, wenn sie nur nicht in dieser ätzenden Nibelungentreue die Sanktionspolitik der Amis gegen Russland mitgemacht hätte. Vielleicht ja aus Angst, die Westintegration der Deutschen aufs Spiel zu setzen, wie dies vor wenigen Wochen vom doch ziemlich einfältigen Historiker Heinrich August Winkler im SPIEGEL kolportiert wurde.

Gar nichts hätte man gefährdet, nur die Wahrscheinlichkeit zusätzlicher Flächenbrände signifikant herabgesetzt. So wie Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg Österreich mit seinem Krieg gegen Serbien hätte im Regen stehen lassen müssen, um einen europäischen Flächenbrand zu verhindern, so hätten die Deutschen heute einfach nur die Amis mit ihrer unsäglichen Sanktionspolitik im Regen stehen lassen müssen. So wie Schröder die Amis mit ihrem Irak-Krieg hat im Regen stehen lassen. Zur Strafe wurde Schröder in Washington nicht mehr so richtig vorgelassen. Na und? Die West-Integration Deutschlands war dennoch zu keinem Zeitpunkt gefährdet.

Man muss einfach wissen: die Amis brauchen von Zeit zu Zeit Wind von vorne, damit sie nicht verrückt spielen. So denken sie z.B., sie könnten mit den Russen so umgehen wie mit Iran, Kuba oder irgendeiner kleinen machtlosen Bananenrepublik. Ein gefährlicher Irrglaube, der die Ost-West-Annäherung der 1970er Jahre zurücknimmt - eine Zeit, in der Russland noch viel unfreier, diktatorischer, viel weniger zugänglich war als heute. Heute wollen die Russen einfach nicht auch noch in der Ukraine NATO- oder US-Militärstützpunkte haben, so wie in vielen ehemaligen Ostblockstaaten - angeblich "nur gegen den Iran".

Fakt ist: die Russen haben Sicherheitsinteressen (an ihren Grenzen), nicht zu verwechseln mit imperialen Territorial-Interessen. Sie brauchen nicht mehr Land, um weiterhin Weltmacht zu sein. Die Krim brauchen sie, um ihre Schwarzmeer-Flotte nicht abschreiben zu müssen. Zumal sie aus der Vergangenheit wissen, dass sie sich auf mündliche Zusagen der Amis nicht verlassen können. Ich finde, Russlands Sicherheitsinteressen kann der Westen gut und gern mal anerkennen. Der Druck wäre sofort raus aus dem Konflikt.

BB046 – Auch Elite-Journalisten haben eine Seele

Hamburg, 07.08.2014

Man sollte es nicht für möglich halten, auch Elite-Journalisten haben eine Seele: eine Ehre, die des Schutzes bedarf. Dazu möchte ich einen Text samt Link nahelegen:

Journalisten als politische Lobbyisten?

Telepolis vom 02.08.2014

Journalismusforscher Uwe Krüger zum Rechtsstreit zwischen der Zeit-Redaktion und der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/42/42430/1.html>

Weiter heißt es im Text etwas ausführlicher:

»Zwei ZDF-Kabarettisten ziehen eine Reihe von Außenpolitik-Journalisten durch den Kakao, zeigen Verbindungen zu transatlantischen Lobby-Organisationen auf und enden mit dem Satz:

„Aber dann sind ja alle diese Zeitungen nur so etwas wie die Lokalausgaben der Nato-Pressestelle!“

„Das haben jetzt Sie gesagt. Aber Sie haben es schön gesagt.“

Starker Tobak – zu starker für manchen der Angegriffenen. Während Stefan Kornelius von der Süddeutschen Zeitung, Günter Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger von der FAZ und Kai Diekmann von der Bild-Zeitung stillhielten, rückten Josef Joffe und Jochen Bittner von der eigentlich liberalen Wochenzeitung Die Zeit mit juristischem Geschütz an und ließen die Kabarett-Nummer per Gerichtsbeschluss aus der ZDF-Mediathek entfernen (Journalisten-Kritik muss aus dem Netz).

Da das ZDF Widerspruch eingelegt hat, wird vor dem Landgericht Hamburg am 19. September dazu öffentlich verhandelt. Welche Argumente führen die Zeit-Journalisten ins Feld? Und was ist dazu zu sagen aus der Perspektive des Verfassers jener Journalismus-Studie (Journalismusforschung: ‚Ganz auf Linie mit den Eliten‘), die die Kabarettisten zu der Nummer inspiriert hatte?«

Ich glaube, Text und Zitate bedürfen keiner weiteren Kommentierung.

BB045 – Über Täter und Opfer im Gaza-Konflikt

Hamburg, 05.08.2014

Ich möchte den interessierten LeserInnen einen Text von Paul Craig Roberts zur Kenntnis geben, der sich mit dem in Gaza tobenden Krieg zwischen Hamas und Israel auseinandersetzt. Titel und Link lauten:

Raub und Mord bilden Israels Weg durch Palästina:

Das moralische Scheitern des Westens

Link: http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_07_30_raub.htm

Genau genommen ist es kein Krieg. Dazu sind die Kontrahenten militärisch gesehen nicht gleichwertig genug. Deshalb wirkt das Vorgehen der Israelis auch eher wie ein Abschlachten von Menschen. Das möchte ich unaufgeregt festgestellt wissen. Nicht in dem Sinne, dass die Israelis nun bestraft gehören für das, was sie gerade in Gaza an Verwüstungen anrichten - fast möchte man meinen: wie im Wahn.

In der Tat denke ich, ein solcher Krieg lässt sich nur im Wahn führen. Das erfordert eine etwas andere analytische Herangehensweise an den Konflikt, die das Innenleben beider Kontrahenten, ihre Mentalität, einbezieht. Ich sage bewusst „beider“; denn das Abschießen von Raketen auf Israel zeugt nicht weniger von einem massiven Realitätsverlust, den es allerdings nicht einfach nur festzustellen, sondern überdies im Hinblick auf die zugrunde liegende Mentalität zu analysieren gilt. Was das betrifft, hat der Text von Roberts seine Schwächen.

Sein Titel bringt zum Ausdruck, für wem Roberts Partei ergreift. Für die Palästinenser. Sie werden von ihm zu Recht als Opfer beschrieben, während vieles dafür spricht, dass die israelische Regierung in diesem Konflikt Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht.

Das ist eine Meinungsäußerung, sie mag angemessen sein oder nicht, die wir aber im Interesse einer Analyse von Substanz ohne Wenn und Aber ertragen sollten, nicht allein weil sie von einigen ernst zu nehmenden Israelis geteilt wird, auch nicht deshalb, weil solche Meinungen massiven Druck durch die Welt-Öffentlichkeit ausgesetzt sind. Fest steht für mich wie für die UNO nur, dass die Palästinenser Opfer einer unverhältnismäßigen israelischen Aggression sind.

Doch das ist für mich nicht entscheidend. Ich zähle auch nicht die Toten auf beiden Seiten. Weil man daraus analytisch nichts ableiten kann. Roberts Text erweckt aber genau diesen Eindruck: derjenige, der die meisten Toten erzeugt, ist der Böse, der andere das Opfer, der Gute, der Friedliebende. Genau das dünnt das Analytische in der Argumentation von Roberts Text aus: sein rührselig-solidarischer Ton den Opfern gegenüber.

Gefühle der Trauer sind das eine; Analyse etwas ganz anderes. Im Kontext einer Analyse von Substanz muss das Opfer keineswegs der "bessere Mensch" sein, um Opfer sein zu dürfen. So formuliere ich es auch bitterernst in "Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe":

Es gehe nicht um Schuldzuweisungen, „vielmehr um Analyse, und die lässt die Frage völlig offen, wer denn nun der bessere Mensch sei.“ (S. 23)

So streng muss man es formulieren: Analyse ist unbestechlich, vielleicht sogar kalt, auch den trauernden Opfern gegenüber, oder sie ist nicht von Substanz, nichts wert, bestenfalls rührselig.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Opfer müssen auch nicht harmloser oder friedlicher sein als der Durchschnittsmensch. Im Gegenteil; hieße das doch, sie seelisch noch zusätzlich zu überfordern. Harmlos stellen sie sich allerdings dem Augenschein nach vor allem deshalb dar, weil sie machtlos sind. Umso mehr ist das Vorgehen der weitaus weniger machtlos agierenden israelischen Regierung moralisch verwerflich. Zumal Israel als haushoch überlegende Macht eine besondere Verantwortung zukommt, genau diesen Konflikt friedlich beizulegen. Davon ist, und hier hat Roberts Recht, seit mehr als 50 Jahren nichts zu spüren.

Für die nicht weniger hoffnungslos archaisch geprägte Mentalität der Israelis spricht zudem ihre Brutalität: Selbst Freunden gegenüber schrecken sie nicht vor todbringenden kriegerischen Akten zurück, wie der folgende Link vermuten lässt.

[http://de.wikipedia.org/wiki/US_Liberty_\(AGTR-5\)](http://de.wikipedia.org/wiki/US_Liberty_(AGTR-5))

Der Gewaltakt gegen die USA wirft ein Licht auf die Mentalität israelischer Regierungen sowie die ihrer westlichen Verbündeten, allen voran die USA. Um diese Mentalität freizulegen, bedarf es eines analytischen Zugangs zum Innenleben der Verantwortlichen, die für sich in Anspruch nehmen, politisch für die Allgemeinheit zu handeln. Es ist zu fragen: was bedeutet es, Menschen gegen alle Rechtsstaatsprinzipien zu töten, im Falle der USA zu liquidieren mit Hilfe von Kampfdrohnen.

Philosophisch präziser stellt sich die weitergehende Frage: was bedeutet es, wenn Menschen geradezu zwanglos-naiv (um es noch freundlich zu sagen) gegen ihre eigenen Lebens-Prinzipien fühlen, denken und handeln. Es wird immer mehr, je länger diese Heuchelei währt, auf einen „krankhaften“ und „krankmachenden“ Realitätsverlust hinaus laufen, der sich immer weniger mit der harmlosen Vokabel „Gedankenlosigkeit“ abtun lässt.

Das Ergebnis einer Analyse von Substanz wäre, dass wir es in der Tat mit einer massiven Einschränkung von Realitätswahrnehmung zu tun haben, die in gewisser Weise auch auf die Opfer sowie auf die zutrifft, die im Opfer den prinzipiell besseren Menschen erkennen. Das heißt nicht, dass wir es in allen Fällen mit derselben Ausprägung (Symptomen) von Realitätsverlust zu tun haben; mit einem Realitätsverlust allemal.

Ich denke in diesem Zusammenhang, dass die Palästinenser in diesem Konflikt viel hilfloser und verzweifelter als die Israelis agieren, zumal sie nur sehr begrenzt wirkungsvolle Raketen auf Israel abfeuern, um einen Krieg zu führen, den sie nur verlieren können. Sie gebärden sich wie ein Selbstmordattentäter, ein kleiner kläffender Dackel, der es mit einem muskulösen Boxer glauben zu müssen. Das ist nicht verantwortungslos, sondern "krank". Und uns, die wir den Konflikt "noch" aus der Beobachterperspektive betrachten können, kommt in diesem Zusammenhang die Aufgabe zu, Opfern wie Tätern zu sagen, dass sie und warum sie „krank“ sind.

Tatsächlich sind die Israelis nicht weniger, wenn auch nicht in der gleichen Weise „psychisch krank“, traumatisiert, wenn man so will: behandlungsbedürftig, nur eben nicht so sehr dem Augenschein nach, weil sie, noch dazu als haushoch Überlegende, die geballte Kraft der Medien auf ihrer Seite haben, die alles, was Israel tut, in einem weitgehend normalen Licht erscheinen lässt, als würde sich Israel nur wehren. Hinzu kommt, dass die Öffentlichkeit jede Kritik an Israel mit einem Makel von Antisemitismus verbindet. Natürlich haben sie Recht, antisemitische Äußerungen zu benennen. Das schließt aber nicht ein, die Debatte mit dem Hinweis auf antisemitische Äußerungen zu verweigern, können Argumente, die antisemitisch gefärbt sind, doch darüber hinaus stichhaltig sein. Das nicht ermessen zu können, zeichnet u.a. einen traumatisierten Gesprächspartner aus.

BB044 – Über die wachsende Infantilisierung der Politik

Hamburg, 25.07.2014

Viel ist geschrieben und geredet worden zum Abschuss eines Passagierflugzeugs über der Ost-Ukraine. Und jeder versucht dieses Ereignis für politische und ökonomische Zwecke zu instrumentalisieren, noch bevor feststeht, wer was getan hat. Klar ist nur, dass bislang gar nichts klar ist. Dennoch - für ein paar Fakten sei der folgende Text empfohlen:

Absturz in der Ukraine: Chaotische Zustände am Wrack von Flug MH17,

shz.de vom 20. Juli 2014

<http://www.shz.de/nachrichten/deutschland-welt/chaotische-zustaende-am-wrack-von-flug-mh17-id7183361.html>

Dennoch kann man aus dem tragischen Abschuss, bzw. daraus, wie dieser in der Öffentlichkeit diskutiert wird, einiges sehen, wenn man überhaupt von "Diskussion" sprechen kann. Ich denke, vornehmlich dies:

Die Infantilisierung der Politik nach innen wie außen nimmt erschreckende Ausmaße an; sie ist ersichtlich aus unreflektierten Schuldzuweisungen aus dem Affekt heraus; und sie zeigt sich darin, dass fast alle Politiker nicht darüber nachdenken, dass dadurch die Qualität internationaler politischer Beziehungen von (quasi-zufälligen) Ereignissen abhängig wird, zufällig in dem Sinne, dass die Politik auf jene Ereignisse keinen unmittelbaren Einfluss nehmen kann, und zwar vornehmlich auf terroristische Akte, die allerdings in den letzten 20 Jahren zugenommen haben, weil die Politik es ablehnt, sozial-ökonomische Probleme einer sozialverträglichen Lösung zuzuführen.

Es ist ziemlich absurd, dass vornehmlich die USA nicht darunter leiden, bzw. es nicht problematisieren, dass sie tagtäglich vom Terrorismus genötigt werden, soziale und ökonomische Strukturen zu militarisieren; schlimmer, mit ihrem Denken und Handeln nach dem Gut-Böse-Schema befördern sie bewusst eine wachsende Militarisierung.

Nun, das macht ihre Welt übersichtlich. Hier der Gute (gehört belohnt), dort der Böse (gehört bestraft). In diesem Schema fühlen sie sich in ihrem Element. Und zwar alle wie sie da sind, die einen offen aggressiv, die anderen verbergen ihre Aggressionen hinter einer rührselig-pathetischen (Geistes-) Haltung. Beides zeugt von einem infantil-regressiven Gemüt, das sich auch noch "vernünftig" wähnt.

Was sind aber nun die untrüglichen Anzeichen einer Infantilisierung, angefeuert von einer gleichgeschalteten öffentlichen Meinung? Sie zeigt sich in Vernichtungsfantasien, die den politischen Diskurs heillos vergiften. Mittlerweile unumkehrbar, zumal es dagegen keine wirksame Opposition gibt; z.B. gegen Bemerkungen von US-Senator John McCain.

Er „sagte zum Absturz der MH17: <Sollte sich herausstellen, dass Russland oder die Separatisten hinter dieser Katastrophe stecken, dann blüht ihnen die Hölle auf Erden. Dann hat das schreckliche Konsequenzen.>“ (siehe Text).

Solche Aussagen sind gemeingefährlich. Sie haben in der öffentlichen politischen Debatte nichts zu suchen.

Weniger dramatisch, aber nicht weniger gefährlich infantil-regressiv hört sich Obama an, wenn er rührselig-pathetisch den Vorfall „als <Weckruf> für Europa und die Welt.“ bezeichnet. Unerträglich. Mit seiner zu Rührseligkeiten neigenden Geisteshaltung, der es ausschließlich um die Produktion von Gefühlen zu tun ist, verhüllt er seine Vernichtungsfantasien bei Bürgern, die sich von solchen Sprüchen emotionalisieren lassen.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Dass Obama Vernichtungsfantasien nicht nur hat, sondern sogar auslebt, beweist er, dass er am Rechtsstaat vorbei mutmaßliche Terroristen mit Hilfe von Kampf-Drohnen liquidieren lässt.

Angesichts einer solchen mörderischen Geisteshaltung kann es nicht beruhigen, wenn "Die Linke" meint, dass die Spirale der Eskalation durchbrochen werden müsse (vgl. <http://www.film-und-politik.de/BB-042.pdf>).

Lächerlich; ich befürchte, ohne klare Sprache, die das Innenleben von Politikern, ihre Geisteshaltung, kritisch einbezieht, werden wir eine Katastrophe nach der anderen erleben in immer kürzeren Abständen; – bis hin zur finalen Vernichtung aller Menschen? Man kann es leider nicht ausschließen, dass unsere Politiker dazu fähig sind, bzw. zu dumm, um zu merken, dass wir immer mehr dahin kommen, und dass sie daran nicht unbeteiligt sind.

Man muss in der Tat befürchten, dass die Welt nicht mehr zu retten ist. Und zwar weil cholerisch- wie rührselig-infantile Gemüter sich nicht zu kontrollieren vermögen. Dafür lieben sie ihre Gefühle zu sehr, zumal diese lediglich auf ihre Fähigkeit, Gefühle zu produzieren, verweisen; Gefühl als Selbstzweck, so in der Art: ich fühle, also bin ich.

So sind fast alle Politiker: sie instrumentalisieren Gefühle. Die das tun, etwa Typen wie McCain oder Obama, sind nicht (mehr) erreichbar. Und (politisches) Denken - in der Art: ich denke, also bin ich (Descartes) - ist nicht gerade ihre Stärke. Ganz schlimm sind europäischer Politiker: Die plappern nur nach, was der Ami sagt - es kann gar nicht dumm genug sein.

Beweis: Deutsche Politiker wissen nicht, was sie im Bundestag beschließen: Stichwort „abschlagsfreie Rente mit 63“: einer Umfrage von „Panorama“ zufolge wissen die meisten Abgeordneten nicht, dass es die „abschlagsfreie Rente mit 63“ nur für die Jahrgänge 1951/1952 gibt.

Und dann schaue man sich nur den bräsigen Steinmeier an: Dem kann man, während er geht, seine Schuhe besohlen. Wenn er nicht doch mal, wider Erwarten, völlig orientierungslos ausflippt.

BB043 – Iran-Air-Flug 655: Die Amis haben Erfahrungen im Abschießen von Verkehrsflugzeugen

Hamburg, 20.07.2014

Im Abschießen von Verkehrsflugzeugen haben die USA einschlägige Erfahrungen; dazu möchte ich interessierten LeserInnen den folgenden Text zur Kenntnis geben. Der Link dazu lautet:

http://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Air-Flug_655

Dem Text möchte ich folgendes hinzufügen:

Die Flugabwehr-Raketentechnologie ist derart, dass man Verkehrsflugzeuge nur bewusst-vorsätzlich abschießen kann, indem man die Sicherheitsvorkehrungen im System ausschaltet. Das geht nicht aus Versehen.

Mit dem Text möchte ich nicht Schuldzuweisungen für den Abschuss des Verkehrsflugzeugs über der Ukraine verbinden, aber sagen, dass man Schuldzuweisungen nicht vorschnell treffen sollte. Es könnten auch irgendein rachedurstiger ukrainischer Politiker oder General für den Abschuss des Verkehrsflugzeuges verantwortlich sein, um den Druck gegen die pro-russischen Separatisten durch die Amis zu erhöhen.

Wie dem auch sei: ich interpretiere den ukrainischen Konflikt unabhängig davon, wer für den Abschuss verantwortlich ist, will sagen: Der Abschuss rechtfertigt unter keinen Umständen ein militärisches Eingreifen, bzw. ein Nachlassen diplomatischer Bemühungen mit dem Ziel einer friedlichen Beilegung des Konflikts.

Er rechtfertigt ferner keinesfalls Sanktionen gegen Russland. Wenn dem so wäre, würde man terroristische Akte geradezu ermutigen, um militärisches Eingreifen der einer oder anderen Seite gegen angebliche Feinde anzuheizen. Das können unsere Öffentlichkeitsarbeiter in Deutschland eigentlich nicht wollen. Oder doch? Wenn nicht – dumm genug sind sie mittlerweile, um sich im Sinne einer Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen instrumentalisieren zu lassen.

BB042 – „Die Linke“: Kniefall vor der deutschen Israel-Lobby

Hamburg, 16.07.2014

Ich möchte für die interessierten LeserInnen einen kurzen Text zum Nahost-Konflikt: zwischen Israel und Palästinenser, zur Kenntnis geben. Der Link zum Text lautet: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/200580.kniefall-vor-der-deutschen-israel-lobby.html?action=print>

Er bestätigt einmal mehr den in der Partei „Die Linke“ vorherrschenden Opportunismus. Die Institutionalisierung der Politik, ihre Parlamentarisierung, lässt Politik zum Geschäft verkommen - mit einer entsprechenden verkommenen Geisteshaltung ihrer linken Repräsentanten.

Das zeichnete sich, jedenfalls für mich, schon vor 8 Jahren ab, noch bevor sich „Die Linke“ gründete, aus der Fusion von PDS und WASG hervorgehend; ich sagte mir damals: irgendwann werden sie genauso asozial sein wie die Grünen heute. Heute sind sie es.

Ich glaube, gegen asozialen Opportunismus helfen nur Bemühungen um sozial-ökonomische Theorie. Die gab es unter Linken noch nie, oder nur solche ohne Substanz.

Mangelnde Substanz setzt sich naturgemäß durch, wenn theoretische Bemühungen ausgebremst oder ausgegrenzt werden – in der Regel, weil sie das politische Geschäft stören. Für solche Thesen war Norman Peach damals, bevor er Hamburger Bundestagsabgeordneter für „Die Linke“ wurde, nicht besonders aufgeschlossen. Das jedenfalls war mein Eindruck.

Und doch wollte er bislang nie aus dem Verteiler raus. Ich finde, das verdient Respekt. Antwort von Axel Troost:

Lieber Franz Witsch,
als Mitglied des Verteilers möchte ich doch zumindest darauf hinweisen, dass es auch aktuelle Positionen von Partei- und Fraktionsführung der LINKEN zur Spirale der Eskalation gibt.

Mit freundlichen Grüßen, Axel Troost, 11. Juli 2014

Spirale der Eskalation muss durchbrochen werden

Die Vorsitzenden von Partei und Fraktion der LINKEN, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Gregor Gysi, fordern angesichts der neuen Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts entschlossene deeskalierende Schritte der internationalen Gemeinschaft. Sie erklären:

Der Nahe Osten steht an der Schwelle eines neuen Krieges zwischen Israel und den Palästinensern. Die Hardliner auf beiden Seiten drehen unbeirrt an der Spirale der Eskalation. Die Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen richten sich gegen die israelische Bevölkerung, auf zivile Ziele. Israel reagiert völlig unverhältnismäßig mit massiven Bombenangriffen, die stündlich Zivilisten töten und im dicht besiedelten Gaza-Streifen einen humanitären Notstand herauf beschwören. Die israelische Drohung mit einer Boden-Offensive nimmt eine nochmalige Zuspitzung des Konflikts und eine massive Erhöhung der Opferzahlen in Kauf. Die Raketen auf Israel aus dem Libanon sind ein weiterer Eskalationsschritt. Beide Seiten untergraben gezielt alle Bemühungen, der palästinensischen und israelischen Bevölkerung den Weg in eine friedliche und stabile Zukunft zu ebnen. Im Unwillen zum Frieden sind sich Hamas-Führung und Netanjahus Regierungskoalition einig. Die großen Verlierer einer Eskalation sind die betroffenen Völker.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Die internationale Gemeinschaft ist gut beraten, beide Seiten nicht durch einseitige Schuldzuweisungen falsch zu ermutigen. Wenn die internationale Gemeinschaft oder wichtige Staaten auf Kritik an einer Seite bewusst verzichten, dann ist das nichts anderes als eine Ermutigung zur Friedensverweigerung. In diesem Konflikt führt niemand einen gerechten Krieg. Wir dürfen uns weder mit den völkerrechtswidrigen Operationen der israelischen Armee gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen noch mit der Gewalt gegen die israelische Bevölkerung abfinden. Die israelische Besatzungspolitik und der Ausbau der Siedlungen müssen enden. Die Schuldigen für die Ermordung der drei israelischen Jugendlichen und den Rachemord an einem palästinensischen Jugendlichen müssen gefunden und vor Gericht gebracht werden. Die Friedensformel für die Region ist ein demokratischer, israelischer Staat, der in Frieden und Sicherheit mit einem lebensfähigen, unabhängigen palästinensischen Staat lebt.

Der Weg zu diesem Ziel wird lang. Der erste Schritt ist eine sofortige Waffenruhe zwischen Israel und den Palästinensern. Dies wird nicht ohne massiven internationalen diplomatischen Druck auf beide Seiten möglich sein. Die internationale Staatengemeinschaft sollte jetzt umgehend den Palästinenserinnen und Palästinensern zubilligen, ihren eigenen Staat als Mitglied der Vereinten Nationen zu organisieren. Dieser Schritt kann aus dem Kreislauf der Gewalt herausführen. Die internationale Gemeinschaft muss Verantwortung für den Friedensprozess übernehmen und die beiden Staaten dabei begleiten, einen sicheren und souveränen Frieden miteinander zu finden.

<http://www.die->

[linke.de/nc/presse/presseerklaerungen/detail/zurueck/aktuell/artikel/spirale-der-eskalation-muss-durchbrochen-werden/](http://www.die-linke.de/nc/presse/presseerklaerungen/detail/zurueck/aktuell/artikel/spirale-der-eskalation-muss-durchbrochen-werden/)

Dr. Axel Troost

stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE

und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Landesgruppensprecher der sächsischen Bundestagsabgeordneten der Linken

Mitglied im Vorstand des ISM - Institut Solidarische Moderne

Tel. mobil 0172/3910095

Tel. Berlin 030/22771286

Fax. 030/22776286

mail: axel.troost@t-online.de

internet: www.axeltroost.de

Aktuelle eigene Texte und Publikationen

<http://www.axel-troost.de/topic/3.themen.html?tag=Neuere%20eigene%20Texte>

Axel Troost: Die Kolumne

<http://www.die-linke.de/nc/politik/themen/eurokrisemillionaersteuerjetzt/axeltroostdiekolumne/>

BB041 – Hans-Ulrich Wehler über alles

Hamburg, 08.07.2014

Hans-Ulrich Wehler ist gestorben. Mal wieder eine Gelegenheit, aus dem Elfenbeinturm herauszukriechen, um Nachrufe in die Welt zu posaunen, die sich im Huldigungswahn gegenseitig überbieten und die natürlich auch ein gewichtiges Licht auf den werfen, der da posaunt. Schon das trübt m.E. den Blick für sozial-ökonomische Realitäten. Dazu ein paar Texte und ihre Links:

(1) Aus den Feuilletons: Der Historiker der Bundesrepublik. Zeitungen würdigen Hans-Ulrich Wehler, Deutschlandradio Kultur vom 07.07.2014

http://www.deutschlandradiokultur.de/aus-den-feuilletons-der-historiker-der-bundesrepublik.1059.de.html?dram:article_id=291182

(2) Geschichtswissenschaft: Er war ein großer Kämpfer: Jürgen Kocka über den Ausnahme-Historiker Hans-Ulrich Wehler, Interview vom 07.07.2014

http://www.deutschlandradiokultur.de/geschichtswissenschaft-er-war-ein-grosser-kaempfer.1008.de.html?dram:article_id=291092

(3) Soziologe: Wie Max Weber die Agenda 2010 sehen würde. Hans-Ulrich Wehler über den Begründer der modernen Soziologie, Deutschlandradio Kultur vom 21.04.2014

http://www.deutschlandradiokultur.de/soziologe-wie-max-weber-die-agenda-2010-sehen-wuerde.954.de.html?dram:article_id=283277

(4) Zum Tod Hans-Ulrich Wehlers: Stets kämpfend.

Faz.de vom 06.07.2014

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/zum-tod-hans-ulrich-wehlers-stets-kaempfend-13031408.html>

(5) in Ergänzung zu (2): Historiker Jürgen Kocka: „Der Kapitalismus ist unberechenbar“
Faz.de vom 07.09.2013

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/historiker-juergen-kocka-der-kapitalismus-ist-unberechenbar-12564262.html>

Den Huldigungswahn führt einmal mehr, wer sollte es sonst sein, Habermas an. Das spricht Bände im Hinblick darauf, wessen Geistes Kind er ist: wie Wehler traumatisch geprägt von der NS-Zeit, die den Blick für aktuelle Realitäten trübt.

Die Weltfremdheit kommt bei Wehler u.a. darin zum Ausdruck, wie er die Agenda 2010 kommentiert: indifferent weltfremd – ohne jeden realen Bezug zum Alltag einfacher Bürger. In Text (3) kommentiert er Hartz-IV u.a. wie folgt:

„Auf die Frage, ob Max Weber heutzutage die SPD unterstützen würde, antwortet Wehler: ‚Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Weber die Agenda 2010 – das ist in meinen Augen die größte sozialpolitische Leistung in Deutschland in den letzten 100 Jahren -, dass er so ein großartiges Werk unterstützt hätte, dass er aber am nächsten Tag, wenn er kritisch gefragt worden wäre – da das ja schließlich auch nur Menschenwerk ist und kein ideales Gesetz -, dass er über Hartz IV scharfe Kritik geäußert hätte und eine Veränderung gefordert hätte. Ob er sich mit der derzeitigen SPD-Führung wirklich angefreundet hätte, das will ich mal ganz offen lassen.“

Nun: Für Wehler scheint Phantasie ganz offensichtlich alles zu sein – die Realität dagegen nichts: die hat sich vor der Phantasie zu verbeugen. So auch davor, was Max Weber für uns heute angeblich noch ist.

Zudem scheint mir Wehler selbst alles andere als zeitkritisch. Einfach nur jammern über wachsende soziale Ungleichheit reicht einfach nicht. Die Agenda 2010 war in sich stimmig einfach nur vor dem Hintergrund, dass man, wie Wehler, zum Kapitalismus keine Alternative sah und heute nicht sieht, die Politik den Kapitalismus jedenfalls um keinen Preis abschaffen will. Nur deshalb ist die Agenda 2010 richtig; nicht zuletzt im Hinblick darauf, Verelendung nicht chaotisch, sondern in geordneten Bahnen, gesetzeskonform, zu exekutieren, um das Gewissen der Besitzenden, auch das eines Wehler, zu beruhigen.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Was seine kritische Interpretation hinsichtlich der Ursachen des Ersten Weltkriegs betrifft, ist es auch nicht weit her. Auf den Punkt gebracht: die Deutschen hätten den ersten Weltkrieg verhindern können. Dafür hätten sie Österreich-Ungarn nur im Regen stehen lassen müssen. Das Problem wäre vermutlich erst mal entschärft. Vermutlich nur für kurze Zeit. Denn für friedliche Lösungen war die damalige Geisteshaltung der Eliten aus Kultur und Politik, auch die eines Thomas Mann oder Max Weber, allerdings nicht ausgerichtet, waren die doch ausgewiesene Wilhelministen.

Mit der Kritik an „deutscher Großmäuligkeit“ (Wehler) vor dem Ersten Weltkrieg verhält es sich ein wenig anders: Die Deutschen waren, wohl wahr, großmäulig, dazu dämlich im Ton, während andere Nationen zur gleichen Zeit nicht weniger nationalistisch motivierte Taten sprechen ließen:

Man denke nur an den englischen Imperialismus oder den Völkermord an den Indianern in den USA, vom Völkermord des belgischen Königs (Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha) im Kongo gar nicht zu reden. (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kongogr%C3%A4uel>)

Das passierte zu Max Webers Zeit, der heute noch verehrt wird wie ein Gott, vollkommen an der sozial-ökonomischen Realität vorbei, zu der er angeblich ein feines analytisches Verhältnis gehabt haben soll. Die war vom Rassismus durch und durch geprägt; von Mord und Totschlag; da fühlte sich Deutschland zurückgesetzt – im Wettlauf um möglichst viel kolonialen Profit, im Grunde darum, wer am meisten Menschen totschießt: Das Leben eines ausländischen oder farbiger Mensch spielte keine Rolle. So wie heute für den Ami, wenn überhaupt: nur der Ami eine Rolle spielt.

BB040 – NSA: Wer anonymisieren will, ist Extremist

Hamburg, 03.07.2014

Heute, am 3.7., um 21:45 Uhr, sendet „Panorama“ einen Bericht, der einmal mehr die kriminelle Energie der US-Regierung dokumentiert. Text und Link zur Sendung lauten:

Deutsche im Visier des US-Geheimdienstes:

Von der NSA als Extremist gebrandmarkt

<http://www.tagesschau.de/inland/nsa-xkeyscore-100.html>

Ein kurzer Ausschnitt aus dem Text wirft ein Licht darauf, worum es geht:

„Ironischerweise sind es nach den speziellen Regeln, die NDR und WDR vorliegen, also ausgerechnet Personen mit dem Wunsch nach Anonymisierung, die zum Ziel der NSA werden. In den Augen des Geheimdienstes: Extremisten. Das ist keine Rhetorik, keine journalistische Zuspitzung. Der Begriff befindet sich sogar in der Kommentarspalte des Quelltexts, notiert von Programmierern der NSA.

Extremisten? Das Gegenteil ist der Fall, wie die Recherchen zeigen. Die deutschen Opfer sind politisch keinesfalls am äußeren Rand zu finden. Extrem sind sie allein in einem Punkt: Sie sind besorgt um die Sicherheit ihrer Daten. Und genau das macht sie in den Augen des US-Geheimdienstes verdächtig.“

Wer die Amis nicht für wahnsinnig hält und es nicht ausspricht, ist verantwortungslos.

Menschen im Wahn leiden unter Realitätsverlust: die Verbindung ihres Innenlebens zur (äußeren) Welt ist gestört; dadurch wissen sie immer weniger angemessen auf das, was in der Welt passiert, zu reagieren. Ein Prozess, der wahrscheinlich schon unumkehrbar eingelassen in die Politik. Hannah Arendt („Das Böse ist banal“) sprach in einem vergleichbaren Zusammenhang von „Weltlosigkeit“.

Die Politik in Europa spielt längst und spielte vermutlich schon immer mit; heute spielt sie den toten Käfer und wähnt sich dabei verantwortungsvoll; dabei lenkt sie nur ab, beschwichtigt, was das Zeug hält; zur Zeit führt sie eine Gespenster-Debatte, die auf eine wachsende Militarisierung sozial-ökonomischer Strukturen zielt, unter anderem die Beschaffung von Kampf-Drohnen zum Ziel hat. Damit werden wir nun die folgenden Monate vollgedröhnt.

Man sollte sich nicht vertun: es gibt schon jetzt über ferngesteuerte Kampf-Drohnen massenhaft Hinrichtungen am Rechtsstaat vorbei – von Obama ausdrücklich genehmigt; die NSA filtert dafür, unterstützt von BND und anderen Geheimdiensten, menschliche Ziele aus der Bevölkerung heraus - nach Kriterien, die aus Sicherheitsgründen nicht offengelegt werden dürfen. Noch Fragen? Wozu, wenn Antworten feststehen?

BB039 – Eine Neue Welt – frei von der Arroganz Washingtons?

Hamburg, 29.06.2014

Schön wär's; das dem nicht so ist, illustriert einmal mehr ein Text von Paul Craig Roberts, einem ehemaligen Regierungsmitglied unter US-Präsident Ronald Reagan (ab 1981); Roberts ist in seiner USA-Kritik von erfrischender Direktheit.

Titel und Link zum Text lauten:

Eine neue Rezession und eine Neue Welt frei von der Arroganz Washingtons?

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/eine-neue-rezession-und-eine-neue-welt-frei-von-der-arroganz-washingtons>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_06_26_eineneue.htm

An dieser Stelle seien ein paar Absätze aus dem Text zitiert, die einen Eindruck zu Stil und Sprache von Roberts geben - ganz nach meinem Geschmack. Nicht nach meinem Geschmack ist, dass Roberts systemkonform argumentiert; trotzdem mag ich ihn; die Absätze lauten wie folgt:

»Die Belastungen, die die Washingtoner Schwachköpfe der NATO auferlegen, könnten die Organisation auseinanderbrechen lassen. Hoffentlich tun sie das. Der Vorwand für die Existenz der NATO verschwand mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor 23 Jahren. Dessen ungeachtet hat Washington die NATO weit über die Grenzen der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation hinaus ausgeweitet. Die NATO erstreckt sich jetzt von den Baltischen Staaten bis nach Zentralasien. Um einen Grund für den anhaltenden teuren Betrieb der NATO zu haben, musste Washington aus Russland einen Feind machen.

Russland hat keine Absicht, Feind Washingtons oder der NATO zu sein und hat das völlig klar gemacht. Aber Washingtons Militär/Sicherheitskomplex, der jährlich rund eine Billion Dollar der hart ausgepressten Steuerzahler der Vereinigten Staaten von Amerika aufsaugt, benötigt einen Vorwand, um die Profite weiterhin fließen zu lassen. Leider suchten die Dummköpfe in Washington einen gefährlichen Feind aus. Russland ist eine atomar bewaffnete Macht, ein Land von riesigem Ausmaß und mit einer strategischen Allianz mit China. Nur eine Regierung, die in Arroganz und Überheblichkeit versinkt oder eine Regierung, die von Psychopathen und Soziopathen gelenkt wird, würde sich einen solchen Feind aussuchen.

Russlands Präsident Vladimir Putin hat gegenüber Europa erklärt, dass Washingtons Politik im Mittleren Osten und Libyen nicht nur völliges Versagen darstellt, sondern sich auf Europa und Russland in verheerender Weise nachteilig auswirkt. Die Narren in Washington haben die Regierungen entfernt, die die Jihadisten unterdrückt haben. Jetzt sind die gewalttätigen Jihadisten losgelassen. Im Mittleren Osten sind die Jihadisten dabei, die künstlichen Grenzen, die von den Briten und Franzosen nach dem Ersten Weltkrieg gezogen wurden, neu zu ziehen.

Europa, Russland und China haben Moslem-Populationen und müssen sich nun sorgen, dass die Gewalt, die Washington entfesselt hat, jetzt Destabilisierung in Regionen wie Europa, Russland und China bringen wird.«

Ich denke, Putin handelt weltpolitisch verantwortungsvoller, vor allem aber informierter als Obama, der sich, seit er Präsident ist, sehr schnell als (rührseliger) Dummkopf entpuppt hat. Dann doch lieber Putin, auch wenn er weiß Gott alles andere ist als ein lupenreiner Demokrat (Schröder).

Aber Demokratie gibt es selbst bei uns in Deutschland nicht. Wer das glaubt, ist bestenfalls naiv! Wer dazu neigt, dem vorschnell zu widersprechen, sollte sich den 90-minütigen Dokumentarfilm "Verschwörung gegen die Freiheit" zu Gemüte führen, der am 25/26.06.2014 auf Phönix lief. Der Film zeigt: wer der US-Regierung widerspricht, dessen Leben wird in seine Einzelteile zerlegt - gnadenlos. Auch sehr direkt, wenn auch nicht „erfrischend“.

BB038 – Gefährdet TTIP die Demokratie?

Hamburg, 17.06.2014

Ich möchte den interessierten LeserInnen ein paar Texte (Links) zur Kenntnis geben, die über das TTIP informieren. Im Zusammenhang damit ist das Gespräch interessant, das Ken Jebsen mit: Dr. Werner Rügemer geführt hat. Überschriften und Links der Texte und dem Interview lauten:

(1) Protestinstrument gegen Sonderrechte für Konzerne und die Abkommen TTIP und CETA, KN vom 05-06.2014

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/protestinstrument-gegen-sonderrechte-fuer-konzerne-und-die-abkommen-ttip-und-ceta>

(2) Neue Onlineaktion: Deine Antwort auf TTIP. Unsere Meinung ist nicht gefragt – Wir sagen sie trotzdem!

Link: <http://www.umweltinstitut.org/mitmach-aktionen/deine-antwort-auf-ttip.html>

(3) KenFM (Ken Jebsen) im Gespräch mit: Dr. Werner Rügemer (vom 13. Juni 2014)

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=j26VAXldiTw#t=1701>

Weitere Infos über Ken Jebsen: <http://de.wikipedia.org/wiki/KenFM>

Ich weiß zu schätzen, dass engagierte Bürger gegen wachsende Gewalt innerhalb unserer Gesellschaft protestieren. Allein ihr Engagement suggeriert im Umkehrschluss regelmäßig, dass wir in einer Demokratie leben, wenn es nur die Auswüchse (Lobbyismus) nicht gebe. Doch was heißt das? Etwa dass wir in der besten aller möglichen Welten leben würden?, wenn es nur jene Auswüchse nicht gebe? Die man deshalb anprangern müsse?

Ich würde dem gegenüber sagen. Anprangern ist wichtig, reicht aber offensichtlich nicht. Das politische Engagement interessiert sich bislang leider nur für die Beschreibung menschenverachtender Symptome. Von einer Diagnose, das heißt von substanzieller Ursachenforschung, die erst eine sozial-ökonomische Theorie hervorbringen würde, kann keine Rede sein. Es mag einem noch so schlecht gehen – eines möchte man sich nicht vermiesen lassen; dass wir eigentlich in der besten aller möglichen Welten leben würden, wenn man den mächtigen bösen Lobbyisten endlich das Handwerk legen würde und es andere Auswüchse mehr nicht gebe.

Damit möchte ich z.B. den menschenverachtenden Lobbyismus keineswegs klein reden. Das TTIP ist ein gemeingefährliches Abkommen – aber eben nur Symptom. Im Grunde wird nur gejammert; an einer Stelle des Gesprächs mit Dr. Rügemer z.B. darüber, dass früher alles besser gewesen sei: die Leitmedien mehr über Auswüchse berichtet hätten, so dass Bücher, die sich mit jenen Auswüchsen beschäftigt hätten, viel mehr gekauft worden seien.

War früher tatsächlich alles besser?, weil Menschen, zugegeben, tatsächlich mehr gelesen haben? Und wenn ja, wieso hat es nichts gebracht? Das heißt, wieso ist es mit unserer Gesellschaft heute schlechter bestellt als je zuvor? Ist da vielleicht Verschwörung am Werk?

Dummes Zeug. Auch das, was Dr. Rügemer über den Kapitalismus (Stichwort: Abraham Lincoln) sagt. Ich würde eher sagen: auch früher wurden einfach nur Symptome beschrieben, um nicht zu sagen: gejammert, während man sich immer schon viel zu wenig um eine Theorie gesellschaftlicher Verhältnisse, die ihren Namen verdient, gekümmert hat.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Heute reagiert man allerdings uninformativer, v.a. aber aggressiver auf theoretische Bemühungen. Ich merke das nicht zuletzt an besinnungslosen aggressiven Reaktionen (insbesondere von Linken) auf Bücher und Texte von mir. O-Ton einer besinnungslosen Reaktion: *wer soll das alles lesen, alles viel zu kompliziert* (sagen Stimmen selbst aus dem www.kritischen-Netzwerk.de).

Früher war man toleranter, interessierter, unbekümmerter und eben zugänglicher auch für kompliziertere Fragen, z.B. für Bücher von Habermas, Adorno, etc., unabhängig davon, was man heute von ihnen zu halten hat. Früher, als ich Student war, hat es um die Universität Hamburg herum unzählige Bücherläden gegeben; heute existiert faktisch nur noch die öde Heinrich-Heine-Buchhandlung. Die Folge: Verblödung und Anpassung – schichtübergreifend.

BB037 – EU-Politiker haben die Hosen (noch) gestrichen voll

Hamburg, 14.06.2014

Es ist schon ein Kreuz: die Politiker der EU, allen voran Merkel und Steinmeier, haben die Hosen den USA gegenüber gestrichen voll. Sie wagen es kaum, eigene, vor allem wirtschaftliche Interessen der EU, ins Spiel zu bringen, solche, die in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen auf eine noch engere politische Kooperation mit Russland setzen.

Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, dass im Hinblick auf den Ukraine-Konflikt die meisten Leser-Briefe den Texten der Online-Leitmedien zum Teil massiv widersprechen. Diesen Trend versuchen die Leitmedien mittlerweile verschwörungstheoretisch zu erklären, um sich selbst nicht selbstkritisch hinterfragen zu müssen (siehe Text 3).

Nunmehr könnte sich eine Entspannung zwischen Leitmedien und ihren Lesern anbahnen, tut sich zumindest in den Online-Leitmedien doch etwas, das außenpolitisch in eine etwas andere Richtung zeigt. Dazu möchte ich den interessierten LeserInnen drei Texte zur Kenntnis geben. Titel und Links lauten wie folgt:

(1) Eine neue Grand Strategy,
german-foreign-policy vom 13.06.2014

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58889>

(2) Außenpolitik: Europa muss seine Beziehungen zu den USA neu justieren,
Zeit Online vom 06.06.2014

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-06/europaeische-interessenpolitik>

(3) Propaganda aus Russland: Putins Trolle,
SZ vom 13.06.2014

<http://www.sueddeutsche.de/politik/propaganda-aus-russland-putins-trolle-1.1997470>

Die Texte sprechen für sich selbst. Ein Absatz aus Text (1) sei an dieser Stelle widergegeben. Unter der Überschrift *Die alte Schaukel* heißt es:

»Die Strategie, in einer Art Schaukelpolitik zwischen Ost und West die eigene Position beständig aufzuwerten, reicht in der deutschen Geschichte ebenso weit zurück wie die von Luenen zitierten Befürchtungen angloamerikanischer Strategen, Einfluss auf dem europäischen Kontinent zu verlieren (german-foreign-policy.com berichtete [3]). Sie ist darauf angewiesen, zu beiden jeweiligen Machtzentren - Washington und Moskau - tragfähige Beziehungen zu unterhalten. Teile des deutschen Außenpolitik-Establishments, darunter Personen aus dem politischen Umfeld der "Zeit", haben immer wieder gegen die aktuelle Ukraine-Politik der Berliner Regierung protestiert und eine Wahrung der deutschen Sonderbeziehungen zu Moskau verlangt. So hat Theo Sommer, einstiger Planungschef im Bundesverteidigungsministerium und heute "Editor at Large" der "Zeit", schon zu Beginn der Ukraine-Krise schwere Vorwürfe gegen die westliche Politik erhoben [4]; auch die Ex-Kanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder oder zum Beispiel der CDU-Außenpolitiker Philipp Mißfelder haben sich für die Beibehaltung der Zusammenarbeit mit Moskau stark gemacht. In der aktuell aufgeheizten Stimmung, in der die eindeutig transatlantisch orientierten Kräfte der Berliner Außenpolitik den Ton angeben, wagt sich nun "Zeit Online" mit einem Beitrag hervor, der den zur traditionellen "Schaukelpolitik" neigenden Spektren des Establishments eine Stimme verleiht. Der Artikel ist freilich - wohl auch eine Vorsichtsmaßnahme - ausdrücklich als "Gastbeitrag" markiert und von einem Mitarbeiter nicht eines deutschen, sondern eines britischen Think-Tanks verfasst worden, der in größerer Distanz zu den innerdeutschen Kämpfen steht.«

BB036 – Europa-Wahl: Die EU driftet nach „rechts“ zu ihrer eigenen Auflösung
Hamburg, 27.05.2014

Es ist wieder soweit. Die rechts-nationalistischen, zum Teil extrem fremdenfeindlichen Kräfte bekommen wachsenden Zuspruch – insbesondere in Frankreich und Griechenland. Aber auch in Holland, Deutschland, in einigen osteuropäischen Ländern ohnehin. Dazu möchte ich einige sehr kurze Texte zum Ausgang der Europa-Wahl zur Kenntnis geben. Die Links dazu lauten:

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/26/panik-in-paris-hollande-kuendigt-massive-steuersenkung-an/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/25/nach-le-pen-sieg-francois-hollande-beruft-krisensitzung-ein/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/25/nach-wahl-triumph-marine-le-pen-fordert-neuwahlen-in-frankreich/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/26/korrektur-der-prognose-wilders-war-eu-wahl-besser-als-berichtet/>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/25/rechtsextreme-goldene-morgenroete-zieht-ins-eu-parlament-ein/>

Die Türkei darf man nicht vergessen: Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat in Köln unmissverständlich gezeigt, dass er einem gewaltbereiten rechtsnationalen Islamismus den Boden bereiten möchte: ein großer Teil der in Deutschland lebenden Türken, die den Präsidenten der Türkei von Deutschland aus mitwählen dürfen, pflegen denn auch eine rechtsnationale bis faschistische Gesinnung.

Das liegt – zum Teil auch! – daran, dass religiöse Kulturen in der Tendenz und im Kern zu einer gewaltbereiten Geisteshaltung neigen. Diese wird nicht zuletzt von den sogenannten demokratischen Parteien (SPD/CDU/GRÜNE/LINKE/AfD) hier in Deutschland transportiert, ohne dass diese Parteien es wahrhaben wollen; sie neigen in dem Augenblick zu offener Gewalt (u.a. Polizeieinsätzen), wenn sie ihre Machtpositionen gefährdet sehen, bzw. wenn diese sich demokratisch nicht mehr halten lassen. Dann wird deutlich, dass wir in keiner Demokratie leben. Dann bedienen sich sogenannte Demokraten auch ähnlicher Argumentationen wie z.B. der rechtslastige französische FN (von Marien Le Pen), der von Demokratie redet, aber vor "Gewalt" gegen Andersdenkende nicht zurückschrecken würde; dann nämlich, wenn es eroberte Machtpositionen zu behaupten oder auszubauen gilt.

Die zentrale Ursache, warum Europa sich rechtsnational bis faschistisch orientieren wird, ist aber, dass die sogenannten demokratischen Kräfte – ohne jede soziale und ökonomische Theorie – eine system-affirmative Politik betreiben. Sie wollen einfach nur an der Macht zu bleiben. Und das erreichen sie am besten, wenn alles so bleibt wie es ist, also ohne (theoretische) Vorstellung, dass sich Grundlegendes ändern muss.

Der Bürger spürt aber, dass sich etwas ändern muss. Änderungen begründet er freilich mit allzu einfachen Argumenten, im Gut-Böse-Schema, das heißt: ggf. gewaltbereit vornehmlich zulasten von "Bürgern", die sich gegen wachsende Verelendung nicht zur Wehr setzen können. Und er verwendet diese – v.a. fremdenfeindlichen – Argumente deshalb, weil ihm andere nicht zur Verfügung stehen; und sie stehen ihm deshalb nicht zur Verfügung, weil die veröffentlichte Meinung (unsere Kultur) sich weigert oder unfähig ist, bessere Argumente (Theorien) zu entwickeln.

Eine vergleichbare zur heutigen deutschen Entwicklung hatten wir einige Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, die mit dem Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie einsetzte: Die SPD transportierte im Kern statt einer fundierten sozialen und ökonomischen Theorie eine rechtsnationale Geisteshaltung, die sie bis zum Ersten Weltkrieg weitgehend unter dem Deckel halten, um nicht zu sagen: verheimlichen konnte, so wie heute v.a. Grüne und SPDler von muslimischer Kultur reden, ohne zu gewahren, dass diese (wie auch die

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

christliche) im Kern eine gewaltbereite Geisteshaltung (innere Einstellung) transportiert – die jetzt, nachdem Erdogan in Köln gesprochen hat, nicht mehr geleugnet werden kann, es sei denn, man ist grüner oder Politiker der Partei „Die Linke“.

In Deutschland war die rechts-nationale Gesinnung der SPD 1914 nicht mehr zu leugnen, als sie den Kriegskrediten im deutschen Reichstag zustimmte und, mehr noch, als sie nach dem Ersten Weltkrieg Massenerschießungen und Hinrichtungen gegen protestierende Bürger von rechtslastigen Freikorps-Soldaten durchführen ließ. SPD-Innenminister Noske wörtlich: „einer muss der Bluthund sein.“

Man denke aber auch an die Morde von Rosa Luxemburg oder Karl Liebknecht, die ebenfalls von Freikorps im Auftrag der SPD durchgeführt worden sind. Man kann sagen: die SPD hat die rechtslastige Gesinnung uneingestanden stets gefördert oder uneingestanden wohlwollend begleitet, um schließlich (nach 1933) auch Opfer einer schließlich faschistischen Gesinnung zu werden.

Gefördert hat sie die Gesinnung v.a. dadurch, dass sie die Entwicklung einer sozialen und ökonomischen Theorie zur Veränderung der Gesellschaft beständig blockiert, ja verfolgt hat – bis heute, im Grunde seit dem Tode von Marx. Der hat die SPD Zeit seines Lebens nie gemocht, immer für verlogen gehalten; in Briefen insbesondere an Engels hat er sich sehr verächtlich über sie geäußert, z.B. über die Links-Ikone Wilhelm Liebknecht („Vogelscheuche“). Meines Erachtens zurecht.

Auch heute kommt die SPD (und nicht nur sie, sondern auch Grüne und „Die Linke“) aus machterhaltungs-strategischen Gründen dem Bürger entgegen, dessen zentrales Bedürfnis darin besteht, es sich in unserer Gesellschaft „gutgehen zu lassen“ auf Kosten aller Hungerleider dieser Welt, sprich: von Menschen, die es auch hierzulande „nicht geschafft haben“. Das könnte jeder in seinem Familien-, Freundes- oder Bekanntenkreis erleben, wenn er bereit wäre, nicht völlig blind und autistisch in der Gegend herumzulaufen.

Um mal aus dem Nähkästchen zu plaudern: ich kenne Leute, die lesen meine Bücher oder Texte, ohne dass sich etwas an ihren Aussagen zu sozialen und ökonomischen Fragen ändert – im Gegenteil, es wird a-sozialer (im Kleinen), abwehrender (lass mich in Ruhe, mach mich nicht nass), um nicht zu sagen: sie „wollen“ nicht. Eine solche hartnäckig a-soziale Geisteshaltung macht Menschen, um es freundlich zu sagen: nicht besonders liebenswert, wie überhaupt "das Leben" nicht besonders lebenswert.

BB035 – Über den „Tod des bundesdeutschen Journalismus“

von Franz Witsch,
Hamburg, 23.05.2014

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

Ich möchte den interessierten LeserInnen ein paar Texte zur Kenntnis geben, die zeigen, wie heruntergekommen herrschende Meinungsmacher mittlerweile berichten.

Titel und Links dazu lauten:

Der Tod des bundesdeutschen Journalismus

Der Nachrichtenspiegel vom 17.05.2014

<http://www.nachrichtenspiegel.de/2014/05/17/der-tod-des-bundesdeutschen-journalismus/>

Wahlkampfauftritt in Berlin: Steinmeiers Wutrede als YouTube-Hit

Spiegel Online vom 20.05.2014

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/steinmeier-brueellt-montagsdemo-auf-alexanderplatz-in-berlin-nieder-a-970571.html>

Verschörungstheorien: Das Geschäft mit der Angst

Spiegel Online vom 22.05.2014

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/verschwoerungstheorien-der-kopp-verlag-macht-geschaefte-mit-der-angst-a-967704.html>

In eigener Sache: DWN wecken den Spiegel auf, so dass er „vor Schreck zusammenzuckt“

DWN 22.05.14

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/05/22/dwn-wecken-den-spiegel-auf-so-dass-er-vor-schreck-zusammenzuckt>

Der erste Text über den „Tod des bundesdeutschen Journalismus“ beschreibt eindrucksvoll, dass es mit der bundesdeutschen Journalisten-Landschaft nicht zum besten bestellt ist. Selbst der Spiegel, einst als Sturmgeschütz der Demokratie gefeiert, betreibt nur noch Hofberichterstattung. Schlimmer: er redet selbst die sogenannte Wutrede von Steinmeier schön, die an selbstherrlicher Schönfärberei nicht mehr zu übertreffen ist.

Mit ihren sogenannten Vermittlungsbemühungen (zwischen Russland und den USA) erzeugt die schwarz-rote Koalition mit Merkel und Steinmeier/Gabriel an der Spitze, noch unterstützt von den Grünen, einen politischen, v.a. aber einen ökonomischen Scherbenhaufen. Das war schon länger abzusehen. Im letzten Bürgerbrief (www.film-und-politik.de/BB-034.pdf), am 11.05.2014, deutete ich an, was seit gestern, dem 21.05.2014, zur Gewissheit geworden ist: Russland tut sich wirtschaftlich mit China zusammen.

Das wird zur Folge haben, dass wir zumindest einen erheblichen Anteil des Gases, den wir bislang von Russland beziehen, späterhin von woanders her werden beziehen müssen, sehr wahrscheinlich zu erheblich schlechteren Konditionen. Vielleicht dass wir uns dann gegen gemeingefährliche Fracking-Methoden zur Gasgewinnung, die sich in den USA mit den übelsten Folgen (fürs Grundwasser) längst durchgesetzt haben, bald nicht mehr ausreichend wehren können.

Über diesen von Steinmeier herbeipolitisierten, ökologisch katastrophalen Sachzwang freuen sich die Energieriesen, insbesondere Exxon, schon jetzt. Sie werden eine Fracking-Propaganda-Schlacht inszenieren, um den Fracking-Kritikern hierzulande das Maul zu stopfen. Das ist jetzt schon absehbar – Steinmeier sei Dank. Er mit seiner hirnlosen Wutrede, nicht seine Kritiker, ist es, der im Einvernehmen u.a. mit dem Spiegel nicht weiter denkt als eine fette Sau zu springen vermag. Einfach nur saudämlich.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Was das Online-Magazin „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ (DWN) betrifft, so ist es auch nicht viel besser als z.B. der Spiegel; man kann es mit guten Gründen ein neoliberales Kampfmedium nennen – wenn auch auf höherem Niveau als der Spiegel: sie plädieren für einen Abbau von Schulden, ohne zu bedenken, dass dies mit der Vernichtung des Sozialstaats verbunden ist. Das Gegenteil: wachsende Schulden, lässt sich nur mit einer anderen Wirtschaftsordnung vermeiden, d.h. wenn wir den Kapitalismus abschaffen.

Hinzu kommt: Ohne Kapitalismus-Kritik wird man auf Armutswanderungen irgendwann nur noch fremdenfeindlich reagieren. Die DWN ahnen das; deshalb gehen sie dem Problem „Armutswanderung“ (Kindergeld-/Hartz-4-Bezug), das leider Gottes zurecht auf den Nägeln brennt, eher aus dem Wege.

Mit einer fundierten Kapitalismuskritik, die es bislang weit und breit nicht gibt, müssten sie das nicht; dann könnten sie das Problem, wie überhaupt das Problem „Armut“ ganz generell, viel offensiver angehen, ohne zunächst unmerklich und dann immer offener in Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verfallen. Und sie würden ein kritischeres Verhältnis zur AfD entwickeln können, die schon jetzt recht ungezwungen eine rechtsnationale und fremdenfeindliche Politik verfolgt.

BB034 – Faschismus oder wie militärische Einsätze gegen Bürger zur akzeptablen Option werden

Hamburg, 11.05.2014

Der Ukraine-Konflikt spitzt sich zur Zeit jeden Tag mehr zu; vermutlich befindet sich die Ukraine längst im Bürgerkrieg, in dem Menschenleben immer weniger zählen. Irgendwann zählen sie wie in Syrien gar nicht mehr. Das macht nicht nur unruhig, sondern erzeugt, jedenfalls bei mir, massive Ängste. Zumal vor allem der Westen unter US-Führung sich hartnäckig weigert, die Lage zu entspannen. Jemand, der den anderen sanktioniert und ihm beständig mit schärferen Sanktionen droht, ist im Ernst nicht wirklich gesprächsbereit. Putin jedenfalls droht bislang noch nicht mit Gegensanktionen; auch wenn diese sich schon mittelfristig nicht vermeiden lassen, etwa wenn Russland sich gezwungen sieht, wirtschaftlich mehr mit China zulasten Europas zusammenzuarbeiten, schlicht um wirtschaftlich zu überleben, und nicht um den Westen zu bestrafen. Lächerlich, ein großes Land wie Russland mit Sanktionen unter Druck setzen zu wollen. Der existiert für Russland durch die politische Lage in der Ukraine viel stärker, auch nach innen, als es jemals der Westen durch Sanktionen zustandebringt.

Putin weiß das und macht deshalb, was in seinem ökonomischen Interesse und innenpolitisch geboten ist. Dass Sanktionen dem Westen selber, Europa erheblich mehr als die USA, zum Nachteil gereichen, ökonomisch wie sozial, v.a. auch unter dem Gesichtspunkt innenpolitischer Stabilität, macht sich hierzulande kein Politiker klar. Sind die denn alle nur noch verrückt, die Medien eingeschlossen; die veröffentlichte Meinung, jedenfalls, berichtet nur noch gleichgeschaltet über die Ukraine. Das merkt mittlerweile auch der Bildzeitungsleser. Das legen jedenfalls viele Stellungnahmen zu Internet-Texten herrschender Medien wie FAZ.Net, Zeit- oder Spiegel-Online nahe. Einige Texte aus dem Internet sprechen jedenfalls für diese Behauptung, und sie belegen darüber hinaus, dass der Westen ziemlich unbefangen mit Faschisten kooperiert, die sehr wahrscheinlich für das eine oder andere Massaker an der Bevölkerung verantwortlich zeichnen; Links und Überschriften zu den Artikeln finden sie unter „Quellen“:

In diesem Zusammenhang möchte ich den LeserInnen einen neuen Text von mir ans Herz legen. Der Link dazu lautet:

<http://www.film-und-politik.de/K02.pdf>

Es ist ein psycho-analytischer Text; er bildet den Auftakt zu weiteren Texten, die sich mit der Psychoanalyse und ihrer Geschichte kritisch auseinandersetzen. In den Texten bemühe ich mich schwerpunktmäßig darum, eine Verbindung der Psychoanalyse zu aktuellen (welt-)politischen Konflikten, zu dem, was die veröffentlichte Meinung daraus macht, und nicht zuletzt eine Verbindung zu herrschenden sozial-ökonomischen Theorien herauszuarbeiten. Also genau das zu machen, wofür sich die Psychoanalyse seit Freud viel zu wenig interessiert. Es ist ihr um „Heilung“ zu tun; in welchem gesellschaftlichen Umfeld das geschieht, ist ihr egal.

Man könnte abstrakter auch sagen: Es geht um die Verbindung von Subjekt (seinem Innenleben) und gesellschaftlichen Kontext, eine Verbindung, um die sich das Subjekt immerzu wieder aufs Neue bemüht – mehr oder weniger sozialverträglich, mittlerweile immer sozialunverträglicher. Die Gewalt in der Politik bis hin zu Kriegen und militärischen Einsätzen im Inneren, die uns immer mehr auf die Pelle rücken, ist nur der mittlerweile augenfällige Ausdruck dieser Sozialunverträglichkeit.

Man glaube nur nicht, dass zukünftig in Deutschland militärische Einsätze nicht stattfinden würden, dann nämlich, wenn sich die sozialen Konflikte immer massiver zuspitzen. Dass sie sich immer weiter zuspitzen, ist meines Erachtens mehr als wahrscheinlich. Die Steinschläge – sie rücken näher. Das möchte man nicht wahrhaben. Man verleugnet die soziale Realität – realitätsblind, weil man Angst vor der Wahrheit hat.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Dem gegenüber sagte Bertrand Russel in einem Vortrag von 1927 einmal, ich zitiere:
„Wir wollen die Welt so sehen, wie sie ist, und uns nicht davor fürchten“.

Dieses Motte habe ich meinem Text vorangestellt, haben wir doch allen Grund, uns zu fürchten: In der Ukraine bereitet der Westen seine Bürger schon mal darauf vor, was und wie's geht, modellhaft; nämlich dass der militärische Einsatz gegen protestierende Bürger ggf. eine Option ist. Davor sollten wir unsere Augen nicht völlig verschließen; wie es unsere Medien tun: "nichts sehen, nichts hören, nichts sagen." (Klaus-Jürgen Bruder in einem Vortrag, siehe meinen Text: <http://www.film-und-politik.de/K02.pdf>)

Quellen:

Ulrich Heyden, Gab es Drahtzieher der Tragödie von Odessa?, Telepolis vom 06.05.2014
<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41668/1.html>

Ukraine: Über Nacht kam die Angst nach Odessa, Zeit Online vom 05.05.2014
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-05/odessa-ukraine-russland-kaempfe-unruhen/komplettansicht>

Richard Zietz, Der Medien-GAU von Odessa, Freitag vom 04.05.2014

<https://www.freitag.de/autoren/maennlicherlinker/der-medien-gau-von-odessa>

Paul Schreyer, Auf Kriegsfuß mit den Lesern, Telepolis vom 15.04.2014

<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41507/1.html>

Herwig Lewy, Der „gemäßigte Ukrainer“ und die Figur Dmytro Jarosch. Der Anführer des ukrainischen Rechten Sektors präsentiert sich im Spiegel, Telepolis vom 01.05.2014
<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41634/1.html>

Nationalistenführer Jarosch: "Jeder Ukrainer soll eine Schusswaffe tragen dürfen", ein Interview von Benjamin Bidder, Kiew, Spiegel Online vom 23.04.2014

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-krise-interview-mit-rechter-sektor-kommandeur-jarosch-a-965498.html>

Juschtschenkos Mythen, german-foreign-policy vom 01.05.2014

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58853>

Reinhard Merkel, Die Krim und das Völkerrecht: Kühle Ironie der Geschichte, FAZ vom 07.04.2014

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte-12884464.html>

Reinhard Merkel, Syrien: Der Westen ist schuldig.

Wie hoch darf der Preis für eine demokratische Revolution sein? In Syrien sind Europa und die Vereinigten Staaten die Brandstifter einer Katastrophe. Es gibt keine Rechtfertigung für diesen Bürgerkrieg, FAZ vom 02.08.2013

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/syrien-der-westen-ist-schuldig-12314314.html>

**BB033 – Offener Brief der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP) an den
Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer**

Hamburg, 24.04.2014

Ich möchte Ihnen eine Mail von Klaus-Jürgen Bruder zur Kenntnis geben (siehe weiter unten). Sie enthält einen Link auf einen offenen Brief der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP - www.ngfp.de), gerichtet an Prof. Dr. Rainer Richter, den **Präsidenten der Bundes-Psychotherapeuten-Kammer (BPtK)**.

Der Brief ist erarbeitet worden einige Tage nach dem Symposium (vom 7.3.-8.3.2014), das von der NGfP organisiert worden ist unter der Überschrift „Trommeln für den Krieg“.

Der Brief antwortet auf einen Brief von Prof. Dr. Rainer Richter, in dem dieser die Ergebnisse des Symposiums m.E. fadenscheinig infrage stellt - so weit sich das aus dem offenen Brief der NGfP ableiten lässt. Nun, Herr Richter hat seine Kritik an den Ergebnissen des Symposiums leider nicht öffentlich formuliert. Das ist eine Hinterzimmer-Debatten-Mentalität, die das Licht der kritische Öffentlichkeit lieber meidet.

Wer im Vorfeld der brieflichen Auseinandersetzung etwas über das Symposium erfahren möchte, kann das über die Seite der NGfP (www.ngfp.de).

Oder er besucht die folgenden Links, die auch ein paar – subjektiv gefärbte – Hintergrund-Informationen enthalten:

Bericht zum Symposium der NGfP „Trommeln für den Krieg“:

<http://www.film-und-politik.de/BB-023.pdf>

Nachtrag zum Symposium „Trommeln für den Krieg“:

<http://www.film-und-politik.de/BB-024.pdf>

Trommeln für den Krieg:

<http://www.film-und-politik.de/BB-022.pdf>

In dem offenen Brief beschwerten wir uns, die wir den Brief unterzeichnet haben, über eine Vereinbarung, die die BPtK „im vergangenen September mit der Bundeswehr abgeschlossen“ hat – im Namen aller PsychotherapeutInnen, da diese „Zwangsmitglieder der Kammer“ sind. Ohne diese zuvor über die Vereinbarung zu informieren, bzw. ohne die Vereinbarung öffentlich zu diskutieren. Eine Frechheit ohnegleichen.

Die folgenden Zeilen aus dem Brief illustrieren in Kürze, worum es geht:

»Die psychischen Störungen von BundeswehrsoldatInnen, die sich seit einigen Jahren häufen und um deren Behandlung es geht, sind meist Folge traumatisierender Kriegserlebnisse im Ausland, etwa von Erlebnissen, bei denen Kameraden der Betroffenen getötet oder schwer verletzt wurden oder bei denen die betroffenen Soldaten selbst Menschen getötet oder verletzt haben.

Die traumatisierten Soldaten haben ein Recht auf therapeutische Hilfe. Es kann aber nicht Aufgabe von PsychologInnen sein, Reaktionen von SoldatInnen auf Kriegshandlungen wie Entsetzen, Abscheu und Angst vor erneuten Erleben weg zu therapieren, um diese schnell für den nächsten Einsatz fit zu machen. Dies haben wir bereits in unserer Erklärung betont.

In Ihrer Antwort auf diese Erklärung widersprechen Sie unserer Kritik und schreiben, es sei ‚absurd und entbehrt jeder Grundlage, die Bundeswehr würde Behandlungsziele vorgeben‘. Die Vereinbarung, die Sie im vergangenen September mit der Bundeswehr abgeschlossen haben, gliedert aber die Behandlung von Soldaten durch privat abrechnende TherapeutInnen in die truppenärztliche Versorgung ein. TruppenärztInnen sind rechtlich verpflichtet, vor allem für die Einsatzfähigkeit von SoldatInnen zu sorgen. Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit ist das ihnen vorgegebene Behandlungsziel.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

PsychotherapeutInnen sind Zwangsmitglieder der Kammer. Eine öffentliche Diskussion unter den Mitgliedern über die Vereinbarung gab es aber nicht.«

Die NGfP würde sich natürlich über jede zusätzliche Unterschrift freuen, gerade auch von Nicht-Psychologen oder Nicht-Psychotherapeuten. Ich selbst bin weder Psychologe noch Therapeut. Die Unterschrift können Sie leisten, wenn Sie die Seite www.ngfp.de besuchen. Dort erfahren sie mehr.

Weitergeleitete Nachricht

Von: Klaus-Jürgen Bruder <klaus-juergen.bruder@fu-berlin.de>

Datum: 21. April 2014 18:29

Betreff: Offener Brief der Neuen Gesellschaft für Psychologie an den Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer

An: Klaus-Juergen.Bruder@fu-berlin.de

Liebe KollegInnen, liebe Mitglieder und Freunde der Neuen Gesellschaft für Psychologie,

Wir schicken Ihnen/Euch nun den Offenen Brief der Neuen Gesellschaft für Psychologie an den Präsidenten der Bundespsychotherapeutenkammer, Herrn Prof. Richter (s. unsere mail vom 14. April 2014) mit der Liste der Erstunterzeichner.

Sie finden den Offenen Brief im Wortlaut mit der Möglichkeit der Unterzeichnung unter www.ngfp.de.

Wenn Sie von dieser Möglichkeit der Unterstützung Gebrauch machen wollen, schicken Sie bitte eine entsprechende Email an vorstand@ngfp.de.

Wir werden die Liste der UnterzeichnerInnen auf dieser Seite der NGfP fortlaufend aktualisieren.

Mit besten Grüßen, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder
(für den Vorstand der Neuen Gesellschaft für Psychologie)

BB032 – Haben Obama und seine EU-Vasallen die Orientierung komplett verloren?
Hamburg, 19.04.2014

Einen Tag nach der angeblich so „sensationellen“ Einigung in Genf am 17.04.2014, die Hoffnung machte auf eine friedliche Lösung im Ukraine-Konflikt vornehmlich zwischen Russland und den USA, relativierte Obama einen Tag später in einer Erklärung die Einigung:

„Angesichts der Erfahrungen in der Vergangenheit“, heißt es in der SZ, „könne man nicht mit Sicherheit mit einer Verbesserung der Lage rechnen.“ Obama „habe bereits mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) telefoniert (...). Beide fassten weitere Sanktionen ins Auge“, falls sich die Deeskalation nicht in kurzer Zeit vollziehe. Der Link dazu lautet:

„Krise in der Ukraine: Prorussische Kräfte stellen Bedingungen für Entwaffnung“
<http://www.sueddeutsche.de/politik/krise-in-der-ukraine-prorussische-kräfte-stellen-bedingungen-fuer-entwaffnung-1.1939458>

Der Westen gibt ganz offensichtlich keine Ruhe; muss immer noch einen drauf setzen. Und die westlichen Leitmedien helfen dabei fleißig, wie Gabriele Krone-Schmalz, eine ehemalige deutsche Fernsehjournalistin, in einem Interview sagt. Der Link dazu lautet:

„Das darf nicht sein. Eine Kritik an den Leitmedien.“
<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/gabriele-krone-schmalz-das-darf-nicht-sein-eine-kritik-den-leitmedien>

Und sie hat recht: In der FAZ ist heute vom „Puppenspieler Putin“ die Rede. Skepsis sei mehr als „berechtigt, wie Putins jüngster Fernsehauftritt zeigt (...), der vor großem Fernsehpublikum noch einmal sein ‚Recht‘ bekräftigt hat, militärisch in der Ukraine einzugreifen – wenn die Regierung in Kiew also nicht spurt, wie der russische Präsident will.“

Um dann noch hinzufügen, dass die Russen ihren Führer zwar liebten. „Aber werden sie auf Dauer auch die Konsequenzen seiner Politik lieben? Die wirtschaftliche Talfahrt, die politische Isolation, die Selbstvergewisserung der Nato, die Russland angeblich in Angst und Schrecken versetzt?“ Der Link dazu lautet:

„Krise in der Ukraine: Puppenspieler Putin“
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kommentar-zum-genfer-friedensplan-spielleiter-putin-12901267.html>

Man will die russischen Ängste insbesondere vor einer militärischen Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato einfach nicht ernst nehmen. Und man will sich nicht vorstellen, dass Moskaus Einfluss auf die sogenannten pro-russischen Separatisten begrenzt sein könnte. Nicht zuletzt deshalb, weil diese der illegalen Putsch-Regierung in Kiew nicht trauen können. Es könnte doch sein, dass die ukrainische Armee gar nicht daran denkt, sich militärisch zurückzuhalten, geschweige denn nach Kiew abzuziehen. Zumal der Westen soviel Verständnis zeigt für ihre Präsenz.

Ein deutscher ARD-Fernsehzuschauer traut der Kiew-Regierung, ich meine mit guten Gründen, nicht über den Weg. Er beschwert sich bei der ARD-Tagesschau darüber, Außenminister Steinmeier in einem Tagesschau-Interview lediglich solche Fragen zu stellen, die es ihm leicht machen, die Interessen der Russen zu ignorieren. Der Bürger kommentiert das Interview wie folgt:

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

»Wie kann man ein Gespräch so einseitig führen? Frau Atalay, ich bin empört!!! Es werden nur Ost-Ukraine und Russland als mögliche Vertragsbrecher vorgeschlagen. Wo ist Ihre Neutralität verblieben, zu der Sie als Journalistin verpflichtet sind?

- Ich sehe eher Kiew als möglicher Wortbrecher. Die haben schon immer anders gehandelt als voraus (oder gleichzeitig) gesprochen:
- Abkommen vom 21.02 unterschrieben und in wenigen Stunden gebrochen.
- Eine übernationale Ukraine angekündigt und russisch als 2. Amtssprache versucht zu verbieten.
- Spricht von Entwaffnung der Rechten und bildet aus denen eine Nationalgarde
- Jazenjuk besucht Donezk um zu de-eskalieren und gibt Alfa-Einheiten ein Sturm-Befehl (den sie zum Glück nicht folgten).
- Spricht von möglichem Referendum über Föderalisierung, aber erklärt gleichzeitig ein Anti-Terror-Einsatz und schickt Panzer gegen eigenes Volk. Wie kann man so einem Partner vertrauen?«

Man muss sich nur einmal vorstellen, die pro-russischen Separatisten geben ihre Waffen ab – sie wären dann der schon einmal wortbrüchigen Regierung in Kiew, bzw. den Angriffen ihrer Armee schutzlos ausgeliefert. Das erforderte dann tatsächlich ein Eingreifen Russlands, das Putin nicht ganz ausschließen möchte. Man muss beinahe hoffen, dass die pro-russischen Separatisten nicht so naiv sind, ihre Waffen bedingungslos abzugeben; das geht nur gegen Sicherheitsgarantien der illegalen Kiew-Regierung, für deren Einhaltung der Westen bürgen müsste. Daran denkt dieser aber nicht im Traum.

Außenminister Steinmeier sieht im ARD-Interview ausschließlich die Russen in der Pflicht. „Doch nun müssten den Worten auch Taten folgen (...) Entscheidend sei, was in den nächsten Tagen geschehe (...), ob sich (...) Präsident Putin auch an die Abmachungen halte.“ Alles nachzulesen unter dem Link:

„Außenminister Steinmeier im ARD-Interview“

<http://meta.tagesschau.de/id/84475/steinmeier-im-ard-interview-der-lackmustest-kommt-noch>

Und was ist mit dem Westen? Ich vermute ganz stark: der will gar keine Lösung. Mehr noch: er würde sich über eine Lösung vielleicht insgeheim ärgern; deshalb versucht er sie rhetorisch zu verunmöglichen. Wozu sich einigen? Das würde gefährlich nach Kompromiss riechen. Wozu? Schließlich habe man bislang alles richtig gemacht.

Als gebe es keine Veranlassung, politische Positionen (ohnehin nur eingeübte Gut-Böse-Reflexe) zu reflektieren. Am besten nichts sehen, nichts hören und nur aus dem Impuls heraus denken und handeln. Ansonsten sich zurücklehnen und Russland die Verantwortung für die weitere Entwicklung aufbürden – wenn's schief geht, versteht sich. Wenn alles noch mal gut geht, haben die USA alles richtig gemacht – bis es, ja bis es irgendwann doch mal zur Katastrophe kommt. Die Russen können auf diese Weise nur verlieren. So will man es: sie demütigen; mit Sanktionen belegen, ihnen alles Schlimme dieser Welt in die Schuhe schieben können wie früher den Juden bei den Nazis. Man muss in der Tat vermuten, der Westen will nur Zoff; unter Führung der USA sind sie an einer friedlichen Lösung nicht interessiert. Wie damals Hitler. Der machte damals so lange Ärger, bis er seinen Krieg hatte.

Derweil übersehen die Amis die politischen Interessen Israels, ihres Hauptverbündeten im Nahost-Konflikt, komplett. Die USA und ihr Vasall, die EU, haben den (außen-)politischen Überblick ganz offensichtlich komplett verloren, so lese ich einen Telepolis-Text. In ihm heißt es, die US-Regierung hätte „vom engen Partner [Israel, FW] erwartet, dass er bei der UN-Vollversammlung am 27. März auf Linie ist und zusammen mit dem

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

westlichen Block die Angliederung der ukrainischen Halbinsel Krim an Russland verurteilt. Doch Israels Vertreter fehlten bei der Abstimmung.“

»They nearly went crazy“, hört man dazu aus Washington. Vorsicht – sich selbst meinen sie nicht. Wie können die Israelis nur: die „USA und Russland auf die selbe Stufe“ setzen? Nun, den Amis kann bei der Beantwortung der Frage geholfen werden: „Die Ukrainer gehörten“, heißt es im Text weiter, „während des Holocaust zu den am meisten berüchtigten Nazi-Kollaborateuren.« Mehr dazu unter dem folgenden Link:

„Ukrainekrise: Israel geht auf Distanz zu den USA“

<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41512/1.html>

Nun, und in der jetzigen illegalen ukrainischen Regierung sitzt der eine oder andere rechts-nationalistische Antisemit noch heute, der die Juden am liebsten zum Teufel wünschen würde. Keine Chance, Gott sei Dank. Dafür werden nach der Wahl die Multi-Milliardäre das Land nach allen Regeln der Kunst zerlegen. Das kümmert Obama nicht. Im Gegenteil, die Amis wollen das.

Derweil ist Obama vermutlich einfach nur zu dämlich, die politischen Sicherheitsinteressen seiner israelischen Freunde, überhaupt andere Interessen als immer nur die eigenen zur Kenntnis zu nehmen. Er hätte die Israelis einfach nur konsultieren müssen, um sich zu informieren. Hilfe! – dann hätten wir drei Parteien mit jeweils drei unterschiedlichen Interessen am Verhandlungstisch. Das würde die politische Gemengelage maßlos verkomplizieren. Zu kompliziert für eine im digitalen Gut-Böse-Mechanismus tickende Mentalität.

BB031 – Und heute schweigen wir uns einmal mehr zu Tode

Hamburg, 19.04.2014

Ich möchte den LeserInnen einen weiteren Text von Paul Craig Roberts ans Herz legen. Titel und Link lauten:

„Washington steuert die Welt in den Krieg“

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/washington-steuert-die-welt-den-krieg>

Ich gestehe gern, dass ich froh bin, dass es so einen unermüdlichen Öffentlichkeitsarbeiter wie Paul Roberts gibt, zumal er, US-Amerikaner, einst Teil der US-Regierung unter Präsident Ronald Reagan war.

Mehr zu seiner Person finden gibt es unter dem Link:

http://antikrieg.com/aktuell/2013_01_31_roberts_buch.htm

Die USA haben und brauchen Nestbeschmutzer wie Paul Roberts. Die Frage ist nicht, ob Roberts mit seinen Texten recht hat, etwa dass die Amis Russland angreifen wollen, oder ob sie tatsächlich hinter dem 09/11-Anschlag steckten, oder ob ihre Geheimdienste ihre Finger im Spiel hatten bei den Anschlägen von Bologna oder des Münchner Oktoberfestes, um sodann es den Linken in die Schuhe schieben zu können, – mit dem Ziel, einen Sündenbock für die Menschen aufzubauen, auf den sie nach Herzenslust einprägen können – zum Schaden ihrer geistigen Fähigkeiten. All diese Fragen sind zweitrangig; und zwar deshalb, weil sie sich nicht überprüfen lassen.

Ich würde allerdings Roberts Auffassung uneingeschränkt teilen, wenn er sich auf die Aussage beschränken würde, dass man den USA all diese Schandtaten zutrauen muss. In „Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil“ schrieb ich im Herbst 2008, dass „der Tod ein Meister aus den USA“ sei (S.98).

Das sage ich einigermaßen unaufgeregt, ohne deshalb bestimmte Personen im Auge zu haben. Obama traute ich allerdings schon damals, als alle ihn noch als Heilsbringer verehrten, nicht allzu viel zu; für mich war er wie sein Vorgänger, ohne es – anders als sein Vorgänger – damals wie heute recht zu gewahren, ein Gefangener eines verbrecherischen Wirtschafts- und Sozialsystems. In meinem Buch heißt es auf Seite 135:

»Obama weiß gar nicht, was er anrichtet, wenn er im US-Wahlkampf den Traum seiner großen Liebe zu Amerika (...) beschwört (...). Wir empfinden ihn schon jetzt als Drohung, noch ehe er Präsident der USA geworden ist, zumal er gar nicht wissen will, auf welchem Pulverfass er Politik macht. Ein Pulverfass, das die Amerikaner federführend produzieren und – mit kleinen Unterbrechungen – immerzu weiter produzieren ...«

Ich fühlte mich damals mit dieser meiner Einschätzung ziemlich allein.

Macht nix. Heute mag sich auch Roberts mit seinen Verschwörungstheorien allein fühlen. Aber er könnte recht haben. Das sage auch ich, obwohl ich nicht glaube, dass Obama „bewusst“ einen Krieg gegen Russland anzetteln möchte. Weil ich aus eigener Erfahrung weiß, wie dumm hochintelligente Menschen – Akademiker – daherschwätzen können. Obama merkt freilich nicht, dass seine Politik (einer fortgesetzten Demütigung Russlands) die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Welt in einen solchen Krieg hineintaumelt, wie dies auf vergleichbare Weise schon beim Ersten Weltkrieg der Fall war, obwohl die Europäer damals, alle wie sie da waren, einen Krieg als Weltkrieg viel billiger in Kauf genommen haben. Heute nehmen wir Kriege billigend in Kauf, solange sie dem eigenen Land nicht zu nah auf die Pelle rücken. Die Amis mehr als die EU, weil Ukraine und Syrien weiter weg von den USA sind und diese die Konkurrenz in Europa auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet schwächen möchten. Eine solche Strategie halte ich für wahrscheinlich und brandgefährlich – letztlich auch für die USA.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Ich bin gegenüber allen Ausprägungen von Verschwörungstheorien aus einem wichtigen Grund skeptisch. Der wichtigste Grund besteht darin, dass ich sie nicht will noch brauche, um an einer sozial- und wirtschaftskritischen Theorie konstruktiv mitzuwirken.

Ich brauche sie desweiteren nicht, um unser Sozial- und Wirtschaftssystem für verbrecherisch zu halten und ich brauche sie auch nicht, um Obama einen Mörder zu nennen, denn er hat Tausende von Drohnen-Mord-Kommandos auf den Weg geschickt und Deutschland hat ihn dabei (logistisch) unterstützt. Das ist Beihilfe zum Mord.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass man Menschen, die Morde oder Beihilfe zum Mord begehen, alles zutrauen muss, auch dass sie sich für die kriminellen Machenschaften ihrer Geheimdienste nicht sonderlich interessieren (siehe NSU-Morde).

Genauso wenig kann man beurteilen, ob RAF-Mitglieder wie Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, etc. Selbstmord gemacht haben oder umgebracht worden sind. Solche Fragen interessieren mich in Bezug auf die Entwicklung einer Sozialtheorie nicht; ich muss sie nicht beantworten können, um an einer Kritik an unserem System, konstruktiv mitwirken zu können.

Zumal ich merke, dass viele Linke oder gutmeinende Aufklärer besessen sind von ihren Vorstellungen, die Gefahr laufen, sich der Realität gegenüber zu verselbständigen. Man glaubt ohne Bezug zur realen Welt, diese werde von geheimen Kräften beherrscht und zerstört. Nur dass es diese weder gibt, noch dass sie notwendig wären, um die Welt zugrunde zu richten. Sie geht auch ohne geheime Kräfte zugrunde; es sind ganz alltägliche Politiker, die sie zugrunde richten – schon weil sie ihren Mund nicht aufmachen, wenn es darum gehen muss, einen Mord einen Mord zu nennen, auch wenn er vom freiheitsmissionarischen Obama befohlen wird. Schweigen trägt dazu bei, Mörder zu immer größeren Schandtaten zu ermutigen und dadurch die Welt mit in den Abgrund zu treiben.

Man denke nur an Willy Brandt, das große Vorbild aller Friedensbewegten. Selbst er war Mitte der 1960er Jahre dumm und zynisch genug, „den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu den vietnamesischen Erfolgen“ zu beglückwünschen (vgl. P. Brückner, Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse, S. 123f). Für mich grenzt seine Aussage an Beihilfe zum Völkermord. Zumindest trug auch Brandt zur wachsenden Militarisierung der Welt bei – ein Fehler, wie er als Greis in seinen Erinnerungen vermerkte. Ach nee; warum hat er die Meinung seiner Zeitgenossen nicht zur Kenntnis genommen? Zum Beispiel die von Rudi Dutschke? Weil er sich sonst mit der Bild-Zeitung hätte anlegen müssen und kein Kanzler geworden wäre. Ekelhaft.

Auch die Grünen, nachdem sie 1998 an die Regierung gelangt waren, waren nicht besser: sie propagierten erst einen Angriffskrieg gegen Jugoslawien, um sich dann aktiv am Jugoslawien-Krieg zu beteiligen und das – wie schon im Fall Willy Brandt – gegen alle wohlbegründete Meinungen, die es ja gab; das zeigen u.a. die folgenden Links:

Der Kosovo-Krieg – Es begann mit einer Lüge:

<https://www.youtube.com/watch?v=NqPnn-GD4-k>

Joschka Fischer auf dem Kosovo-Sonderparteitag in Bielefeld 1999:

<https://www.youtube.com/watch?v=7jsKCOTM4Ms>

Und heute schweigen wir uns einmal mehr zu Tode.

BB030 – Die Ukraine befindet sich so gut wie im Bürgerkrieg?

Hamburg, 16.04.2014

Wir stehen so gut wie vor einem Bürgerkrieg in der Ukraine, den m.E. die USA und sein Vasall, die EU, angezettelt haben.

Dazu den Artikel: „Krise in der Ukraine: Panzerkolonne vor Slawjansk“:

<http://www.tagesspiegel.de/politik/krise-in-der-ukraine-panzerkolonne-vor-slawjansk/9763548.html>

Es ist geradezu unterirdisch dumm, was der SPD-Vorsitzende Gabriel gerade zum Ukraine-Konflikt absondert – so in der Art: die Russen warten nur darauf, ihre Soldaten in die Ost-Ukraine zu schicken.

Dummes Zeug. Dort wird das Chaos ausbrechen. Die Kiew-Regierung ist dagegen machtlos. Vor diesem Chaos haben die Russen Angst. Wenn wir erst einmal syrische Verhältnisse bekommen, werden wir froh sein, wenn sie die Ost-Ukraine einigermaßen befrieden, so wie sie es in Georgien getan haben.

Schon gemerkt: Putin wehrt sich gegen US-Aggressionen und hat überhaupt kein Interesse an territorialer Expansion. Das begreift hier kein Mensch. Die Grünen mittlerweile am allerwenigsten. Und Gysi nölt mit im Chor der Ahnungslosen, indem er müde verlaublich: Putin sei nicht sein Typ. Ach ne – ich nenne das Schleimscheißerei. Da kennt Gysi sich aus.

Schon damals, Jahre nach dem 2. Weltkrieg, wollte kein Mensch zur Kenntnis nehmen, dass Stalin nach der Chinesischen Revolution den chinesischen Kommunisten ernsthaft empfahl, sie mögen zu den USA gute Beziehungen suchen. So etwas traut man einem Massenmörder natürlich nicht zu. Dass er auch mal meint, was er sagt. Ähnlich denkt man, Putin kann es nicht ehrlich meinen, weil er etwas gegen Schwule und Pussy Riot hat. So ticken hierzulande die Gutmenschen.

Mein Gott, die Schwulen sind ihm völlig egal. Der hat ganz andere Sorgen und bringt Gesetze gegen Schwule nur deshalb auf den Weg, weil 80% der russischen Bevölkerung Schwule nicht mögen, vielleicht sogar hassen, und Putin Stimmen braucht, um wiedergewählt zu werden; damit das Land politisch nicht in die Hände der Oligarchen fällt. Die würden nämlich aus dem Land Kleinholz machen. Dazu ein weiterer Link:

„Russisch Monopoly: Wie entstanden Rußlands große Vermögen?“

am Beispiel des Oligarchen Michail Chodorkowski:

http://www.netstudien.de/Russland/chodorkowski.htm#.U00jmVV_tpg

ergänzend zur Person Michail Chodorkowski den Link:

http://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Borissowitsch_Chodorkowski

Ein paar Zeilen, die ich für bemerkenswert halte, seien aus dem Text zitiert:

»Ein CIA Report von 1995 bezeichnete die Menatep-Bank [von Chodorkowski] als eine der korruptesten der Welt, mit engen Verbindungen zur organisierten Kriminalität. Für US-Banken waren geschäftliche Kontakte mit der Bank untersagt. (...)

Im Jahre 2003 verhandelte Chodorkowski auch über den potentiell größten Deal der russischen Geschichte. Exxon, der größte Ölkonzern der Welt, sollte 40% an Yukos Oil übernehmen, ein Schritt, der für das autoritäre Regime von Putin nicht hinnehmbar wäre: Ein amerikanischer Konzern kontrolliert den Großteil des russischen Erdöls, des wichtigsten Devisenbringers.«

Fazit: Meines Erachtens wollten die Oligarchen den Rohstoffreichtum Russlands an westliche Konzerne meistbietend verhöckern. Dafür brauchten sie mehr politische Macht. Mehr Freiheit, sagen sie, aber nur, um sich noch mehr zu bereichern. Dafür haben sie die Macht nicht bekommen. Putin hatte etwas dagegen.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Nun, als Gegengewicht zur fortschreitenden Verblödung (u.a. unseres Wirtschaftsministers Gabriel) sei in diesem Zusammenhang ein Text von Prof. Dr. Paul Craig Roberts ans Herz gelegt. Titel und Link dazu lauten:

Washington ist der größte Feind der Menschheit, KN vom 14.04.2014

Links: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/washington-ist-der-groesste-feind-der-menschheit>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_04_14_washington.htm

Zur Person von Roberts gibt der folgende Link Auskunft:

http://antikrieg.com/aktuell/2013_01_31_roberts_buch.htm

Roberts kommt zu dem betäublichen Ergebnis, dass es in den USA keine Demokratie, sondern blanke Tyrannei gibt. Am Ende des Textes heißt es:

„Die Eliten sind nur am Geld interessiert. Solange das System mehr Einkommen und Reichtum für die Eliten hervorbringt, ist es den Eliten scheißegal, ob es Tyrannei gibt oder was sonst mit dem Rest von uns geschieht.“

Ich fürchte, das, was Roberts über den Charakter der US-Eliten sagt, trifft auch auf unsere Eliten zu. Nur dass sie noch um einiges dämlicher sind.

Ich würde Roberts Text aufmerksam lesen und ernst nehmen. Wir können es uns nicht leisten, Menschen, die nicht unser Weltbild teilen, nicht zur Kenntnis zu nehmen. Dass das immer mehr geschieht, ist übrigens der tiefere Grund fortschreitender Verblödung. Die nimmt mittlerweile massive Ausmaße an, sagt Peter Scholl-Latour im Zusammenhang damit, wie die paralysierte veröffentlichte Meinung den Ukraine-Konflikt verarbeitet. Nämlich gar nicht ; er sagt:

„Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung.“

Und stellt dann ganz einfache Fragen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt, für die sich unsere Politiker ganz offensichtlich nicht die Spur interessieren:

»Ich frage mich, was sich die EU von einer Annäherung der Ukraine erhofft (...) Schon mit der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens haben sich die Kommissare in Brüssel übernommen. Käme nun noch die Republik von Kiew hinzu, (...) dann würde das aufgeblähte Territorium der fragilen Europäischen Union bis rund dreihundert Kilometer an jenes Schlachtfeld heranrücken, das unter dem Namen Stalingrad berühmt wurde. Haben die Deutschen jedes Gespür für die Tragik der eigenen Geschichte verloren?«

Das Zitat stammt aus einem Interview, das Ramon Schack mit Scholl-Latour führte in: Telepolis vom 09.03.2014

<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41168/1.html>

Ich sagte es schon in meinen Büchern Ende 2012 (vgl. Die Politisierung des Bürgers, 2.Teil, S. 33-45): die fahren die EU und den Euro gegen die Wand. Und sie schaffen es; weil sie dafür einfach nur dumm, arrogant, v.a. aber feige genug sind.

BB029 – Werden die USA die Welt in die Luft jagen?

Hamburg, 14.04.2014

Die Ereignisse spitzen sich in der Ukraine zu, liest man in der gleichgeschalteten veröffentlichten Meinung, so in der Spingerpresse z.B. bei Welt-Online; ein Link dazu lautet:

<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article126900723/Putin-schluckt-die-Ukraine-nach-russischen-Regeln.html>

Dort fragt Jörg Eigendorf: „Was soll der Westen tun?“ Und gibt sich die Antwort gleich selbst: Dem Westen bleibe »gar nichts anderes übrig, als mit dem Säbel zu rasseln.« Um dann ein Satz später hinzuzufügen: »Irgendwann muss aber das Gespräch folgen.«

Diese beiden Sätze muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Erst mit dem Säbel rasseln und dann miteinander reden wollen. Wie soll das gehen? Menschen, die so wenig in ihre verunglückten Aussagen hinein hören – mit denen kann man im Ernst „vernünftig“ nicht reden.

Man muss einmal mehr das Schlimmste befürchten – einen Bürgerkrieg in der Ukraine, den der Westen, so viel steht fest, mit seiner Isolationspolitik gegenüber Russland heraufbeschworen hat; mit Politikern, die nicht begreifen, dass „mit dem Säbel rasseln“ und „miteinander sprechen“ unvereinbar ist. Schon gemerkt? Wir werden tatsächlich von Verrückten regiert.

Denen jetzt – so viel mögen Verrückte noch merken – der Arsch dennoch auf Grundeis geht: Es wird immer wahrscheinlicher, dass wir syrische Verhältnisse in der Ukraine bekommen. Auch dort werden die Menschen solange aufeinander einschlagen, bis alles in Schutt und Asche liegt.

Und angesichts dieser bedrohlichen Lage fordert man Russland auf, seine Truppen von der Grenze zur Ukraine abzuziehen – warum? Mein Gott, nebenan droht ein Bürgerkrieg, aber um die eigenen Grenzen soll der Russe sich keine Sorgen machen. Der Westen versetzt sich aber auch nicht die Spur in die Lage der Russen hinein. Auch denen geht der Arsch auf Grundeis. Dem Westen inzwischen auch: der will nun vorsichtshalber reden; Russland lieber nicht als Feind betrachten; aber mit dem Säbel rasseln wollen sie dennoch. Die eigene Politik darf doch bislang nicht nur falsch gewesen sein. Davon abgesehen, sondert der Welt-Online-Text nur dummes Zeug ab: So wenn er behauptet, der Westen wolle der Ukraine mit Krediten helfen. Wie das funktioniert, kann man am Fall „Griechenland“ studieren.

Desweiteren bezieht man nicht für einen Augenblick die Möglichkeit ein, dass die russischen Separatisten, die gewiss auch keine friedliebenden Waisenknaben sind, von Russland völlig unabhängig agieren. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie „informell“ erwarten oder hoffen, der Russe möge sie mit Truppen unterstützen, wenn das blutige Chaos nur endlich losgeht.

Objektiv gesehen hat keine Seite ein Interesse an einem blutigen Bürgerkrieg. Die USA schon, mehr als die EU; denn die USA sind weit weg und wollen die EU wirtschaftlich schwächen, um die Schwäche ihrer eigenen Wirtschaft zu verbergen, die sich nur deshalb noch einigermaßen über Wasser hält, weil der Dollar immer noch als Welt-Leitwährung anerkannt ist. Dazu möchte ich einem Text von Paul Craig Roberts, einem Amerikaner, zitieren; er sagt unter anderem: ohne die Macht „des Dollars als Weltreservewährung“ würden die USA „ihre Rechnungen durch das Drucken von Geld“, sprich: „ihre aggressive militärische Haltung oder ihre Bestechungszahlungen an ausländische Regierung[en]“ nicht beibehalten können.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Paul Craig Roberts Schlussfolgerung: »Washington wäre einfach ein weiteres gescheitertes Imperium, dessen Bevölkerung kaum über die Runden kommt, während das eine Prozent der Megareichen mit 60m-Yachten und Füllhaltern um \$750.000 herumprotzt. Die Aristokratie und die Leibeigenen. Das ist es, wozu Amerika bereits geworden ist. Ein Rückfall in die Feudalzeit.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis allgemein erkannt wird, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ein gescheiterter Staat sind. Beten wir, dass diese Erkenntnis kommt, ehe die arroganten Bewohner Washingtons bei der Verfolgung ihrer Vorherrschaft über andere die Welt in die Luft jagen.«

Der Link zu Paul Craig Roberts Text lautet:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/obama-richtet-drohungen-russland-und-die-nato>

ergänzend den folgenden Text vom gleichen Autor:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/naht-das-ende-der-vereinigten-staaten-von-amerika-oder-das-ende-der-welt>

Mehr zur Person von Paul Craig Roberts finden Sie hier:

http://antikrieg.com/aktuell/2013_01_31_roberts_buch.htm

Wer heute in Deutschland immer noch glaubt, wir würden in der besten aller möglichen Welten, gar in einer friedliebenden Gesellschaft leben, mit vernünftigen Politikern, dem ist wohl nicht mehr zu helfen. So manch einer/eine aus meinem Tennisverein denkt bislang so; er/sie sollte sich die jüngste Entwicklung zu Herzen nehmen und zukünftig weniger Unsinn erzählen.

In der Hoffnung, dass dem so sein wird und wir uns aus unserer „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) befreien,

Ergänzenden Quellen zum Thema:

Peter Scholl-Latour über die Ukraine, die Krim, Russland und die Notwendigkeit für Europäer sich auf eigene Probleme zu konzentrieren - mit Alfred Schier im Dialog
Spezial am 08.03.2014

Youtube vom 11.03.2014

Link: <http://www.youtube.com/watch?v=zFymTguLxnM>

Diese Sendung in voller Länge:

<http://www.youtube.com/watch?v=YDr-WB2mDK8>

BB028 – Bemerkungen zur Jahrestagung der „Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie“ (GPPP e.V.)

Hamburg, 10.04.2014

Am letzten Wochenende, vom 04.04. - 06.04.2014, fand in St. Peter-Ording (übrigens mein Heimatort bis 1980) die Jahrestagung der GPPP statt („Gesellschaft für Psychohistorie und Politische Psychologie“ → psychohistorie.de). Dort war ich leider nur am Sonntag zugegen. Es ist das vierte mal, dass ich einen Kongress besuchen durfte, der überwiegend von Psychologen, Psychoanalytikern und Psychotherapeuten organisiert und durchgeführt worden ist und darf sagen: ich fühle mich in diesen Veranstaltungen immer wohler.

Das hat vielleicht einen Grund: Unter Psychologen, jedenfalls bei denen, die mir in den beiden Vereinen NGfP (ngfp.de) und GPPP begegnet sind, ist eine zunehmende Politisierung spürbar, eine solche, die Substanz aufweist. Fast möchte man meinen, man muss erst Psychologe/Analytiker werden, um sich (substanziell) zu politisieren oder so etwas wie Politisierung (zusammen mit anderen Menschen) erleben zu können.

Doch woran erkennt man Substanz? Was könnte vielleicht ein Kriterium dafür sein?

Wie schon auf den Kongressen der NGfP beeindruckte mich am Sonntag einmal mehr die lebenswürdige Atmosphäre, die nicht nur von den verantwortlichen Organisatoren, sondern genauso von der Beteiligung eines jeden einzelnen Besuchers oder Teilnehmers ausgestrahlt wurde. Wärme, würde Bernd Nielsen, der 1. Vorsitzende der GPPP vielleicht sagen.

Von dieser habe der bekannte (Kur-)Ort St. Peter-Ording sehr viel, wenn nicht alles eingebüßt; er sei zum (neoliberalen) Geschäftsmodell (für den Tourismus) verkommen, wie Bernd Nielsen in seinem Vortrag zur Gentrifizierung von St. Peter-Ording sinngemäß anmerkte. Selbst geschaffene „lokale Kunstwerke“ seien vielleicht ein Mittel, lokale Wärme und Bindungen wieder zu beleben, bzw. den Ort sich wieder anzueignen – nicht so sehr für Touristen, sondern vornehmlich für die, die dort arbeiten und wohnen, schon immer gewohnt haben, über mehrere Generationen, wie das bei Bernd Nielsen der Fall ist. Leider können sich ausgerechnet die, die im und für den Ort arbeiten, denselben nicht mehr leisten.

Ich bin allerdings skeptisch, dass eine Wiederbelebung/-aneignung des Ortes gelingen kann. Auch bin ich, anders als Thomas Rudek in seinem Vortrag, skeptisch, dass eine Demokratisierung der Gesellschaft, bzw. „mehr Demokratie als bisher (wagen)“ über welche Formen der direkten Demokratie auch immer (v.a. Volksentscheide mit Gesetzes-Wirksamkeit) möglich ist.

Ich glaube, sie ist nicht möglich, solange die Kapitalverwertung (auf der Basis von Mehrwertproduktion) die Politik und damit uns regiert. Sie regiert bis in das Leben des Hartz-IV-Abhängigen hinein, der es sich gefallen lassen muss, dass Menschen in den Entwicklungsländern (siehe Bangladesch) unter Lebensgefahr ihn möglichst preiswert einkleiden. Um das zu ermessen, bedarf es m.E. einer Analyse und Rekonstruktion des von Marx geprägten (Mehr-)Wertbegriffs.

Die Pointe eines solchen von Marx geprägten Ansatzes besteht darin, dass er sich nicht neoliberal vereinnahmen (neutralisieren) lässt. Zumal er es nicht nötig hat, jenen grausamen Zusammenhang, demzufolge der Hartz-IV-Abhängige sich vom Blut der Menschen aus Bangladesch ernährt, zu „verleugnen“ – würde vielleicht Klaus-Jürgen Bruder seinen Vortrag ergänzen, der sich mit dem überaus komplexen Phänomen der Verleugnung beschäftigt. Eine Frage dazu aus dem Plenum lautete: „wie viel Wahrheit verträgt der Mensch“ (Nietzsche). Bei weitem zu wenig, fürchte ich, so dass z.B. jener

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

grausame Hartz-IV-Zusammenhang verleugnet werden muss. Damit das gelingt, lässt man uns, so Bruder wörtlich, ein wenig „Demokratie spielen“ (simulieren).

Was heißt das? Nun, wir dürfen unsere Meinung sagen, uns gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft engagieren, so wie Thomas Rudek in seinem Vortrag. Ich denke dem gegenüber eher, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der Demokratie lediglich „simuliert wird“ (Bruder); ich würde vermutlich in seinem Sinne ergänzen: simuliert werden muss, damit Institutionen eines vergeblichen, resp. wirkungslosen politischen Engagements wachsen können.

Ich glaube, das politische Engagement muss solange wirkungslos oder kopflos bleiben, solange die Analyse sozial-ökonomischer Strukturen nicht zureichend an der Analyse und Rekonstruktion des Marx'schen (Mehr-)Wert-Begriffs ansetzt. Zu diesem Ergebnis komme ich jedenfalls in meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“.

Meine These, die aus dem Plenum von einem Teilnehmer mit dem Stichwort „Feudalismus, Feudalisierung“ auch angedeutet wurde:

Der Kapitalismus bedarf einer (Re-)Feudalisierung sozialer Strukturen über die Institutionalisierung vergeblichen oder kopflosen politischen Engagements. Der Kapitalismus braucht Institutionen, gleichsam Erbhöfe des Besitzes insbesondere für die Wirtschaftsführer, ihre politischen Eliten und Vasallen (Klaqueure).

Er braucht Erbhöfe, um Einkommensströme auf eine pseudo-rationale Weise in die Taschen der privilegierten Eliten zu lenken, für Menschen, die von sich sagen können: ich kriege, im Unterschied zum Hartz-IV-Abhängigen, meinen Arsch hoch, es sei denn, das böse (politische) System verschwört sich gegen mich. Ja, ja, das Böse ist immer und überall – gegen mich, weil ich für das System gefährlich bin. Tatsächlich? – weil das System es behauptet? – mich verfolgt und behindert? Es ist schon bemerkenswert, wie der Begriff des „Bösen“ sich gegen ein zureichendes politisches Engagement (eine zureichende, zuende gedachte Analyse) instrumentalisieren lässt.

Kurzum: der Kapitalismus braucht längst unser kritisches Engagements, auch das eines Thomas Rudek in seinem Kampf für „mehr Demokratie wagen“, um sein Werk auf grausame Weise gegen uns alle zu optimieren.

Desweiteren braucht der Kapitalismus sinnlose Institutionen, schlimmer: sinnlose Produktionen, z.B. „Stuttgart-21“, aber auch solche, die sich im Ort St. Peter-Ording zuhauf finden lassen, die jede Lebendigkeit im Ort verdrängen; so lese ich Bernd Nielsens Vortrag.

Er braucht sie, meine These ergänzend, ganz generell, um uns allen eine Mehrwertproduktion aufzuzwingen, die es heute in einer Zeit nicht mehr kontrollierbarer Staatsverschuldung gar nicht mehr „real“ gibt und deshalb (im Endstadium des Kapitalismus) zwingend (über noch mehr Schulden) „simuliert“ werden muss, flankiert von Unsinnproduktionen, die v.a. die Einkommensströme der sogenannten Leistungseliten absichern, in ein Licht von Rationalität tauchen sollen - dies mit tatkräftiger Unterstützung der Partei "Die Linke". Mit dieser Partei bin ich durch, ohne dabei aber das Engagement des einzelnen Partei-Mitglieds diskriminieren zu wollen.

Das alles behandle ich in „Die Politisierung des Bürgers“ etwas ausführlicher, ganz wichtig: auch unter psychoanalytischem Aspekt, das Innenleben einbeziehend; und ich konnte das – natürlich – im Plenum nicht alles ansprechen; aber die Veranstaltung hat mich zu diesem kleinen Text angeregt. Mehr kann man nicht erwarten. Es muss ohnehin weiter diskutiert werden. Dafür müssen möglichst viele Zeichen (Symbole) gesetzt werden. Die Menschen wollen das. Und sie brauchen es.

BB027 – Psychoanalyse und intersubjektiver Kontext (Kontextualisierung)

Hamburg, 02.04.2014

Liebe FreundeInnen des politischen Engagements,

ich möchte im Zusammenhang mit dem Begriff der Kontextualisierung

(vgl. www.film-und-politik.de/BB-020.pdf)

einen weiteren psychoanalytischen Autor, Sándor Ferenczi, vorstellen, der zusammen mit Freud und Jung zur Gründertriade der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung gehörte (1910).

Man kann – ohne allzu sehr zu übertreiben – sagen: sie waren die Hohenpriester der Psychoanalyse mit Gott-Vater Freud an der Spitze (einer Ur-Horde, wie er sich ausdrückte), um den sich die älteren Söhne, Jung und Ferenczi, versammelten und wiederum darunter die jüngeren bis ganz jungen Geschwister herum sich tummelten. Zuweilen ungezogen, benötigen diese die harte Hand eines Vaters; andernfalls psychoanalytische Beiträge tumultartig aus dem Ruder laufen könnten, dabei die wissenschaftliche Reputation in Gefahr geriete.

Nachdem Jung, der Dauphin der psychoanalytischen Bewegung, der Bannfluch Freuds traf (noch vor dem 1. Weltkrieg), verabschiedete sich 1932 auch S. Ferenczi aus jener einstigen Triade, und zwar mit einem Vortrag kurz vor seinem Tod, so dass ihn die volle Wucht der Freud'schen Exkommunikation nicht mehr erreichte.

Unter diesem Zerwürfnis litt Freud bis zu seinem Lebensende; Jahre später kam das in seiner Spätschrift „Die endlich und die unendliche Analyse“ spürbar depressiv zum Ausdruck. Der Link dazu lautet:

<http://gutenberg.spiegel.de/buch/920/1>

Der Vortrag von Ferenczi wurde 1933 in der von Freud herausgegebenen „Internationalen Zeitschrift für Psychoanalyse“ veröffentlicht, wiewohl er in wesentlichen Punkten der Freud'schen Theorie widersprach. Titel und Link zu diesem kurzen Aufsatz lauten:

(L1) Sándor Ferenczi, Sprachverwirrung zwischen dem Erwachsenen und dem Kind, in: Internationale Zeitschrift für Psychoanalyse, Bd.19, 1933

Link: <http://www.gassenhuber.de/kontingenz/materialien/FerencziVerwirrung.pdf>

Um den Konflikt zu illustrieren, seien zwei weitere kurze Texte nahegelegt, die das schwierige Verhältnis zwischen Freud und Ferenczi anhand ihres Briefwechsels beschreiben. Titel und Link lauten:

(L2) Ludger Lütkehaus, Der Vater und sein verlorener Sohn. Freud und Ferenczi: Zum Abschluss der Briefedition, literaturkritik.de vom 06.01.2006

Link: http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=8990

(L3) Bernd Nitzschke, Sachbuch: Der Herr Professor und sein lieber Sohn. Der Briefwechsel zwischen Sigmund Freud und Sándor Ferenczi liegt nun vollständig vor

Link: <http://www.zeit.de/2005/14/ST-Freud/komplettansicht>

Ergänzend dazu ausführlicher:

http://www.m-ermann.de/mediapool/87/874254/data/2010_Ms_Nuernberg_IPV_Ferenczi_Forum_Psa.pdf

Ich sympathisiere aus zwei Gründen mit Ferenczi :

- 1.) Er legte den Akzent zum Ärger von Freud wieder mehr auf die Verführungs- und Missbrauchstheorie, also auf tatsächlich erlebte (und nicht nur fantasierte) Gewalt der Analysanden. Das legen heute die mittlerweile massenhaft offengelegten Fälle sexuellen Missbrauchs insbesondere in kirchlichen Institutionen nahe.
- 2.) Ferenczi beschrieb in seinem Vortrag desweiteren das Verhältnis zwischen Analytiker und Analysand nicht nur als schwierig, sondern darüber hinaus als eines, in dem der

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Analytiker beständig Gefahr läuft, den Analysanden für eigene emotionale Zwecke zu missbrauchen.

Analytiker und Analysand sollten sich deshalb, so Ferenczi, mehr im intersubjektiven Kontext – sprich: in einer mutuellen Analyse – begegnen. Habe der Analysand doch nicht selten ein feines Gespür dafür, was in der analytischen Therapie falsch laufe, freilich ohne sein Gespür immer „richtig“ zum Ausdruck bringen zu können. Dieses Gespür müsse man sehr ernst nehmen.

Solche Töne waren nicht im Sinne Freuds. In (L3) heißt es.:

„Das Konzept einer ‚mutuellen‘, wechselseitigen Analyse verstieß massiv gegen die bisher geübte Rollenverteilung im analytischen Setting. Und als Ferenczi auch noch dazu überging, die Grundregel der analytischen Abstinenz zu verletzen, indem er körperliche Kontakte, selbst Küsse der Patientinnen zuließ, war für Freud die Grenze des Tolerierbaren erreicht.“ Ja, ja – die berühmte Distanz.

Ich denke, Analyse wird überall dort betrieben, wo Menschen in einem sprachgestützten intersubjektiven Kontext in Verbindung zueinander treten (Stichwort: Kontextualisierung); in „Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe“ heißt es denn auch bezugnehmend auf die Romanserie „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ (Marcel Proust):

»Der Sozius der *Recherche* zerlegt (analysiert) und rekonstruiert denn auch unaufhörlich, wenn er interagiert. Dies gilt es als intakten Produktionsprozess sozialer Strukturen zu bewahren oder herzustellen, vielleicht einen solchen quasi-therapeutisch freizulegen, wo er zerstört oder verschüttet worden ist. So was könnte man dann unabhängig davon, ob eine strafbare Handlung vorliegt, auch ‚Resozialisierung‘ nennen. Ja, und ungeachtet dessen, dass die äußeren Dinge primär sind, hat ein solcher Vorgang seinen Ausgangspunkt immer aus dem Innenleben heraus – gefühlsgesteuert: hier stimmt was nicht, mir geht’s schlecht; hier muss was geschehen. Doch was und wie? Fragen über Fragen (...).«

Warum sollte das in der analytischen Kur so viel anders sein als in der alltäglichen sozialen Praxis? Ich glaube Ferenczi hat recht: das „richtige Gespür“ der Therapeuten (nicht nur für die therapeutische Situation) lässt nicht selten arg zu wünschen übrig.

BB026 – Ukraine/Krim-Krise: werden wir von egomanen Stümpfern regiert?

Hamburg, 22.03.2014

Die LeserInnen mögen es mir nachsehen, dass sie schon wieder einen Brief von mir erhalten; aber die politischen Ereignisse im Zusammenhang mit der Ukraine/Krim-Krise nehmen mittlerweile auch für das politisch weniger engagierte Gemüt bedrohliche Züge an. Das Bedrohliche drängt sich massiv auf: Verdrängen oder verleugnen ist immer weniger möglich. Zwei Texte illustrieren das eindrucksvoll:

(T1) Ein fataler Tabubruch, german-foreign-policy vom 21.03.2014

Link: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58829>

(T2) Hannah Beitzer, Ukrainische Partei Swoboda: Klitschkos rechte Hand, SZ vom 07.02.2014

Link: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukrainische-partei-swoboda-klitschkos-rechte-hand-1.1881049>

(T1) illustriert, um es freundlich zu sagen, die ganze Naivität oder Uninformiertheit der Politik, so die unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier. Gefährlich wird es, wenn Naivität zur Grundlage eines politischen Handelns wird und Fakten, resp. vollendete Tatsachen schafft. Der folgende Auszug aus T1 zeigt dies überdeutlich: Unter der Überschrift „Schon mehr als einmal schief gegangen“ heißt es:

»Vor einigen Tagen hat sich der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) in deutlicher Weise über die Swoboda-Partei geäußert, die der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) am 20. Februar mit einem demonstrativen gemeinsamen Auftritt vor der Weltöffentlichkeit zur auch international hoffähigen Kooperationspartnerin aufwertete (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Es sei ein fataler "Tabubruch" gewesen, "richtige Faschisten in eine Regierung zu lassen", erklärt Verheugen: 'Die Sache mit der Einbindung von radikalen Kräften ist in der europäischen Geschichte schon mehr als einmal ganz, ganz furchtbar schief gegangen. Das sollten wir nicht vergessen.'<«

Mehr zur Swoboda-Partei findet man in (T2).

Grausam: es steht zu befürchten, dass in der Politik ganz generell eine furchtbare uninformiert-naive Unbefangenheit vorherrscht, Politik zu inszenieren, vollendete Tatsachen zu schaffen (wenn man sie denn nicht verbrecherisch nennen will). Es ist nicht einsehbar, dass diese gemeingefährliche Naivität sich nur auf die Außenpolitik bezieht, sondern nicht weniger auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Kurzum: Wir werden sehr wahrscheinlich von Stümpfern regiert.

PS:

Ein fataler Tabubruch, vom german-foreign-policy vom 21.03.2014

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) - Parlamentarier der neuen, mit deutscher Hilfe an die Macht gebrachten ukrainischen Regierung rufen mit Überfällen auf Fernsehredaktionen massive Proteste hervor. Bereits am Dienstag abend waren Abgeordnete der Partei Swoboda ins Büro des Direktors des staatlichen Fernsehsenders NTKU gestürmt und hatten ihn unter Schlägen und Beleidigungen zum Rücktritt gezwungen. Ähnliches war tags zuvor in Tschernihiw geschehen. Die Attacken haben in Kiew zu empörten Protesten dutzender Journalisten geführt und die OSZE-Beauftragte für die Medienfreiheit auf den Plan gerufen. Sie entsprechen der Swoboda-Programmatik, die vorsieht, sämtlichen Medien die Lizenz zu entziehen, die "anti-ukrainische Propaganda verbreiten". Das Parteiprogramm fordert zudem, den Gründungstag der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) zum nationalen Feiertag zu erheben. Die UPA beteiligte sich am Massenmord an ukrainischen Juden und massakrierte zudem zehntausende Polen; Schätzungen beziffern ihre Opfer mit um die 100.000 Menschen. Deutsche Medien attestieren der Partei, die der deutsche Außenminister international hoffähig gemacht hat, keine "faschistische", sondern eine höchstens "nationalistische" Partei zu sein; ihr Anführer Oleh Tiahnybok habe sie, behauptet eine bekannte Tageszeitung, "aus dem rechten Sumpf herausgeführt".

weiter auf: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58829>

BB025 – Abschaffung der Hartz IV Sanktionen: Inge Hannemann vor dem Petitionsausschuss

Hamburg, 20.03.2014

Am 17.03.2014 stand Inge Hannemann vor dem Petitionsausschuss des Bundestages Rede und Antwort. Es ging um die Forderung, die Hartz-IV-Sanktionen gegen Arbeitslose und Arbeitssuchende ersatzlos zu streichen.

Wer ein Teil ihrer Ausführungen hören möchte, kann es unter dem folgenden Link:
<https://www.youtube.com/watch?v=emaP5ANF7oM>

Ich habe die ganze Sitzung live miterlebt und muss sagen: Inge Hannemann hat sich hervorragend geschlagen. Sie wirkte auf mich sehr anrührend. Wenn es denn soziale Kompetenz in unserer Gesellschaft gibt, so wird man sie jedenfalls in unseren politischen Institutionen: bei Politikern, kaum finden. Das zeigte die Sitzung eindrucksvoll.

Inge Hannemanns zentrale, überaus gut begründete These lautet:
Sanktionen sind mit der Wahrung der menschlichen Würde unvereinbar und zwar unter allen Umständen. Vor allem hat mir gefallen, was sie über den Erziehungsbegriff sagte:

Der Staat dürfe sich mithilfe von Sanktionen eine Erziehungsfunktion gegenüber Erwachsenen nicht anmaßen; das stünde ihm unter keinen Umständen zu. Wenn Eltern ihren Kindern Fernsehverbot auferlegten, so würden sie ihrer Kinder dennoch in ihrer Existenz nicht bedrohen. Sie bekämen weiterhin zu essen und müssten Obdachlosigkeit nicht fürchten. Ganz anders Hartz-IV-Abhängige, wenn ihnen Sanktionen auferlegt würden.

Das kapiert kein Politiker. Überhaupt denken immer noch zu viele privilegierte Menschen in behavioristischen Erziehungskategorien; sie glauben, sie selbst hätten sich ihre Vorzugsbehandlung verdient durch das, was sie tagtäglich leisten. Weil sie ihren Arsch hochkriegen.

Doch was hat die Gesellschaft davon, wenn Banker oder Rüstungsproduzenten, Politiker oder Soldaten, etc. tagtäglich ihren Arsch hochkriegen? Ich möchte weitergehend mit Adorno die These aufstellen:

„Es gibt kein richtiges Leben im Falschen.“

Und ergänzend dazu:

„Das Ganze ist das Unwahre.“

Zu Ende gedacht, bedeutet das, bezogen auf unser Problem: keiner hat das verdient (vor allem kein privilegiertes Leben), was er in diesem verbrecherischen "System", dem Kapitalismus, tut oder leistet; es gibt im Kapitalismus (dem Ganzen) kein verdienstvolles Leben.

Schlimmer: Wir werden dafür bezahlt, unsere Überlebensgrundlagen zu zerstören, v.a. weil wir es ablehnen, das kapitalistische Wirtschafts- und Sozial-System abzuschaffen. Es ist bedauerlich, dass fast alle Politiker das nicht kapierten; "Die Linke" eingeschlossen.

Was den System-Begriff (das Ganze) angeht, so möchte ich auszugsweise wenigstens andeuten, wie ich ihn in meinem Buch („Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe“, S. 172f) verwende. Dort heißt es u.a.:

»(...) Aber auch dort, wo vom System die Rede ist, wird es nicht hinreichend befragt, zum Beispiel von Hans-Werner Sinn, dem Chef des Ifo-Instituts: Eindringlich wies er darauf hin, dass wir es bei der Kreditkrise nicht mit einem moralischen Problem, für das man

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Manager als Sündenböcke verantwortlich machen könne, zu tun hätten, sondern mit einem Systemproblem.

Ein wahres Wort, wohl wahr. Doch was macht er daraus? Er leitet daraus eine (Lohn-)Forderung ab – nicht nach höheren Löhnen wie “Die Linken” und Gewerkschaften, sondern nicht weniger einfältig und überdies vollkommen zynisch: nach sinkenden Löhnen vor allem für Arbeitsplätze, die keine oder nur geringe Qualifikationen voraussetzen.

Beide Seiten unterschlagen, dass die Forderung als solche nicht für sich allein, sondern grundsätzlich im Kontext von Theoriekonstrukten existiert. Fragt sich nur, wie diese aussehen, ob sie zur Sprache kommen oder nicht einfach nur implizit und uneingestanden mitschwingen, dann nämlich, wenn sie als unproblematisch vorausgesetzt werden, das heißt, keinesfalls zur Disposition stehen dürfen und daher in den Analysen nicht explizit zu Ende gedacht werden, zum Beispiel, wenn zur höheren Ehre des Systems die Würde des Menschen unter die Räder gerät. Damit gerönne die Systemkrise zu einem moralischen Problem. In diesem Fall ginge es nicht mehr nur um mehr oder weniger Lohn, sondern das System selbst stünde womöglich zur Disposition.

Hier beginnen die Denkverbote der Linken. Aber auch Hans-Werner Sinn weiß als gut versorgter Professor nicht, wovon er spricht, wenn er das Wort “System” im Kontext von Analyse in den Mund nimmt.

Wir möchten es mal so ausdrücken: die Reichweite der (Lohn-)Forderung in die gesellschaftlichen Strukturen hinein ist viel zu gering; sie existiert als Vorstellung über eine Welt, die sich an eben dieser Welt, der sozialen Praxis, nicht bricht, um nicht zu sagen, sie existiert als Vorstellung, dass der nächste Tag immer so ist wie der gegenwärtige, das heißt, unser soziales und wirtschaftliches Gefüge, also das System-Ganze, ist schon irgendwie in Ordnung, wenn – ja, wenn der Bürger sich nur zu benehmen verstünde, nicht zu gierig wäre, wenn der Hartz-IV-Abhängige nur endlich seinen Arsch hoch bekäme (...)«

BB024 – Nachtrag zum Symposium „Trommeln für den Krieg“

Hamburg, 14.03.2014

Ich möchte den interessierten Lesern eine zusätzliche Meinung zum Thema „Krieg und Frieden (Trommeln für den Krieg)“ zur Kenntnis geben, zusätzlich zu meiner doch eher zahmen Meinung, die ich vor einigen Tagen in Umlauf gebracht habe (siehe hier).

Es geht um einen Text von Prof. Dr. Paul Craig Roberts, einem US-Amerikaner.

Mehr zu seiner Person finden Sie unter dem folgenden Link:

http://antikrieg.com/archiv_paulroberts.htm

Paul Craig Roberts ist also nicht irgendwer; er war ein "hohes Tier" in der Reagan-Administration (ab 1981). Umso erfreulicher, dass er sich einer deutlicheren Sprache bedient, als dies z.B. auf dem Symposium geschehen ist. Sein Text beginnt wie folgt:

»Die deutsche Kanzlerin hat gegenüber ihrem Land, gegenüber Europa und gegenüber dem Frieden auf der Welt versagt. Deutschland ist die Stärke der EU und der NATO. Hätte Merkel „Nein“ zu Sanktionen gegenüber Russland gesagt, so wäre das das Ende der Krise gewesen, die Washington zusammenbraut, einer Krise, die kaum zu Ende gehen dürfte, ohne dass es zu einem Krieg kommt.

Aber Merkel hat die Souveränität des deutschen Staates abgetreten und das Schicksal Deutschlands als einer Provinz im amerikanischen Weltreich besiegelt. Dadurch haben Merkel und die deutsche Führung die Welt dem Krieg ausgeliefert. Nachdem ihm bereits die Schuld am Ersten und am Zweiten Weltkrieg zugeschoben wurde, wird Deutschland jetzt auch für den Dritten Weltkrieg verantwortlich gemacht werden.

Washingtons vermurkster ukrainischer Staatstreicher hat Washington die Krim gekostet, auf die Washington es in erster Linie abgesehen hatte, um Russland seiner ganzjährig nutzbaren Marineanlagen am Schwarzen Meer zu berauben. Zusätzlich droht der vermurkste Sturz einer gewählten Regierung in der Ukraine auch den Verlust der russischen Städte der östlichen Ukraine mit sich zu bringen. Wie die Krim besteht die östliche Ukraine aus ehemals russischen Gebieten, die Chruschtschow in den 1950ern der Ukraine angeschlossen hat.«

Nun, Paul Roberts wird noch deutlicher. Wie deutlich, erfahren Sie unter den folgenden Links:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/das-versagen-der-deutschen-fuehrung-merkel-prostituiert-sich-fuer-washington>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_14_dasversagen.htm

Ich würde sehr raten, Paul Roberts Sicht auf die Welt ernst zu nehmen, auch wenn seine Deutlichkeit fürs obrigkeitsstaatliche deutsche (sich-wohl-fühl-wollen-)Gemüt zuweilen befremdlich, vielleicht sogar weltfremd wirkt. Ich jedenfalls nehme ihn sehr ernst.

PS:

Gerade erhalte ich von Klaus-Jürgen Bruder eine Mail, die einen offenen Brief von Willy Wimmer enthält, der Stellung bezieht zum Ukraine/Krim-Konflikt.

Zur Person von Willy Wimmer:

CDU-Mitglied, Staatssekretär des Bundesministers der Verteidigung a.D. (unter Kohl)

Mitglied des Deutschen Bundestages von 1976–2009.

Mehr unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Willy_Wimmer

Der Link zu Wimmers Brief lautet: <http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=1744>

Ich möchte an dieser Stelle nur die folgenden Zeilen aus seinem Brief zitieren:

»Es ist in hohem Masse bedauerlich, dass in Westeuropa die Medien auf die krisenhafte Entwicklung so reagieren, als wären sie gleichgeschaltet und unterstünden amerikanischem Oberbefehl. [...]

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

In der letzten Woche drohten die Flammen des Maidan in Kiew auf die ganze Ukraine überzugreifen. Eine im Bürgerkrieg versinkende Ukraine hätte ganz Europa mit in den Untergang gerissen. Diese Gefahr ist immer noch nicht vom Tisch, weil die wirtschaftlichen Gefahren erst noch auf alle zukommen.

Das besonnene und deutliche Auftreten der russischen Regierung unter Präsident Putin hat Europa und der Welt eine Chance gegeben, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zu erhalten und uns vor dem Furor eines Bürgerkrieges in der Ukraine zu bewahren.«

BB023 – Kurze Stellungnahme zum Symposium *Trommeln für den Krieg*
Hamburg, 13.03.2014

Am 7./8. März 2014 fand an der Freien Universität Berlin an Symposium der NGfP statt unter der Überschrift „Trommeln für den Krieg“.

Näheres zum NGfP-Symposium erfahren sie unter den Links:

www.NGfP.de

<http://www.ngfp.de/2014/01/symposium-der-ngfp-trommeln-fur-den-krieg-am-7-8-marz-2014/>

<http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2014/01/NGfP-Symposium-2014-Programm-II.pdf>

Ich war an einem Tag – am Samstag, den 8.03. – zugegen und habe die 300 km von Hamburg nach Berlin zu keinem Zeitpunkt bereut. Dafür gab es v.a. einen Grund: Es wurde kontrovers über die einzelnen Vorträge diskutiert, ohne den einen oder anderen Vortragenden oder Diskussionsbeitrag herabwürdigend zu behandeln. Ich habe aber auch sehr vielen liebenswürdigen Menschen die Hand geben dürfen.

So kannte ich es bislang in keiner politischen Organisation oder Institution. Das mag daran liegen, dass insbesondere Institutionen, die für die politische Willensbildung, heute muss man wohl sagen: wachsende Verblödung, verantwortlich zeichnen, im wesentlichen den Karriere-Interessen ihrer Repräsentanten dienen, also weit entfernt sind, für den Bürger da zu sein. Dem kann sich kaum einer entziehen, der in ihnen „erfolgreich“ wirken möchten.

Ich fürchte, das eine: Karriere-Interesse, befördert das andere: Verblödung und umgekehrt. Dass dem so ist, konnten wir bei den Grünen erfahren; und mit der Partei „Die Linke“ werden wir die Erfahrungen noch einmal durchdeklinieren. Das ist jetzt schon absehbar:

Der systemaffirmative Reformflügel der Partei „Die Linke“ wird sich durchsetzen; er wird, wie früher Ex-Außenminister Fischer 1998, Regierungsfähigkeit beweisen wollen, also letztlich auch Kriegseinsätze mittragen, während heute sogenannte systemkritische Fundamentalisten dagegen noch ein bisschen rumquengeln, anstatt sich um eine tragfähige Theorie für ein alternatives Gesellschaftskonzept zu bemühen.

Und sie werden spätestens dann Kriegseinsätzen zustimmen, wenn es auch für sie um Regierungsbeteiligung auf Bundesebene geht; sie werden selbstverständlich bei der Verteilung von Pfründen nicht zu kurz kommen wollen; ihren Rüssel auch mal in die Honigtöpfe der Regierungsbeteiligung halten, v.a. kräftig mitsaugen wollen.

Um es auf den Punkt zu bringen: aus meiner Sicht standen sich auf dem Symposium zwei Meinungen gegenüber: die einen haben Vertrauen in die Institutionen, in denen sie aus m.E. so durchsichtigen wie uneingestanden (Karriere-)Interessen mitmischen wollen, die anderen, auch ich, bringen den Institutionen nur wenig Vertrauen gegenüber.

Ich denke, die Beweislast, dass man sich dem Allgemeininteresse und nicht besonderen (Karriere-)Interesse verpflichtet fühlt, liegt eindeutig bei dem, der sich politisch einbringt. Diese Nachricht hat sich bei den Institutionen leider noch nicht herumgesprochen.

PS:

Ich möchte den interessierten LeserInnen ergänzend zum Thema einige Texte zur Kenntnis geben, u.a. von US-Amerikanern verfasst, die früher eine Rolle in US-Regierungsadministrationen haben und heute noch friedenspolitisch engagiert sind (Paul Craig Roberts, Robert Blum, Jonathan Turley)

Texte und zugehörige Links:

TUJ-DGG: Jonathan Turley, Das Große Geld hinter dem Krieg: der militärisch-industrielle Komplex. Mehr als 50 Jahre nach Präsident Eisenhowers Warnung befinden sich die Amerikaner in fortwährendem Krieg, antikriegs.com vom 11.01.2014
Jonathan Turley ist Professor für Öffentliches Recht an der George Washington-Universität

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_01_14_dasgrosse.htm

KNW-008: Glen Ford, Obamas Krieg gegen die Zivilisation, KN vom 05.03.2014

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/obamas-krieg-gegen-die-zivilisation>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_01_obamas.htm

KNW-009: Paul Craig Roberts, Washingtons Arroganz, Überheblichkeit und Börsartigkeit haben die Bühne für den Krieg bereitet, KN vom 06.03.2014

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/washingtons-arroganz-ueberheblichkeit-und-boesartigkeit-haben-die-buehne-fuer-den-krieg-bereitet>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_03_washingtons.htm

KNW-010: Wilfried Kahrs, EU will 11 Mrd. Euro für Faschisten und Scharfschützen locker machen, KN vom 06.03.2014

Links:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/eu-will-11-mrd-euro-fuer-faschisten-und-scharfschuetzen-locker-machen>

<http://qpress.de/2014/03/05/eu-11-mrd-euro-fuer-faschisten-und-scharfschuetzen-locker-machen/>

KNW-011: Paul Craig Roberts, Obama kommt heraus gegen Selbstbestimmung, KN vom 08.03.2014

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/obama-kommt-heraus-gegen-selbstbestimmung>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_08_obama.htm

KNW-012: William Blum, Scheinheiligkeit dieser Größenordnung verdient Respekt!, KN vom 13.03.2014; siehe auch: TUJ-DGG

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/scheinheiligkeit-dieser-groessenordnung-verdient-respekt>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_09_scheinheiligkeit.htm

BAA-PUL: Alexander Bahar, Pulverfass Asien: Droht ein neuer "Großer Krieg"?

Telepolis vom 15.03.2014

<http://www.heise.de/tp/artikel/41/41238/1.html>

ESC-TMO: Christian Esch, Telefonat Julia Timoschenko: Timoschenko:

Mitschnitt ist echt, fr-online vom 25.03.2014

<http://www.fr-online.de/ukraine/telefonat-julia-timoschenko-timoschenko--mitschnitt-ist-echt.26429068,26656272.html>

<http://web.de/magazine/nachrichten/ausland/ukraine-krise/18748094-ukraine-ticker-julia-timoschenko-wladimir-putin-krim-krise.html>

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB022 – Trommeln für den Krieg

von Franz Witsch

Ich möchte den interessierten LeserInnen noch einmal eine Veranstaltung der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP.de) nahelegen. Sie findet noch in dieser Woche, am Freitag und Samstag, den 7. und 8. März, statt unter der Überschrift „Trommeln für den Krieg“.

Ort der Veranstaltung ist das Seminarzentrum der Freien Universität Berlin, in der Silberlaube (Erdgeschoss): Otto-von-Simson-Str. 26, 14195 Berlin-Dahlem.

Es ist eine Veranstaltung (Symposium) zur Vorbereitung des NGfP-Kongresses im Frühjahr 1915. Ich denke, dem Thema kommt eine gespenstige Aktualität angesichts des weltweiten Konfliktes um die Ukraine zu.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen Text zur Kenntnis geben, der die USA als Kriegstreiber unter dem Deckmantel humanitärer Kriege kritisiert.

Die Links zum Text lauten:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/obamas-krieg-gegen-die-zivilisation>

http://www.antikrieg.com/aktuell/2014_03_01_obamas.htm

Ich möchte den kurzen Text wie folgt interpretieren:

Die USA beschwören eine so komplizierte wie gefährliche politische Lage herauf, wie es sie im Vorfeld des Ersten Weltkriegs gab - wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen.

Während früher z.B. die Deutschen den Krieg ohne ihre unerträgliche Nibelungentreue zu Österreich hätten verhindern können, setzen die USA heute auf eine, ich würde sagen: Strategie „humanitärer Nadelstiche“, die einen politisch zu dominierenden Gegner solange provozieren, bis er schließlich, völlig zermürbt, „ausrastet“, wie jetzt die Russen auf der Krim, und sich aus der Sicht des Westens dadurch ins Unrecht setzt.

Das passiert heute mit Russland seit 20 Jahren - in wachsendem Maße seit der Wiedervereinigung, als die UDSSR auf ihre Hoheitsrechte in Bezug auf die Ostblock-Staaten verzichteten, allerdings unter der Bedingung, dass sie der Nato fernbleiben würden.

Nichts davon ist bislang geschehen. Mittlerweile möchte sich die Nato bis zur Ukraine vorschieben. Das scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Warum macht der Westen das? Natürlich - damit der Russe quietscht und ausrastet, sich ins Unrecht setzt.

Das Schlimme: solche Zusammenhänge sind dem Amerikaner (nicht allen) fremd. Er verweigert sich hartnäckig einer Analyse, die seine eigene Person einbezieht. Wie ein psychisch Kranker, der glaubt, er sei gesund. So dass er bald überhaupt nicht mehr in der Lage ist, sich in die Perspektive eines Anderen hineinzusetzen, also ohne realen Weltbezug ist. Dann ist der Andere im Grunde kein Mensch mehr, eben wenn er nicht tickt wie man selbst. Dann muss man ihn auch nicht wie einen Menschen behandeln. Zumal er die Welt gefährdet, die nun mal so zu sein hat, wie der Amerikaner sie sich (in seiner Fantasie) vorstellt (Identität von Innen und Außen).

Eine solche Mentalität: die Welt ist so, wie ich sie mir vorstelle, ist gemeingefährlich, im Grunde krank, zu der es, denke ich, eines psychoanalytischen Zugangs bedarf. Dieser gelingt über die Analyse der Außenwelt. Wir müssen erkennen, dass wir es mit kranken sozial-ökonomischen Strukturen zu tun haben, was dann - und hier setzt Psychoanalyse ein: nicht ohne Folgen für die Psyche des Einzelnen bleibt. Die Psychoanalyse fragt

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

zentral: was läuft schief auf dem Weg des Gefühls zur Moral. Ich sage: der Bezug zur externen Moral (zu den externen Strukturen des alltäglichen Nahbereichs) darf nicht nachhaltig unterbrochen oder gestört sein, was er genau dann ist, wenn die Welt (moralisch) so zu sein hat, wie ich es mir in meiner Fantasie ausmale.

Für einen sozialverträglichen Weg vom Gefühl zur Moral bedarf es (eben weil das Innenleben nur über die Analyse des Außen zugänglich ist) einer externen Moral, die für alle gilt: unmittelbar einklagbare Grundrechte (auch für den Straftäter, also auch für Amis), an der sich jede besondere Moral (des alltäglichen Nahbereichs) zu bemessen hat.

Eine Psychoanalyse, die das in dieser Weise, den sozial-ökonomischen Kontext einbeziehend, thematisiert, gibt es bislang nicht.

Meine These:

Der Zugang zur Analyse des mehr oder weniger kranken Innenlebens gewinnen wir nur über den Zugang zu den äußeren sozial-ökonomischen Strukturen. Ohne diese gibt es streng genommen gar kein Innenleben. Die traditionelle Freudsche Analyse ist, was die Einbeziehung der Analyse äußerer Strukturen betrifft, bei weitem nicht zureichend. Und die heutigen analytischen Ansätze sind es auch nicht, vermutlich weil sie im Prinzip immer noch, zumal uneingestanden in den Freudschen Methoden (eines Zugangs zum Innenlebens) wurzeln, die von einem Außen nichts wissen wollen, bzw. nur dann etwas wissen wollen, wenn seine Analyse für das Innenleben belanglos bleibt.

Dieses Defizit ist strukturell: es gibt methodische Gründe, die im Prinzip darauf hinauslaufen, dass Analyse (unkritisch) betrieben wird, ohne sich für das Innenleben (des Anderen) zu interessieren. Denn das setzt die kritische Analyse äußerer Strukturen voraus, die nur dann zureichend kritisch genannt werden kann, wenn sie das Innenleben einbezieht, mithin bis ins Innenleben vordringt (Interesse für den Anderen).

Um nicht zu sagen: es gibt bislang generell keine Analyse, die ihren Namen verdient. Dafür interessieren sich die Menschen nachweislich, sozusagen methodisch oder systematisch weder für ihre (sozial-ökonomische) Umgebung noch für den Anderen (sein Innenleben).

Ich behaupte: es gibt viel zu wenig Empathie, wiewohl ich davon überzeugt bin, dass Menschen zu ausreichender Empathie fähig wären im Falle intakter sozialer Strukturen, die es heute dem Augenschein nach immer weniger gibt.

Für diesen einer Analyse zugänglichen sozialen Sachverhalt verwende ich den Begriff des strukturellen Desinteresses, um den ich mich eingehender im 3. Teil und 4. Teil „Die Politisierung des Bürgers“ bemüht habe und immer noch bemühe. Der 3. Teil steht unter dem Untertitel „Vom Gefühl zur Moral“, der 4. Teil unter dem Untertitel „Theorie der Gefühle“.

BB021 – Die Schweiz – ein ungezogenes Kind Europas

Hamburg, den 15.02.2014

Ich möchte den Lesern des Bürgerverteilers einen Text von Wilfried Kahrs, den ich sehr schätze, zur Kenntnis geben, den er auf seiner Seite Qpress.de und auf der Seite kritisches-Netzwerk.de (Betreiber: Helmut Schnug) veröffentlicht hat.

Ich halte von diesen Seiten sehr viel, bin froh, dass es sie gibt, weil sie Menschen zusammenführt, die von Zeit zu Zeit ihre Gedanken austauschen und schriftlich fixieren - eine notwendige (wenn auch nicht unbedingt hinreichende) Voraussetzung menschlicher Emanzipation von Herrschaft und Macht.

Wilfried Kahrs Text beschäftigt sich mit dem Ergebnis der Schweizer „Volksabstimmung bezüglich der Zuwanderungsbegrenzung“. Die Links zu diesem Text lauten wie folgt:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/content/schweizer-haben-kein-recht-auf-selbstbestimmung>

<http://qpress.de/2014/02/11/schweizer-haben-kein-recht-auf-selbstbestimmung/>

Ich teile seine Argumentation, die darin besteht, dass es billig wäre, sich darüber zu beschweren, dass die Schweizer von ihrer Regierung und von der EU etwas einfordern, was man Selbstbestimmung nennen könnte:

Die Bürger der Schweiz fühlen sich ganz offensichtlich nicht wohl; sie haben Angst vor unbegrenzter Zuwanderung, weil auch in der Schweiz die Arbeitsplätze nicht vom Himmel fallen. Auch in der Schweiz gibt es einen wachsenden Niedriglohn-Sektor, einen Abbau sozialer Standards, Arbeitslosigkeit, etc. Das alles führt man auf ein Überangebot von (billigen zugewanderten) Arbeitskräften zurück; die Schweizer haben Angst, soweit sie noch nicht betroffen sind, dass es auch sie einmal treffen könnte in einer EU, in der es unbegrenzte Zuwanderung über Landesgrenzen hinweg gibt, dass Menschen also dort arbeiten, wo es ihnen beliebt.

Und sie haben recht: auch sie wird es treffen, wenn auch aus anderen Gründen, als sie es sich vorstellen. Die tieferen Gründe liegen nicht in einem „Zuviel an Freizügigkeit“, also nicht im Marktgeschehen: nicht in einem Über-Angebot billiger Arbeitskräfte, die auf eine zu geringe Nachfrage nach Arbeitskräften trifft. Das stimmt nur dem Augenschein nach, während die eigentlichen Gründe tiefer liegen.

Dennoch spüren die Schweizer, auch ohne zureichende Diagnose (Analyse), die schmerzlichen Symptome einer kranken Ökonomie ganz realistisch: Sie wissen, wir entwickeln uns hin auf eine EU der Freiheit für Konzerne und nicht auf eine EU der Freiheit für Menschen.

Dazu ein Zitat aus einer der vielen Antworten zum Text von Kahrs.

Die Autorin „Klartext“ schreibt in Antwort (#2):

»Die Aussage von Finanzminister Schäuble vom 11.02.2014 in den Stuttgarter Nachrichten lautete: ‚Wir müssen im Europawahlkampf klar machen, wie sehr die Menschen von der Freizügigkeit profitieren.‘«

Dazu sagt die Autorin Klartext:

»Streiche ‚Menschen‘, setze ‚Konzerne‘. Wenn schon Politiker wie Merkel, Schäuble & Co. etwas ‚für die Menschen‘ machen wollen, dann ist Gefahr in Verzug.«

Ich könnte noch viele interessante Passagen aus der Diskussion zitieren. Sehr viele sind es wert, dass man sie zur Kenntnis nimmt. Meine Meinung zum Thema „Zuwanderung“ ist die folgende:

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Ob es nun unbegrenzte Zuwanderung über Landesgrenzen hinweg gibt oder nicht, ist nicht die entscheidende Frage. Der ökonomische Druck auf immer mehr Menschen wird mit oder ohne Zuwanderung zunehmen. So das Ergebnis meiner Analyse vor allem im 2. Teil meines Buches „Die Politisierung des Bürgers“ mit dem Untertitel „Mehrwert und Moral“.

Ich komme zu diesem Ergebnis aufgrund einer nicht ganz einfach zu verstehenden Analyse. Ihr Ergebnis lautet kurz gefasst: Nicht durch unbegrenzte Zuwanderung landen immer mehr Menschen im Müll. Die eigentliche, tiefere Ursache liegt in der Kapitalverwertung begründet, die ihrerseits auf der Basis der Mehrwertproduktion existiert.

Anders ausgedrückt: ohne Mehrwert gibt es keine Kapitalverwertung und ohne Kapitalverwertung würde der ökonomische Druck auf immer mehr Menschen sinken können. Das heißt: Wir müssten Menschen nicht im Müll verenden lassen, wenn ihre Mehrwertfähigkeit nicht mehr das entscheidende Kriterium für ihre Existenzberechtigung wäre.

In diesem Zusammenhang lese ich immer wieder, dass zu viel Markt, Marktgläubigkeit, Marktradikalität, zu wenig Regulierung (der Finanzmärkte), kurzum: die Warenproduktion die zentrale Ursache unserer ökonomischen Schmerzen sei. Das ist falsch und lenkt vom eigentlichen Problem der Kapitalverwertung ab, die uns alle zu schaffen macht.

Das heißt, den Mehrwert betreffend: zu schaffen macht uns nicht die Warenproduktion (der Markt), sondern dass über Menschen selbst wie über eine Ware verfügt wird zum Zwecke der Mehrwertproduktion.

Den Mehrwert zu beseitigen, d.h. Menschen nicht mehr wie eine Ware zu behandeln, wird man mit mehr oder weniger Markt (Marktregulierung) nicht erreichen.

Auch die Finanzmärkte sind nicht das zentrale Problem:
Noch die beste Regulierung der Finanzmärkte wird die Schmerzen, die uns unsere Ökonomie bereitet, nicht beseitigen, solange der Mensch seine Arbeitskraft verkaufen muss zwecks Mehrwertproduktion - um existieren zu dürfen und nicht auf dem Müll zu landen.

Ist der Mehrwert, der ausschließlich durch die Ware „Arbeitskraft“ erzeugt werden kann, aber abgeschafft, also der Mensch keine Ware mehr, dann dürfen wir hoffen, dass die freie Auswahl des Arbeitsplatzes über Landesgrenzen hinweg den ökonomischen Druck, resp. die Verelendung von immer mehr Menschen nicht erhöht, sondern vielleicht sogar zurückführt.

Zurück zum Thema von Kahrs Text:

Ein solches Wissen um die ökonomischen Zusammenhänge kann ich bei Bürgern, die für eine Begrenzung der Freizügigkeit plädieren, nicht voraussetzen. Menschen müssen auch ohne ein solches Wissen ihre Meinung bilden und sie auch zum Ausdruck bringen dürfen. Das gehört zur Emanzipation.

Nun, die Schweizer nehmen sich das Recht dazu heraus. Und ich akzeptiere es, auch wenn die Schweizer mit ihrem Abstimmungsergebnissen vielleicht zu bestimmten Konsequenzen des politischen Handelns neigen könnten, die mir nicht passen.

Das gleiche gilt für die Protestbewegung in der Ukraine oder in Thailand - unbenommen ihres möglicherweise (rechts-)nationalistischen Hintergrundes, der mir natürlich überhaupt nicht in den Kram passt.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Schlimm finde ich aber, und hier stimme ich mit Kahrs Text überein, wenn Politiker aller Couleur (einschließlich „Die Linke“) die politische Meinungsbildung, wie sie in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen ist, nicht ernst nehmen (im Nicht-ernstnehmen hat Gregor Gysi so seine Erfahrung), vermutlich weil eine Analyse von Substanz sie überfordern würde.

In der Überforderung könnte mangelndes Wissen zum Vorschein kommen; sie könnte die glänzende Eloquenz, z.B. von Gysi, unterhöheln. Um das zu verhindern, reagieren Politiker ggf. autoritär, ungeduldig, in der Sache vorankommen wollend, von oben herab, wie es im obigen Zitat über Finanzminister Schäuble zum Ausdruck kommt.

Für mich, (psycho-)analytisch betrachtet, kommt autoritäres Denken und Handeln aus uneingestandener Verzweiflung heraus, die dann droht zu Bewusstsein zu gelangen, wenn die politisch herausgehobene Stellung (hohe Einkommen, ständig steigende Diäten) durch mangelndes Wissen, mangelnde Kompetenz für immer mehr Bürger immer weniger gerechtfertigt erscheint. Dann steigt die Wut von unten.

Richtig wäre es, sich einzugestehen, wenn man überfordert ist und als Folge von Überforderung zu aggressiv-autoritärem Denken und Handeln neigt. Die Fähigkeit zu einem solchen Eingeständnis setzt eine ganz andere, eine viel wichtigere Form von Wissen oder Kompetenz voraus, mit dem Politiker es nicht mehr nötig hätten, politische Meinungsbildung, die ihnen nicht zupass kommt, zu denunzieren, sie stereotyp in eine fremdenfeindliche, rechts-populistische Schublade zu stecken. Dazu müssten sie sich allerdings, auch wenn es schwer fällt und eingefleischte Denkmuster infrage stellt, um eine Analyse der herrschenden sozialen und ökonomischen Strukturen bemühen, die ihren Namen verdient.

BB020 – „Kontextualisierung“ (Lacan und Derrida)

Hamburg, den 16.01.2014

Zunächst möchte ich allen treuen Bürgerbrief-LeserInnen ein möglichst angenehmes neues Jahr wünschen, – in der Hoffnung, dass wir sozial und ökonomisch vielleicht doch nicht so „hart“ aufschlagen, wie ich es meinen Texten zufolge für fast unvermeidlich halte. Vor allem in den südeuropäischen Ländern bekommen die Menschen schon seit Jahren die ganze Härte der ökonomischen Wirklichkeit zu spüren, die, wie ich meine, uns allen noch bevor steht. Hartz-IV ist nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, was uns erwartet.

Wie dem auch sei. Die nächsten Bürgerbriefe zum Thema *Kontextualisierung* sind angedacht und in Vorbereitung.

Kontextualisierung ist ein Begriff, der von Klaus-Jürgen Bruder zumindest mitgeprägt und verwendet wurde – vornehmlich in seiner Aufsatzsammlung *Subjektivität und Postmoderne* – und bedeutet für mich so viel wie *Verbindungen herstellen*. Das darf man sich ganz konkret vorstellen im Sinne interaktiver Bemühungen. Ist das etwa ein Problem? Ich denke ja.

Es geht, abstrakt gesprochen, um die Verbindung zwischen Subjekt und sozialer Struktur (in der Subjekte unmittelbar miteinander verkehren) auf der einen Seite und gesellschaftlichen Kontext auf der anderen Seite.

Jene Verbindung möchte ich einer Verarbeitung im (psycho-)analytischen Kontext, sprich: auf einer konkreten Ebene, zugänglich machen; das setzt auf der abstrakten Ebene einen klaren begrifflichen Schnitt zwischen Subjekt (sozialer Struktur) und gesellschaftlichen Kontext voraus.

Wer erlauben möchte, was ich damit meine, lese am besten den Text *Sozialintegration und Lernen*. Es ist ein Vortrag, den ich auf der Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin im März 2013 gehalten habe, in dem ich mich sozusagen um eine sozial-begriffliche Axiomatik bemühe, die, so hoffe ich, meine Bücher und Texte zureichend zu tragen vermag. Eine solche Axiomatik gibt es - ausformuliert - weder in der Sozialtheorie noch in der psychoanalytischen Forschung. Sie ist im Kapitel *Begriffliche Grundlagen* des 1. Teils von *Die Politisierung des Bürgers* ausführlicher formuliert.

Die Folgen einer begrifflichen Ineinsetzung von sozialer Struktur und Gesellschaft sind gravierend: weder die Sozialtheorie noch die Psychoanalyse vermögen den gesellschaftlichen Kontext zureichend kritisch zu berühren. Das heißt: eine Gesellschaftskritik, die ihren Namen verdient, findet nicht statt.

Mehr noch: ohne Gesellschaftskritik können psychoanalytische Bemühungen im Interesse von Analytiker und Analysand nicht nachhaltig erfolgreich sein - der Analysand mag sich noch so wohl fühlen mit seinem Therapeuten. Allein nur "sich (mal) wohl fühlen" trägt nicht weit.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Buch *Das entfremdete Subjekt* von Chr. Bialluch hinweisen, das mir einen Zugang zu Lacan und Derrida verschafft hat. Einen Zugang, der, so hoffe ich, meinen zukünftigen Text hinreichend trägt. Ob mir das gelingt, müssen andere beurteilen, die von der Materie mehr verstehen als ich. Bialluch jedenfalls scheint mir ein Experte auf seinem Gebiet zu sein. Sein Buch wäre eine gute Pflichtlektüre für jeden angehenden Analytiker.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Unbenommen davon bin ich mit der Ausrichtung des Buches, es ist eine Dissertation, nicht einverstanden. Es hat mir Lacan und Derrida näher gebracht, wohl wahr, aber mit dem Ergebnis, dass ich beide Analytiker, Derrida als Theoretiker, Lacan dazu mit praktisch-analytischer Erfahrung mit Analysanden, noch mehr ablehne als zuvor. Vorher war ich skeptisch. Nunmehr lehne ich sie hoffentlich mit guten Gründen ab.

Ich bin gleichwohl weiterhin der Meinung, dass Lacan/Derrida, v.a. aber Bialluchs Buch zu inspirieren vermögen. Das verpflichtet um so mehr zu einer möglichst genauen und seriös begründeten Kritik, der man natürlich widersprechen darf, die aber weit entfernt ist, die Autoren als Mensch herabsetzen zu wollen. Natürlich: Kritik kann weh tun, vielleicht gar Beziehungen belasten. Erzeugte sie indes nur gute Gefühle, würde man als Kritiker sehr wahrscheinlich etwas falsch gemacht haben.

BB019 – Ralph Boes – Kämpfer gegen Hartz-IV / Petition gegen Hartz-IV

Hamburg, den 16.12.2013

Ich möchte dem internen Blindverteiler Ralph Boes vorstellen. Er setzt sich in einem Interview mit Hartz-IV kritisch auseinander. Er zeigt sich dabei äußerst gut informiert. Ich stelle ihn vor, auch wenn ich mit vielen seiner Aussagen politisch nicht übereinstimme.

Der Zuhörer sollte sich beim Zuhören auch nicht irritieren lassen von der auf dem Video eingeblendeten Werbung für die keineswegs gegen Hartz-IV argumentierenden, dazu rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen AfD.

Der Link zum Interview mit Ralph Boes lautet:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/kenfm-im-gespraech-mit-ralph-boes-kaempfer-gegen-das-korrupte-hartz-iv-system>

In diesem Zusammenhang möchte ich noch an die Bundestags-Petition gegen die Hartz-IV-Sanktionen erinnern. Es fehlen nur noch ganz wenige von insgesamt 50.000 Unterschriften, die notwendig sind, damit sich der Bundestag in einer Sitzung mit der „Petition gegen Hartz-IV“ auseinandersetzen muss.

In den vielen Unterschriften kommt eine so untergründige wie massive Aggressivität gegen das Hartz-IV-System zum Ausdruck, die, man sollte sich da nicht täuschen, irgendwann mal explodieren könnte.

Der Link zur Petition lautet:

<https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/ 2013/ 10/ 23/Petition 46483.html>

Übrigens: weder die SPD noch *Die Linke* sind „Verräter“-Parteien (wie Boes das für die SPD behauptet). Ihre Repräsentanten sind vielmehr genau das, was sie sind: sie besitzen eine zutiefst asoziale Mentalität (d.h. vorerst nur nach Innen). Doch für mehr Regierungsbeiligung würden sie ihre Großmutter umbringen (lassen), eine nach außen gerichtete Brutalität, die mentale (innere) Gründe hat, die ich mit dem Wort „Verrat“ nicht einfach zudecken möchte.

Noch spielt sich „Die Linke“ (nach außen) als Anti-Hartz-IV-Partei oder Anti-Kriegs-Partei auf, dies aber ernsthaft nur so lange, wie ihre Repräsentanten noch nicht auf der Regierungsbank sitzen.

Wir haben es mit der SPD vor dem 1. Weltkrieg schon erlebt, als sie den Kriegskrediten im Reichstag zustimmten und (nach dem 1. Weltkrieg, Anfang 1919) gar Massenmorde gegen demonstrierende Bürger anordneten. Zu diesen Massenmorden fiel dem damaligen SPD-Innenminister Noske das folgende ein: "einer muss der Bluthund sein".

Eine solche (vorerst noch nach Innen gerichtete) Geisteshaltung ist auch heute noch wahrscheinlich. Ihre „blutige“ (nach außen gerichtete) Brutalität zeigt diese Geisteshaltung vermutlich dann, wenn es etwas, nämlich die Regierungsbeteiligung, zu verlieren gibt. Indirekt zeigt sie sich schon jetzt in der Bejahung angeblich human motivierter ausländischer Kriegseinsätze.

Im Vorfeld zu Einsätzen der Bundeswehr im Inneren spielen sich „Linke in der Regierung“ aber auch schon mal als Scharfmacher auf. Man schaue sich nur einmal an, was aus Otto Schily geworden ist. Er wandelte er sich von einem Linken zum innenpolitischen Scharf-Macher. Dafür musste er allerdings erst mal Innenminister werden.

Zu einer solchen Geisteshaltung, die brutal wird, wenn es etwas zu verlieren oder Posten zu behalten gibt, sage ich: nein Danke.

BB018 – Symposium der NGfP zum Thema „Krieg und Frieden“

Hamburg, den 11.12.2013

Ich möchte dem Bürgerverteiler eine Veranstaltung der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (NGfP.de) zur Kenntnis geben. Es geht um ein Symposium, das am 7./8. März 2014 in Berlin stattfindet und zwar zur Vorbereitung des nächsten 4-tägigen NGfP-Kongresses im März 2015, ebenfalls in Berlin.

Auf dem Symposium soll unter der Überschrift „Trommeln für den Krieg“ zum Thema „Krieg und Frieden“ diskutiert werden. Es ist ein Trommeln, dem wir Bürger Tag für Tag über die Massenmedien ausgesetzt sind – mit fatalen Folgen: Mord und Totschlag wird langsam aber sicher zu einem ganz alltäglichen Mittel der Politik.

Dagegen finden Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien keine klaren Worten (während sie auf der Mandela-Trauerfeier salbungsvolle Reden schwingen). Ein Politiker, US-Präsident Obama, treibt es besonders schlimm; er ordnet inzwischen Morde an, die er uns als Notwehr verkaufen möchte. Schlimmer als es sein Vorgänger Bush je getan hatte.

Die USA stehen mit ihren schmutzigen Kriegen nicht allein; sie bedürfen der Unterstützung aus anderen Ländern, u.a. aus Deutschland. Tatsächlich kommt der Faschismus mittlerweile nicht mehr auf leisen Sohlen daher. Er tritt immer mehr ganz offen in Erscheinung. Wer das für übertrieben hält, schaue sich die Dokumentation über die „Schmutzigen Kriege der USA“ an, die auch unsere Kriege sind, solange wir keine klaren Worte dagegen finden – u.a. auch die NGfP auf ihrem nächsten Kongress. Man darf gespannt sein.

Der Dokumentation lief übrigens am 28.11.2013 in der ARD. Sie können sie einsehen über YouTube unter dem folgenden Link:

<http://www.youtube.com/watch?v=bxVbUXI8x5c>

Das vorläufige Programm des Symposiums zum Thema „Krieg und Frieden“ können Sie unter dem folgenden Link einsehen:

<http://www.ngfp.de/wp-content/uploads/2013/12/NGfP-Symposium-2014-Programm.pdf>

Übrigens: Die Beiträge des letzten Kongress (vom März 2013) werden im Februar 2014 als Buch erscheinen (u.a. auch mit einem Beitrag von mir) unter dem Titel: „Machtwirkung und Glücksversprechen. Gewalt und Rationalität in Sozialisation und Bildungsprozessen“, herausgegeben von Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Benjamin Lembke
ISBN 978-3-8379-2322-3

BB017 – Petition von Inge Hannemann zur Abschaffung der Harz-IV-Sanktionen
Hamburg, den 04.12.2013

Nachdem ich vor einer Woche die Petition von Inge Hannemann zur Abschaffung der Harz-IV-Sanktionen an den internen Blindverteiler (500 Adressen) weitergeleitet habe, möchte ich sie diesmal an den externen Blindverteiler (mit 2300 Adressen) weiterleiten – zusammen mit einem Kommentar von Helmut Schnug. (siehe **PS** unten) Er schreibt in der weitergeleiteten Mail, dass er die Passivität insbesondere der von Hartz-IV-Betroffenen nicht verstehe, warum nicht längst 50.000 Unterschriften zusammengekommen seien.

Recht hat er. Ich finde die Passivität allerdings nicht ganz so verwunderlich. Die Menschen fühlen sich ausgeliefert und ohnmächtig, gerade auch Hartz4-Bezieher. Sie sagen sich, so eine Art Schutzbehauptung, um Passivität zu legitimieren: Die da oben machen ohnehin, was sie wollen. In Wirklichkeit sind sie traumatisiert – in dem Maße wie die Gewalt nachträglich auf sie wirkt. Sie wird zur Normalität, so dass man den Traumatisierten ihre Traumatisierung immer weniger ansieht – und zwar nicht nur deshalb, weil sie sich in ihrem Schneckenhaus verstecken.

Ohnmacht wirkt auf Dauer so traumatisierend wie entpolitisierend. Die Menschen sind aber auch deshalb passiv (nach innen gekehrt), weil ausgerechnet die Partei, die sich als das „soziale Gewissen“ der Nation stilisiert, ich meine die Partei „Die Linke“ (PDL), von der Passivität der Menschen profitiert. Sie können aufmüpfige Menschen nicht gebrauchen. Das schadet ihrem Image, das auf Regierungsbeteiligung zählt. Schon deshalb kommen der PDL Hartz-IV-Initiativen nicht gelegen. Geschweige denn, dass sie sich öffentlich dafür stark machen, es sei denn hinter vorgehaltener Hand, so dass es möglichst keiner merkt.

Um nicht zu sagen: die PDL hat sich mit Hartz4 angefreundet. Ein Grund mehr, warum sie nicht wählbar ist.

PS (weitergeleitete Mail):

Was ist bloß los mit der Masse der Hartz IV-Bezieher? Da klagen sie (völlig zu Recht) über Sanktionen, und wenn eine Initiative versucht, das zu ändern, machen sie nicht mit. Von rund 6 Millionen Hartz IV-Beziehern haben bis heute nur rd. 25.000 die Petition 46483 zur Abschaffung der Sanktionen unterzeichnet. Über 99% haben sich also bisher NICHT beteiligt, obwohl die Zahl der verhängten Sanktionen mittlerweile bei über 1 Mio. Betroffenen pro Jahr liegt. Die Petition wurde von der wegen ihrer öffentlichen Kritik an Hartz IV vom Jobcenter Hamburg-Altena U25 suspendierten Mitarbeiterin Inge Hannemann initiiert. Bitte besucht ihre Webseite und ihren informativen Blog.

Nur noch bis zum 18.12.2013 haben alle Bürger (nicht nur die von Hartz-IV-Betroffenen) Zeit, um die Petition 46483 beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags mitzuzeichnen.

Titel: „Arbeitslosengeld II - Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen (SGB II und SGB XII)“

Text: »Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Paragraphen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitsuchende, § 31 bis § 32 SGB II) und im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe, §39a SGB XII) ersatzlos zu streichen, die die Möglichkeit von Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen beinhalten.«

Begründung: „Die Sanktionen (§ 31 und § 32 Zweites Buch Sozialgesetzbuch) und die Leistungseinschränkungen (§ 39 a Zwölftes Sozialgesetzbuch) verletzen das Recht auf die Absicherung des zwingend gesetzlich festgelegten soziokulturellen Existenzminimums. Wem ganz oder teilweise die Grundsicherungsleistung gestrichen wird, dessen Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ist bedroht.“

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Unter anderen bitten NGO-Initiativen wie www.gegen-hartz.de und das Erwerbslosenforum um Unterstützung – mit bescheidenem Erfolg. Warum setzen sich Menschen in Armut (nicht nur in diesem Fall) nicht für ihre Interessen ein? Wissen sie nichts davon? Haben 99% aller Hartz IVer kein Internet? Besuchen sie keine Erwerbslosenforen gegen Hartz-IV? Oder haben sie resigniert wie die „Arbeitslosen von Mariantal“? Haben sie noch nicht realisiert, daß sie sich in einem Krieg befinden, dem sie durch Passivität nicht entkommen können und der ihr Leben immer weiter verschlechtert?

„Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Das sagte schon 2003 einer, der es einschätzen kann: Warren Buffett, drittreichster Mensch der Welt. Hartz IV-Sanktionen sind Teil dieses Krieges gegen die Armen.

Hier bitte weiterlesen und den nachfolgenden Link bitte an alle Menschen (ob Hartz IV-betroffen oder nicht) weiterleiten mit der Bitte, diesen weiterzugeben.«

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/petition-zur-abschaffung-der-Hartz-IV-Sanktionen>

Herzlichen Dank

Helmut Schnug – freier Journalist

Kaisersescher Str. 15

56814 Illerich

Telefon: 02653 - 8018

<http://www.kritisches-netzwerk.de>

„Das Netzwerk für kritische Geister und konstruktive Gesellschaftsreformer“

BB016 – Schmutzige Kriege: Die geheimen Kommandoaktionen der USA
Hamburg, den 29.11.2013

ich möchte dem internen Blindverteiler eine Dokumentation über die „schmutzigen Kriege der USA“ zur Kenntnis geben. Der Film lief schon gestern, den 28.11.2013 in der ARD um 0:00 Uhr nach der Beckmann-Sendung. Der Film hat mich wütend und traurig zugleich gemacht. Ich hätte nie für möglich gehalten, dass die kriminelle Energie der USA ein solches Ausmaß erreicht hat. Wie konnte das geschehen? Sind die Amis komplett verrückt geworden? Müssen wir sie in Zukunft bekämpfen, um uns wirksam gegen den Terror zu schützen?

Doch möge sich jede/r ein eigenes Urteil bilden. Der Film kann unter den folgenden Links eingesehen werden:

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/ndr/28112013-schmutzige-kriege-100.html>

alternativ auf Youtube:

<http://www.youtube.com/watch?v=bxVbUXI8x5c>

Titel: **Schmutzige Kriege: Die geheimen Kommandoaktionen der USA**

Ein Film von Richard Rowley und Jeremy Scahill

Ergänzend dazu:

US-Drohnen töten 1147 Zivilisten bei der Jagd auf 41 Terroristen,

DWN vom 27.11.2014

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2014/11/26/us-drohnen-toeten-1-147-zivilisten-bei-der-jagd-auf-41-terroristen/>

Zitat eines Insiders:

„Wir haben mit JSOC (Join special organisation command, US-Präsident Obama direkt unterstellt) einen Hammer geschaffen, der für den Rest unseres Lebens immer auf der Suche nach einem Nagel sein wird.“

BB015 – Zu Brückners „Sozialpsychologie des Kapitalismus“ / Über den Begriff „Kontextualisierung“

Hamburg, den 18.11.2013

Ich möchte dem internen Blindverteiler (500 Adressen) eine EMail zur Kenntnis geben (siehe PS unten), die auf den Link einer Rezension eines Buches verweist, das die Kongress-Beiträge vom März 2012 der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ (www.ngfp.de) enthält. Aus der Rezension sei die folgende Stelle herausgehoben:

»Die Beiträge sind unter vier inhaltlichen Clustern zusammengefasst. Denen geht zunächst ein eröffnender Beitrag von Klaus-Jürgen Bruder voran, in welchem er sich kritisch wie rhetorisch mit der Frage beschäftigt, ob und inwieweit „uns“ eine „kulturelle Kluft“ von der Zeit von 68 trennt. Das sei eine Zeit, die Fragen anders, auch in einem anderen Vokabular, gestellt und anders beantwortet habe und er fragt rhetorisch, ob man nicht durch einen unvermittelten Aufgriff dieser in den Verdacht gerate, ein „altideologischer ... ein heillos verbogener Ewiggestriger“ zu sein (S. 19/20). Gleichwohl macht Bruder deutlich, dass hier eher Denkverbote und Loyalitätszwänge am Werke sind, und dass es mehr als geboten ist, den Faden zu Brückner wieder aufzunehmen, etwa um dessen Konzept der Herstellung von „Massenloyalität“ neu zu denken und den heutigen Verhältnissen „einer Brutalisierung des ‚Klassenkampfes von oben‘“ analytisch entgegen zu halten. Freilich hieße das Brückner zu aktualisieren und nicht zu historisieren.« Außerdem möchte ich drei Bücher empfehlen, die mich zu einem umfangreicheren Text anregen, der allerdings erst in 2, 3 Monaten zur Veröffentlichung ansteht. Die Titel lauten:

1. Klaus-Jürgen Bruder, „Subjektivität und Postmoderne“, Frankfurt/M. 1993
2. Hermann Lang, „Die Sprache und das Unbewusste. Lacans Grundlegung der Psychoanalyse“, Frankfurt/M. 1986, erstm. erschienen 1973
3. Christoph Bialluch, „Das entfremdete Subjekt. Subversive psychoanalytische Denkanstöße bei Lacan und Derrida“, Gießen 2011 (Psychosozial-Verlag)

Im Text möchte ich mich um den Begriff der (Ent-)Kontextualisierung kümmern. Dieser Begriff spielt indirekt schon in Bruders Buch „Psychologie ohne Bewusstsein“ (erschienen 1983) eine Rolle, auch wenn der Begriff expliziter und analytisch relevant erst in seinem „Subjektivität und Postmoderne“ auftaucht. Jedenfalls habe ich ein sehr ähnliches Interesse: ich möchte zu einer den Alltag politisierenden Kontextualisierung beitragen, d.h. mit dem Begriff zu verstehen geben, dass es eine Verbindung zwischen Subjekt und Gesellschaft gibt, zumindest solange die Gesellschaft noch nicht ganz auseinander gefallen, vielleicht gar bis hin zu Mord und Totschlag verendet ist – wie wir es z.B. im Nahen Osten erleben. Schlimm: die geben keine Ruhe, solange nicht alles in Schutt und Asche gefallen ist.

Nun, solange man (noch) von „Gesellschaft“ sprechen kann, zeichnet das Subjekt für die Verbindung zum gesellschaftlichen Kontext verantwortlich (vgl. Witsch, "Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle", S. 212). Ich möchte es mal so ausdrücken: das Subjekt (wird) (ent-)kontextualisiert. Die Frage ist, auf welche (a-)soziale Weise das geschieht.

Ich möchte versuchen zu entschlüsseln, was u.a. Lacan, ggf. seine Interpreten zur (Ent-) Kontextualisierung beitragen. Jedenfalls trägt Lacan – vorläufig geurteilt –

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

zur Kontextualisierung nicht viel bei mit seiner analytisch unterfütterten „Philosophie des Mangels“ (vgl. Lang, 217-234), die ein intimes, buchstäblich mit der Muttermilch eingesogenes (gewähren/versagen der Brust) Verhältnis des Subjekts zum sozialen (mithin gesellschaftlichen) Kontext wittert, das es auf sozialverträgliche Weise in unserer Kapitalverwertungs-Gesellschaft allenfalls als Phantasie gibt. Davon haben Franzosen zuweilen mehr als genug, was übrigens ihren Filmen gar nicht so schlecht bekommt.

Entscheidend ist aber, dass Lacan den über den „Mehrwert“ zwanghaft in die Gesellschaft eingezogenen Mangel (Marx) mit seiner Philosophie eines gleichsam durch Mama/Papa auf „natürliche Weise ins Subjekt eingezogenen Mangel“ rationalisiert, bzw. verschleiert (vgl. Deleuze/Guatteri, Anti-Ödipus, Frank/M. 1974).

PS (weitergeleitete Mail)

Liebe TeilnehmerInnen der Kongresse der NGfG,
auf www.Socialnet.de ist eine Rezension zu »Sozialpsychologie des Kapitalismus – heute« erschienen. Sie finden den Text hier:

www.socialnet.de/rezensionen/14836.php

Und demnächst auch auf der Homepage des Psychosozialverlags.

Beste Grüße

Klaus-Jürgen Bruder, Christoph Bialluch, Benjamin Lemke

BB014 – Hartz-IV und Austerität töten

Hamburg, den 11.08.2013

Es ist bezeichnend, dass man mit umfangreichen Forschungsprojekten, die sich noch dazu über Jahre hinziehen, zu Erkenntnissen kommt, zu denen man auch kommen könnte, wenn man sich nicht beharrlich weigern würde, „bis drei zu zählen“. Ich meine die Erkenntnis, dass die Hartz-IV-Gesetze nichts Positives bewirken. Sie sind weder richtig noch falsch, sondern einfach nur unsinnig. Oder haben sie vielleicht doch einen Sinn, den wir uns nur nicht eingestehen möchten, weil er uns peinlich berührt? Dazu möchte ich dem interessierten Leser zunächst zwei Texte zur Kenntnis geben. Die Links dazu lauten:

(1) Studie: Fordern und Fördern ist gescheitert. Wissenschaftler fordern die Abschaffung der Sanktionen

Link: <http://www.gegen-hartz.de/nachrichtenueberhartziv/studie-hartz-iv-ist-gescheitert-9001546.php>

(2) Austerität tötet

Link: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58648>

Text (2) zeigt, dass die Verelendung auf europäischer Ebene massiv fortschreitet, im Kapitalismus m.E. unumkehrbar, mehr noch: unverhandelbar; vor diesem Hintergrund führen soziale Forderungen gegen Hartz-IV nicht weiter. In Text (2) heißt es in einer Art Fazit:

„Das Forscherteam bilanziert aus den Ergebnissen klare Forderungen: Der erste Schritt müsste sein, die Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger aufzuheben. Ein solcher Gängelungsapparat, der bis in private Lebensbereiche hineinwirkt, ist unsinnig und rechtfertigt die Kosten nicht. Der zweite Punkt ist: Es muss sinnvolle Beschäftigung geschaffen werden. Es gibt im Dienstleistungssektor großen Nachholbedarf bei pflegenden, erziehenden und bildenden Tätigkeiten. Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn.“

Schön und gut. Dazu habe ich in („Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“, S. 12) wie folgt Stellung bezogen:

»Schon in (Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe, 82-127) war ich bemüht zu zeigen, dass und warum es die bislang geltenden kapitalistischen Strukturbedingungen sind, die dem Bürger immer weniger Raum geben, sich wirtschaftlich und seelisch einzubringen, und zwar völlig unabhängig davon, welche Parteien die Regierung stellen und für die sozial-ökonomische Entwicklung verantwortlich zeichnen. Nicht die Politik, sondern die Regeln der Kapitalverwertung diktieren die Entwicklung; die Politik sorgt nur dafür, dass Vorgänge der Verelendung nicht chaotisch, sondern – mithilfe der Hartz-IV-Gesetze, ESM und Fiskalpakt – ordnungsgemäß ablaufen, nicht zuletzt um eine gewisse Legitimität im Interesse der Herrschenden vorzuspiegeln: Die Menschen sollen mit guten Gründen im Müll landen, um das Gewissen der Besitzenden zu beruhigen.«

Die Autoren von Text (1) tragen, ohne es zu wollen, zur Beruhigung des schlechten Gewissens bei; sie tun so, als könne man im Kapitalismus die Verelendung durch Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung, etc. stoppen oder gar beseitigen. Dafür darf es dann umfangreiche und kostspielige Forschungsprojekte geben.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Die Autoren unterschlagen ferner, dass im Kapitalismus Beschäftigung, ob nun sinnvoll oder unsinnig, nicht hinreichend nachfragewirksam generiert werden kann. Sie würde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in jedem Fall nicht nachhaltig und ausreichend genug beleben können, um den Sozialstaat zu retten, bzw. ausreichend Masseneinkommen zu generieren, um Massenelend zu verhindern. Das schafft man im Kapitalismus freilich auf wohlfeilere Art (wiewohl auf Dauer auch nicht hinreichend) durch umstrittene, zerstörerische und offen sinnlose Großprojekte mit ihren immensen Folgekosten (Investitionen), welche die Nachfrage zusätzlich aufblähen; also durch Kriege, Stuttgart-21, Vernichtung des Regenwaldes, Kernenergie, Gas-Fracking etc. und, nicht zu vergessen, durch massive Ausweitung sinnloser Bürokratien. Dem gegenüber sind Investitionen etwa in die Produktion von Nahrungsmitteln zu wenig nachfragewirksam, zumal sie zu geringe Folgekosten zur Behebung von Umwelt-Zerstörungen generieren, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage für Renten, Gesundheit und (gesunde) Nahrungsmittel zusätzlich aufzublähen.

Diese Problematik habe ich in (Die Politisierung des Bürgers, 4. Teil: Theorie der Gefühle, S. 229) u.a. wie folgt behandelt:

»Es gibt keine anständige Arbeit mehr, nicht zu verwechseln mit nützlicher Arbeit als solcher. Jene vermag nur zu ernähren, und das macht sie parasitär, weil es Investitionen in sinnlose Projekte gibt, um einen Mehrwert zu bedienen, den es de facto nicht mehr gibt. Fazit: Die Bürger müssten unabhängig davon, was sie arbeiten, alle ein schlechtes Gewissen haben, weil sie die Kapitalverwertungsmaschine mit ihrem Arbeitseinsatz am Leben halten. Wir haben also keinen Grund, mit dem Finger auf Menschen zu zeigen, die Rüstungsgüter produzieren. Sie zerstören und zähmen den Kapitalismus zugleich, nicht indem sie Mehrwert produzieren, sondern indem sie so tun, als trügen sie zur Mehrwertproduktion bei; sie simulieren ihn. Sie alle vereint, dass sie im Kapitalismus leben wollen, wohlgerne in einem gezähmten, sich einredend, dass es so etwas gäbe, einen zivilen oder zivilisierbaren Kapitalismus. Sie wollen nichts davon wissen, dass dieser nur mit immer größeren, ggf. auf Pump finanzierten, Investitionen zivilisierbar ist, also indem er zerstört – eine Ignoranz, die auch auf jene aufmüpfigen Bürger zutrifft, die ihren alten Bahnhof gegen S21 retten wollen. Auch sie wollen nichts davon wissen, dass ihr Lebensunterhalt am Tropf der Mehrwertproduktion hängt, und sei diese auch nur durch sinnlose Großprojekte simuliert.« (Zum Begriff der Mehrwert-Simulierung vgl. Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil, S. 19, v.a. 207ff; ferner den 3. Teil, S. 173 und 4. Teil, S. 227ff)

BB013 – Bundesbank fordert rasche Einführung einer Zwangsabgabe für Sparer
Hamburg, den 22.08.2013

Ich möchte den Lesern drei Texte zur Kenntnis geben, die ich nicht weiter kommentieren möchte. Sie sprechen für sich selbst.

(1) Zwangsabgabe: Bundesbank fordert rasche Einführung einer Zwangsabgabe für Sparer, DWN vom 21.08.13

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/08/21/bundesbank-fordert-raschefestlegung-der-zwangsabgabe-fuer-sparer/>

(2) Rede von Dr. Andreas Dombret, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank: Systemrisiko, „too big to fail“-Problematik und Abwicklungsregelungen

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2013/2013_08_19_dombret.html

(3) Schäuble-Berater: „Deutschland kann die Euro-Zone nicht retten“

Kai A. Konrad, Chefberater des Finanzministers, erwartet das Kollabieren der Euro-Zone.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article119104708/Deutschland-kann-dieEuro-Zone-nicht-retten.html>

Was jetzt die Spatzen, sprich: hohe Regierungsfunktionäre und Bundesbanker, von den Dächern pfeifen, hätte man schon im Herbst 2008, nach der Pleite von Lehman Brothers, wissen müssen. Zumindest steht es in einem geltheoretischen Exkurs in meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers, 1. Teil: Zum Begriff der Teilhabe“, erschienen im Januar 2009.

Und die Politiker dampfplaudern immer noch belanglos vor sich hin, als hätten sie alles im Griff; sie sollten sich schämen, alle wie sie da sind, und nicht nur das: in „Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“ begründe ich dezidiert (S.119-124), warum es Zeit wird, Menschen wie J. Ackermann, Ex-Chef der Deutschen Bank, einen Kriminellen zu nennen, wenn auch (noch) nicht nach deutschem Strafrecht, und der Politik Beihilfe vorzuwerfen, weil sie ihm über die Gesetzgebung zu Diensten steht.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

BB012 – Militärschlag gegen Syrien: ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Hamburg, den 01.09.2013

*Sie haben recht, sagte Altamira, man tut alles ohne Vergnügen
und ohne Erinnerung, selbst die Verbrechen.
Stendhal (aus seinem Roman „Rot und Schwarz“)*

Ich möchte den Lesern des internen Blindverteilers den folgenden Text zur Kenntnis geben. Der Überschrift und Link zu ihm lautet:

Syrien: Rebellen und Giftgas: Amerikanische Web-Site enthüllt: Saudis und Rebellen tragen Verantwortung für Giftgas-Attacke, Von U. Gellermann

Link: http://www.rationalgalerie.de/archiv/index_1_722.html

Nun muss man Enthüllungen natürlich mit Vorsicht behandeln. Es ist aber durchaus möglich, dass diese hier der Wahrheit entsprechen. Doch unabhängig davon, ob die Enthüllungen wahr sind oder nicht – ein Militäreinsatz gegen Syrien ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Obama also ein Verbrecher, und Politiker wie Merkel und Westerwelle würden Beihilfe dazu leisten.

Mit dieser Auffassung werde ich von prominenter Seite unterstützt, wie der folgende Link zeigt:

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/amerika-voellig-diskreditiert>

Amerika völlig diskreditiert, von Prof. Dr. Paul Craig Roberts,
ehemaliger stellvertretender Finanzminister in der Regierung Reagan.

BB011 – AfD - eine Sozial-Nazi-Partei? fragt Jörg Gastmann auf KNW
Hamburg, den 09.09.2013

Ich möchte dem internen Blindverteiler einen Text zur Kenntnis geben, der Aufschluss darüber bieten könnte, wie die AfD tickt. Ich denke, nicht ganz sauber. Link und Überschrift zum Text lauten:

Alternative für Deutschland (AfD) – Partei der ratlosen Professoren. Eine kritische und detaillierte Analyse

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/afd-partei-der-ratlosenprofessoren>

Indirekt war von der AfD, ohne ihren Namen zu nennen, in der Einleitung meines Buches „Die Politisierung des Bürgers, 2. Teil: Mehrwert und Moral“ (DP2) die Rede; denn die AfD wird heute Gastmann zufolge ganz offen von vielen Wirtschaftsprofessoren unterstützt; die meisten von ihnen wehrten sich damals, am 06.07.2012, in einem Brandbrief »vehement gegen jede Vergemeinschaftung von Schulden einzelner Länder, insonderheit dagegen, die spanischen Banken aus den Mitteln des ESM zu retten; das laufe auf eine Vergemeinschaftung des Haftungsrisikos hinaus, das ausschließlich die Gläubiger und nicht die Steuerzahler tragen sollten.« (DP2, S.13)

Übrigens sieht Sahra Wagenknecht im Hinblick auf die Euro-Kritik so mache Gemeinsamkeit mit der AfD. Das geht aus einem Interview hervor, das sie der BZ am 17.05.2013 gab. Der Link dazu lautet:

<http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/sahra-wagenknecht-ueber-konkurrenz-vonder-afd-steuergerechtigkeit-und-freiheit--71976583.html>

Dieses Interview stand mir noch nicht zur Verfügung, als ich in „Die Politisierung des Bürgers, Teil 4: Theorie der Gefühle“ (DP4) Wagenknechts „gutes, mithin rechtspopulistisch gefärbtes Verhältnis zum Ordoliberalismus“ kritisierte (übrigens die Wirtschaftstheorie der Nazis in den 1930er Jahren), das sie, offensichtlich vollkommen naiv, ganz freimütig in ihrem Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ ausbreitet (DP4, S.22) – für mich ein Zeichen mehr, dass *Die Linke* überfordert oder nicht willens ist, gegen den herrschenden Mainstream eine ernst zu nehmende ökonomische Theorie zu entwickeln. Früher oder später führt so etwas in den Rechtspopulismus – die Vorstufe zum Faschismus.

BB010 – Syrische Freiheitskämpfer ermorden 11 UN-Mitarbeiter

Hamburg, den 16.09.2013

Ich möchte dem internen Blindverteiler 2 Texte zur Kenntnis geben:

(1) Wilfried Kahrs, Syrische Freiheitskämpfer ermorden 11 UN-Mitarbeiter

qpress.de vom 15.09.2013

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/syrische-freiheitskaempferermorden-11-un-mitarbeiter>

Ich möchte zum Text eines sagen: Er könnte der Wahrheit entsprechen; in diesem Fall muss man westliche Medien und Politiker ihren eigenen moralischen Maßstäben gemäß als kriminell bezeichnen.

Ja, auch Medien müssen einbezogen werden; der folgende Text (2) „Elitejournalisten“ zeigt, dass und wie man eine menschenverachtende Geisteshaltung unter Journalisten ganz bewusst befördert.

Link: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58688>

Wer sich auf der Web-Seite „[german-foreign-policy.de](http://www.german-foreign-policy.de)“ nicht kostenlos registrieren lassen möchte, um den Text zu lesen, hier nur den ersten Absatz zur Ansicht:

„Ein Wissenschaftler der Universität Leipzig wirft deutschen Spitzenjournalisten die Übernahme von Techniken und Begriffen der Kriegspropaganda vor. Laut Uwe Krüger vom Institut für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung der sächsischen Hochschule spielt ‚Frieden als Wert an sich‘ in führenden deutschen Printmedien ‚keine Rolle‘. Vielmehr erachteten die dort beschäftigten Redakteure und Ressortchefs den ‚Einsatz und Verlust von Menschenleben‘ als ‚hinnehmbar und sogar geboten‘. Insgesamt herrsche eine ‚starke Identifikation mit dem Westen‘ und seinen militärpolitischen Organisationen vor, die dazu führe, dass Gegner als ‚Barbaren‘ erschienen, denen mit ‚kalter Entschlossenheit‘ begegnet werden müsse. Entsprechende Überzeugungen sollen Krüger zufolge durch ‚gebetsmühlenartige‘ Wiederholungen und die Anwendung ‚argumentativer Tricks‘ in der Bevölkerung verankert werden. Hintergrund ist nach Auffassung des Wissenschaftlers die ‚Einbettung‘ der Autoren in Netzwerke des ‚transatlantischen Elitenmilieus‘ (...)

[1] s. hierzu und im Folgenden: Uwe Krüger: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Reihe des Instituts für Praktische Journalismus- und Kommunikationsforschung 9, Köln 2013 (...)

BB009 – Griechenland und die Bundestagswahl: „Nur ein Politikwechsel könnte uns helfen“

Hamburg, den 22.09.2013

Ich möchte den Lesern 2 Texte zur Kenntnis geben, die sich mit dem Wählen beschäftigen; Überschriften und Links lauten:

(1) Griechenland und die Bundestagswahl: „Nur ein Politikwechsel könnte uns helfen“, von Christiane Schlötzer

Link: <http://www.sueddeutsche.de/politik/griechenland-und-die-bundestagswahl-nur-einpolitikwechsel-koennte-uns-helfen-1.1775600>

(2) Apologie des Nichtwählens, von Marcus Klöckner

Link: <http://www.heise.de/tp/artikel/39/39948/1.html>

Christiane Schlötzer ist in Text (1) von den griechischen Verhältnissen inspiriert. Dort ist man mit Blick auf die Bundestagswahlen überzeugt: Nur ein Politikwechsel in Deutschland könne Griechenland noch helfen.

Für Marcus Klöckner kann es in Text (2) einen Politikwechsel möglicherweise gar nicht geben, weil man in unserer Gesellschaft zu einer Fundamental-Kritik „am System“ absolut nicht willens, vielleicht nicht in der Lage ist. Deshalb ist Nichtwählen für ihn eine realistische Option: eine Art „Notsignal“, die „letzte Möglichkeit, die bleibt, um unmissverständlich klar zu machen, dass das Schiff Leck geschlagen“ und „Rettung dringend notwendig“ ist. Meines Erachtens spüren das die Bürger schichtübergreifend durchaus realistisch, ohne dieses Gespür freilich gründlicher reflektieren und kommunizieren zu können, um zu einer Fundamentalkritik (mit Substanz) in der Lage zu sein.

Ich selbst gehöre zu den Nichtwählern, die damit laut Spiegel (vom 16.09.13) die derzeitige Demokratie gefährden. Ich halte diese These nicht nur für unbegründet, sondern wie Marcus Klöckner, der sich eingehend mit der Spiegel-These auseinandersetzt, für hochgradig substanzlos. Der Volksmund würde sagen: dämlicher geht's nimmer.

Ergänzend dazu, so könnte man vielleicht sagen, möchte ich in den nächsten Tagen einen Text von mir zur Kenntnis geben, der sich auf einem etwas höheren Abstraktionsniveau mit der Verfassung unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Mit ihr steht es nicht zum Besten. Ihre Institutionen zerbröseln immer schneller: auf europäischer Ebene bis hinunter auf Gemeinde-, Familien- und Subjekt-Ebene, noch dazu ohne die geringste Gegenwehr und wenn, wie z.B. in Griechenland, dann ohne zureichende Orientierung: Gegenwehr sieht sich regelmäßig neutralisiert, sobald sie sich vom Parlamentarismus berühren lässt oder berührt wird. Und außerparlamentarisch denkt man, dass im herrschenden ökonomischen System sozialverträgliche Lösungen möglich sind, wenn nur Merkel und verräterische Linke nicht wären.

Nun, mit Verrats- und Verschwörungstheorien kommen wir nicht weiter. Auch wenn nicht zu bestreiten ist, dass selbst der linke Systemkritiker völlig unzureichend nur die Auswüchse des Finanzkapitalismus brandmarkt, so dass der Kapitalismus in seiner Gesamtheit gar nicht mehr ins Fadenkreuz der Kritik gerät – es sei denn als Kritik am „freien Markt“. (Siehe **WIF-KMT**)

Eine zentrale Ursache für die umfassende Orientierungslosigkeit sehe ich in den „sozialen Wurzeln von Behaviorismus und Konditionierung“, die aus uns „kleine brave Tierchen machen“, immerzu auf der Suche nach mehr Futter – wie sollten sie nicht? –, allerdings im Interesse einer möglichst reibungslosen Reproduktion primär ökonomisch motivierter Herrschaft.

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Meine These: an dieser Konditionierung sind wir selbst beteiligt, ohne es zu merken oder wahrhaben zu wollen, Verbalradikale wie Sahra Wagenknecht nicht ausgenommen. Von Gysi, Lafontaine, Lucke (von der AfD), Merkel, Steinbrück etc. gar nicht zu reden. Sie alle haben uns nicht verraten. Sie können's tatsächlich nicht besser. Sie meinen es gut; sie machen, was sie können; etwas anderes kommt für sie nicht infrage; schlimmer, alles, was sie nicht können, nicht kennen, wird instinktiv (im Interesse der Menschlichkeit) ausgeblendet, weggebissen, ohne auch nur zu ahnen, was da weggebissen wird.

Man muss endlich in Erwägung ziehen, dass fast alle Bürger, Politiker schon dem Augenschein nach, komplett überfordert sind. Ich möchte daher im Aufsatz zeigen, wie tief wir in emotionaler wie kognitiver Hinsicht mittlerweile gesunken sind: an Beispielen illustrieren, dass und wie wir massiv zu einem Denken, Sprechen und Handeln im Reiz-Reaktions-Schema neigen und dabei entpolitisieren: immer mehr ins Private zurückziehen, nicht zuletzt, weil wir jenes Denken, Sprechen und Handeln, anders als die Väter des Behaviorismus (v.a. Dewey und Watson), noch nicht einmal theoretisch (politisierend) zu begleiten vermögen.

In meinem Buch „Die Politisierung des Bürgers“ versuche ich im 4. Teil (**DP4**: Theorie der Gefühle) am Beispiel von Detels „Geist und Verstehen“ (DEW-GuV) zu zeigen, wie wohl und gutmeinend man in seinen theoretischen Bemühungen einem Denken im Reiz-Reaktions-Schema aufsitzen kann, ohne es vielleicht zu ahnen, vermutlich aus mangelnder Lebenserfahrung heraus, die man sich auch mit Schmerzen „zumuten“ (d.h. kommunizieren u.a. mit den Methoden der Psychoanalyse) können muss, um sie zu erlangen.

An dieser Stelle seien vorab die Gliederung des Aufsatzes und die verwendeten Quellen zur Kenntnis gegeben (siehe PS).

PS:

Arbeitstitel des Aufsatzes: Politisches Engagement im Reiz-Reaktion-Schema (Anmerkungen zu den sozialen Wurzeln von Behaviorismus und Konditionierung)

Inhalt:

1. Das Fremde dem eigenen Leben assimilieren
2. Zum Verhältnis von Moral und Ökonomie
3. Verbrecherische Strukturen
4. Behaviorismus und Konditionierung
- 4.1 Die historischen Wurzeln des Behaviorismus (Klaus-Jürgen Bruder)

Quellen:

BRK-POB: Klaus-Jürgen Bruder, Psychologie ohne Bewusstsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie, Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1982

Link: [http://web.fu-berlin.de/postmoderne-
psych/postmoderne/KlausJuergen%20Bruder%201982%20Psychologie%20ohne%20Bewusstsein.pdf](http://web.fu-berlin.de/postmoderne-psych/postmoderne/KlausJuergen%20Bruder%201982%20Psychologie%20ohne%20Bewusstsein.pdf)

BRP-ABS: Peter Brückner, Das Abseits als sicherer Ort. Kindheit und Jugend zwischen 1933 und 1945, Berlin 1994 (Wagenbach), erstmals erschienen 1980

CRP-AMD: Paul Craig Roberts, Amerika völlig diskreditiert, kritischesnetzwerk.de vom 31.08.2013

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/amerika-voellig-diskreditiert>

Über Paul Craig Roberts: http://antikrieg.com/aktuell/2013_01_31_roberts_buch.htm

DEW-GuV: Wolfgang Detel, Geist und Verstehen, Frankf./Main 2011

DPB: Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers, Teil 1: Zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009

DP2: ders., Die Politisierung des Bürgers, Teil 2: Mehrwert und Moral, Norderstedt 2012

DP3: ders., Die Politisierung des Bürgers, Teil 3: Vom Gefühl zur Moral,

Bürgerbriefe von Franz Witsch

©www.film-und-politik.de

Alle Rechte vorbehalten

Norderstedt 2013

DP4: ders., Die Politisierung des Bürgers, Teil 4: Theorie der Gefühle,

Norderstedt 2013

EXA-OEK: Andreas Exner, Die Öko-Falle: Naturalisierung der Katastrophenpolitik,

KNW vom 31.08.2013

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/die-oeko-falle-naturalisierung-derkatastrophenpolitik>

GEU-AGR: Ulrich Gellermann: Als Günter Grass mal das Volk war.

Rationalgalerie.de vom 14.08.2013

Link: http://www.rationalgalerie.de/archiv/index_1_717.html

Leserbrief von Franz Witsch zum Artikel und Stellungnahme zum

Leserbrief von U. Gellermann (15.08.2013)

Link: <http://www.rationalgalerie.de/post/index.html>

GFP-003: Elitejournalisten, german-foreign-policy vom 16.09.2013

Link: <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58688>

JEK-STE: Ken Jebsen: Stell dir vor, es ist Krieg und keiner erinnert sich,

kritisches Netzwerk.de vom 11.09.2013

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/stell-dir-vor-es-ist-krieg-und-keinererinnert-sich>

KAW-SYR: Wilfried Kahrs, Syrische Freiheitskämpfer ermorden 11 UNMitarbeiter

qpress.de vom 15.09.2013

Link: <http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/syrische-freiheitskaempferermorden-11-un-mitarbeiter>

TOJ-DNL: Jürgen Todenhöfer, Der nächste Lügenkrieg?

NDS vom 10.09.2013

Link: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=18568#more-18568>

WAS-AFD: Sahra Wagenknecht, BZ-Interview: über Konkurrenz von der AfD,

Steuergerechtigkeit und Freiheit, Badische Zeitung vom 17.05.2013

<http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/sahra-wagenknechtueber-konkurrenz-von-der-afd-steuergerechtigkeit-und-freiheit--71976583.html>

WEK-OBA: Konstantin Weckers Brief an Obama

hinter-denschlagzeilen.de vom September 2013

<http://hinter-den-schlagzeilen.de/2013/09/02/konstantin-weckersbrief-an-obama/#more-13465>

WIF-KMT: Franz Witsch, Kapital braucht den Markt, aber der Markt braucht nicht das

Kapital, Leserbrief vom 31.08.2013 zu Andreas Exner: Die „Öko-Falle“: Naturalisierung der Katastrophenpolitik (**EXA-OEK**)

<http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/die-oeko-fallenaturalisierung-der-katastrophenpolitik>

WIF-SUL: Franz Witsch, Sozialintegration und Lernen. Vortrag auf der

Jahrestagung der NGfP (Neue Gesellschaft für Psychologie) in Berlin vom

7. bis 10. März 2013

Link: <http://www.film-und-politik.de/NGfP-SuL.pdf>

Verwendete Filme:

Alphabet (Regie: Erwin Wagenhofer)

Der große Crash – Margin Call (Regie: J. C. Chandor)

Der Soldat James Ryan (Regie: Steven Spielberg)